

ePub^{WU} Institutional Repository

Dagmar Koblischke

Soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung. Ein paradigmatischer Beitrag zur Diskussion über soziales Kapital und die Reduktion von Armut in Chile.

Thesis

Original Citation:

Koblischke, Dagmar (2008) *Soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung. Ein paradigmatischer Beitrag zur Diskussion über soziales Kapital und die Reduktion von Armut in Chile*. Doctoral thesis, WU Vienna University of Economics and Business.

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/1865/>

Available in ePub^{WU}: August 2008

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften



1. Beurteilerin/ 1. Beurteiler: **Univ.Prof.Dr. Gertraude Miki-Horke**

2. Beurteilerin/ 2. Beurteiler: **ao.Univ.Prof.Dr. Joachim Becker**

Eingereicht am: _____ 3. Juli 2008 _____

Titel der Dissertation:

**Soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung:
ein paradigmatischer Beitrag zur Diskussion über soziales Kapital
und die Reduktion von Armut in Chile**

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades

einer Doktorin/eines Doktors

der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien

eingereicht bei

1. Beurteilerin/ 1. Beurteiler: **Univ.Prof.Dr. Gertraude Mikl-Horke**
2. Beurteilerin/ 2. Beurteiler: **ao.Univ.Prof.Dr. Joachim Becker**

von **Mag. Dagmar Koblischke**

Fachgebiet: **Spezielle Soziologie**

Wien, im **Juli 2008**

Ich versichere:

1. dass ich die Dissertation selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.
2. dass ich diese Dissertation bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/ einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.
3. dass dieses Exemplar mit der beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Datum

Unterschrift

Vorwort

Ursprung und Ziel der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften besteht darin, einen Beitrag zum Verständnis und Fortschritt des menschlichen Zusammenlebens leisten zu wollen. Das setzt auch die Annahme eines Gestaltungsspielraumes voraus, welcher von all jenen genutzt werden sollte, die für andere in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Die Dissertation entstand vor dem Hintergrund, dass Wissenschaft im Dienste der Allgemeinheit als Orientierungshilfe für politische Entscheidungsfindungen gesehen werden kann, und möchte deshalb einen Beitrag zum Thema Armut leisten, welches nach wie vor eines der größten Probleme der Menschheit und eine Herausforderung für jede Gesellschaft darstellt.

Für die Untersuchung des Forschungsgegenstandes wurde ein interdisziplinärer Ansatz gewählt, welcher den (unmöglichen) Versuch einer ganzheitlichen Herangehensweise beinhaltet. Während dies auf der einen Seite dem urmenschlichen Bedürfnis nach der Reduktion von Unsicherheit widerstrebt, entspricht diese Vorgehensweise dennoch der Komplexität der sozialen Wirklichkeit. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass es nicht den Möglichkeiten eines einzelnen Menschen entsprechen kann, alles zu erfassen. Vielmehr bleibt nichts anderes übrig, als in Anlehnung an das Credo der Aufklärung, Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Mein besonderer Dank gilt meinen beiden Betreuern Frau Univ. Prof. Dr. Gertraude Mikl-Horke (Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung) und ao.Univ. Prof. Dr. Joachim Becker (Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung) für die hervorragende Unterstützung während des gesamten Zeitraumes sowie der Wirtschaftsuniversität Wien für die Gewährung eines Stipendiums zum Zweck des zweimonatigen Forschungsaufenthalts in Chile. Außerdem danke ich Univ.-Prof. DDr. Christian Stadler (Universität Wien, Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht) für seine Zeit und die wertvollen Gespräche zu Beginn des Dissertationsgedankens im Jahr 2004.

Ich möchte mich weiters bei allen Menschen bedanken, die mich durch ihre Worte und ihr Dasein unterstützt haben, insbesondere aber bei meinen Eltern, welche durch ihr Vertrauen und die Unterstützung einer umfassenden Ausbildung die vorliegende Arbeit überhaupt erst ermöglichten.

Inhaltsübersicht

There has been wide interest in a theoretic framework named *social capital* which underlines the importance of social factors in economic outcomes and vice versa. The aim of the present paper is to analyse which kind of effects policy measures designed to foster social integration may have on the reduction of poverty at the micro level and whether therefore there is a positive relationship between investments in social infrastructure (education, health, housing/ recreation) and economic development at the macro level. While this classic problem of the social and economic sciences is often treated separately within the various disciplines, the main purpose of this study was to engage in a holistic perspective by using Chile as an example. The analysis of statistical data, the socio-historic background and empiric evaluations of three social programmes and experiences in two rural villages have shown that a thorough understanding of the social fabric is a crucial prerequisite for the success of policy measures designed to foster development and to increase social capital. The effects of social policy measures at the local level not only depend on participatory methods (*mesas de trabajo*, self-imposed measures), structures for social interaction and direct efforts to integrate the poor via mentoring, but also on the wider conditions which allow the development of trust within society and equal chances for the acquirement of the necessary skills, health and individual capacities. The revision of the scientific literature has corroborated the hypothesis that the successful development in social and economic terms in Chile since the return to democracy in 1990 can be traced back to the fact that investments in social infrastructure have become the centre of political attention.

Die Anzahl an Forschungsbeiträgen zu *sozialem Kapital* verdeutlicht das Interesse an der Integration von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Herangehensweisen. Die Dissertation leistet einen Diskussionsbeitrag anhand der Frage, in welcher Hinsicht soziales Kapital als Mittel zur Bekämpfung von Armut gefördert werden kann und welcher Zusammenhang zwischen sozialer Infrastruktur (öffentliche Einrichtungen für Bildung, Gesundheit, Wohn-/Freizeitwesen) und wirtschaftlicher Entwicklung besteht. Zur Umsetzung eines sozioökonomischen Forschungsansatzes in Anlehnung an Althaler (Hrsg., 1995) wurde eine ganzheitliche Perspektive am Beispiel Chiles eingenommen. Die Analyse der Wirtschafts- und Sozialstatistik, des sozio-historischen Hintergrundes sowie von drei Sozialprogrammen zur Förderung von sozialem Kapital und der Erfahrungen in zwei Ortschaften ergab, dass das Verständnis und die Anpassung an das vorhandene Sozialgefüge eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg von sozialpolitischen Maßnahmen und die Förderung von sozialem Kapital ist. Die Reduktion von Armut hängt nicht nur von direkten Maßnahmen zur sozialen Integration, der Beteiligung der Betroffenen, den Möglichkeiten zur sozialen Interaktion mit anderen und der speziellen Betreuung benachteiligter Personengruppen ab, sondern auch von der Beschaffenheit der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Machtverteilung sowie der Bildung von Vertrauen und von gleichen Chancen für alle durch individuelle Befähigung. Die Aufarbeitung der chilenischen sozialwissenschaftlichen Literatur hat die These bestätigt, dass die erhebliche Reduktion von Armut in Chile seit dem Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 wesentlich auf die politische Schwerpunktverlagerung und Investitionen in die soziale Infrastruktur zurückgeführt werden kann.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
INHALTSÜBERSICHT	5
INHALTSVERZEICHNIS	6
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	9
TABELLENVERZEICHNIS	10
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	11
1 EINLEITUNG	12
1.1 PROBLEMSTELLUNG	13
1.2 ZIELSETZUNG DER ARBEIT	15
1.3 METHODIK UND AUFBAU	20
1.3.1 Methodologische Anmerkungen.....	20
1.3.2 Länderspezifische Analyse zu Chile.....	22
1.3.3 Aufbau der Arbeit	24
2 ARMUT, SOZIALES KAPITAL UND DIE ROLLE DES STAATES.....	26
2.1 THEORETISCHE ANSÄTZE UND BEGRIFFSBESTIMMUNG ZUM THEMA ARMUT	26
2.1.1 Armut und Ungleichheit	26
2.1.2 Gesellschaftlicher Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung und der Staat.....	29
2.1.3 Erklärungsansätze für die Persistenz von Armut.....	32
2.1.3.1 Kritische Schwellentheorie	33
2.1.3.2 Die Rolle von Institutionen	33
2.1.3.3 Nachbarschaftseffekte	35
2.1.4 Begriffsverständnis im Rahmen der vorliegenden Arbeit	36
2.2 DAS THEORIEKONZEPT SOZIALES KAPITAL	38
2.2.1 Entstehung des Konzepts	39
2.2.2 Soziales Kapital in der lateinamerikanischen Diskussion	41
2.2.3 Dimensionen und Voraussetzungen von sozialem Kapital.....	46
2.2.3.1 Vertrauen	47
2.2.3.2 Gemeinsame Normen und Werte	48
2.2.3.3 Kooperation und Reziprozität	49
2.2.4 Mögliche Auswirkungen von sozialem Kapital.....	50
2.2.4.1 Die positiven Folgen von sozialem Kapital	51
2.2.4.2 Die Kehrseiten sozialen Kapitals	54
2.2.5 Soziales Kapital und Armut	55
2.2.6 Begriffsverständnis im Rahmen der vorliegenden Arbeit	61
2.3 THEORIEANSATZ FÜR DIE ENTSTEHUNG VON SOZIALEM KAPITAL.....	64
2.3.1 Soziales Kapital und Gemeinschaft	64
2.3.2 Entstehungsvoraussetzungen von sozialem Kapital.....	66
2.3.2.1 Individuelle Voraussetzungen	66

2.3.2.1.1	Notwendigkeit/Anreiz zur Interaktion.....	67
2.3.2.1.2	Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenz	69
2.3.2.2	Gesellschaftliche Rahmenbedingungen	70
2.3.3	<i>Förderungsmöglichkeiten</i>	72
2.4	DIE FÖRDERUNG VON SOZIALEM KAPITAL DURCH DEN STAAT	76
2.4.1	<i>Die Bedeutung sozialer Infrastruktur</i>	76
2.4.2	<i>Dekommodifizierungsgrad</i>	80
2.4.3	<i>Zielorientierte Sozialprogramme</i>	81
2.5	SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS VORAUSSETZUNG FÜR SOZIALES KAPITAL?	86
2.6	ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN BEGRIFFE	88
3	ARMUT, SOZIALES KAPITAL UND DIE ERFAHRUNGEN CHILES	91
3.1	STATISTISCHE GRÖßENORDNUNGEN	92
3.1.1	<i>Chile im internationalen Vergleich</i>	92
3.1.2	<i>Chile heute im Vergleich zu 1990</i>	97
3.1.2.1	Die ökonomischen Rahmenbedingungen.....	101
3.1.2.2	Geographie und natürliche Ressourcen.....	104
3.1.2.3	Statistische Eckdaten der sozialen Infrastruktur	105
3.1.2.3.1	Wohlfahrtsstaatliche Ausgaben	105
3.1.2.3.2	Bildungsstatistik.....	106
3.1.2.3.3	Gesundheitsstatistik	108
3.1.3	<i>Bewertung der Größenordnungen</i>	111
3.2	DER HISTORISCH-GESELLSCHAFTLICHE KONTEXT DER SOZIALEN BEZIEHUNGEN IN CHILE	114
3.2.1	<i>Die politische Machtverteilung</i>	115
3.2.1.1	Entstehung und Verfassung des Nationalstaates.....	115
3.2.1.2	Interessensgruppen und Machtverteilung	118
3.2.1.2.1	Ursprünge der Macht- und Einflussverteilung	118
3.2.1.2.2	Politische Parteien.....	119
3.2.1.2.3	Korruption und Clientelismo in Chile.....	121
3.2.1.2.4	Einfluss der Katholischen Kirche.....	125
3.2.1.2.5	Konzentration der Medien.....	126
3.2.2	<i>Die wirtschaftliche Machtverteilung</i>	128
3.2.2.1	Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	128
3.2.2.1.1	Cepalismus: 1950 – 1960	128
3.2.2.1.2	Sozialismus: Ende 1960 – Anfang 1970	130
3.2.2.1.3	Neoliberalismus und Monetarismus: Mitte 1970 – 1989	131
3.2.2.1.4	„Wachstum mit Gerechtigkeit“: ab 1990	133
3.2.2.2	Verteilung des Einkommens	134
3.2.3	<i>Vertrauen und Verständnis in der chilenischen Gesellschaft</i>	137
3.2.3.1	Entwicklung der Demokratie in Chile.....	137
3.2.3.2	Gesellschaftliche Brüche.....	140
3.2.3.3	Vertrauen als Voraussetzung für soziales Kapital	142
3.2.4	<i>Die Bedeutung des Kontexts für die Entstehung von sozialem Kapital</i>	144
3.3	MAßNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT IN CHILE	148
3.3.1	<i>Was bedeutet Armut in Chile?</i>	148

3.3.2	<i>Alte und neue Schwerpunkte in der Sozialpolitik</i>	151
3.3.2.1	Innovationen ab 1990	155
3.3.2.1.1	Steuerreform und Erhöhung des Sozialbudgets	155
3.3.2.1.2	Umstrukturierung des sozialen Institutionengefüges	156
3.3.2.1.3	Dezentralisierung, Privatisierung und Zielgruppenorientierung.....	157
3.3.2.1.4	Thematisierung von Bürgerrechten	159
3.3.2.1.5	Etablierung eines Evaluierungssystems	160
3.3.2.1.6	Technifizierung der Sozialpolitik.....	160
3.3.2.1.7	Vervielfachung des Angebots an Sozialprogrammen.....	161
3.3.2.2	FOSIS	162
3.3.2.3	Aktuelle Entwicklungen	166
3.3.2.3.1	Seguro de Cesantía.....	166
3.3.2.3.2	Plan AUGE	167
3.3.2.3.3	Chile Solidario	167
3.3.2.3.4	Regierung Michelle Bachelet (2006-dato)	170
3.3.3	<i>Spezielle Sozialprogramme zur Förderung der sozialen Integration</i>	173
3.3.3.1	<i>Más Región, Promoción, Un Barrio para mi Familia</i>	173
3.3.3.1.1	Programa Más Región.....	174
3.3.3.1.2	Programa Promoción.....	179
3.3.3.1.3	Programa Un Barrio para mi Familia	185
3.3.3.2	Erfahrungen auf Gemeindeebene	188
3.3.3.2.1	La Cruz	188
3.3.3.2.2	Huilipán	193
3.3.3.2.3	Die Förderung von sozialem Kapital.....	197
3.4	DAS CHILENISCHE ‚ERFOLGSREZEPT‘	200
4	STRATEGIEN ZUR REDUKTION VON ARMUT	205
4.1	ARMUT UND SOZIALES KAPITAL.....	205
4.2	DIE BEDEUTUNG SOZIALER INFRASTRUKTUR	210
4.3	ANALYSE DER SOZIALEN FAKTOREN ALS GRUNDVORAUSSSETZUNG	215
4.3.1	<i>Analyse der sozioökonomischen Ausgangssituation</i>	216
4.3.2	<i>Berücksichtigung der sozialen Faktoren auf der Mikroebene</i>	216
4.3.3	<i>Komplementäre Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik</i>	217
4.4	SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK	219
5	ANHANG	223
5.1	GESPRÄCHE IN SANTIAGO DE CHILE (13. MÄRZ BIS 27. APRIL 2007).....	223
5.2	AKADEMISCH-INTELLEKTUELLER HINTERGRUND DER AUTORIN	224
5.3	FRAGEBÖGEN ZUR MESSUNG VON SOZIALEM KAPITAL	225
5.3.1	<i>Programm Más Región</i>	225
5.3.2	<i>Programm Promoción</i>	243
6	QUELLENVERZEICHNIS	253

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: BEGRIFFSVERSTÄNDNIS SOZIALES KAPITAL	62
ABBILDUNG 2: INDIVIDUELLE INTERAKTIONSANREIZE	68
ABBILDUNG 3: EINFLÜSSE DER GESELLSCHAFT AUF DAS INDIVIDUUM.....	71
ABBILDUNG 4: SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS TEIL DER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR.....	77
ABBILDUNG 5: ENTSCHEIDUNGS-MATRIX FÜR ZIELGERICHTETE SOZIALPROGRAMME	82
ABBILDUNG 6: ENTWICKLUNG DER ARMUT IN CHILE 1987-2003	98
ABBILDUNG 7: WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN CHILE.....	101

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: KONZEPTIONEN ZUR ERFASSUNG VON ARMUT	28
TABELLE 2: DIE VORTEILE SOZIALEN KAPITALS	53
TABELLE 3: WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN LATEINAMERIKA 1971-2004	92
TABELLE 4: SOZIALSTATISTIK INTERNATIONALER VERGLEICH.....	93
TABELLE 5: INTERNATIONALER VERGLEICH DER EINKOMMENSVERTEILUNG	97
TABELLE 6: SOZIALSTATISTIK HEUTE IM VERGLEICH ZU 1990.....	99
TABELLE 7: ECKDATEN DER WIRTSCHAFT.....	102
TABELLE 8: HANDELSSTRUKTUR 1985-2005	103
TABELLE 9: WIRTSCHAFTSSTRUKTUR 1985-2005.....	104
TABELLE 10: ENTWICKLUNG DER SOZIALAUSGABEN IN CHILE 1990-2000.....	106
TABELLE 11: WAHRSCHEINLICHKEIT DER SOZIALEN ABSICHERUNG	106
TABELLE 12: ABGESCHLOSSENE SCHULSTUFE DER BEVÖLKERUNG UNTER 25	107
TABELLE 13: WAHRSCHEINLICHKEIT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG.....	109
TABELLE 14: FORTSCHRITTE IN BILDUNG, GESUNDHEIT, WOHNWESEN/INFRASTRUKTUR	110
TABELLE 15: EINSCHÄTZUNG DER MÖGLICHKEITEN UND DER LEBENSQUALITÄT IM JAHR 2004... 111	
TABELLE 16: ENTWICKLUNG DER SITZVERTEILUNG IM PARLAMENT 1989-2005	120
TABELLE 17: EINKOMMENSVERTEILUNG 1987-2003	134
TABELLE 18: EINKOMMENSVERTEILUNG VOR SOZIALTRANSFERS (CASEN 2006).....	135
TABELLE 19: ALLGEMEINES VERTRAUEN IN DIE ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN (1999).....	143
TABELLE 20: ÜBERBLICK ENTWICKLUNG DER SOZIALPOLITIK	153
TABELLE 21: KOMPONENTEN DES INDEX ZUR MESSUNG VON SOZIALEM KAPITAL.....	183
TABELLE 22: STAATLICHE PROJEKTE IN LA CRUZ 1992-2002	189
TABELLE 23: AUTODIAGNOSE GEMEINSCHAFTLICHEN POTENTIALS IN HUILIPÁN.....	196

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CAS	ficha de estratificación social/ ficha de protección social
CASEN	Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CONADI	Corporación Nacional de Desarrollo Indígena
CORFO	Corporación de Fomento de la Producción
d.h.	das heißt
etc.	et cetera
f.	und folgende Seite
ff.	und folgende Seiten
FONADIS	Fondo Nacional de la Discapacidad
FONASA	Fondo Nacional de Salud
FOSIS	Fondo de Solidaridad e Inversión Social
HDI	Human Development Index
HPI	Human Poverty Index
Hrsg.	Herausgeber
IDB	Inter-American Development Bank
INDAP	Instituto de Desarrollo Agropecuario
INJ	Instituto Nacional de la Juventud
ISAPRE	Instituciones de Salud Previsional
MIDEPLAN	Ministerio de Planificación y Cooperación
MINVU	Ministerio de Vivienda y Urbanismo
Mio.	Millionen
NGO	Nicht-Regierungsorganisation
PNUD	Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo
PRODECOP	Proyecto de Desarrollo de las Comunas Pobres
s.	siehe
SIMCE	Sistema de Medición de la Calidad de la Educación
u.a.	und andere
UNDP	United Nations Development Programme
Vgl.	Vergleiche
z.B.	zum Beispiel

1 Einleitung

Chile wird in verschiedener Hinsicht Modellcharakter (Imbusch *u.a.*, 2004a: 12) zugeschrieben – doch ist das Land wirklich so vorbildlich? Ein Modell für wen, für was? Gemäß der Wirtschafts- und Sozialstatistik kann Chile, insbesondere im Vergleich innerhalb der Region Lateinamerika und Karibik, ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.¹ Wie unterschiedlich die Perspektiven und Bewertungen der sozioökonomischen Entwicklung des Landes dennoch sein können, wird unter anderem in Imbusch *u.a.* (Hrsg., 2004b) deutlich. Bemerkenswert sind die Fortschritte Chiles im Bereich der Armutsbekämpfung. Chile gelang es seit dem Ende der Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet (1973-1990), die Armut innerhalb seines Staatsgebiets wesentlich zu reduzieren.² Anhand von Haushaltsbefragungen, welche auf nationaler Ebene im Auftrag der Regierung regelmäßig durchgeführt werden, wurde im Jahr 2006 festgestellt, dass sich die Armutssituation in Chile mit einer Reduktion um mehr als die Hälfte – von 38,6% (1990) auf 13,7% (2006) – erheblich verbesserte (MIDEPLAN, 2007a). Seit Anfang der 1990er Jahre sank die Armut in Chile kontinuierlich und nachhaltig selbst bei schwacher Konjunktur; ein Phänomen, welches in keinem anderen Land in Lateinamerika gelungen ist (Hardy, 2006b: 234). Ein positiver Einflussfaktor könnte in der Qualität der politischen Institutionen gesehen werden, welche in Chile im besonderen Ausmaß gegeben ist (Schweickert/Thiele, 2004).³ Oder aber auch darin, dass die chilenische Elite bereit ist, die Sozialausgaben für den Zweck eines stabilen *contrat social* zu erhöhen.⁴ Chile stellt somit einen interessanten Mikrokosmos (Imbusch *u.a.*, 2004a: 12)⁵ für eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung zum Thema Armut dar, was durch die Tradition und Qualität der Sozialwissenschaft in Chile, die Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit sowie die Forschungseinrichtungen vor Ort begünstigt wird.⁶

¹ Vgl. z.B. Schweickert/Thiele, 2004: 28ff.

² Einkommensarmut, vgl. dazu MIDEPLAN, Serie Análisis de Resultados de la Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 1 La Situación de Pobreza en Chile 2006, [08.06.2008]. Im Jahr 2006 wurde die monatliche Pro-Kopf-Einkommensgrenze für absolute Armut (*indigencia*) in der Stadt bei CLP 23.549 (~29 Euro), am Land bei CLP 18.146 (~22 Euro) festgelegt; für Armut bei CLP 47.099 (~57 Euro) in der Stadt bzw. CLP 31.756 (~39 Euro) am Land, was angesichts der Lebenserhaltungskosten vor Ort sehr wenig erscheint.

³ Vgl. dazu Easterly *u.a.*, 2006.

⁴ Vgl. Breceda *u.a.*, Latin America and the social contract/ patterns of social spending and taxation, [10.05.2008].

⁵ Vgl. z.B. auch Maggi/Messner, 2004: 502 – Chile als ‚Versuchslabor‘ für neue Wirtschaftsstrategien; oder Werz, 2004.

⁶ Vgl. z.B. Asesorías para el Desarrollo, Forschungs- und Beratungsinstitut für Entwicklungsfragen, [20.02.2008]; Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza, [17.06.2007]; Comisión Económica para América Latina (CEPAL), [24.03.2008].

1.1 Problemstellung

Aufgrund der zunehmenden Vernetzung und Dynamik der internationalen Märkte bestehen zahlreiche Unsicherheiten, wie Wirtschaftswachstum, Wohlstand und sozialer Zusammenhalt von Gesellschaften erhalten und auch in Zukunft gewährleistet werden können.⁷ Eine wesentliche Herausforderung in diesem Zusammenhang ist die Bekämpfung von Armut, welche gerade aber nicht nur in Entwicklungsländern, wo Armut mit akuter Existenzgefährdung zusammenhängt, ein Hindernis auf dem Weg zu sozialer Kohäsion und sozioökonomischer Entwicklung darstellt. Die Dissertation beschäftigt sich daher mit Lösungsansätzen zur Reduktion von absoluter und relativer Armut als Grundvoraussetzung für die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Bei dem Problem Armut handelt es sich um ein komplexes soziales Phänomen, welches je nach gesellschaftlichem Kontext unterschiedliche Formen und Ursachen annehmen kann. Obwohl Armut auch andere psychologische oder soziale Dimensionen aufweist, wird in der vorliegenden Arbeit unter Armut in Anlehnung an die Vorgehensweise der Operationalisierung von Armut in Chile eine materielle Notsituation verstanden, die es einem Individuum und seiner Familie nicht erlaubt, ein von Existenzängsten freies Leben zu führen. Armut äußert sich beispielsweise darin, dass die Grundbedürfnisse nach Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Bildung und adäquatem Wohnraum nicht erfüllt sind, im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft der Zugang zu diesen eingeschränkt ist bzw. dass kein gesichertes Einkommen besteht.

Der Dissertation liegt ein Verständnis zugrunde, wonach zwischen der Reduktion von Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes ein enger Zusammenhang besteht, der in beide Richtungen verläuft. Wirtschaftswachstum und Möglichkeiten zum Erwerb eines Einkommens – Arbeitsplätze – sind notwendig, um Armut zu reduzieren. Umgekehrt hängt die wirtschaftliche Entwicklung von den Möglichkeiten aller Bevölkerungsschichten ab, sich am Wirtschaftsleben und am Konsum zu beteiligen.⁸

⁷ Definition nach Staatsgrenzen; in der vorliegenden Arbeit wird der Begriff „Gesellschaft“ synonym zu „Bevölkerung innerhalb eines Staatsgebietes“ verwendet.

⁸ Diese Ansicht entspricht einer keynesianischen Wirtschaftsperspektive, welche die Nachfrage als bestimmend für das kurz- bis mittelfristige Wirtschaftswachstum ansieht. Allerdings ist durch den Aufbau des Humankapitals auch ein langfristiger Effekt gegeben.

Während wirtschaftliches Wachstum nicht Endziel, sondern nur Mittel zum Zweck gesellschaftlichen Wohlstandes ist, stellt die Reduktion von Armut *per se* einen direkten Beitrag zur Förderung des allgemeinen Wohlergehens dar. Abgesehen von der Ermöglichung eines menschenwürdigen Daseins für die Betroffenen gehört zu den positiven Auswirkungen auch die Verminderung von sozialen Spannungen innerhalb der Gesellschaft, was für das Funktionieren eines demokratischen Gesellschaftssystems essentiell ist.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll anhand eines gesamtgesellschaftlichen, soziologischen Zugangs am Beispiel Chiles erörtert werden, welche Maßnahmen aus der Perspektive des Staates getroffen werden können, um Armut zu lindern.⁹ Hierbei wird implizit davon ausgegangen, dass der Staat ausgleichend für die Sicherung des Gemeinwohls verantwortlich ist und über einen gewissen Spielraum für die Gestaltung der Rahmenbedingungen zur sozioökonomischen Entwicklung einer Gesellschaft verfügt.

⁹ Unter „Staat“ werden die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und die Regierung als Trägerin der Staatsgewalt verstanden, was im Zusammenhang mit der Entstehung der Nationalstaaten ab dem 18. Jahrhundert denkbar wurde.

1.2 Zielsetzung der Arbeit

Zielsetzung der Arbeit ist es, einen Beitrag zum Thema Armut bzw. Förderung von gesellschaftlichem Wohlstand im Zusammenhang mit der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion über soziales Kapital zu leisten. Die Erörterung des Ausmaßes und der Gestaltung sozialpolitischer Eingriffe gehört zu den ältesten Grundfragen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit ihrer Entstehung im Zusammenhang mit der klassischen Marktökonomie und der Herausbildung einer zentralen Staatsgewalt und soll angesichts der nach wie vor hohen Brisanz des Themas Armut (Bowles u.a., 2006a) aufgegriffen werden. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass diese immer noch weit verbreitet ist, sondern auch weil die Einflussmöglichkeiten des Staates durch die Globalisierung und das Auftreten anderer mächtigerer Akteure wie multinationale Großunternehmen und deren Eigentümer abnehmen.¹⁰

Mit dem Verständnis, dass Wirtschaftsdenken und –realität nicht ident sind, aber sich gegenseitig beeinflussen, wird in der vorliegenden Arbeit insbesondere die Sicht einer praxis- und lösungsorientierten Sozioökonomie in Anlehnung an Althaler (Hrsg., 1995) eingenommen, wonach die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung aus verschiedenen Blickwinkeln heraus geführt werden sollte. Da die Sozioökonomie als Entscheidungshilfe für die Wirtschafts- und Sozialpolitik verstanden werden will, versuche sie ein umfassendes Bild von Realität zu geben, indem sie ein Problem von mehreren Seiten beleuchtet und sich verschiedener Methoden bedient.¹¹

Ein Wesenszug der sozioökonomischen (bzw. je nach Autor und Schwerpunkt wirtschaftssoziologischen) Forschung besteht darin, wirtschaftliche und soziologische Sichtweisen integrieren zu wollen.¹²

¹⁰ Der Begriff der Globalisierung beschränkt sich in der vorliegenden Arbeit nicht auf wirtschaftliche Aspekte wie weltweiter Handel und Produktionsverlagerungen, sondern umfasst auch Dimensionen wie den zunehmenden interkulturellen Austausch, verbesserte Informations-, Kommunikations- und Transportmöglichkeiten.

¹¹ Vgl. Prisching, 1995: 43ff. und Swedberg, 1995: 15ff.

¹² Interdisziplinäre Ansätze an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Ökonomie finden sich u.a. auch bei den Soziologen Max Weber, Emile Durkheim, Karl Polanyi, Marc Granovetter oder Amitai Etzioni sowie bei den Ökonomen Vilfredo Pareto, Joseph A. Schumpeter, James Coleman oder Albert O. Hirschman, wobei es sich je nach Zuteilung um sozioökonomische oder wirtschaftssoziologische Arbeiten handelt.

Bourdieu (2005: 210) beispielsweise spricht sich für eine Überwindung der künstlichen Trennung zwischen Ökonomie und Soziologie aus; ökonomische Strukturen und wirtschaftliches Handeln seien durch soziale Konstruktionen bedingt und Teil der sozialen Ordnung.¹³ Soziologen sehen in den Handlungen eines Individuums ein Produkt des sozialen Kontextes und der Normen und Werte, die in einer Gesellschaft vorherrschen. Ökonomen auf der anderen Seite nehmen den Menschen zu Analyse Zwecken als *homo oeconomicus* an, dessen oberstes Handlungsmotiv Nutzenmaximierung darstellt. Obwohl Schumpeter (genauso wie Vilfredo Pareto) eine Abgrenzung der Disziplinen vertrat, war er ebenfalls überzeugt davon, dass weder Ökonomen noch Soziologen weit kommen könnten, ohne sich gegenseitig auf die Füße zu steigen (Schumpeter, 1954).

Althaler u.a. (Hrsg., 1995) berufen sich in *Sozioökonomische Forschungsansätze/ Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete* auf Schumpeter (1954), welcher in seiner *History of Economic Analysis* vier Techniken nannte, die für die Analyse eines wirtschaftlichen Problems herangezogen werden sollten: Statistik, Theorie, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftssoziologie. Prisching (1995: 45ff.) formulierte dazu acht Postulate als Grundannahmen der Sozioökonomie.¹⁴

Inhaltlicher Themenschwerpunkt der Dissertation ist *soziales Kapital*, insbesondere in Hinsicht seiner Bedeutung für die Bekämpfung von Armut – in Anlehnung an das so genannte theoretische Konzept, welches Coleman und Bourdieu Ende der 1980er Jahre entwickelten und in der herrschenden Lehrmeinung mit dem Hinweis auf die Bedeutung und Notwendigkeit häufig rezitiert wird.¹⁵ Auch Svendsen/Svendsen (2004: 2f.) schlagen die Einführung einer Sozioökonomie vor, die sie in Anlehnung an den französischen Soziologen *Bourdieuconomics* nennen.

¹³ Vgl. Bourdieu, 2005: 13: “[...] that the true object of a real economics of practices is nothing other, in the last analysis than the economy of the conditions of production and reproduction of the agents and institutions of economic, cultural and social production, in other words the very object of sociology in its most complete general definition.”

¹⁴ Vgl. Prisching, 1995: 1. Ökonomie ist als Teil einer historischen Sozialwissenschaft zu verstehen; 2. Wirtschaft ist ein unaufhörlicher Prozess (evolutionäres Denken); 3. Grundsätzliche aber nicht ausschließliche Annahme des menschlichen Rationalverhaltens; 4. Der Staat wird als wesentlicher Akteur in die ökonomische Analyse miteinbezogen; 5. Die Beachtung des kulturellen Rahmens ist für das Verständnis des wirtschaftlichen Handelns wichtig; 6. Frage nach der Herkunft, dem Wesen und der weiteren Entwicklung von Gesellschaften; 7. Annahme, dass man es mit Phänomenen zu tun hat, die soziale Konstruktionen sind; 8. Postulat der Methodenvielfalt und der Interdisziplinarität.

¹⁵ Vgl. z.B. World Bank, 2000b; Arriagada [Hrsg.], 2005.

Svendsen/Svendsen (2004: 2f.) bezeichnen soziales Kapital als ein Konzept, welches dazu dienen könnte, eine Brücke zwischen den Disziplinen der Humanwissenschaften zu schlagen. Die *Bourdieuconomics* solle traditionelle ökonomische Modelle um die Dimension soziales Kapital erweitern (Svendsen/Svendsen, 2004: 45).¹⁶ Ein Beispiel für die Integration von sozialem Kapital in eine ökonomische Theorie ist Becker/Murphy (2000: 8ff.), welche angesichts ihrer Überzeugung, dass soziale Kräfte, Präferenzen, Normen und Werte das wirtschaftliche Handeln von Menschen in vielen Fällen beeinflussen, eine um die Variable S (soziales Kapital) erweiterte Nutzenfunktion vorstellen.¹⁷

Die Dissertation möchte methodisch durch den Versuch, einen sozioökonomischen Forschungsansatz in Anlehnung an Althaler (Hrsg., 1995) zu verfolgen, an die Bestrebungen der Integration von Ökonomie und Soziologie anknüpfen. Der inhaltliche Beitrag der Arbeit zur sozioökonomischen Forschung besteht in der Themenwahl und des Aufgreifens des aktuellen Paradigmas der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, nämlich der Bedeutung von sozialem Kapital.

Was unter sozialem Kapital genau zu verstehen ist, ist in der wissenschaftlichen Literatur jedoch nicht eindeutig definiert (siehe dazu Kapitel 2). Wird in Theorie und Praxis die Bedeutung von sozialem Kapital oder sozialer Kohäsion hervorgehoben, so steckt jedoch meist ein Grundgedanke dahinter, nämlich der, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen und andere soziale Faktoren nicht nur die individuellen Lebensumstände bestimmen, sondern auch die gesamtgesellschaftlichen Vorgänge und die sozioökonomische Entwicklung eines Landes beeinflussen.

¹⁶ Vgl. Svendsen/Svendsen, 2004: 95ff. Menschen organisieren sich in Gruppen, auch wenn der Netto-Nutzen für das Individuum negativ ist. Da dieses Phänomen nicht mit rein ökonomischen Theorien erklärt werden kann, bestehe eine Lücke in der ökonomischen Literatur und somit ein Bedarf an einem sozioökonomischen Ansatz, welcher den Produktionsfaktor soziales Kapital berücksichtigt.

¹⁷ Vgl. Becker/Murphy, 2000: 9ff.: $U = U(x, y; S)$; sie argumentieren, dass der Nutzen (U) nicht nur von den konsumierten Gütern und Dienstleistungen (x, y) abhängt, sondern auch von sozialen Einflüssen bestimmt wird. Soziales Kapital (S) stellt bei Becker/ Murphy eine endogene Variable dar und nicht wie traditionellerweise angenommen eine exogene; das bedeutet, dass eine Änderung in S nicht die Nutzenfunktion verschiebt, sondern die Höhe des Nutzens direkt beeinflusst. Der Nutzen von Drogenkonsum, Bowling gehen, dem Besitz einer Rolex etc. hängt wesentlich davon ab, ob Freunde und Nachbarn ebenfalls Drogen nehmen, Bowling gehen oder eine Rolex besitzen. Becker/ Murphy gehen davon aus, dass in vielen Fällen soziales Kapital direkt die Kauf- und Konsumpräferenzen beeinflusst.

Wissenschaftliche Beiträge zu sozialem Kapital befassen sich mit humaner Realität, d.h. dem Zusammenleben von Menschen, deren psychische und physische Gesundheit gemeinsam mit Bildung Grundvoraussetzungen für das Innovationspotential und die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft darstellen.¹⁸ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit erfolgt eine Konzentration auf ein Land der Region Lateinamerika, in welcher Armut und soziale Ungleichheit weit verbreitet sind und die Diskussion über soziales Kapital im Mittelpunkt der sozialwissenschaftlichen und –politischen Bemühungen steht.¹⁹

Ein Workshop der Weltbank im Jahr 1997 zum Thema *Social Capital – A Multifaceted Perspective*²⁰ verdeutlichte die zentrale theoretische wie praktische Bedeutung des Konzepts soziales Kapital, wengleich auch Skepsis geäußert wurde.²¹ Im Rahmen einer weiteren internationalen Konferenz 2001 in Santiago de Chile *In Search of a New Paradigm: Social Capital and Poverty Reduction in Latin America and the Caribbean* wurde die Nützlichkeit des Konzepts, sozioökonomische Phänomene besser erklären und verstehen zu können, bekräftigt.²² Ein besonderes Problem im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialem Kapital ist jedoch seine Definition und mangelnde Messbarkeit. Abgesehen davon sind nach Fukuyama (2004: 44f.) in der wissenschaftlichen Forschung zu sozialem Kapital folgende Fragen offen: „Wie/ wo konnte soziales Kapital gefördert werden?“, „Welche institutionellen Voraussetzungen sind für die Bildung von sozialem Kapital notwendig?“, „Worin besteht der Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und Korruption?“, „Ist soziales Kapital eine Voraussetzung für Demokratie?“.

Die Arbeitshypothese der Dissertation besteht in der Überlegung, dass eine Möglichkeit zur Linderung von Armut darin besteht, die soziale Integration armer Bevölkerungsgruppen zu fördern. Durch ein Beziehungsnetzwerk haben ein Individuum und seine Familie einen besseren Zugang zu Informationen – wie beispielsweise über Erwerbschancen – und zu materieller sowie psychischer Unterstützung.

¹⁸ Hierbei sei angemerkt, dass soziales Kapital nur einen von vielen interdependenten Faktoren darstellt, die Armut beeinflussen. Andere Determinanten wie physisches Kapital (Sach- und Geldkapital), Humankapital (Bildung, Gesundheit), die rechtliche Infrastruktur (sichere Eigentumsrechte, Vertrauen in die Judikatur, *rule of law*) die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie das kulturelle, politische oder ökologische Umfeld spielen eine ebenso große Rolle und sollen deshalb so gut wie im Rahmen einer einzelnen Arbeit möglich mit berücksichtigt werden.

¹⁹ Vgl. Atria u.a. [Hrsg.], 2004; Arriagada [Hrsg.], 2005; Arriagada, 2006.

²⁰ Vgl. Dasgupta/Serageldin [Hrsg.], 2000.

²¹ Vgl. Solow, 2000: 6ff.; Arrow, 2000.

²² Vgl. Atria u.a. [Hrsg.], 2004: 11.

Außerdem kann durch soziale Integration und die Verbesserung des Zusammenhalts innerhalb einer territorialen Einheit (z.B. einer armen Wohngegend, eines Dorfes etc.) dazu führen, dass Probleme gemeinsam gelöst werden und somit im Idealfall die Lebensumstände für alle verbessert werden. Die Dissertation möchte einen Beitrag zur Diskussion über soziales Kapital leisten, indem sie sich auf sozialpolitische Maßnahmen konzentriert, welche die Bildung von sozialem Kapital begünstigen.

Die untersuchungsleitende Frage lautet:

In welcher Hinsicht kann soziales Kapital
als Mittel zur Bekämpfung von Armut gefördert werden?

Die Dissertation konzentriert sich demnach auf den Aspekt der Förderung der sozialen Beziehungen als Mittel zur Linderung von Armut, d.h. ob und wie die sozialen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft von Seiten des Staates gefördert werden können. Oder anders ausgedrückt: Welche sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration armer Bevölkerungsschichten können einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Einkommenssituation leisten?

Im Rahmen eines sozioökonomischen Forschungsansatzes wird ein Land als Beispiel herangezogen, um hinsichtlich der Fragestellung eine umfassende, d.h. unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kontextes, aber auch in die Tiefe gehende Analyse eines sozioökonomischen Problems durchführen zu können. Der deduktiven Vorgehensweise im Theorieteil der Arbeit wird eine induktive gegenübergestellt. Ernst genommen schließt das Argument der notwendigen Berücksichtigung des Kontextes eine Verallgemeinerung der Erfahrungen eines Landes auf andere aus. Aus diesem Grund besteht das Hauptanliegen der Dissertation darin, anhand eines konkreten Beispiels auf die Bedeutung der Analyse der sozialen Einflussfaktoren als Voraussetzung für die Lösung von wirtschaftlichen Fragestellungen und darauf aufbauende Konzeptionen von Politikmaßnahmen aufmerksam zu machen.²³

²³ Auch in Anlehnung an die Anregung von Bowles u.a. [Hrsg.], 2006b, eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu schaffen. Nach Becker/Murphy, 2000 würden moderne Ökonomen das Individuum zu sehr losgelöst von seiner sozialen Umgebung betrachten.

1.3 Methodik und Aufbau

1.3.1 Methodologische Anmerkungen

Als erkenntnistheoretische Grundlage der Dissertation kann die „transzendente Apperzeption“ nach Immanuel Kant gesehen werden.²⁴ Diese schließt ein Verständnis mit ein, wonach Erkenntnis immer ein Produkt sowohl des Intellekts als auch der sinnlichen Erfahrung ist. Die Kategorienbildung *a priori* ist genauso wichtig wie die Erfahrung in der Wirklichkeit, um dann durch Synthese der mannigfaltigen Vorstellungen eine Erkenntnis zu ermöglichen. Die Anerkennung der aktiven Leistung des erkennenden Subjekts im Forschungsprozess bedeutet auch, dass wissenschaftliche Erkenntnis nicht nur auf die Sache an sich, sondern auch auf den Forschenden/Denkenden selbst und seinen Zeit-Raum-Kontext hinweist. Die Dissertation ist also im Zusammenhang mit den Gegebenheiten der Zeit und mit dem Erfahrungshintergrund der Autorin zu sehen.²⁵

Bei den Untersuchungsgegenständen Armut und Entwicklung von Gesellschaften handelt es sich um humane Realität, welche das Ergebnis eines Zusammenspiels von vielen verschiedenen Faktoren ist. Sie ist autopoietisch, d.h. selbstreproduzierend, komplex, heterogen, dynamisch und unberechenbar. Es können nicht alle beteiligten Faktoren und Variationen angemessen erfasst werden. Somit sind Theorien, die sich mit humaner Realität beschäftigen, mit einer Reihe von Unsicherheiten konfrontiert.²⁶ Armut ist ein komplexes soziales Phänomen, welches sich nicht monokausal erklären lässt oder einfache Lösungsmöglichkeiten besitzt. Deshalb scheint für die wissenschaftliche Analyse von Armut sowohl die Berücksichtigung von qualitativen als auch von quantitativen Ansätzen sinnvoll.

Die Methode der vorliegenden Arbeit besteht in der Verwendung eines sozioökonomischen Forschungsansatzes. Somit können sowohl qualitative als auch quantitative Elemente mit eingeschlossen werden.

²⁴ Vgl. Schüle/Reitze, 2005.

²⁵ Im Sinne einer Offenlegung des intellektuell-akademischen Hintergrundes der Autorin sei auf den Lebenslauf im Anhang verwiesen.

²⁶ Vgl. Schüle/Reitze, 2005: 211. Methodologische Uneindeutigkeit, fehlende algorithmische Reduzierbarkeit, Unabgeschlossenheit, schwierige Balance zwischen Allgemeinheit und Besonderheiten, Multiparadigmatismus, Mehrdeutigkeit, dauerhafte Begründungsproblematik, Verwendung von relativ unscharf definierten Begriffen, offene Grammatik.

Der gesamtgesellschaftliche Kontext, darunter die wirtschaftliche Entwicklung sowie die vorhandenen Machtstrukturen, sind für die Erklärung von Armut ebenso entscheidend wie die getroffenen sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Fähigkeiten und Ressourcen der einzelnen Menschen. Eine interdisziplinäre historische polit-ökonomische Analyse – durch Rückgriff auf Expertenliteratur in den verschiedenen Bereichen – bietet die Möglichkeit, den Kontext der zu untersuchenden sozialpolitischen Maßnahmen ebenso zu berücksichtigen wie die Gestaltung der Maßnahmen selbst. Die theoretische Auseinandersetzung mit humaner Realität zielt darauf ab, die Erkenntnis bestimmter Regelmäßigkeiten und typischer Muster hervorzubringen. Die Konsequenzen, die sich daraus für die Praxis ergeben, sind politisch. Da es keine eindeutigen Lösungen gibt, müssen Entscheidungen darüber getroffen werden, welche Alternativen gewählt werden und welches Ziel wie erreicht werden soll (Schülein/Reitze, 2005: 209).

Die Trennung der Disziplinen innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften hat eine Vertiefung in den einzelnen Teilen ermöglicht, allerdings ergibt sich dadurch eine Vernachlässigung des Zusammenführens der verschiedenen Erkenntnisse. Theoretische Konzepte, welche von den sehr stark vereinfachten Grundannahmen über menschliche Verhaltensweisen wie jene eines *homo oeconomicus* oder eines *homo sociologicus* ausgehen, beleuchten gewisse Aspekte, kommen aber über einseitige Erkenntnisse nicht hinaus, denn in Wirklichkeit handeln Menschen weder vollkommen rational noch rein emotional (Bürgenmeier, 1995: 88ff.).²⁷ Auch wenn eine ganzheitliche Herangehensweise genauso ihre Nachteile aufweist, welche in der Unmöglichkeit begründet liegen, alle Einflussfaktoren zu erfassen, stellt sie eine möglichst praxisnahe Analyseweise dar.

Das methodische Vorgehen beruht auf einer theoretischen Arbeit als Basis für die empirische Untersuchung, welche auf Gesprächen mit chilenischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern und Beamten im Sozialbereich vor Ort, der Aufarbeitung der wissenschaftlichen Literatur sowie einer Sekundärdatenanalyse aufbaut.²⁸ Als Datengrundlage dienen die (chilenische) sozialwissenschaftliche Literatur sowie staatliche Dokumente und Veröffentlichungen im Internet, Statistikmaterial nationaler und internationaler Einrichtungen sowie sozialpolitische Evaluierungen der chilenischen Verwaltung.

²⁷ Vgl. dazu z.B. Simon, 1993. Der Gedanke der begrenzten Rationalität findet sich auch in der Institutionenökonomie wieder.

²⁸ Vgl. Gesprächsauflistung im Anhang.

Leitende Prinzipien der Dissertation sind die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse, Transparenz und Verständlichkeit. Es wurde versucht, eine möglichst objektive und distanzierte Haltung zum Untersuchungsgegenstand sowie bei der Auswahl der Sekundärdaten/Literatur einzunehmen. Eine besondere Schwierigkeit der Dissertation ergibt sich aus den in Theorie und Praxis umstrittenen Definitionen und der mangelnden Messbarkeit abstrakter Konzepte wie soziales Kapital. Aus diesem Grund wurde darauf Wert gelegt, diese Begriffe für die Zwecke der Dissertation klar darzustellen.

1.3.2 Länderspezifische Analyse zu Chile

Die Wirtschaftspolitik in Lateinamerika war lange Zeit durch den so genannten Washingtoner Consensus bestimmt (Schweickert/Thiele, 2004: 4ff.), durch welchen strukturelle Reformen in Lateinamerika vorangetrieben und messbar gemacht werden sollten. Die vier Eckpfeiler umfassten makroökonomische Stabilität, Öffnung der Wirtschaft nach außen, Liberalisierung der Kapitalmärkte und Privatisierung sowie Deregulierung. Fukuyama (2004: 34) stellt angesichts der nach wie vor gravierenden Armut und Ungleichheit in Lateinamerika fest, dass die Reformmaßnahmen des Washingtoner Consensus nicht falsch, sondern nur unvollständig durchdacht waren. Die Voraussetzungen zur Implementierung der Liberalisierungspolitiken, nämlich kompetente und effektive staatliche Strukturen seien nicht gegeben gewesen, ebenso wenig wie die kulturelle Disposition.

Angesichts der Verschlechterung der sozialen Situation in vielen lateinamerikanischen Staaten kam es mit Beginn der 1990er Jahre dann auch zu einer Neuausrichtung der entwicklungspolitischen Agenda. Staatliche Investitionen zur Reduktion von Armut sowie die Konzeption einer gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie, welche von einer strukturellen Interdependenz aller die Unterentwicklung und Armut bestimmenden Faktoren ausgeht und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen integriert, wurden zunehmend als wesentlich für die sozioökonomische Entwicklung Lateinamerikas anerkannt (Sottoli, 1999: 142f.). Nicht zuletzt aufgrund der sozialen Situation, welche sich durch weit verbreitete Armut auf der einen Seite und eine sehr hohe Konzentration von Macht und Reichtum auf der anderen Seite charakterisiert,²⁹

²⁹ Vgl. World Development Indicators 2005, [14.01.2007]. In den meisten Ländern Lateinamerikas lebt ein großer Teil der Bevölkerung in Armut, während ein kleiner Prozentsatz über den Großteil des Einkommens verfügt.

nimmt die Betonung der Bedeutung von sozialer Kohäsion und volkswirtschaftlichem Wachstum einen großen Raum in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit Entwicklungsstrategien für Lateinamerika ein.³⁰ Raczynski (1995b: 4) weist darauf hin, dass die Institutionen und Programme zur Armutsbekämpfung in Lateinamerika von Land zu Land unterschiedlich sind.

Chile hat sich während der vergangenen Jahre insgesamt sehr positiv entwickelt³¹ und wurde als Analyseobjekt für die vorliegende Arbeit ausgewählt. Ausgangspunkt für die Zwecke der Dissertation sind die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen im Jahr 2006. Seit 1990 konnte die Armut in Chile von 38,6% (5 Mio. Menschen) auf 13,7% (2,2 Mio. Menschen) reduziert werden (MIDEPLAN, 2007a). Die Qualität der politischen Institutionen wird für Chile gemeinsam mit Costa Rica und Uruguay im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern ebenfalls als besonders positiv bewertet. Nach Schweickert/Thiele (2004: 20) könnten die politischen Institutionen in Chile mit Industrienationen wie Frankreich oder Japan verglichen werden. Wie im Rahmen der Institutionenökonomie davon ausgehend, dass die Qualität der politischen Institutionen entscheidend für die Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen ist, soll die Beantwortung der Forschungsfrage anhand einer näheren Betrachtung der in Chile getroffenen Maßnahmen zur Förderung von sozialem Kapital erfolgen.

Raczynski (1995b: 19) stellt in ihrer Analyse von Strategien zur Bekämpfung von Armut in Lateinamerika fest, dass Chile im Vergleich zu Argentinien, Brasilien und Costa Rica noch am ehesten eine umfassende Strategie vorweisen kann und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen gleichermaßen berücksichtigt. Chile weist insgesamt eine lange Tradition sozialpolitischer Bemühungen zur Linderung von Armut auf – jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten je nach politischem Regime. Hauptgrund für die Wahl Chiles ist weiters die Tatsache, dass hier Anfang der 1990er Jahre ein Fonds für Solidarität und soziale Investitionen (FOSIS) eingeführt wurde, welcher zugleich dem Grundgedanken des Konzepts soziales Kapital entspricht. Gemeinsames Ziel der im Rahmen dieses Fonds getroffenen Maßnahmen war die Hilfe zur Selbsthilfe für ganze Gruppen im Gegensatz zu einzelnen Individuen und die Förderung von Gemeinschaft.

³⁰ Soziale Kohäsion stand sowohl beim EU-Lateinamerika-Gipfel 2004 in Guadalajara (Mexiko) als auch beim EU-Lateinamerika-Gipfel 2006 in Wien und im Rahmen einer hochrangigen Konferenz in Brüssel 2006 „Promoting Social Cohesion: the EU and the LAC Experiences“ im Vordergrund der Diskussionen.

³¹ Vgl. Schweickert/Thiele, 2004: 28-30; Der Fischer Weltalmanach 2007, 2006: 522ff.; Kapstein, 2003: 62f.; Lederman, 2005: 93 und Cecchini/Uthoff, 2007.

Mit dem Übergang von der Militärdiktatur zu einem demokratischen System wurde in Chile die staatliche Politik neu ausgerichtet. Die Priorität wurde nunmehr in der Reduktion von Armut gesehen, was durch eine Verbesserung der Bildungsqualität und gleichem Zugang für alle, die Förderung von Mikro- und Kleinunternehmen, die Verbesserung von Wohnzuständen und gemeinschaftlicher Infrastruktur sowie durch eine effizientere Gestaltung der staatlichen Gesundheitsausgaben mit höherer Qualität auch für die Ärmsten erfolgen sollte (Raczynski, 1995a: 214ff.).

Die Dissertation möchte einen Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung von sozialen Faktoren im Zusammenhang mit Armut und für die wirtschaftliche Entwicklung leisten. Mit besonderem Augenmerk auf die Situation in Chile nach 1990 folgt eine interdisziplinäre Analyse möglicher sozialpolitischer Maßnahmen zur Reduktion von Armut anhand eines gesamtgesellschaftlichen, soziologischen Zugangs.

1.3.3 Aufbau der Arbeit

Den Vorschlägen für einen sozioökonomischen Forschungsansatz entsprechend beinhaltet die Dissertation vier Elemente (Theorie, Statistik, Geschichte und Soziologie), welche jedoch nicht als von einander unabhängig gesehen werden können.³² Der Hauptteil der Dissertation besteht aus einem theoretischen und einem empirischen Teil. Nach der theoretischen Erörterung der Forschungsfrage sowie der Analyse der Erfahrungen Chiles soll in Form einer Synthese der Ergebnisse Aussagen zu ihrer Beantwortung getroffen werden.

Kapitel 2 Armut, soziales Kapital und die Rolle des Staates beginnt mit einer Darstellung des Begriffsverständnisses und Relationierung von Armut und sozialem Kapital und bietet einen theoretischen Erklärungsansatz für die Bedeutung von sozialer Infrastruktur im Zusammenhang mit der Förderung von sozialem Kapital an. Kapitel 3 Armut, soziales Kapital und die Erfahrungen Chiles beinhaltet die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen in Chile. Das erste Unterkapitel Statistische Größenordnungen gibt einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren. Im Rahmen des zweiten Unterkapitels Der historisch-gesellschaftliche Kontext der sozialen Beziehungen in Chile werden im Dreieck zwischen Markt, Staat und Gesellschaft die Voraussetzungen für die Möglichkeit von sozialem Kapital in Chile dargestellt.

³² Vgl. Althaler [Hrsg.], 1995.

Das Kapitel Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in Chile beinhaltet die Analyse der alten und neuen Schwerpunkte der staatlichen Sozialpolitik sowie die Präsentation ausgewählter Sozialprogramme zur Förderung der sozialen Integration armer Bevölkerungsgruppen.

Die Trennung zwischen Theorie und Empirie kann aufgrund der Interdependenz nicht als strikt betrachtet werden. Die Absicht bestand darin, im ersten Teil theoretische (welche auch empirische beinhalten) Erkenntnisse heranzuziehen, die nicht spezifisch Chile betreffen und im zweiten Teil eine Analyse der sozialen Realität in Chile als paradigmatische Fallstudie anzubieten. Die interdisziplinäre Vorgehensweise soll eine umfassende Erörterung der Fragestellung unter gleichzeitiger Aufarbeitung der bestehenden sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse ermöglichen. Im letzten Teil der Arbeit Strategien zur Reduktion von Armut erfolgen abschließend eine Synthese der theoretischen und empirischen Vorstellungen zu einer Erkenntnis und die Beantwortung der Forschungsfrage.

2 Armut, soziales Kapital und die Rolle des Staates

Ziel des vorliegenden Abschnitts ist die theoretische Erörterung der aufgeworfenen Fragestellung, nämlich in welcher Hinsicht soziales Kapital ein Mittel zur Bekämpfung von Armut darstellt und wie dieses von staatlicher Seite gefördert werden kann. Hierzu wird unter Bezugnahme auf ausgewählte Theoriekonzepte und themenspezifische, wissenschaftliche Literatur untersucht, was mögliche sozialpolitische Maßnahmen sein und wie sie umgesetzt werden können.

2.1 Theoretische Ansätze und Begriffsbestimmung zum Thema Armut

2.1.1 Armut und Ungleichheit

Armut als wissenschaftliches Untersuchungsobjekt grenzt sich von ähnlichen Konzepten und Begriffen vor allem dadurch ab, dass es sowohl absolut aber auch relativ gesehen um jene Bevölkerungsteile geht, welche aufgrund ihres geringen Einkommens unter existenzbedrohenden materiellen oder immateriellen Entbehrungen leiden. Armut kann auf einer Nicht-Erfüllung grundlegender Bedürfnisse wie Nahrung und einem angemessenen Obdach oder auf einer relativen Deprivation im Vergleich zu anderen Gesellschaftsmitgliedern beruhen, immaterielle Dimensionen wie soziale Ausgrenzung und Beschäftigungsmangel umfassen, objektiv oder subjektiv gegeben, temporär oder ein dauerhafter Zustand sein. Je nach dem zugrunde liegenden Armutsverständnis umfasst der Begriff Armut eine Dimension der materiellen Not und/oder die soziale Position der Betroffenen.

Von Armut begrifflich zu unterscheiden ist Ungleichheit; ein Konzept, welches alle Bevölkerungsschichten umfasst und die ungleiche Verteilung von Einkommen und die daraus resultierenden Ungleichheiten in der sozialen Positionierung, bezüglich des möglichen Lebensstandards und den Chancen zur Selbsterhaltung und –verwirklichung zum Gegenstand hat. In der vorliegenden Arbeit wird unter Ungleichheit in einer Gesellschaft in Anlehnung an die Ausführungen in „Equity and Development“ (World Bank, 2005) das Bestehen einer gravierend ungleichen Einkommens- und Vermögenssituation verstanden, wodurch die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten eines (unter Umständen großen) Teils der Bevölkerung durch die ungleich schwierigeren

Ausgangsbedingungen stark eingeschränkt sind. Zwischen Armut und Ungleichheit besteht ein enger Zusammenhang, weil jene Menschen, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, unabhängig von der Beschaffenheit der Gesamtverteilung immer sozial benachteiligt sind, vor allem wenn das gesellschaftliche System keine ausgleichenden Startmöglichkeiten gewährleistet.¹ Die Verfügbarkeit von Einkommen und Vermögen ist ein entscheidender Parameter für den individuellen Lebensstandard und bestimmt die sozialen Teilhabe- und Verwirklichungschancen eines Menschen (Boeckh, 2008).

Grundsätzlich ist zu unterscheiden, ob Armut aus der Sicht der Betroffenen betrachtet wird oder aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive (eine anonyme Statistik reicht in diesem Fall aus). Die Quantifizierung von Armut hängt dabei eng mit dem verwendeten Armutsbegriff zusammen. Armut kann basierend auf einer liberalen, vom Freiheitsgedanken dominierten Staatsauffassung als ein Mangel an Freiheit und Verwirklichungschancen (Rawls, Sen) begriffen werden oder aber wie im Rahmen des Lebenslagenkonzepts (Neurath, Grelling, Weisser, Nahnsen) nicht auf den Handlungsspielräumen beruhen, sondern auf der tatsächlichen, aktuellen Lage der Menschen betreffend Ernährung, Kleidung, Gesundheit oder die Wohnsituation. In der wissenschaftlichen Literatur wird zunehmend Amartya Sens *Capability Approach*² zur Analyse von Armut herangezogen, in der politischen Praxis erfolgt die Bestimmung von Armut angesichts der Probleme der Messbarkeit bei einem komplexen Armutsverständnis jedoch meist anhand von Einkommensgrenzen. Die Festlegung dieser ist deshalb nicht werturteilsfrei. Auch ein an Einkommen und Vermögen anknüpfender Armutsbegriff enthält subjektive Wertungen, wie bei der Wahl des Durchschnittseinkommens als Bezugspunkt, der Wahl des Prozentsatzes, um den die Einkommensarmutsgrenze unter dem Durchschnitt liegen soll oder bei der Bestimmung der Haushaltsgröße.³ Was Armut genau bedeutet, hängt vom jeweiligen Armutsverständnis ab, ist somit nicht eindeutig definierbar und für jede Gesellschaft einzeln zu bestimmen. Dadurch ergeben sich auch Probleme bei der internationalen Vergleichbarkeit.

¹ Abgesehen davon besteht ein Zusammenhang, den unter anderem Keynes aufzeigte; wenn aufgrund einer gravierenden Schiefelage der Einkommensverteilung das Marktsystem versagt, wovon die Ärmsten am stärksten betroffen sind; vgl. dazu Eißel, 2008.

² Armut wird unter diesem Ansatz als ein komplexes Phänomen verstanden, welches nicht nur eine monetäre Dimension aufweist, sondern auch die individuellen Fähigkeiten, Verwirklichungschancen und die Freiheiten umfasst, die das soziale Umfeld bieten sollte: life; bodily health; bodily integrity; senses, imagination and thought; emotions; practical reason; affiliation; concern for other species; play and control over one's environment; vgl. Sen, 1999; Nussbaum/Sen [Hrsg.], 1993; Robeyns, 2006; Clark, 2005 und Alkire, 2007.

³ Vgl. Hauser, 2008.

Für die Debatte über Armut im globalen Kontext bilden die Daten der Weltbank die meist verwendete Ausgangsbasis. Nach der Einkommensdefinition der Weltbank lebt nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut und jeder sechste Mensch in extremer Armut, wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Zahl der extrem Armen noch höher ist (Eberlei, 2008: 590). Die Armutsdebatte in den Entwicklungsländern geht oft von einem mehrdimensionalen Konzept aus, wobei sieben Dimensionen unterschieden werden: wirtschaftlich (Einkommen, Besitz), menschlich (Ernährung, Gesundheit, Bildung), soziokulturell (Würde, Ansehen, Gemeinschaft), politisch (Einfluss auf politische Entscheidungen), Schutz vor Gewalt und Existenzbedrohungen sowie die Querschnittsdimensionen Geschlechtergerechtigkeit und Umwelt (OECD, 2001).

Insgesamt sollte bei dem Verständnis von Armut dort angesetzt werden, wie die Armen selbst den Zustand von Armut erleben: als Mangel an materiellen Dingen, an Arbeit, Wohnung, Kleidung, ein Leben in einer ungesunden, verschmutzten, gefährlichen und häufig von Gewalt geprägten Umgebung, Machtlosigkeit und tägliche, existentielle Sorgen und Angst vor der Zukunft (World Bank, 2000a). Das Problem dabei besteht darin, dass eine aussagekräftige statistische Datenerhebung in der Form noch nicht vorliegt. Deshalb wird bei internationalen Vergleichen weiterhin auf den Indikator Einkommen (Pro-Kopf-BIP) zurückgegriffen, welcher jedoch nur einen Durchschnittswert darstellt.⁴

ANSÄTZE DER BEGRIFFSBESTIMMUNG	
Absolute Armut: physisches Existenzminimum als Maßstab	
Relative Armut: gesellschaftliche Mindeststandards	
→	Mangel an Freiheit und Verwirklichungschancen
	Lebenslagenkonzept: Armut als Abbild des Versorgungsniveaus in unterschiedlichen Lebensbereichen (Einkommen, Bildung, Gesundheit, Wohnen etc.)
	Ressourcenkonzepte: verfügbares Einkommen, verschiedene Kapitalformen (finanziell, sozial, kulturell etc.)

Tabelle 1: Konzeptionen zur Erfassung von Armut⁵

⁴ Vgl. Eberlei, 2008.

⁵ Quelle: modifiziert übernommen aus Boeckh, 2008: 289.

2.1.2 Gesellschaftlicher Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung und der Staat

Gedankliche Konstrukte wie Markt, Staat und Gesellschaft bildeten sich erst mit der Entdeckung der „Wirtschaft“ – verstanden als soziale Praxis der Menschheit, welche auf Bedarfsdeckung, Austausch und Erwerb gerichtet ist – nicht im Sinne der Hauswirtschaft oder Fürstenwirtschaft, sondern als Beziehungsgefüge von territorialstaatlichem Umfang heraus, was sich durch die Zentralisierung der Herrschaft in Europa ab dem 17. Jahrhundert ergab (Mikl-Horke, 2008: 14ff.).⁶

Wobei von einer Interdependenz zwischen gesellschaftspolitischem Denken und – Handeln auszugehen ist, wurde mit der Entstehung der Nationalstaaten zunehmend dem Staat die Aufgabe zugeschrieben, für das Gemeinwohl zu sorgen.⁷ Was das Gemeinwohl ist und wie es erreicht werden kann, steht im Zusammenhang mit den vorherrschenden Denk- und Wertehaltungen in der jeweiligen Gesellschaft zur jeweiligen Zeit. Eine Möglichkeit besteht wie für Jeremy Bentham (1748-1832) darin, dass größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl anzustreben. Jean Jacques Rousseau (1712-1778) beispielsweise sah in einseitigem Reichtum und gesellschaftlicher Ungleichheit eine Gefährdung des sozialen Friedens und der Freiheit, wodurch sich die Notwendigkeit der Umverteilung (ohne Eingriff in das Eigentumsrecht) durch das Steuersystem und die Schaffung von gleichen Bildungschancen für alle als Voraussetzung für die Vermeidung von Armut ergeben würde. Auch Jean Charles Léonard Simonde de Sismondi (1773-1842) und John Maynard Keynes (1883-1946) hielten die Verteilungsfrage für zentral zur Erhaltung eines marktwirtschaftlichen Systems (Eißel, 2008: 60f.) und des Gemeinwohls.

Adam Smith (1723-1790) legte in *The Wealth of Nations* (1776), einem Grundlagenwerk der Nationalökonomie, dar, dass staatliche Gesellschaftseingriffe zielverfehlend sein können, da es Staatsmännern oder auch kollektiven Organen unmöglich sei zu wissen, wie der Einzelne seine Freiheit und sein Wohl bestmöglich verwirklicht.

⁶ Zur Entwicklung der menschlichen Vorstellungen und Rechtfertigungen für Armut, Reichtum, Bereicherungsstreben oder die Aufgabe des Staates im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung; vgl. z.B. Mikl-Horke, 1999.

⁷ Wie auch im Rahmen der Staatsphilosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770-1831), der den Staat als die „Verkörperung der Vernunft“ sah; vgl. Hegel, 1981.

Gleichzeitig schlägt Smith zur Förderung des Wohlstandes einer Nation eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen vor und argumentiert folgendermaßen.⁸ Das Wachstum und der Wohlstand einer Gesellschaft hängen von drei Faktoren ab: qualifizierter Arbeit (Humankapital), Sachkapital sowie Wirtschaftsfreiheit, welche durch rechtsstaatliche Regeln gewährleistet wird.⁹ Denn unter anderem müsse „diejenige Ausübung der natürlichen Freiheit einiger weniger, welche die Sicherheit der ganzen Gesellschaft gefährden könnte, [...] von den Rechtsordnungen aller Staaten verhindert werden“ (Smith, 2005: 357). Smith ging davon aus, dass entsprechende Rahmenbedingungen von staatlicher Seite zu schaffen sind, insbesondere Institutionen zum Schutz vor Gewalttaten (Landesverteidigung), zum Schutz vor Unrecht und Unterdrückung (Rechtspflege) sowie öffentliche Einrichtungen zur Verbesserung von Handel und Verkehr und solche zur Förderung der Volksbildung (Smith, 2005: 673ff.). Für ihn war evident, dass für das Funktionieren einer Marktwirtschaft qualifizierte Arbeit, im weiteren Sinne also leistungsfähige Menschen, einen wesentlichen Produktionsfaktor darstellt.

Die Durchsetzung der Vorstellung von der modernen Wirtschaft als Marktwirtschaft und die Verbindung zwischen individuellem Eigennutzstreben und gesellschaftlichem Wohlstand durch die klassische Ökonomie beeinflusste die Weltwirtschaftsordnung bis heute. Seit daher ist es möglich, Gemeinwohl mit dem „Wohl der Wirtschaft“ zu identifizieren (Mikl-Horke, 2008: 19). Die Abhängigkeit des gesellschaftlichen Wohlergehens von der wirtschaftlichen Entwicklung (meist gemessen am Wirtschaftswachstum) ergibt sich nicht nur aus den Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Beeinflussung der Wahrnehmung der Wirtschaftsakteure, sondern auch aufgrund der notwendigen Finanzierungsquellen für gesellschaftspolitische Ausgaben. Müller-Armack (1901-1978), der das international vorherrschende Konzept der sozialen Marktwirtschaft prägte, sieht in der Marktwirtschaft aufgrund der höheren Effizienz und Ergiebigkeit einen sozialpolitischen Gewinn für alle; staatlicher Handlungsbedarf bestünde jedoch bei wachsender Ungleichheit (Eißel, 2008: 61f.).

⁸ Vgl. Streissler [Hrsg.], 2005: 2ff.

⁹ Wirtschaftstheoretisch neu ist an seinem Werk nicht der Gedanke der unsichtbaren Hand, sondern der des Wachstums und der Vorstellung des Kapitals als Produktionsfaktor, insbesondere auch des Humankapitals; vgl. Streissler [Hrsg.], 2005.

Da jede Form des staatlichen Eingriffs und der Umverteilung nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die entsprechenden finanziellen Mittel erfordert, ist das „Wohl der Wirtschaft“ und die daraus resultierenden Steuereinnahmen in einem System der sozialen Marktwirtschaft tatsächlich für das Gemeinwohl im Sinne von gesellschaftlichem Wohlstand – angemessene Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten und somit ein von Existenzängsten freies Leben für alle – entscheidend.

In der ökonomischen Theorie mit Bezug auf den Zusammenhang zwischen Armut, Ungleichheit und Wirtschaftswachstum und der Rolle des Staates gibt es nach wie vor zwei gegensätzliche Positionen. Erstens, Armut und Ungleichheit werden als Hemmnis von Leistungsbereitschaft und –fähigkeit angesehen und gefährden somit das Funktionieren des Wirtschaftssystems durch die Störung des sozialen Friedens und aufgrund der fehlenden Teilhabemöglichkeiten der Armen. Staatliche Eingriffe wären demnach notwendig, um die Akzeptanz des Wirtschaftssystems und um *empowerment* als Voraussetzung für Wachstum zu gewährleisten. Im Gegensatz dazu wird im Rahmen marktradikaler Positionen von einer höheren Motivation der Armen durch Ungleichheit ausgegangen, um den Lebensstandard der Reichen zu erlangen. Die Aufgabe des Staates würde darin bestehen, sich abgesehen von der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (Schutz des Eigentums und des Wettbewerbs) so weit wie möglich herauszuhalten, da ein „Versorgungsstaat“ soziale Untertanen erzeugen würde und die Tüchtigen durch höhere Steuerabgaben bestraft.¹⁰

Dass gesellschaftliche Normen und Werte, aber vor allem auch das wissenschaftlich-institutionalisierte Wirtschaftsdenken das Wirtschaftshandeln beeinflussten, zeigt sich nicht nur am Beispiel Chiles, wo beide Positionen zu unterschiedlichen Zeiten in die Praxis umgesetzt wurden (siehe dazu Kapitel 3). Das hohe Niveau an sozialer Ungleichheit wird dort als ein Hindernis für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung angesehen (Reinecke, 2001: 15f.).

¹⁰ Die Begründung für die Uneinigkeit kann als Gegensatz unterschiedlicher Menschenbilder gesehen werden, was sich bis zu den Anfängen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zurückverfolgen lässt. Adam Smith und John Stuart Mill vertraten einen Wirtschaftsliberalismus mit gewissen Einschränkungen; zu den marktradikalen Befürwortern von Ungleichheit zählen vor allem Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Auf der anderen Seite wiesen z.B. Platon, Jean Jacques Rousseau, Sismondi, Keynes, Müller-Armack und John Rawls auf die Gefahren von Armut und Ungleichheit für das Gesamtsystem und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für staatliche Interventionen hin; vgl. Eißel, 2008.

In der Entwicklungsökonomie (vgl. z.B. Todaro, 2000) und auf globalem Niveau besteht heute ein Konsens, wonach bestimmte Eingriffe des Staates, privater Akteure oder der internationalen Gemeinschaft notwendig sind.¹¹ Dazu gehören zumindest Maßnahmen zur Beseitigung von extremer Armut und Hunger, eine universelle Grundschulausbildung für alle Kinder, Geschlechtergerechtigkeit, Reduktion von Kindersterblichkeit, Maßnahmen für den Mutterschutz, die Bekämpfung von HIV/AIDS und anderer Krankheiten, Nachhaltigkeit der Umwelt und eine globale Partnerschaft in Entwicklungsfragen.¹²

Da Armut viele Ursachen haben kann und von Land zu Land unterschiedliche Formen und Besonderheiten annimmt, wird allerdings zunehmend auf länderspezifische Strategien (die so genannten *Poverty Reduction Strategies*) zurückgegriffen.¹³ Obwohl die Chancen auf Beseitigung der extremsten Formen von Armut gestiegen sind und seit Anfang der 1990er Jahre eine Trendwende in Richtung eines Rückgangs der absoluten Anzahl von extrem armen Menschen zu verzeichnen ist – was vor allem auf Erfolge in China, Südostasien und Lateinamerika zurückzuführen ist, aber nicht für Afrika südlich der Sahara gilt – gibt es nach wie vor Schwierigkeiten bei der Umsetzung; etwa wenn patrimoniale Herrschaftsstrukturen vorherrschen, mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten bestehen oder kontraproduktive Effekte ökonomischer Globalisierung auftreten (Eberlei, 2008).

2.1.3 Erklärungsansätze für die Persistenz von Armut

Trotz der nationalen und internationalen Bemühungen, Armut zu reduzieren, besteht diese nach wie vor in vielen Teilen der Welt. Armutstheorien, welche Armut anhand von Leistungs- und Antriebsmangel erklären (wie das *achievement model of income determination* nach Horatio Alger) sowie der Konvergenztheorie zum Mittelmaß werden zunehmend Erklärungsansätze entgegen gestellt, die sich mit Armutsfallen beschäftigen (Bowles u.a., 2006a). Ökonomische und soziologische Modelle zur Erklärung des hartnäckigen Bestands von Armut in den verschiedensten Gesellschaften gehen in drei Richtungen: Nicht-Erreichung einer kritischen Schwelle an Wohlstand oder Humankapital, mangelhafte Institutionen und Nachbarschaftseffekte.

¹¹ Die größte private Plattform mit dem Ziel der Bekämpfung von Armut ist Global Call to Action Against Poverty, [15.05.2008].

¹² Vgl. Millennium Development Goals, [15.05.2008].

¹³ Vgl. Poverty Reduction Strategies, [10.05.2008].

2.1.3.1 Kritische Schwellentheorie¹⁴

Ein Erklärungsansatz für Armut besteht darin, dass die individuelle Überschreitung eines bestimmten Maßes an Humankapital (Bildung und Gesundheit) und finanzielle Ressourcen notwendig sind, um im nationalen und internationalen Wettbewerb mithalten und der Armut entkommen zu können. Eine Armutsfalle liegt dann vor, wenn dieses Niveau aufgrund fehlender Ressourcen und Investitionsanreize nicht erreicht werden kann und sich Armut somit reproduziert. Dies kann auf Länder genauso wie auf Individuen zutreffen. Ein Beispiel wäre ein Land oder ein Produktionszweig mit einem Überangebot an unqualifizierten Arbeitnehmern, weil dadurch die Löhne und Gehälter so niedrig bleiben, dass arme Menschen nicht genug sparen können, um der Armut zu entkommen. Eine hohe kritische Schwelle besteht insbesondere dort, wo Skaleneffekte im Zusammenhang mit mangelnden Bildungsinvestitionen auftreten. Angesichts des geringen Zusatzgewinns zahlt es sich für eine Familie unter Umständen nicht aus, in höhere Bildung zu investieren.

Ein hohes Niveau an Armut sowie eine niedrige Lebenserwartung können zudem die Funktionsweise der Wirtschaft erheblich beeinflussen, weil der Investitionsgewinn niedrig oder negativ sein kann. Ein wesentlicher Grund für die Existenz von Schwelleneffekten wird in der Unvollkommenheit der Kapitalmärkte gesehen, weil arme Menschen bestehende Investitionschancen aufgrund fehlender Finanzmittel nicht nutzen können. Die Implikationen daraus wären, durch die Bereitstellung von Bildung und Kapital die kritische Schwelle zu überwinden. Dass diese Maßnahmen nicht ausreichend sind, liegt daran, dass es nicht nur um die Nutzung bestehender Investitionsmöglichkeiten geht, sondern um die kontinuierliche Schaffung neuer Chancen.

2.1.3.2 Die Rolle von Institutionen

Über die grundlegende Bedeutung von Werten, Normen und Institutionen im Zusammenhang mit Entwicklungsfragen gibt es in der ökonomischen Literatur einen breiten Konsens.

¹⁴ Vgl. Azariadis, 2006.

Dies spiegelt sich nicht nur in einer eigenen Forschungsrichtung, der Neuen Institutionenökonomie,¹⁵ wider, sondern fand auch schon in der historischen Nationalökonomie bei John R. Commons und Thorstein B. Veblen, aber auch in der neoklassischen Ökonomie wie bei Alfred Marshall oder Carl Menger Beachtung (Mikl-Horke, 2008: 102f.). Ungeklärt ist jedoch, welche Institutionen für die Entwicklung einer Wirtschaft förderlich sind und welche einen Fortschritt behindern. Engerman/Sokoloff (2006) untersuchten deshalb, warum manche ehemalige europäische Kolonien wie die USA und Kanada heute zu den reichsten Ländern der Welt zählen und manche zu den ärmsten, wie einige Länder in Lateinamerika. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass in jenen Kolonien, wo die Produktionsverhältnisse von Anfang an große Ungleichverhältnisse der Einkommen bewirkten, sich auch entsprechende Institutionen herausbildeten, die Ungleichheit reproduzierten. Dadurch würde sich die These bestätigen, wonach die Ausgangssituation in Form von breiten Zugangsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten wie zu Bildung, Landerwerb oder Kreditaufnahme die Institutionen wesentlich mitbestimmte und somit ob ein Land heute arm oder reich ist.

Institutionen spielen deshalb eine große Rolle im Zusammenhang mit der Persistenz von Armut, weil sie als Spielregeln der Gesellschaft die Verhaltensmuster und die Disposition zu Kooperation prägen. Wenn gemeinwidriges Verhalten wie Korruption nicht sanktioniert wird, werden sich mehr Menschen korrupt verhalten. Diese Verhaltensmuster stellen ein soziales Dilemma dar und sind auch nur schwer zu durchbrechen, weil der einzelne kein Vertrauen in die Kooperation der anderen haben kann und durch sein eigenes Misstrauen das Nicht-Kooperieren manifestiert (Mehlum u.a., 2006).

Ob enge Familienbande (*kin-systems*) Armutsfallen darstellen, ist nicht eindeutig (Hoff/Sen, 2006). Auf der einen Seite können die daraus entstehenden Verpflichtungen eine Beteiligung am freien Markt behindern bzw. durch nepotistische Verhaltensweisen Ineffizienzen hervorrufen. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass diese Form der sozialen Organisation das Unternehmertum in Ostasien gefördert hat (nicht jedoch in Afrika). Bowles (2006) erkennt, dass ungleichheitsbegünstigende Institutionen über einen langen Zeitraum bestehen können, weil bei moderaten Ungleichheitssituationen die Motivation der Armen fehlt, sich aufzulehnen, und bei einer allzu gravierenden Ungleichheit zu viele Beteiligte benötigt würden, die sich nur schwer organisieren lassen.

¹⁵ Vgl. z.B. North, 2004 (urspr. 1990).

2.1.3.3 Nachbarschaftseffekte

Durlauf (2006) versucht im Rahmen seiner *membership theory of poverty* zu erklären, welchen Einfluss die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozioökonomischen Gruppe auf die Einkommenssituation eines Individuums hat. Er zeigt, wie Gruppennetzeffekte, positive Rollenmuster und andere Faktoren die Persistenz von Ungleichheit erklären können. Wenn Kindern beispielsweise das positive Beispiel der Eltern fehlt, durch höhere Bildung ein höheres Einkommen erzielen zu können, werden sie meist auch weniger Bildungsanreize haben. Somit bleibe das sozioökonomische Niveau einer Familie über Generationen konstant. Sampson/Morenoff (2006) kommen in ihren Analysen zum Großraum Chicago ebenfalls zu dem Ergebnis, dass sich die Armut besonders in jenen Nachbarschaften erhöhte, die zu Beginn des Untersuchungszeitraumes schon zu den ärmsten zählten. Die räumliche Konzentration von einkommensschwachen und sozial ausgegrenzten Haushalten kann problematische Soziallagen verfestigen, insbesondere durch die negativen Nachbarschaftseffekte, die sich in Form von Sozialisationschäden bei Kindern und Jugendlichen, versagten Bildungsmöglichkeiten und mangelnder sozialer Kontakte zu anderen Einkommenschichten bemerkbar machen (Häußermann, 2008). Daraus würden sich auch Konsequenzen für die politische Praxis ergeben, welche Ansätze der sozialen Integration beinhalten sollte. Eine Möglichkeit bestehe in Umsiedlungsprogrammen. Sobel (2006) stellt jedoch fest, dass diese Maßnahmen zwar vereinzelt wirksam, in größeren Dimensionen aber auch kontraproduktiv sein können; beispielsweise wenn reichere Familien dann die Nachbarschaft wechseln. Insgesamt schränkt er seine Erkenntnisse mit dem Hinweis darauf ein, dass die Evaluierung öffentlicher Interventionen zur Förderung der sozialen Integration mit erheblichen Messproblemen verbunden ist.

Die neue wissenschaftliche Literatur über Armutsfallen illustriert die Schwierigkeiten, die mit der Konzeption von Politikmaßnahmen zur Reduktion von Armut einhergehen. Die Diversität der verschiedenen Mechanismen wie Skaleneffekte, unvollkommene Finanzmärkte, wirtschaftliche und politische Institutionen, welche nicht funktionieren, und soziale Normen, die einer Beteiligung am freien Markt entgegenstehen, hat zur Folge, dass es keine eindeutigen Politikempfehlungen geben kann.

Auch wenn die Annahme, dass Armut in jedem Fall durch harte Arbeit überwunden werden kann, empirisch nicht haltbar ist und staatliche Interventionen in bestimmten gesellschaftlichen Situationen notwendig erscheinen, stellt sich nach wie vor die Frage nach möglichen Politikmaßnahmen (Bowles u.a., 2006a: 11).

2.1.4 Begriffsverständnis im Rahmen der vorliegenden Arbeit

Die eine Theorie über Armut gibt es nicht, sondern lediglich Versuche, die interdisziplinäre Armutsforschung zu einer multidisziplinären Armuts-Theorie weiter zu entwickeln. In der wissenschaftlichen Theorie wird zunehmend von einem komplexen Armutsverständnis ausgegangen, welches den Prozess der Entstehung benachteiligter Lebenslagen (verbunden mit dem Begriff der sozialen Ausgrenzung) umfasst (Huster u.a., 2008).

Theoretische Konzepte zum Thema Armut finden sich in so gut wie allen Teildisziplinen der Humanwissenschaften wieder, in der Philosophie, Anthropologie, Politik-, Geschichts-, Sozial- oder Wirtschaftswissenschaft. Speziell für die vorliegende Arbeit interessant ist die Tatsache, dass jene Konzepte, welche sich umfassender und mit den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten von Armut beschäftigen – wie Amartya Sens *Capability Approach* auch die Beiträge im Rahmen des Theoriekonzepts soziales Kapital – auf breites, disziplinenübergreifendes Interesse stoßen.¹⁶ Man könnte meinen, dass die intellektuelle Beschäftigung mit den sozialen Aspekten wirtschaftlichen Handelns (vgl. z.B. Granovetter, 2005) – und umgekehrt – die Ursprünge sozialwissenschaftlicher Reflektion widerspiegelt sowie das, was in der politischen Realität notwendigerweise anerkannt und praktiziert wird. Zum anderen stellt die aktuelle Diskussion gerade im Rahmen der Beiträge zu sozialem Kapital scheinbar einen Gegentrend dar – sowohl zur Trennung der Disziplinen innerhalb der Wissenschaften des menschlichen Zusammenlebens seit ihrer akademischen Etablierung sowie zu der teilweise erfolgenden Abkoppelung wissenschaftlich-theoretischer Erkenntnis von realen Wirkungszusammenhängen.

¹⁶ Nur wenige Konzepte haben ein derart breites Interesse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hervorgerufen wie derzeit das Konzept soziales Kapital und der *Capability Approach*; vgl. Comim, 2008.

Bei dem Problem Armut handelt es sich um ein komplexes soziales Phänomen, welches je nach gesellschaftlichem Kontext unterschiedliche Formen und Ursachen annehmen kann. Obwohl Armut auch andere psychologische oder soziale Dimensionen aufweist, wird in der vorliegenden Arbeit unter Armut in Anlehnung an die Vorgehensweise der Operationalisierung von Armut in Chile Einkommensarmut verstanden, die es einem Individuum und seiner Familie nicht erlaubt, ein von Existenzängsten freies Leben zu führen. Armut äußert sich beispielsweise darin, dass aufgrund des geringen Einkommens die Grundbedürfnisse nach Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnraum nicht erfüllt sind, im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft der Zugang zu diesen eingeschränkt ist bzw. dass überhaupt kein gesichertes Einkommen besteht. In Chile lag die Einkommensgrenze für absolut arme Haushalte im Jahr 2006 in der Stadt bei CLP 23.549 pro Monat und Person (~29 Euro), am Land bei CLP 18.146 (~22 Euro); als arm galten jene Haushalte, die über ein Monatseinkommen pro Kopf von CLP 47.099 (~57 Euro) in der Stadt bzw. CLP 31.756 (~39 Euro) am Land verfügten (MIDEPLAN); was angesichts der Lebenshaltungskosten vor Ort sehr wenig erscheint.

Die Dissertation möchte insbesondere einen Beitrag zu einem besseren Verständnis des Zusammenhangs zwischen Armut, sozialem Kapital und seinen Förderungsmöglichkeiten leisten. Zum einen gibt es innerhalb dieses Theorierahmens mit Fokus auf die Bedeutung der sozialen Faktoren als Ressource Ansätze, die sich speziell dem Problem Armut widmen; zum anderen hat das Konzept auch expliziten Eingang in die sozialpolitische Praxis gefunden. Die Betonung der Bedeutung sozialer Beziehungen für wirtschaftliches Handeln ist kein neuer Gedanke aber zweckdienlich, weil Armut unter Berücksichtigung des sozialen Kontextes unter einem zusätzlichen Aspekt analysiert werden kann, Dimensionen wie Teilhabe und *empowerment* beinhaltet sowie die Fähigkeit, auf lokaler Ebene Probleme gemeinsam zu lösen.¹⁷ Dabei wird von einem einkommensbezogenen Armutsverständnis ausgegangen, wonach Armut eher eine Folge von sozialen und strukturellen Ursachen ist als von individuellem Versagen (Boeckh, 2008).

¹⁷ Soziales Kapital kann unter Umständen der wichtigste Asset armer Menschen sein, so argumentiert z.B. Light, 2004. Das Konzept wurde insbesondere deshalb auch von der Weltbank aufgegriffen, vgl. Bebbington u.a., 2004. Obwohl die kommunale Armenfürsorge dem zentralen Sozialstaat geschichtlich vorgelagert ist, tritt sie jedoch immer dort wieder in Erscheinung, wo zentrale Sicherungssysteme in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind; vgl. Huster, 2008. Benz, 2008 weist auch auf die Bedeutung des Familienkontextes im Zusammenhang mit Armut hin und Häußermann, 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass die räumliche Konzentration von marginalisierten Haushalten problematische Sozillagen verfestigen kann; z.B. durch negative Nachbarschaftseffekte, Sozialisationschäden und versagte Lebenschancen bei Kindern und Jugendlichen.

2.2 Das Theoriekonzept soziales Kapital

Das in den 1980er Jahren entstandene Konzept soziales Kapital bringt einige Nachteile mit sich (z.B. Woolcock, 1998: 155ff.; Bebbington, 2003: 31): Ungewissheiten bestehen bei der Definition und der empirischen Messbarkeit, ein mehr an sozialem Kapital ist nicht unbedingt positiv¹⁸, es wird zu viel mit zu wenig erklärt, es kann konträre Politiken rechtfertigen und stellt vielleicht nur ein Schlagwort dar, welches auf alles passt, weil soziale Beziehungen in jedem wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichem Austausch eine entscheidende Rolle spielen. Die Diskussion über die Bedeutung der sozialen Beziehungen für wirtschaftliches Handeln geht bis zu den Ursprüngen der Ökonomie zurück und ist insofern nicht neu.¹⁹ Ein weiterer Vorwurf besteht darin, dass das, was manche als soziales Kapital betrachten, andere zu dessen Auswirkungen oder Voraussetzungen zählen; manche sehen es als Mikro- andere als Makrokonzept (Siles, 2003). Die Begriffsdefinitionen zu sozialem Kapital sind viel zu breit und soziales Kapital wird oft als Heilmittel für alles gesehen (Filgueira, 2003: 77).

Dennoch werfen die Diskussionsbeiträge zu sozialem Kapital ein neues (oder auch nur wieder entdecktes) Licht auf die verschiedenen Fragestellungen bezüglich der sozioökonomischen Entwicklung von Gesellschaften. Das Konzept trägt insbesondere zur Überbrückung der Gräben zwischen den einzelnen Disziplinen der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung bei (Montaño, 2003: 69) und bewirkt ein Bewusstsein, dass komplexe Fragestellungen – wie jene nach den Möglichkeiten zur Bekämpfung von Armut – interdisziplinär, also umfassender betrachtet werden können (Putnam, 2004: 142; Boisier, 2003). Nicht nur deshalb, weil soziale Netzwerke eine erhebliche Rolle beim Zugang zu besseren Arbeitsplätzen spielen (Espinoza, 2003: 85). Die zahlreichen Publikationen und Forschungsergebnisse unterstützen unter anderem Politiker und Verwaltungseinheiten bei der Lösung von Problemen sozialer Realität. Auch in Lateinamerika wurde das Konzept soziales Kapital bereits in die Praxis der Sozialpolitik übertragen und soll einen Lösungsbeitrag für die Armutsbekämpfung darstellen (vgl. z.B. Arriagada, 2005). Denn es erhöhe die Legitimität, die Akzeptanz und somit den Erfolg der sozialpolitischen Eingriffe (Atria, 2003: 58).

¹⁸ Da enge Verbindungen notwendigerweise einen Ausschluss und möglicherweise die Benachteiligung anderer beinhalten; vgl. z.B. Portes/Landolt, 1996.

¹⁹ Auch bei Adam Smith kam schon der Gedanke von sozialem Kapital vor; vgl. z.B. Bruni/Sugden, 2000.

Folgende Fragen werden in diesem Abschnitt als Grundlage für die empirische Arbeit erläutert: Was ist soziales Kapital? Welche Rolle spielt es im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes? Welche institutionellen Voraussetzungen und Politikkonzeptionen fördern die Bildung von sozialem Kapital? Zur Beantwortung dieser Fragestellungen wird die relevante wissenschaftliche Literatur nach ihrem aktuellen Stand herangezogen.

2.2.1 Entstehung des Konzepts

Ausgangsbasis des Begriffsverständnisses stellen die Grundlagenwerke der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur zu sozialem Kapital dar (Coleman, 1988; Coleman, 1990; Bourdieu, 1986; Granovetter, 1973; Granovetter, 1985; Putnam *u.a.*, 1993; Fukuyama, 1995; Portes, 1998; World Bank, 1998; Putnam, 2000).²⁰

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre weist Granovetter (1973) auf die Bedeutung der Analyse sozialer Netzwerke hin. Sein Anliegen besteht insbesondere darin, Interaktionen auf der Mikroebene mit Mustern auf der Makroebene zu verbinden. Er betont in diesem Zusammenhang die kohäsive Kraft schwacher Bindungen, also loser Kontakte zwischen Individuen und Gruppen.

Eine erste systematische Konzeptualisierung unter dem Namen soziales Kapital wird dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu zugeschrieben (Portes, 1998: 3f.). Er definiert soziales Kapital als die Summe der tatsächlichen oder potentiellen Ressourcen, welche sich durch den Besitz eines stabilen Beziehungsnetzwerks ergeben. Soziales Kapital besteht laut Bourdieu aus zwei Elementen: 1. den sozialen Beziehungen selbst und 2. der Quantität und Qualität der Ressourcen, die sich durch diese mobilisieren lassen. Nach der Sichtweise Bourdieus beruht soziales Kapital auf den möglichen Ressourcen, welche einem Individuum oder einer Gruppe von Individuen aufgrund ihrer sozialen Beziehungen zur Verfügung stehen (Bourdieu, 2005: 2). Für Bourdieu stellt soziales Kapital vor allem einen Faktor sozialer Ungleichheit dar (Mikl-Horke, 2008: 121).

²⁰ Ähnliche Gedanken finden sich jedoch auch bereits in früheren Werken; vgl. z.B. Hanifan, 1916; Homans, 1972 (urspr. 1961); Becker, 1974; Margolis, 1982. In der Theorie zu Netzwerkanalysen; vgl. z.B. Burt, 1995. Oder in der Institutionenökonomie; vgl. z.B. North, 2004 (urspr. 1990). Eine gute Zusammenfassung der intellektuellen Entstehungsgeschichte zu sozialem Kapital bietet Woolcock, 1998.

Parallel zu Bourdieu beschäftigte sich James Coleman mit dem Gedanken. Er legt sozialem Kapital eine weitergehende Definition zugrunde und definiert es als eine Reihe von Gegebenheiten mit zwei Gemeinsamkeiten: sie alle bestehen aus einem Aspekt sozialer Strukturen und fördern dabei ein bestimmtes Verhalten bestimmter Akteure innerhalb dieser Strukturen. Für Coleman (2000: 36) ist soziales Kapital parallel zu den anderen Kapitalformen, wie finanzielles Kapital, physisches Kapital oder Humankapital zu verstehen, wobei soziales Kapital auf den Beziehungen zwischen den Menschen basiert und beispielsweise die Entstehung von Humankapital begünstigen kann. Für ihn gibt es drei Formen von sozialem Kapital, die sich aufgrund ihrer Funktion ergeben: die Verpflichtungen und Erwartungen, welche von der Vertrauenswürdigkeit der sozialen Umgebung abhängen, die Erleichterung des Informationsflusses und die Normen, welche somit sanktioniert werden können.

Eine andere Tradition sieht soziales Kapital als Attribut von Kollektiven wie ganzen Nationen. Neben Fukuyama (1995) so auch Putnam (1993), welcher soziales Kapital als Merkmale sozialer Organisationen und auf der staatlichen Ebene definiert. Zu den Grundlagen werden Vertrauen, Normen und Netzwerke gezählt, welche durch koordinierte Aktionen die Effizienz der Gesellschaft – sozialer Frieden, politische Stabilität, funktionierende Institutionen, niedrige Kriminalität, geringe Armut – erhöhen. Fukuyama (2004: 33ff.) versteht unter sozialem Kapital die geteilten Normen und Wertvorstellungen innerhalb einer Gesellschaft und nimmt eine utilitaristische Perspektive ein. Er definiert soziales Kapital als informelle Norm, welche die Zusammenarbeit zwischen Individuen fördert. In der Wirtschaft reduziere sie Transaktionskosten und in der Politik fördere sie jene Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, welche für den Erfolg einer modernen Demokratie notwendig sei. Soziales Kapital ist für ihn ein Nebenprodukt von Religion, Tradition und geteilten historischen Ereignissen (Fukuyama, 2000).

Aus soziologischer Perspektive kann soziales Kapital die Fähigkeit bezeichnen, Vorteile aus der Teilnahme in sozialen Netzwerken und sozialen Strukturen zu beziehen (Portes, 1998: 8). Portes trennt dabei zwischen Quellen sozialen Kapitals wie gemeinsame Werte, begrenzte Gruppensolidarität, Akte der Reziprozität oder durchsetzbares Vertrauen und dessen Auswirkungen. Positiven Auswirkungen wie soziale Kontrolle, Unterstützung durch die Familie und netzwerkbezogene Vorteile stehen negative gegenüber, wie ein auf einzelne Individuen begrenzter Zugang zu Möglichkeiten, eine Einschränkung der individuellen Freiheit oder exzessive Verpflichtungen der Gruppe gegenüber.

Insgesamt hat der Begriff soziales Kapital in seiner derzeitigen Verwendung einen funktional-pragmatischen Charakter und wird als nutzenbringende Ressource verstanden, was sich aus der Anzahl, Struktur und Qualität der sozialen Beziehungen und anderer gesellschaftlicher Faktoren ergibt, und das Gemeinwohl, die individuelle Karriere, den Unternehmenserfolg oder das Wirtschaftswachstum begünstigen könne (Mikl-Horke, 2008: 121).

2.2.2 Soziales Kapital in der lateinamerikanischen Diskussion²¹

Wie aus den unterschiedlichen Zugangsweisen und Begriffsdefinitionen bereits deutlich wurde, wird implizit oder explizit von verschiedenen Formen von sozialem Kapital ausgegangen.²² Je nach Art der Definition und Vorstellungen der verschiedenen Autoren werden unterschiedliche Arten von sozialem Kapital unterschieden. Hierbei ist anzumerken, dass das Konzept in Lateinamerika in der sozialwissenschaftlichen Forschung weit verbreitet und auch Teil der Empfehlungen für die konkrete Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen ist.²³

Atría (2004: 546f.) stellt fest, dass die Bemühungen, soziales Kapital zu definieren, in zwei Richtungen gehen: 1. wird soziales Kapital als die Kapazität einer Gruppe gesehen, bestimmte Ressourcen zu mobilisieren; und 2. als die Verfügbarkeit eines Netzwerks von sozialen Beziehungen, welche auf Vertrauen, Reziprozität und Zusammenarbeit beruhen. Ocampo (2004) definiert soziales Kapital ebenfalls als die Summe der sozialen Beziehungen, die durch Vertrauen, Kooperation und Reziprozität gekennzeichnet sind. Eine andere Möglichkeit besteht darin, soziales Kapital als Gefühle der Sympathie zu bezeichnen (Siles, 2003: 40). Für Robison u.a. (2004: 55ff.) ist soziales Kapital das Verständnis einer Person oder einer Gruppe für andere im Sinne von Bewunderung, Fürsorge, Mitgefühl, Respekt, Achtung, Pflichtgefühl und Vertrauen, weil Verständnis

²¹ Aufarbeitung der wissenschaftlichen Literatur zu sozialem Kapital mit Schwerpunkt auf sozialwissenschaftliche Analysen lateinamerikanischer Autoren. Die Förderung von sozialem Kapital ist auch ein Fokus im Rahmen der Empfehlungen von CEPAL.

²² Vgl. z.B. Paddam, 2000.

²³ Vgl. z.B. Arriagada u.a., 2004; Arriagada, 2006.

die Basis für zwischenmenschliche Transaktionen und soziale Macht darstelle.²⁴ Flores/Rello (2004: 189ff.) sind im Gegensatz dazu der Meinung, dass Vertrauen, Netzwerke und soziale Organisation nicht selbst soziales Kapital darstellen, sondern deren Entstehungsvoraussetzungen. Soziales Kapital ist jene Kapazität für kollektive Handlungen, welche durch bestimmte soziale Faktoren möglich gemacht wird und an gemeinsame Vorteile geknüpft ist. Auch Uphoff (2004: 106f.), welcher Kapital als eine fixe Ressource mit produktiven Konsequenzen begreift, stellt fest, dass eine Gleichsetzung von sozialem Kapital mit Vertrauen, Reziprozität und Kooperation Ursache und Wirkung vermischt. Damit schließt er sich im Wesentlichen Portes (1998: 5f.) an, welcher es für notwendig hält, zu unterscheiden 1. zwischen den Besitzern des sozialen Kapitals (jene, die davon profitieren), 2. den Quellen des sozialen Kapitals (jene, durch welcher der Vorteil möglich wird) und 3. den Ressourcen selbst.²⁵

Abgesehen von unterschiedlichen Besitzern – Individuen oder Kollektiven (Durston, 2004: 137) – werden in der wissenschaftlichen Literatur in Anlehnung an die Weltbank (World Bank, 2000b: 128) insbesondere folgende Arten von sozialem Kapital unterschieden (Arriagada, 2006: 10): *Bonding social capital*: enge Verbindungen (Familie, gute Freunde, Gleichgesinnte), Exklusivität hoch, eventuell Misstrauen gegenüber anderen, horizontale Bindungen; *Linking social capital*: asymmetrische Verbindungen; z.B. aufgrund verschiedener Machtpositionen, Gesellschaftsschichten oder sonstiger Andersartigkeit; vertikal; und *Bridging social capital*: horizontale Verbindungen zwischen Individuen und Gruppen in ähnlicher Situation, mitunter aber räumliche Distanz.²⁶ Der Unterscheidung zwischen *bridging* und *bonding social capital* wird dabei eine besondere Bedeutung zugesprochen (Patulny/Svendsen, 2007: 44ff.). Politiker sollten insbesondere Bindungen zwischen verschiedenen Gruppen und die positive Form enger Beziehungen fördern. Zu starke Bindungen können negative Auswirkungen für die einzelnen Individuen aber auch für die Gesellschaft haben, wie geschlossene Gruppenbildungen, Gewalt und Ungerechtigkeit gegenüber Außenseitern oder exzessive Forderungen an die Mitglieder.

²⁴ Dies würde auch dem Gemeinschaftsgedanken Tönnies entsprechen. Individuen oder Gruppen besitzen demnach soziales Kapital, wenn sie die Objekte des Verständnisses anderer sind; vgl. Tönnies, 1920.

²⁵ Vgl. Edwards/Foley, 1997: 669.

²⁶ Die Förderung von *bridging social capital* kann als besonders relevant im Sinne von Gemeinschaftsförderung gesehen werden; vgl. Vidal, 2004. Auf der anderen Seite unterstützt *bonding social capital* die Funktionen der anderen Arten von sozialem Kapital und ist deshalb ebenso notwendig; vgl. Gress, 2004. Zu starkes *bonding social capital* wird eher als negativ bewertet; vgl. Svendsen/Svendsen, 2004.

Für Rothstein (2005: 64ff.) existiert soziales Kapital in zwei Dimensionen – qualitativ und quantitativ. Soziales Kapital auf individueller Ebene ist die Summe der sozialen Kontakte multipliziert mit der Qualität des Vertrauens in diese Kontakte; während soziales Kapital auf der Makroebene das Ausmaß an sozialen Kontakten ist, die die Menschen im Durchschnitt haben multipliziert mit dem Ausmaß zu welchem die Menschen daran glauben, diesen Kontakten vertrauen zu können. Je mehr Menschen in einer Gesellschaft Beziehungen zu anderen haben, denen sie vertrauen, desto größer ist das soziale Kapital in dieser Gesellschaft. Soziales Kapital entsteht und erhält sich durch Interaktion.

Erfolgt eine Definition von sozialem Kapital als Attribut eines Kollektivs wie z.B. einer Gesellschaft (parallel zu humanem und physischem Kapital, wobei Kapital die im Produktionsprozess eingesetzten Mittel bezeichnet) so kann darunter in Anlehnung an Bourdieu die Summe der potentiellen Mittel für den gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozess, welche sich durch die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen mobilisieren lassen verstanden werden. Die sozialen Beziehungen sind durch Vertrauen und Reziprozität, einem Gefühl der Verbundenheit, gekennzeichnet. Dieser soziologischen Sichtweise kann man auch eine kulturelle Sicht von sozialem Kapital entgegensetzen, welche darunter jene Werte, Normen und Institutionen versteht, die einer Gesellschaft zugrunde liegen und kollektives Handeln fördern (Arriagada, 2006: 11). Insgesamt könnte man unter sozialem Kapital auf gesellschaftlicher Ebene auch soziale Kohäsion verstehen. Denn in Wahrheit verberge sich unter dem Schlagwort soziales Kapital nur die alte Idee, dass das, was eine Gesellschaft zusammenhält – wie gemeinsame Werte, Normen, Solidarität, Vertrauen, Verständnis – eine entscheidende Rolle für die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften spielt (Raczynski/Serrano, 2005b: 126f.).

Soziales Kapital unterscheidet sich von anderen Kapitalformen nach Ostrom (2000: 172ff.) darin, dass es sich im Gegensatz zu physischem Kapital nicht durch Gebrauch, sondern im Gegenteil durch Vernachlässigung abnützt, dass soziales Kapital schwierig zu beobachten, kaum messbar oder extern förderbar ist. Soziales Kapital kann im Gegensatz zu physischem oder humanem Kapital nicht gekauft werden. Dennoch stellt er fest, dass nationale und regionale Institutionen für die Entstehung und den Zugang zu sozialem Kapital entscheidend sind.

Durston (2004: 136) unterscheidet: 1. soziales Kapital als das Set an kooperativen Verhaltensmustern und Normen für eine friedliche Koexistenz, welche aus dem individuellen Eigeninteresse heraus entstehen, wie beispielsweise sozio-emotionale Bedürfnisse (Robison *u.a.*, 2004); 2. Kultur als die unbeabsichtigte Entstehungsursache von sozialem Kapital; 3. soziales Kapital als eine der immateriellen Ressourcen, welche Akteure für ihre Zwecke mobilisieren.

Ein Grund für die Differenzierung kann in der unterschiedlichen Art und Qualität der sozialen Beziehungen gesehen werden und der damit verbundenen Belohnungs- und Sanktionsmechanismen.²⁷ Es macht für die Auswirkungen sozialer Beziehungen einen Unterschied, ob diese persönlich sind oder abstrakt, wie beispielsweise im Rahmen einer Familie, Nachbarschaft oder zu „den anderen“ in der Gesellschaft, aber auch welche Stellung und Machtposition diese innehaben. Die Kapazität eines Individuums reicht aufgrund der Pflegeintensität nur für eine bestimmte Anzahl von sozialen Kontakten aus, die auf partikulärem Vertrauen beruhen; lose Kontakte und allgemeines Vertrauen sind jedoch zu vielen möglich. Außerdem geht es um die Frage der Interaktionsmöglichkeiten und des Zugangs zu anderen Gesellschaftsschichten (*linking social capital*). Auf Ebene der Gesellschaft äußert sich soziales Kapital in Form von sozialer Kohäsion, d.h. im Sinne von Tönnies' Gemeinschaftskonzeption Solidarität und Verständnis für andere, die man nicht persönlich kennt.

Aus diesen unterschiedlichen Herangehensweisen wird die Schwierigkeit des Umgangs mit dem Theoriekonzept soziales Kapital deutlich. Patulny/Svendsen (2007) sehen einen wesentlichen Mangel in der wissenschaftlichen Literatur darin, dass die Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Formen von sozialem Kapital oft vernachlässigt wird. Die Trennung zwischen Dimensionen, Voraussetzungen und Auswirkungen von sozialem Kapital ist nicht immer klar und von Autor zu Autor verschieden, wodurch eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht immer gewährleistet ist. In ihrem ersten Arbeitspapier zur Initiative soziales Kapital stellte die Weltbank (1998: 3) dennoch folgende Gemeinsamkeiten der verschiedenen Konzeptionen fest: alle verbinden die wirtschaftliche, soziale und politische Sphäre und nehmen an, dass soziale Beziehungen die Funktionsweise von Märkten und Staaten beeinflussen und umgekehrt; alle haben einen Fokus auf jene sozialen Beziehungen, in welchen verlässliche, stabile Kontakte die Effektivität und Effizienz kollektiver und individueller Akteure erhöhen;

²⁷ Belohnung und Sanktionen als grundlegende Handlungs- bzw. Unterlassungsanreize.

alle gehen implizit davon aus, dass soziales Kapital gefördert werden kann und dass dieser Prozess bestimmte Ressourcen erfordert; alle implizieren, dass soziale Beziehungen und Institutionen Eigenschaften wie öffentliche Güter haben. Da die Vorteile dieser Güter privat nicht immer direkt verwertet werden können, wird tendenziell zu wenig in diese investiert. Deshalb sei ein öffentlicher Eingriff zur Förderung der sozialen Beziehungen und Institutionen gerechtfertigt.

Die ersichtliche Breite des Konzepts kann als Vorteil und Nachteil gleichzeitig gesehen werden. Die mangelnde Klarheit und Uneinigkeit in der wissenschaftlichen Literatur, allein was die Definition betrifft, sowie die Tatsache, dass alles Mögliche, was mit sozialen Aspekten an sich zu tun hat, unter sozialem Kapital subsumiert wird,²⁸ führen zu erheblicher Kritik des Konzepts von vielen Seiten.²⁹ Durlauf (2002) stößt sich an den ökonomischen Ländervergleichen zu sozialem Kapital, da es ein zu vages Konzept sei und den Standards der Disziplin nicht gerecht werden könne. Arrow (2000: 4) genauso wie Solow (2000) kritisieren die irreführende Bezeichnung ‚Kapital‘ und verweisen auf den fehlenden Konsens in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Robison u.a. (2004: 57) auf der anderen Seite sind der Meinung, dass soziales Kapital jene Attribute aufweist, die von den meisten Menschen als Kapitaleigenschaften gehalten werden. Es ermöglicht den Erwerb von wertvollen Ressourcen ohne seine Identität zu verlieren, es ist dauerhaft, teilweise übertragbar und kann andere Formen von Kapital ergänzen bzw. teilweise ersetzen. Der Vorteil des Konzepts liegt jedoch nicht zuletzt auch aufgrund seiner Schwächen in der disziplinenübergreifenden Akzeptanz. Es handelt sich um das aktuelle Paradigma der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur und der politischen Praxis, was sich unter anderem in einer großen Anzahl an Konferenzen zu diesem Thema manifestiert.³⁰

²⁸ Vgl. z.B. Stiglitz, 2000. Er subsumiert unter sozialem Kapital implizites Wissen, Beziehungsnetzwerke, Status sowie Organisationskapital und sieht es im Zusammenhang mit der Organisationslehre als ein Mittel, um mit *moral hazard* und Anreizproblemen umzugehen. Oder Bowles/Gintis, 2002: F419: „Soziales Kapital bezieht sich allgemein auf Vertrauen, die Sorge um seine Mitmenschen und die Bereitschaft, nach den Regeln der Gemeinschaft zu leben und jene zu bestrafen, welche es nicht tun.“

²⁹ Vgl. z.B. Solow, 2000; Durlauf, 2002; Harriss, 2002; Fine, 2003; Arrow, 2000.

³⁰ Aktuelle Auswahl an Konferenzen, welche Aspekte sozialen Kapitals behandeln: Central banks, fiscal policies and unionized labor markets: The role of different institutions, in Rome, February 2008; Trust in Agent Societies, in Estoril, Portugal, May 2008; Education, Globalization, and Citizenship. New perspectives on Sociology of Education in João Pessoa, Brazil, February 2008; Colloquio scientifico annuale sull'impresa sociale, in Bari, May 2008; Learning Regions' Role in Regional Development and Regeneration in Limerick, Ireland, May 2008; Foundations of Human Social Behavior, in Zurich, Switzerland, June 2008; Summer School on Social Norms, in San Sebastian, Spain, July 2008; The third sector and sustainable social change: new frontiers for research, in Barcelona, July 2008; Culture, Cohesion and Competitiveness: Regional Perspectives,

Ein Grund für die Popularität des Konzepts soziales Kapital kann trotz all seiner Nachteile in der disziplinenübergreifenden Akzeptanz und Verwendung gesehen werden, weil dadurch der Komplexität des Forschungsgegenstandes – soziale Wirklichkeit – noch am ehesten entsprochen werden kann.³¹

2.2.3 Dimensionen und Voraussetzungen von sozialem Kapital

In der lateinamerikanischen Diskussion wird oft eine breite Definition bevorzugt, welche soziales Kapital als den „Inhalt bestimmter sozialer Beziehungen und Institutionen sieht, welche durch Reziprozität und Kooperation gekennzeichnet sind und durch Vertrauen gestärkt werden“ (Durston, 2005: 48). Dasgupta (2005: S3ff.) kritisiert die Breite der Definitionen und stellt sich die Frage, unter welchen Umständen gemeinsames Handeln möglich ist. Auch für ihn ist Vertrauen eine wesentliche Komponente und er sieht dies dann gegeben, wenn die Versprechen der anderen glaubhaft sind. Vereinbarungen werden nur dann eingehalten, wenn die Beteiligten erwarten können, dass die anderen diese auch einhalten. Für ihn ist jedoch nicht Kultur die erklärende Determinante, da Kultur selbst erklärungsbedürftig ist, sondern Vertrauen. Dabei nennt er fünf Gegebenheiten, die Vertrauen begünstigen: 1. gegenseitige Sympathie und Mitgefühl (Verständnis), 2. eine pro-soziale Disposition: Wohlwollen, Ehrlichkeit, Gruppenloyalität; 3. Anreize, die sich aus der Handlung heraus ergeben; 4. externe Durchsetzung: z.B. durch den Staat; 5. Ansehen bzw. Ruf.

Eine wesentliche Grundvoraussetzung für gemeinschaftlich-orientiertes Handeln ist demnach Vertrauen in die Kooperation der anderen. Das sowie die Möglichkeiten und Anreize des Umfelds, das Schicksal selbst in die Hand nehmen zu können und wollen. Dabei geht es nicht um kurzfristige gemeinsame Aktionen, sondern um den Aufbau langfristiger Beziehungen. Vertrauen ist auch jene Dimension, welche in der wissenschaftlichen Literatur am häufigsten mit sozialem Kapital in Verbindung gebracht wird, sei es als Bestandteil der Begriffsdefinition, als Auswirkung von sozialem Kapital

in Liverpool, UK, August 2008; Happiness and capability: measurement, theory and policy, in Nijmegen, the Netherlands, August 2008; Managing Science and Technology for a Sustainable Future, in Brighton, UK, August 2008; Sociological Research and Public Debate, 1st ISA Forum of Sociology, in Barcelona, September 2008; The Social Capital Foundation 2008 Malta Conference, in Bugibba, September 2008; The Role of Co-operatives in Sustaining Development and Fostering Social Responsibility, in Riva del Garda, Italy, October 2008; vgl. Social Capital Gateway, Online Datenbasis zu sozialem Kapital, [03.02.2008].

³¹ Weitere Grundlagenwerke vgl. z.B. Field, 2004; Ostrom/Ahn [Hrsg.], 2003; Glaeser u.a., 2000b; Lin, 2006; Adam/Roncevic, 2005.

oder als eine der Entstehungsvoraussetzungen.³² Die Vermischung von Ursache und Wirkung ist aus theoretischer Sicht problematisch, muss allerdings angesichts der real existierenden wechselseitigen Abhängigkeit der Faktoren anerkannt werden.

2.2.3.1 Vertrauen

Die qualitative Dimension – Vertrauen – ist ein schwer festzumachendes soziales Phänomen, denn Vertrauen ist oft nicht rational und dient dem Individuum lediglich zur Reduktion sozialer Komplexität (Luhmann, 1968). Grundsätzlich ist Vertrauen mit einer Erwartungshaltung gegenüber dem Verhalten anderer verbunden und kann als motivierende Kraft und Voraussetzung von sozialen Beziehungen gesehen werden. Studien zeigen, dass die Grundsteine für Vertrauen oder Misstrauen oft in der Kindheit, durch traumatische Erlebnisse oder durch Meinungsbildung innerhalb einer Gruppe gelegt werden (Misztal, 1998). Auch Portes (1998: 11) und Uslaner (2000) unterstreichen die Bedeutung, welche Erfahrungen im Elternhaus auf die grundlegende Bereitschaft haben können, anderen zu vertrauen. De Coster u.a. (2006: 742) kommen zu dem Ergebnis, dass Gewalt unter Jugendlichen durch das soziale Kapital der Familie beeinflusst wird, vor allem auch aufgrund des Umfelds, in welchem diese aufwachsen. Gerade in jenen Gesellschaftsschichten, wo am wenigsten soziales Kapital vorhanden ist, ist es auch am schwierigsten dieses aufzubauen bzw. Gemeinschaft zu fördern (Veale, 2000). Gewaltspiralen und ethnisch motivierter Hass zwischen Gruppen sind nur schwer zu durchbrechen.³³ Whiteley (2000: 448) sieht einen Teufelskreis darin, dass in Gesellschaften, wo beispielsweise aufgrund der historischen Ereignisse das Misstrauen zwischen und unter bestimmten Gesellschaftsgruppen groß ist, also kaum soziales Kapital existiert, es auch sehr schwierig ist, soziales Kapital zu fördern.

Erfahrene Kooperation bzw. das Vertrauen in diese spielt eine entscheidende Rolle für das kooperative Verhalten jedes Einzelnen und demnach für die Entwicklung einer Gesellschaft (Fukuyama, 1995). Ein hohes Niveau an Korruption führt zu einem Verlust des Vertrauens in die Umwelt (und umgekehrt) und fördert bzw. manifestiert nicht-kooperatives Verhalten der Gesellschaftsmitglieder, da es für den einzelnen nicht rational ist zu kooperieren, wenn es die anderen nicht ebenso tun.

³² Vgl. z.B. Uslaner, 2000; Glaeser u.a., 2000a; Berggren/Jordahl, 2006; Uslaner, 2004.

³³ Vgl. z.B. Hardin, 2002; Delhey/Newton, 2003; Rothstein, 2005.

Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit und gesicherte Eigentumsrechte bewirken, dass Verträge eingehalten werden und somit tragen sie zu einem allgemeinen Klima des Vertrauens bei (Berggren/Jordahl, 2006: 144). Uslaner (2000: 189) schlägt soziale und wirtschaftliche Ungleichheit als einen Indikator und Ursache für gesellschaftliches Misstrauen vor. Gleichheit der Möglichkeiten erhöhe den Optimismus und den Anreiz, die eigene Lage zu verbessern. In Gesellschaften mit einem hohen Niveau an wirtschaftlicher Ungleichheit fehlt ein Verständnis für einander, wodurch jeder unter Seinesgleichen bleibt und soziale Beziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten nur in seltenen Fällen entstehen. Es sei jedoch weniger die Staatsstruktur entscheidend, sondern vielmehr die politischen Maßnahmen (Uslaner, 2008). Auch Bowles/Gintis (2002: 434) sehen ein Problem für extrem ungleiche Gesellschaften darin, dass deren Strukturen gemeinschaftliche Zusammenarbeit behindern und in der Zukunft dadurch ein Wettbewerbsnachteil entstehe. Da eine große Schere zwischen Arm und Reich sowie Korruption Vertrauen zerstören, müssten staatliche Eingriffe zur Förderung der gesellschaftlichen Entwicklung hier ansetzen.

Vertrauen entsteht durch Interaktionen mit Menschen, welche wiederholt gezeigt haben, dass sie eine großzügige Handlung durch eine ebensolche erwidern (Atria, 2004: 547).³⁴ Die Förderung von sozialem Kapital muss somit dort ansetzen, wo das Vertrauen zwischen den Menschen gefördert werden kann, damit langfristige Beziehungen und ein Gefühl der Verbundenheit zwischen ihnen aufgebaut werden können, wie durch häufige Interaktion in Sport- und Freizeiträumen oder bei der Durchführung gemeinsamer Aktionen und Projekte. Für Fukuyama (1995: 26) entsteht soziales Kapital dann, wenn das Vertrauen in die soziale Umgebung überwiegt. Vertrauen ist demnach eine Erwartungshaltung, die durch reguläres aufrichtiges und kooperatives Verhalten geprägt ist und auf gemeinsam geteilten Normen beruht.

2.2.3.2 Gemeinsame Normen und Werte

³⁴ Ein entscheidender Faktor für kooperatives Verhalten in einer Gruppe/Gesellschaft sind Gewohnheiten (z.B. eigenes gewohnheitsmäßig kooperatives Verhalten) und innerhalb der Gruppe entstandene Normen (wiederholt erfahrene Kooperation der anderen). Dies kann sich beispielsweise daraus ergeben, wenn Individuen dadurch ihren eigenen Nutzen erhöhen können – sei es deshalb, weil kooperatives Verhalten langfristig beiden einen höheren Gewinn bringt oder weil man dadurch nicht von dem eigenen gewohnheitsmäßigen Verhalten abgehen muss. Becker/Murphy sehen darin eine grundsätzliche Neigung zu Kooperation aufgrund der individuellen Vorteile gewohnheitsmäßigen Verhaltens; vgl. Becker/Murphy, 2000: 144ff.

Eine weitere Dimension, welche mit sozialem Kapital häufig in Verbindung gebracht wird, ist die Bedeutung gemeinsamer Normen und Werte als Grundlage für ein gegenseitiges Verständnis und die Entstehung einer sozialen Beziehung.

Robison *u.a.* (2004: 57f.) sind der Meinung, dass soziales Kapital durch geteilte Wesenszüge und Gemeinsamkeiten entsteht. Diese werden entweder durch Leistung und Teilnahme erworben, wie durch Bildung, gekaufte Objekte, Mitgliedschaft in bestimmten Clubs oder in gesellschaftlichen Organisationen, Teams, in der Freizeit, durch gemeinsame wirtschaftliche und politische Ansichten, oder sie sind angeboren, wie Geschlecht, Alter, Nationalität, Sprache und physische Charakteristika. Soziales Kapital kann auch latent vorhanden sein, wenn Gemeinsamkeiten noch nicht entdeckt wurden.

2.2.3.3 Kooperation und Reziprozität

Soziales Kapital kann als ein immaterielles Gut verstanden werden, welches es Personen oder Gruppen ermöglicht, Vorteile zu erreichen. Dies geschieht durch soziale Beziehungen, welche sich durch Vertrauen, Kooperation und Reziprozität auszeichnen (Arriagada, 2006: 51). Eine weitere Voraussetzung für die Bildung von sozialem Kapital und gleichzeitig dessen Folge sind demnach Kooperation und Reziprozität. Einmal erlebte Kooperation und Reziprozität steigern die Disposition, bei der nächsten Gelegenheit wieder zu kooperieren.

Theorien kollektiver Aktionen beschäftigen sich mit sozialen Dilemmata, wo ein potentieller Konflikt zwischen den Gemeinschaftsinteressen und den individuellen Eigennutzbestrebungen besteht, also wenn wie im Rahmen des Gefangenendilemmas die Ausgangssituation darin besteht, dass der individuelle Gewinn durch eine nicht-kooperative Handlung höher ist, aber alle insgesamt besser aussteigen würden, wenn jeder kooperiert. In derartigen Situationen hängen die Entscheidungen von Individuen zwischen den verschiedenen Handlungsalternativen von den kontextuellen Faktoren ab (Ahn/Ostrom, 2008). Aufgrund der unvollkommenen Information ergibt sich eine positive Gesamtsituation nur dann, wenn auf die Kooperation der anderen vertraut werden kann. Die Voraussetzung von Kooperation und Reziprozität ist in diesem Fall Vertrauen in das Verhalten der anderen.³⁵

³⁵ Vgl. z.B. Ahn/Ostrom, 2008: 78f.

Die Dimensionen Vertrauen, gemeinsame Normen und Werte sowie Kooperation und Reziprozität können nicht nur als Voraussetzungen, sondern auch als Folge von sozialem Kapital betrachtet werden und bedingen sich gegenseitig.

2.2.4 Mögliche Auswirkungen von sozialem Kapital

Eine klare Trennung zwischen Auswirkungen und Voraussetzungen von sozialem Kapital ist schwierig,³⁶ dennoch soll im Folgenden kurz dargestellt werden, was meist an positiven Effekten von sozialem Kapital erwartet wird. Den meisten Ausführungen liegt die Auffassung zugrunde, dass soziales Kapital im Sinne von Vertrauen und Normen des Zusammenlebens für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften und den wirtschaftlichen Fortschritt essentiell sind. Wichtiger als Vereinsmitgliedschaften seien jedoch soziale Faktoren wie niedrige soziale Polarisierung und klare, formale Institutionen (Knack/Keefe, 1997: 1283f.). Fukuyama (2004: 35f.) sieht deshalb soziales Kapital auch als wichtigen Faktor einer erfolgreichen Demokratie an. Die Möglichkeit, sich zu organisieren und für gemeinsame Interessen einzutreten, sei eine Voraussetzung für politische Legitimität. Robison u.a. (2004: 74) sind der Meinung, dass wahre Demokratien ein Zeichen für ein hohes Niveau an sozialem Kapital sind. Es bestehe aufgrund von Vertrauen und stabilen sozialen Beziehungen die Bereitschaft zu kooperieren und Akzeptanz, auch wenn nicht immer alle Gesellschaftsmitglieder mit allen formellen Institutionen einverstanden sind.

Für Flores/Rello (2004: 191) ist soziales Kapital auf gemeinschaftlicher Ebene die Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, um gemeinsam definierte Ziele und Vorteile zu erreichen. Dazu gehören Zusammenarbeit in Familienangelegenheiten, die Fähigkeit, kleinere Kredite zusammen zu bringen, der Erwerb und Aufbau gemeinschaftlicher Güter und Dienstleistungen, das Management gemeinsamer Ressourcen, Produktions- und Einkaufsgemeinschaften sowie Repräsentanz nach außen. Der Vorteil, der sich durch die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen ergibt, ist die Möglichkeit, gemeinsam Ressourcen mobilisieren zu können. Grundsätzlich gilt es zu unterscheiden zwischen den Auswirkungen für das Individuum und für die Gesellschaft als Ganze. Robison u.a. (2004: 60f.) sehen die Vorteile für das Individuum darin, dass es durch soziales Kapital

³⁶ Vgl. z.B. Nahapiet/Ghoshal, 1998. Soziales Kapital bringe Organisationen einen Marktvorteil durch die Schaffung von intellektuellem Kapital. Auf der anderen Seite fördern Organisationen die Entstehung von sozialem Kapital.

bevorzugten Zugang zu Ressourcen hat. Auf Ebene der Gesellschaft werden sozialem Kapital folgende positive Auswirkungen zugeschrieben: Förderung von kooperativem Verhalten, niedrigere Transaktionskosten, mehr Austausch von Waren und Dienstleistungen, höhere Investitionen in öffentliche Güter sowie die Förderung formeller und informeller Institutionen.

2.2.4.1 Die positiven Folgen von sozialem Kapital

Soziales Kapital beeinflusst wirtschaftliches Handeln im positiven Sinn insbesondere in dreifacher Hinsicht (Granovetter, 2005): aufgrund des erhöhten Kommunikations- und Informationsflusses, der Belohnungs- und Sanktionsmechanismen sowie aufgrund des Vertrauens darauf, dass andere das „Richtige“ tun. Begünstigt wird dies durch klare Normen und die Netzwerkdichte (Klarheit darüber, wie man sich verhalten soll), die Diversität der Kontakte (so genannte *weak ties*), Kontakte zu von einander weit entfernten Netzwerken sowie das Bewusstsein, dass wirtschaftliches Handeln in den sozialen Kontext eingebettet ist.³⁷

Im Allgemeinen weisen die empirischen Forschungsarbeiten zu dem Thema darauf hin, dass soziales Kapital positive Auswirkungen für eine Reihe von Bereichen hat – wie in der Entwicklungspolitik (Woolcock/Narayan, 2000; Huntington, 2002; Krishna, 2008) oder für mehr Wirtschaftswachstum (Putnam u.a., 1993; Fukuyama, 1995; Knack/Keefer, 1997; Dasgupta/Serageldin, 2000; Glaeser u.a., 2000a; Knack/Zak, 2002; Whiteley, 2000).

Für Fukuyama (2004: 35f.) ist die Qualität der Institutionen entscheidender als wirtschaftspolitische Maßnahmen und er sieht soziales Kapital als deren Voraussetzung an. Denn in kooperativen Gesellschaften stehen die Chancen höher, dass sich effektive und effiziente staatliche Institutionen entwickeln. Empirische Untersuchungen in Entwicklungsländern zeigen, dass Armut oft mit einem Mangel an effizienten Institutionen zusammenhängt, insbesondere wenn es somit an allgemeinem Vertrauen fehle.

³⁷ Adam Smith wies auf die Bedeutung von Vertrauen in die Geschäftspartner aber auch in die Gesetze des Landes und die damit einhergehende Risikominimierung hin. Er argumentierte, dass Kaufmänner aus diesem Grund „natürlicherweise“ den Binnenhandel vorziehen würden und dass beabsichtigte Risikominimierung unbeabsichtigterweise zum höchstmöglichen Einsatz arbeitsintensiver (und nicht kapitalintensiver) Wirtschaftstätigkeiten führen; vgl. Streissler [Hrsg.], 2005.

Die Bedeutung politischer Institutionen für die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder werde oft vernachlässigt (Rothstein, 2005: 22ff.). Dabei liege der einzig plausible Grund, warum manche Länder reich und andere arm sind, in der Qualität ihrer Institutionen und ihrer Wirtschaftspolitik (Olson, 1996). Auch Helliwell (2006) bestätigt im Zuge seiner ländervergleichenden Analyse die Bedeutung der Qualität der Institutionen und der Regierung für das Vertrauen und Wohlergehen innerhalb eines Landes. Die Qualität hänge dabei auch mit der Höhe der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zusammen (La Porta *u.a.*, 1999).

Helliwell/Putnam (2000: 265f.) untersuchten soziales Kapital in Italien und stellten fest, dass in Regionen mit mehr sozialem Kapital das durchschnittliche Einkommensniveau höher ist. Für ihre Analysen verwendeten sie drei Indices für die Operationalisierung von sozialem Kapital: einen für das Ausmaß an Zivilgemeinschaft (u.a. Anzahl der Zeitungsleser, Anzahl von möglichen Sport- und Kulturaktivitäten, Wahlbeteiligungsraten), einen für die Effektivität der lokalen Regierungen (u.a. Anzahl von Präventiv-Kliniken, Konsumentenschutz-Organisationen, Geschwindigkeit bei der Beantwortung von Bürgeranfragen) sowie einen für die allgemeine Zufriedenheit der Bürger mit ihrer lokalen Regierung (gemessen anhand von Befragungen zwischen 1977 und 1988).³⁸

³⁸ Für weitere Lösungsansätze zur empirischen Messbarkeit von sozialem Kapital; vgl. Grootaert *u.a.*, 2004; Grootaert/van Bastelaer, 2001.

Zusammenfassend stellt Serrano (2002: 19) die möglichen Vorteile von sozialem Kapital für das Individuum, eine Gruppe und die Gesellschaft als Ganze dar:

ART	INDIVIDUUM	GRUPPE	GESELLSCHAFT
Wohlstand (wirtschaftlich-materiell)	<ul style="list-style-type: none"> – Zugang zu nützlichen Informationen zur Verbesserung der Arbeitssituation – Zugang zu besseren Wohnungen und Ausstattung – Informelle Finanzierungs-Möglichkeiten – Kollektive Unternehmungen – Austausch von Gütern und Werkzeugen 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der gemeinschaftlichen Infrastruktur durch gemeinsame Aktionen – Entwicklung von Projekten – Nachhaltigkeit – Gemeinsam mehr erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> – Austausch erhöht sich und wirtschaftliche Unternehmungen nehmen zu – Produktive Cluster entstehen – Makroökonomische Entwicklung verbessert sich
Soziale Integration (sozial-kulturell)	<ul style="list-style-type: none"> – Persönliche Entwicklung und Fertigkeiten – Mehr Ansprechpersonen – Information und Wissen erhöht sich – Eigene Wertschätzung nimmt zu – Soziale Anerkennung 	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der sozialen Identität – Gemeinschaftliches Leben – Kollektive Dienstleistungen – Kohäsion 	<ul style="list-style-type: none"> – Qualität der sozialen Bindungen nimmt zu – Kreativität und soziales Engagement – Sozialer Friede – Respekt und Solidarität
Macht und Einfluss (gesellschaftlich-politisch)	<ul style="list-style-type: none"> – Mehr Möglichkeiten der Meinungsäußerung – Stellung von Forderungen – Recht auf eine öffentliche Stimme – Erhöht Bereitschaft, in gemeinsamen Aktionen mitzuwirken 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Koordinierung zwischen verschiedenen Akteuren – Stärkung des Dialogs und der Kompromisse – Interaktion mit den öffentlichen Behörden erleichtert – Erarbeitung gemeinsamer Vorschläge 	<ul style="list-style-type: none"> – Bürgerliche Tugenden werden inspiriert – Aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen – Stärkung der Kontrolle des Staates – Privat-öffentliche Kooperation

Tabelle 2: Die Vorteile sozialen Kapitals³⁹

³⁹ Quelle: modifiziert übernommen aus Serrano, 2002.

2.2.4.2 Die Kehrseiten sozialen Kapitals

Soziales Kapital ist jedoch nicht immer nur positiv, sondern kann auch negative Auswirkungen haben, wenn die Identifikation und der Einsatz für die einen, einen Ausschluss anderer beinhaltet.⁴⁰ Ein Beispiel wäre ein Land, in dem sich zwei politische Lager gegenüberstehen, welche zwar in sich geschlossen sind, aber miteinander nicht können. Gewählte Indikatoren für soziales Kapital wie soziales Engagement etc. würden dann zwar hohe Werte aufzeigen, aber die Frage der Vorteilhaftigkeit wäre dadurch nicht beantwortet. Auf der individuellen Ebene trifft dies ebenfalls zu. Auch wenn es für das begünstigte Individuum gut ist, Beziehungen zu einflussreichen Gesellschaftsmitgliedern zu haben, kommt es dadurch zu einer Übervorteilung all jener, die ausgeschlossen sind. Es ist daher ein Trugschluss zu sagen, dass soziales Kapital prinzipiell gut für die Gesellschaft ist und gefördert werden muss. Die zwei größten Nachteile sozialen Kapitals verstanden als interpersonale Netzwerke liegen in der Exklusivität und der möglichen Manifestierung von ungleicher Machverteilung (Dasgupta, 2005: S17f.).

Svendsen u.a. (2004) unterscheiden zwischen *bridging social capital*, welches zwischenmenschliche Zusammenarbeit begünstigt, und *bonding social capital*, welches als „Superkleber“ auch negative Folgen haben kann, wie zum Beispiel Misstrauen und höhere Transaktionskosten.⁴¹ Als spezielles Beispiel werden verfeindete Ethnien in bestimmten Ländern genannt. Exzessives *bonding social capital* führt eher dazu, dass die positiv bewertete Form von sozialem Kapital, nämlich *bridging social capital*, zurückgedrängt wird. Auf der einen Seite sind gemeinsame Werte wichtig für die Entstehung von sozialem Kapital, auf der anderen Seite können bestimmte religiöse Überzeugungen dazu führen, dass die Entstehung von *bridging social capital* verhindert wird.⁴² *Bridging social capital* sei also aus gesellschaftspolitischer Sicht gut, *bonding social capital* schlecht. Dem kann entgegen gehalten werden, dass aus individueller Sicht *bonding social capital* einen wichtigen Ankerpunkt darstellen kann; vor allem auch für arme Menschen, deren einziges Kapital möglicherweise eben darin besteht.⁴³

⁴⁰ Vgl. Portes/Landolt, 1996; Portes, 1998; Putnam/Feldstein, 2004.

⁴¹ Dass enge Bindungen und Familiensysteme nicht immer nur negativ sein müssen, wird jedoch auch in Hoff/Sen, 2006 deutlich.

⁴² Wie zum Beispiel in Indien; vgl. Svendsen/Svendsen, 2004.

⁴³ Vgl. z.B. Sunkel, 2006a.

Für die Fragestellung der Dissertation entscheidend sind insbesondere jene Auswirkungen von sozialem Kapital, welche im Zusammenhang mit der Reduktion von Armut stehen. Für Atria (2004: 549) ist Armut auch eine Folge der ungleichen Verteilung von sozialem Kapital innerhalb einer Gesellschaft. Arme Menschen haben oft weniger soziale Beziehungen und interagieren ausschließlich in Netzwerken innerhalb ihrer Reichweite. Armut ist dabei nicht nur Ursache, sondern auch eine Folge von mangelndem sozialen Kapital. Das würde bedeuten, dass, um Armut zu lindern, soziales Kapital gefördert werden müsste, sofern das überhaupt möglich ist. Auf der anderen Seite hat soziales Kapital wie bereits ausgeführt nicht immer nur positive Auswirkungen. Dabei gilt es auch zu unterscheiden, welche Formen sich wie und für wen günstig auswirken. Woolcock (2004; 1998: 174) beispielsweise sieht vor allem *linking social capital*, also Beziehungen zwischen Menschen in unterschiedlichen hierarchischen Positionen, als besonders bedeutsam für die Linderung von Armut an. Damit Entwicklung in armen Gemeinschaften stattfinden kann, müsse der Aufbau von Beziehungen nach außerhalb mit sozialer Integration nach innen verbunden werden.

2.2.5 Soziales Kapital und Armut

Die wissenschaftliche Literatur über staatliche Eingriffe zur Förderung von sozialem Kapital im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut ist insbesondere im lateinamerikanischen Raum umfangreich, wo das Konzept auch in die sozialpolitische Praxis Eingang gefunden hat.⁴⁴ Eine Schwierigkeit in der Aufarbeitung der Beiträge besteht in den unterschiedlichen Vorstellungen über soziales Kapital und seinen Begriffsdefinitionen. Die Verständnisweise und Darlegung des Konzepts ist oft sehr breit und erfordert eine kritische Distanz zu den Ergebnissen. Dennoch soll im Folgenden kurz dargestellt werden, was im Sinne des Konzepts soziales Kapital bei staatlichen Eingriffen zur Bekämpfung von Armut zu berücksichtigen ist, da die Forschung zu sozialem Kapital gerade im Zusammenhang mit Armut und den Problemen der Entwicklungsländer einen wichtigen Beitrag leistet (Ahn/Ostrom, 2008).

Soziale Faktoren wie Vertrauen, Werte, Bekanntschaften oder der Machtverteilung wird eine entscheidende Rolle für die Überwindung von Armut zugesprochen, jedoch ist soziales Kapital nicht die einzige Ressource, welche notwendig ist. Humankapital oder finanzielle Mittel sind ebenso wichtig (Raczynski/Serrano, 2005b: 106ff.).

⁴⁴ Vgl. z.B. Arriagada [Hrsg.], 2005; Atria u.a. [Hrsg.], 2004; Arriagada, 2006.

Der positive Nutzen von sozialem Kapital besteht vor allem in der Erleichterung des Zugangs zu anderen Ressourcen. Aus diesem Grund sollten Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut auf der einen Seite bei Investitionen in Humankapital ansetzen und auf der anderen Seite die Integration armer Menschen in ihre soziale Umgebung fördern, die Fähigkeit von Gruppen erhöhen, sich selbst zu organisieren, sowie eine Interaktion zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten ermöglichen (Arriagada/Miranda, 2005: 197).

Verschiedene empirische Untersuchungen zu sozialem Kapital und Armut deuten darauf hin, dass Armut mit einem Mangel an sozialem Kapital zusammenhängt und dessen Förderung demnach helfen könne, Armut zu reduzieren (Robison *u.a.*, 2004: 85): die Leistungen von Schülern und somit ihre Bildung, welche es ihnen erlauben könnte, der Armut zu entkommen, hängen von dem sozialen und familiären Umfeld der Schüler ab (Coleman, 1990); Gesellschaften, in welchen hohes allgemeines Vertrauen vorherrscht, haben einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber jenen, wo das gesellschaftliche Vertrauen gering ist (Fukuyama, 1995); Gesellschaften mit einem hohen Niveau an Interaktion und Gefühl von Verbundenheit sind wirtschaftlich oft besser gestellt als andere mit einem geringen zivilen Engagement (Putnam *u.a.*, 1993); Haushaltseinkommensunterschiede scheinen zu sinken, wenn Indikatoren, die auf ein höheres soziales Kapital hindeuten, steigen (Robison/Siles, 1999); die Möglichkeit, qualitativ-hochwertigen Boden zu kaufen, hängt u.a. von den sozialen Kontakten des Käufers ab (Perry/Robison, 2001: 57f.).

Die größte Chance der Armut zu entkommen, liege für arme Menschen und Gruppen darin, soziale Beziehungen zu anderen Gesellschaftsschichten und Personen in höheren Machtpositionen (*linking social capital*) aufzubauen (Robison *u.a.*, 2004: 75f.). Eine Motivation für diese, soziale Beziehungen zu armen Menschen aufzubauen, liege im Erwerb sozio-emotionaler „Güter“, die im Zuge der Beziehung ausgetauscht werden. Granovetter (1973) bezeichnete diese Netzwerke auch als schwache Bindungen. Allerdings kann soziales Kapital in seiner negativen Form (*bonding*, zersplitterte Gesellschaft, Antipathie) den gegenteiligen Effekt haben. Flora *u.a.* (2004: 531ff.) stellen fest, dass in Lateinamerika *bonding social capital* in der Regel überwiegt, aber dass *bridging* und *bonding social capital* notwendig ist, um effektiv handeln zu können und damit gemeinschaftlicher Unternehmergeist entstehen kann. Ist kein soziales Kapital vorhanden, fehle es an der Kapazität, Änderungen zu initiieren und umzusetzen.

Das größte Hindernis für den Aufbau von Beziehungen zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten wird in den fehlenden Gemeinsamkeiten (*lack of shared kernels*) gesehen (Robison u.a., 2004: 75f.). Sie besuchen oft unterschiedliche Schulen, wohnen und verbringen ihre Freizeit in unterschiedlichen Orten und heiraten oft innerhalb ihrer Gesellschaftsschicht. Soziale Ungleichheit und unterschiedliche Chancen im Zugang zu Möglichkeiten sind nicht nur eine Ursache von Armut, sondern auch eine Folge. Um Armut zu überwinden, braucht man soziales Kapital, aber um dieses aufbauen zu können, ist ein materieller bzw. zeitlicher Einsatz erforderlich, welcher gerade armen Menschen oft nicht möglich ist. Folgt man den Gedanken zu sozialem Kapital ist Armut ein Teufelskreis und kann soziales Kapital zerstören bzw. seine Entstehung behindern (González de la Rocha, 2005: 89ff.). Wenn Verbesserungen in der Arbeits-, Bildungs- und Wohnsituation gegeben sind, steigt auch die Fähigkeit, soziale Beziehungen aufzubauen.

In Lateinamerika besteht Sozialpolitik zum einen aus sektorspezifischen Maßnahmen wie in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnraum etc., zum anderen wurden gerade seit Beginn der 1990er Jahre zielgruppenspezifische Programme mit bestimmten Zielen und Kriterien entwickelt, welche auch das soziale Kapital fördern sollen (Raczynski/Serrano, 2005b). In Argentinien zeigte sich, dass die speziellen Programme zur Förderung von sozialem Kapital sehr wohl positive Effekte haben, insbesondere wenn es gelingt, zwischenmenschliche Kontakte in der Nachbarschaft hervorzurufen, welche vormals möglicherweise nicht existent waren (Kessler/Roggi, 2005: 144). Die soziale Integration ist besonders für arme Menschen wichtig, welche meist wenige soziale Kontakte außerhalb ihrer engsten Verwandten haben (Flores/Rello, 2004: 196ff.).

Flores/Rello (2004: 197) sind der Meinung, dass Armut durch die Förderung der sozialen Organisation in armen Gegenden durch öffentliche Interventionen gelindert werden kann. Dies könne beispielsweise durch die Unterstützung von lokalen Wasseraufbereitungsprojekten, Liefergemeinschaften oder Spar- und Kreditvereinigungen mit Hilfe staatlicher Mikrofinanzierungsprogramme geschehen. Um die bestmöglichen Synergieeffekte zu erzielen, müsse jedoch komplementär vorgegangen und der soziale Kontext beachtet werden (Evans, 1996). Robison u.a. (2004: 82) sehen einen Weg, die Bereitschaft von Investitionen in öffentliche Güter zu erhöhen, in der Schaffung von emotionaler Verbundenheit mit der Gemeinschaft. Sobald Gemeinschaftsmitglieder ein Gefühl der Verbundenheit entwickeln, steigt ihre Bereitschaft, in Güter und Aktionen für den gemeinschaftlichen Gebrauch zu investieren.

Atria (2004: 548) nennt zwei mögliche Strategien, um soziales Kapital zu erhöhen. Erstens, eine Strategie des *empowerment* – Ausbau von Führungsqualitäten innerhalb der Gruppe für die Gruppe, d.h. die Mobilisierung der Kontakte und des Organisationspotentials der Gruppenmitglieder für den Nutzen aller. Zweitens, eine Strategie der *associativity* – Förderung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern durch gemeinsame Aktionen. Eine Möglichkeit, die Entwicklung armer Gemeinschaften zu fördern, sieht Parker (2003: 125) in der Gewährung von mehr Selbstbestimmungsrechten und -möglichkeiten. Weitere Dimensionen, die im Zusammenhang mit gemeinschaftlichem Handeln eine Rolle spielen und beachtet werden müssten, wären aber auch Reziprozität⁴⁵, Macht und so genannte primäre Bindungen wie Familie, ethnische Zugehörigkeit und die nähere Nachbarschaft (Bahamondes, 2003: 170ff.). Ideal wäre eine Art Partnerschaft zwischen der Gemeinschaft, welche die Initiative hat, und den staatlichen Institutionen.

Diese Vorstellungen entsprechen auch den Empfehlungen, die von CEPAL für die Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen zur Förderung von sozialem Kapital gegeben werden: gemeinsame Problemdiagnose und Lösungsfindung unter den Betroffenen, partizipative Umgangsformen und Berücksichtigung des Konfliktlösungspotentials, Integration aller Beteiligten (insbesondere auch von Frauen und Jugendlichen), Synergieeffekte zwischen sozialen und kulturellen Faktoren nutzen sowie eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Programmen vor Ort (Arriagada u.a., 2004: 41f.). Im Zusammenhang mit sozialpolitischen Eingriffen ist die Förderung einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit sowie die Verbesserung des Zugangs der armen Bevölkerung zu öffentlichen Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen des Staates anzustreben (Arriagada, 2006: 34f.).

Soziales Kapital, verstanden als die Fähigkeit einer Gemeinschaft kollektiv zu handeln, um gemeinsame Ziele und Vorteile zu erreichen, ist jedoch nicht nur ein Ziel, sondern kann auch einen entscheidenden Einfluss auf die Wirkungsweise von Sozialprogrammen haben. Ein Problem besteht of darin, dass Misstrauen auf Seiten der Begünstigten besteht und einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit entgegensteht (Alenda, 2003: 188f.). Dieses kann untereinander oder gegenüber den staatlichen Behörden aufgrund der bisherigen oft sehr paternalistischen und technokratischen Vorgehensweise bestehen.

⁴⁵ Vgl. auch Mauss, 1984.

Die lokalen Machtinhaber haben in der Regel auch kein großes Interesse daran, ihre Macht einzuschränken und finanzielle Unterstützung zu leisten (Navarro, 2005: 189), was jedoch für die Nachhaltigkeit eines Programms oft entscheidend ist (Kessler/Roggi, 2005: 156f.). Unter Umständen können auch negative Effekte entstehen, wenn zum Beispiel nur das individuelle Kapital mancher Begünstigten gefördert wird. In einem Kontext, wo Klientelwirtschaft – eine vertikale Form sozialen Kapitals – vorherrscht, scheint es fraglich, ob gute Regierungsführung ausreicht. Vor allem wenn dieses Problem in öffentlichen Evaluierungen nicht angesprochen werden darf (Durstun, 2005: 52ff.).

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich, wenn zu viele verschiedene Organisationen gleichzeitig tätig sind und lokale Gemeinschaftsorganisationen an den Rand gedrängt werden (Anderson, 2003: 108). Außerdem ist es wichtig, die räumliche Distanz am Land zu beachten, welche die Entstehung von sozialem Kapital behindern kann (Dirven, 2003: 160). Aus der Perspektive des Theorierahmens soziales Kapital betrachtet, wird die Bedeutung von zwischenmenschlicher Solidarität besonders deutlich (Miranda, 2003: 306), welche jedoch endogen entstehen muss.

Insgesamt muss Armut im Zusammenhang mit den vorhandenen Rahmenbedingungen und dem Sozialgefüge gesehen werden (Bebbington, 2003: 40ff.). Besonders entscheidend für den Erfolg eines sozialpolitischen Eingriffes ist deshalb die Arbeit und das Feingefühl der Intermediäre vor Ort (Raczynski, 2003: 288). Eine wesentliche Grundvoraussetzung für den Erfolg staatlicher Eingriffe zur Förderung von sozialem Kapital und zur Bekämpfung von Armut besteht demnach in der Notwendigkeit einer umfassenden Analyse des bereits bestehenden Sozialgefüges und einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Abwägung (Arriagada, 2006: 37ff.). Dies gestaltet sich aufgrund der mangelnden Messbarkeit von sozialem Kapital als schwierig (Dasgupta, 2005: S2).

Möglichkeiten, soziales Kapital zu operationalisieren (Rohe, 2004: 160) wären zum Beispiel die Messung von sozialem Engagement anhand der Interaktionen mit den Nachbarn (Qualität und Quantität), Freiwilligendienst, Teilnahme an nachbarschaftlichen Aktivitäten, Teilnahme an Organisationen oder Aktivitäten außerhalb der Nachbarschaft; von sozialen Netzwerken anhand ihrer Größe, territorialen oder emotionalen Nähe (starke oder schwache Bindungen), Diversität an Einkommen, Alter, sozialer Kontext, Interessen etc., Häufigkeit des Kontakts; durch das Vertrauen zu Mitbewohnern, in die Nachbarschaft, in Non-Profit-Organisationen, in die lokale Verwaltung etc.;

oder anhand der Anzahl, Art und Größe der vorhandenen gemeinschaftlichen Organisationen, ihrer Mitgliederanzahl und Teilnahmehäufigkeit, anhand des wahrgenommenen Effekts der Institutionen, inklusive deren Status außerhalb der Nachbarschaft.

Empirische Forschungen, die sich dieser oder ähnlicher Indikatoren bedienen, kommen jedoch auch oft zu widersprüchlichen Ergebnissen, was die Schwierigkeit der Messbarkeit verdeutlicht oder auch einen Trugschluss in den Annahmen zu sozialem Kapital impliziert.⁴⁶ Abgesehen davon können die Auswirkungen von sozialem Kapital in Abhängigkeit vom Blickwinkel des Betrachters negativ oder positiv sein. Der Beitrag des Konzepts für die Sozialpolitik besteht vor allem darin, darauf aufmerksam zu machen, dass jegliche Maßnahme dahingehend geprüft werden muss, wie sich diese auf das vorhandene Sozialgefüge auswirkt. Denn unter Umständen könnte ein Eingriff soziale Konflikte auf lokaler Ebene möglicherweise sogar noch verstärken oder das Gleichgewicht stören (Arriagada/Miranda, 2005: 207). Spezifische Programme zur Förderung von sozialem Kapital haben den Nachteil, dass sie gewisse Probleme wie mangelnde Nachhaltigkeit, Anpassung an die lokalen Dynamiken und zu viel Technokratie nicht leicht überwinden können (Bebbington, 2005: 40ff.).

Das Theoriekonzept soziales Kapital ermöglicht ein besseres Verständnis der sozialen und kulturellen Faktoren von Entwicklung. Es bietet einen Erklärungsansatz dafür, warum gleiche Institutionen in unterschiedlichen Ländern eine andere Wirkung haben und weshalb einfache Politikrezepte nicht ausreichen (Fukuyama, 2004: 39). Die Auswirkungen von sozialem Kapital lassen sich jedoch nur schwer von anderen Umweltfaktoren isolieren. Aus diesem Grund konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die Voraussetzungen der Entstehung von sozialem Kapital und darauf aufbauend auf mögliche Maßnahmen zu seiner Förderung.⁴⁷

⁴⁶ Vgl. dazu z.B. Hutchinson, 2004.

⁴⁷ Dies ist auch im Einklang mit der wissenschaftlichen Literatur, welche vermehrt nach praxisorientierten Beiträgen zu sozialem Kapital ruft im Gegensatz zu Effektanalysen; vgl. z.B. de Souza Briggs, 2004; Woolcock, 2004.

2.2.6 Begriffsverständnis im Rahmen der vorliegenden Arbeit

Die Schwierigkeiten, die mit den verschiedenen Möglichkeiten der Verständnisweise und Definition von sozialem Kapital und somit seiner Operationalisierung zusammenhängen, lassen sich nur schwer überwinden – nicht aufgrund mangelnden Datenmaterials, sondern weil nicht ganz klar ist, was überhaupt gemessen werden soll (Dasgupta, 2005: S2). Ein Konsens zur Bevorzugung einer soziologischen Definition, welche sich auf die sozialen Netzwerke und Normen der Reziprozität auf der Mikroebene konzentriert, ist im Entstehen (Putnam, 2004: 143). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll dem Begriff soziales Kapital eine soziologische Perspektive mit Fokus auf die individuellen Beziehungsnetzwerke zugrunde gelegt werden, welche sich an den Quellen auf der Mikroebene orientiert und sowohl eingebettete als auch autonome soziale Beziehungen umfasst (Putnam, 2004; Woolcock, 2004).⁴⁸

Esser (2008) fasst die zwei Bedeutungen von sozialem Kapital, die dem Begriff zugrunde liegen und einander gegenseitig beeinflussen, wie folgt zusammen: *relational capital* und *system capital*. Als soziales Kapital wird zum einen jener (potentielle) Nutzen bezeichnet, der einem Akteur aufgrund direkter und indirekter sozialer Beziehungen zur Verfügung steht. Zum anderen kann soziales Kapital als endogene Ressource eines kollektiven Systems von Akteuren verstanden werden, aufgrund von Mechanismen wie soziale Kontrolle, Vertrauen, Moral und ein Gemeinschaftsgefühl.

Jede Form von *relational capital* beinhaltet die Charakteristika des Systems und jede Form des *system capital* beruht auf den Interaktionen und sozialen Beziehungen zwischen einzelnen Akteuren. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Einbettung des Individuums in das jeweilige gesellschaftliche Umfeld dessen Bedürfnis- und Verhaltensmuster prägt.

Für die Fragestellung der Dissertation nach möglichen Politikmaßnahmen zur Linderung von Armut ist soziales Kapital insbesondere aus der Perspektive jener Menschen interessant, welche unter Armut leiden. Da vor allem (lose) Beziehungen zu anderen Gesellschaftsmitgliedern und zu Menschen in höheren Machtpositionen als Ressourcen der Informations- und Arbeitsbeschaffung für die Überwindung von Armut als besonders

⁴⁸ Zur Idee der „Embeddedness“ vgl. u.a. Granovetter, 1985; Woolcock, 1998; Portes/Sensenbrenner, 1993; oder Barber, 1995.

wichtig identifiziert wurden, erfolgt eine Konzentration auf jene Aspekte der Förderung von *bridging* und *linking social capital*.⁴⁹ In dem Bewusstsein des Zusammenhangs zwischen *relational* und *system capital* geht es dabei sowohl um die Förderung der Befähigung der Einzelnen, soziale Beziehungen zu anderen herzustellen und zu erhalten, sowie um die Förderung von Vertrauen und Solidarität in der weiteren nationalen Gemeinschaft. Die nachfolgende Darstellung fasst das der Arbeit zugrunde liegende Begriffsverständnis von sozialem Kapital zusammen:

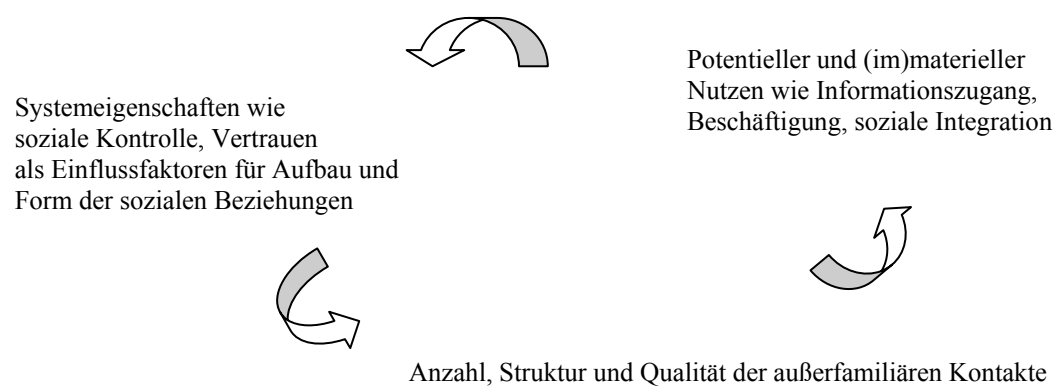


Abbildung 1: Begriffsverständnis soziales Kapital⁵⁰

Unter sozialem Kapital wird eine Form symbolischen Kapitals verstanden, welches dem einzelnen unter anderem auch Kreditwürdigkeit und Macht verleiht (Mikl-Horke, 2001: 360f.). Da der Aufbau von sozialem Kapital Input in Form von Beziehungsarbeit, Erwerb eines guten Rufes, von Ansehen und Einfluss erfordert und andere Kapitalformen wie Bildung und ökonomisches Kapital voraussetzt, sind arme Menschen benachteiligt bzw. jene Menschen, die ohnehin über ein hohes Maß an sozialem Kapital verfügen, begünstigt. Genauso wie soziales Kapital als Mittel zur Reduktion von Armut betrachtet wird, kann es somit einen Mechanismus zur Reproduktion von Armut und sozialer Ungleichheit darstellen.⁵¹

⁴⁹ Zur Unterscheidung zwischen *bonding*, *bridging* und *linking social capital*; vgl. z.B. World Bank, 2000b.

⁵⁰ Quelle: eigene Darstellung.

⁵¹ Das entspricht auch der Verwendung des Begriffs bei Pierre Bourdieu; vgl. Mikl-Horke, 2008.

Während in *relational capital* durch individuelle Aktionen investiert werden könne, obliege dem Staat die Aufgabe, *system capital* zu fördern (Esser, 2008). Da es armen Menschen jedoch oft an den notwendigen Voraussetzungen für soziales Kapital fehlt und sie sich insofern in einem Teufelskreis befinden – ohne materielle Mittel ist der Aufbau und der Erhalt sozialer Beziehungen nicht möglich, aber ohne soziale Beziehungen ist auch die Erlangung materieller Vorteile schwierig – wird in der vorliegenden Arbeit auch von einem Handlungsbedarf seitens des Staates zur Gewährleistung der individuellen Chancen für den Aufbau von *bridging* und *linking social capital* ausgegangen. Im Folgenden soll daher untersucht werden, welche Möglichkeiten bestehen, die ungleiche Verteilung der Möglichkeiten im Zusammenhang mit Armut und sozialem Kapital auszugleichen.

2.3 Theorieansatz für die Entstehung von sozialem Kapital

Die empirische Messbarkeit von sozialem Kapital ist in der wissenschaftlichen Literatur umstritten (Van Deth, 2008), was nicht nur an der mangelnden Definition, sondern auch an dem immateriellen Wert und der ständigen Bewegung sozialer Beziehungen liegen mag. Möglich ist jedoch eine Reflektion über die Voraussetzungen der Entstehung. Das vorliegende Kapitel möchte demnach zuerst die Bedingungen, unter welchen soziales Kapital entstehen kann, konzeptuell beleuchten. Darauf aufbauend soll überlegt werden, welche Möglichkeiten es von staatlicher Seite gibt, diese zu beeinflussen.

Der Fokus liegt auf sozialem Kapital als Mittel zur Besserung der Lebenssituation armer Menschen. Die Frage lautet: „Welche Voraussetzungen sind notwendig, damit arme Menschen soziales Kapital aufbauen können?“, wobei unter sozialem Kapital insbesondere jene sozialen Beziehungen verstanden werden, welche es ermöglichen, besondere Vorteile zur Linderung von Armut zu beziehen, also vorwiegend *bridging* und *linking social capital*. Vorteile verschiedenster Art von materiellem oder immateriellem Wert können beispielsweise durch gute Beziehungen zu Nachbarn, innerhalb des weiteren Freundeskreises oder auch zu Personen in höheren Machtpositionen sowie zu Vertretern staatlicher Institutionen entstehen. Für den Aufbau sozialer Beziehungen sind zum einen individuelle Fähigkeiten notwendig; zum anderen beeinflussen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen.

2.3.1 Soziales Kapital und Gemeinschaft

Nachdem soziales Kapital als aus zwei Komponenten bestehend (*relational* und *system social capital*) begriffen wird, erscheint jenes System als besonders förderlich für die Entstehung von sozialem Kapital, welches Gemeinschaftscharakteristika im Sinne des deutschen Soziologen Ferdinand Tönnies aufweist ("Gemeinschaft und Gesellschaft", 1920).⁵²

⁵² Tönnies war einer der ersten, welcher Gemeinschaftsprobleme mit großem theoretischen Aufwand durchdachte; vgl. Bickel, 1990.

Für Tönnies zeichnete sich eine Gemeinschaft durch Merkmale aus wie reales, vertrautes, dauerndes Zusammenleben, eine gemeinsame Sprache, Sitte und Glaube und gründet auf Wesenwillen, „vererbten“ Denk- und Wollensweisen (Mikl-Horke, 2001: 100ff.). Gesellschaft hingegen stellt für Tönnies ein künstliches Konstrukt dar, ein bloßes Nebeneinander voneinander unabhängiger Personen, deren oberstes Prinzip der Kürwillen ist – wo nicht der Affekt, sondern rationales Denken und Erwerb das Wollen bestimmen. Wesentliches Merkmal einer Gemeinschaft ist Verständnis als Ausdruck des gemeinschaftlichen Willens, eine „gegenseitig=gemeinsame, verbindende Gesinnung. [...] Es ist die besondere soziale Kraft und Sympathie, die Menschen als Glieder eines Ganzen zusammenhält“ (Tönnies, 1920: 16). Gemeinschaft ist (Für-)Sorge und Teilen, Gesellschaft Berechnung und Tausch (Otnes, 1990ff.).⁵³

Neben der Gefühlskomponenten, wie Verständnis und subjektiver Zusammengehörigkeit, wird das Steuerungssystem Gemeinschaft in der soziologischen Diskussion durch zwei weitere Prinzipien charakterisiert gesehen: Exklusivität und Reziprozität. Eine Gemeinschaft bedeutet gleichzeitig immer auch einen Ausschluss anderer und gründet sich in zeitlich und moralisch vermittelter Gegenseitigkeit (Opielka, 1990: 170).

Die Konzeption Tönnies' von Gemeinschaft scheint den Überlegungen zu sozialem Kapital zu entsprechen.⁵⁴ Wie im Theoriekonzept soziales Kapital umfasst der Begriff der Gemeinschaft die Annahme, dass aufgrund territorialer Zusammengehörigkeit ein bestimmtes Maß an Verständnis und zwischenmenschlicher Solidarität für das Wohl aller nützlich ist – sei es auf lokaler Ebene oder auf nationalstaatlicher Ebene für die Gesellschaft insgesamt.

⁵³ Tönnies folgend liegt die Begründung für eine Trennung der Charakteristika zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft insbesondere in der Andersartigkeit des Willens, aber auch in den Interaktionsformen, den Häufigkeiten und den affektiven Qualitäten zwischen den Individuen, unter anderem weil die Bezugsdimension eine andere ist. Dies ergibt sich aus der Größe und dem Wesen der jeweils untersuchten Einheit, da aufgrund unterschiedlicher, zwischenmenschlicher Interaktionsmöglichkeiten und –absichten andere Formen von Zugehörigkeitsgefühl/Identität und Handeln entstehen. Ein Gedanke, welcher auch der Gruppensoziologie zugrunde liegt; als Vorläufer gilt Georg Simmel; vgl. z.B. Simmel, 1968 (urspr. 1908); Schäfers [Hrsg.], 1999. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als sich Simmel und Tönnies thematisch und inhaltlich nahe standen, vgl. Bond, 1991.

⁵⁴ Dass Gemeinschaft jedoch nicht das verlorene Paradies ist, welches es angesichts der Globalisierungsgesellschaft zu retten gilt, wurde und wird oftmals, wie beispielsweise schon von Helmut Plessner, 1924, angemerkt; vgl. Vowinkel, 1990. Auch Tönnies selbst hat die Probleme angesprochen, die in einer Hochstilisierung der Gemeinschaft liegen Schlüter/Clausen, 1990, weil eine mehr oder weniger scharfe Ausgrenzung anderer auch Gefahren in sich birgt.

Eine Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft ergibt sich aus theoretischer Sicht aufgrund der unterschiedlichen Qualität der sozialen Beziehungen, der Interaktionsmöglichkeiten und Normentstehung und -wirkung, es wird aber von der Möglichkeit von Verständnis und Solidarität auch auf Ebene der Gesellschaft ausgegangen.

Nach Walther (1991: 85) ist für das Verständnis von Tönnies seine Anlehnung an Spinoza zu berücksichtigen, nämlich dessen Gedanken vom Menschen als Naturwesen und von der Sozietät als einem Naturprodukt – also seine anthropologisch-philosophische Zugangsweise vom Individuum ausgehend. Für die Konstruktion des Begriffes Gesellschaft habe sich Tönnies vor allem an Hobbes, für jenen der Gemeinschaft an Althusius angeschlossen.⁵⁵ Ähnlich der Herangehensweise Tönnies' wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit von einer handlungstheoretischen Perspektive des Individuums ausgegangen. Kleinster Bestandteil einer jeden Gesellschaft ist das Individuum, das in Abhängigkeit von seiner Lebensumwelt meist aus einer Mischung aus Affekt und Nutzenkalkül heraus handelt. Dieses Verständnis schließt psychologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte mit ein. Die theoretische Ableitung erfolgt demnach den Handlungsantrieben des Individuums folgend – auf Basis jener Eigenschaften, die jedem als Menschen zukommen.

2.3.2 Entstehungsvoraussetzungen von sozialem Kapital

2.3.2.1 Individuelle Voraussetzungen

Die individuellen Voraussetzungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung und Förderung von sozialem Kapital (Glaeser u.a., 2000a: 841). Insbesondere die sozioökonomische Situation scheint die Erfordernisse und Herangehensweise für den Aufbau von sozialem Kapital zu bestimmen (Warr, 2006: 517f.). In wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Verhältnissen erfordert es nicht nur Anstrengungen, um weiter zu kommen, sondern zuerst einmal, um überhaupt über die Runden zu kommen, was auch die Art der angestrebten Kontakte beeinflusst.

⁵⁵ Dabei kontrastieren sich Tönnies' Überlegungen zu den Bedingungen der Sozialform Gemeinschaft mit jenen Immanuel Kants, was auch als Ausdruck verschiedenartiger Theorieansätze gewertet werden kann; vgl. Richter, 1991. Ideengeschichtlich müsse man Tönnies eher als Hegelianer als Kantianer sehen, vgl. Otnes, 1990.

Ein positiver Zusammenhang besteht zwischen sozialem Kapital und Bildung bzw. Einkommen. Jene Gesellschaftsschichten mit höherem Bildungsgrad und einem höheren Einkommen besitzen in der Regel auch mehr soziales Kapital.⁵⁶ Außerdem scheint es einen Zusammenhang mit den individuellen Wertvorstellungen zu geben. Soziales Kapital ist höher unter jenen, die regelmäßig in die Kirche gehen und unter Anhängern des linken politischen Lagers sowie unter Frauen und älteren Menschen (van Oorschot/Arts, 2005: 22).

Ausgangspunkt der Überlegung im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist, dass soziales Kapital durch zwischenmenschliche Interaktionen entsteht – welche durch die kontextuellen Faktoren geprägt sind – und dass bestimmte Voraussetzungen die individuellen Chancen erhöhen, soziales Kapital aufzubauen.⁵⁷ Dazu zählen aus Sicht der Autorin soziale Kompetenz, Bildung/Erziehung sowie psychische und physische Gesundheit. Abgesehen von der Fähigkeit, mit anderen eine soziale Beziehung aufzubauen, stellt sich auch die Frage nach dem Anreiz, überhaupt mit anderen in Interaktion zu treten.

2.3.2.1.1 Notwendigkeit/Anreiz zur Interaktion

Individuen treten mit anderen in Kontakt, wenn sie eine Notwendigkeit oder einen Anreiz dazu haben, sei es emotionalen oder rationalen Ursprungs. Jedenfalls liege es in der Natur des Menschen soziale Beziehungen für das eigene Überleben und das Erfüllen der Bedürfnisse zu benötigen.⁵⁸ Im Rahmen der Dissertation wird von der Annahme gewisser Grundprinzipien der Menschen und ihrer Antriebsfaktoren ausgegangen, welche unabhängig von Raum und Zeit sind und sich aufgrund jener Eigenschaften ergeben, die jedem als Menschen zukommen.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. dazu Warr, 2006.

⁵⁷ Vgl. dazu z.B. Glaeser u.a., 2000a.

⁵⁸ Vgl. z.B. schon Aristoteles, 2004: 197ff., welcher feststellte „as in other departments of science, so in politics, the compound should always be resolved into the simple elements or least parts of the whole. [...] He who thus considers things in their first growth and origin, whether a state or anything else, will obtain the clearest view of them. [...] of those who cannot exist without each other.“ oder auch PNUD, 2004: 64. Die Begründung für das Ausgehen vom Individuum liegt in der Ansichtweise, dass Gesellschaften aus einzelnen Menschen und deren Handlungen bestehen, welche aufgrund ihrer gegenseitigen Abhängigkeit miteinander interagieren.

⁵⁹ Dies deckt sich auch mit der Ansicht von Adam Smith, welcher die Unterschiede in der natürlichen Anlage verschiedener Menschen für viel geringer hielt als allgemein angenommen und sie mehr in Lebensweisen, Gewohnheit und Erziehung begründet sah; vgl. Streissler [Hrsg.], 2005: 12. Oder auch mit dem Capability Approach von Amartya Sen, dessen Ideen bis zu Aristoteles zurück verfolgt werden können; vgl. Clark, 2005.

Zu den wesentlichen Bedürfnissen des Menschen zählen der Drang nach Selbsterhaltung und Reproduktion, nach Sicherheit bzw. der Reduktion von Unsicherheit und nach Liebe, insbesondere in Form von Selbstachtung,⁶⁰ was auch einen zentralen Aspekt des Capability Approach darstellt und beispielsweise schon von Rawls (1971) hervorgehoben wurde. Der raum-zeitliche und kulturelle Kontext, die Freiheiten und Grenzen, die vorgegebenen Wertvorstellungen innerhalb einer Gesellschaft stellen dabei die Rahmenbedingungen dar, wie diese Grundbedürfnisse erfüllt werden können und insbesondere auch wie der Einzelne seine Erwartungen an sich selbst definiert und somit handelt.⁶¹ Dies kann jede Form von Rolle/Aufgabe umfassen, die einem in der Gesellschaft zukommt und eine Wertschätzung des Selbst ermöglicht, sei es in Form von unternehmerischem Handeln, Kindererziehung oder dem Einsatz für Gerechtigkeit. Aus gesellschaftlicher Sicht ist das nicht immer nur positiv, beispielsweise wenn Anerkennung/Selbstachtung über die Bereitschaft zu Gewalt und Selbstaufgabe bezogen wird.

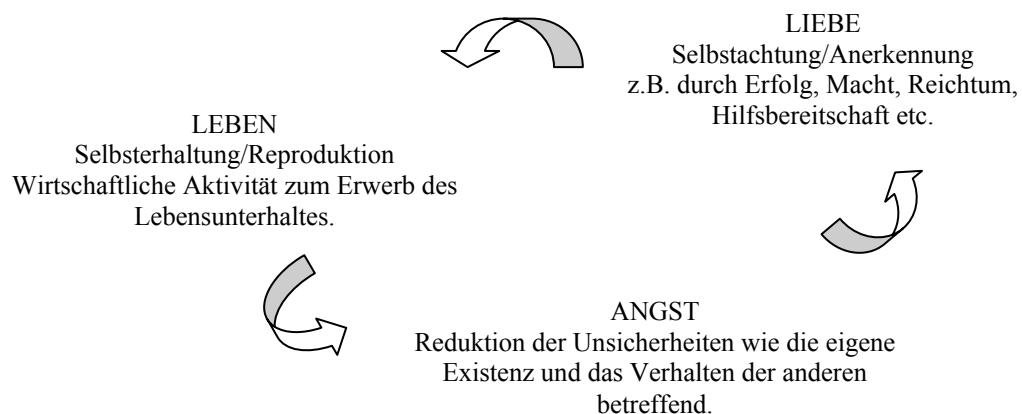


Abbildung 2: Individuelle Interaktionsanreize⁶²

Soziales Kapital entsteht aufgrund der Notwendigkeit zur Interaktion mit anderen auf natürliche Weise. Der Grund für die ungleiche Verteilung von sozialem Kapital innerhalb einer Gesellschaft liegt weniger in der unterschiedlichen Anlage der Menschen als vielmehr in den unterschiedlichen Voraussetzungen, die ihre einzelnen Mitglieder mitbringen, ihre Bedürfnisse erfüllen zu können. Der Erwerb von sozialem Kapital setzt

⁶⁰ Vgl. z.B. die Bedürfnispyramide von Maslow, 1970.

⁶¹ Vgl. z.B. die Ausführungen von Max Weber, 2004 (urspr. 1920) zur Bedeutung der gesellschaftlichen Wertvorstellungen für das wirtschaftliche Handeln.

⁶² Quelle: eigene Darstellung.

andere Kapitalformen wie Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenz voraus. Arme Menschen sind deshalb aufgrund fehlender bzw. ungleicher Zugangsmöglichkeiten und somit Voraussetzungen für soziales Kapital benachteiligt. Armen Menschen fehlt es an den ökonomischen Mitteln, um nützliche soziale Beziehungen aufzubauen oder aufrecht zu erhalten. Während den Reichen der Erwerb von sozialem Kapital leichter fällt, ist das für arme Menschen ungleich schwerer, auch weil Armut soziales Kapital zerstören kann (González de la Rocha, 2005: 91f.).

2.3.2.1.2 Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenz⁶³

Bildung wird heute mehr denn je als entscheidender Bestimmungsfaktor für Armut und Ungleichheit gesehen. Empirische Untersuchungen zeigten, dass ungleiche materielle Ressourcen und die sie verursachenden bzw. auf sie folgenden Bildungsmängel gesellschaftliche Ungleichheiten und Armut reproduzieren (Kuhlmann, 2008). Die Familie bzw. das soziale Umfeld spielen bei der Bildungsbenachteiligung eine große Rolle. Soziale Benachteiligung und Armut gehen bei Erwachsenen oft auch mit reduzierter Gesundheit und bei Kindern mit einer geringeren neurokognitiven Entwicklung einher, was wiederum die Bildungschancen negativ beeinflusst. Es wird eine kausale Beziehung zwischen Einkommen und Gesundheitsstatus gesehen, wobei der Mangel an sozialem Kapital krankmachende Einflüsse verstärken kann. Die subjektive Gesundheitsbewertung korreliert positiv zur individuellen Verfügbarkeit von sozialem Kapital (Haverkamp, 2008). Soziales Kapital beruht jedoch nicht nur auf Bildung und Gesundheit, sondern auch auf der Fähigkeit mit anderen eine stabile Beziehung einzugehen, also auf sozialer Kompetenz.

Soziale Kompetenz bezeichnet dabei „den Komplex all der persönlichen Fähigkeiten und Einstellungen, die dazu beitragen, das eigene Verhalten von einer individuellen auf eine gemeinschaftliche Handlungsorientierung hin auszurichten. ‚Sozial kompetentes‘ Verhalten verknüpft die individuellen Handlungsziele von Personen mit den Einstellungen und Werten einer Gruppe. Zumindest ausreichende soziale Kompetenzen der Bevölkerung sind damit Voraussetzung für das Funktionieren jeder nicht-autoritären, gesunden Gesellschaft.“⁶⁴

⁶³ Vgl. Faix/Laier, 1996; Schulz von Thun, 2006.

⁶⁴ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Kompetenz.

Soziale Kompetenz wird im Laufe des Lebens durch Interaktion mit der Umwelt erlernt (oder auch nicht), durch entsprechende Erziehung und Vorbildwirkung im Elternhaus begünstigt und durch Beobachtung anderer internalisiert. Der Familie kommt eine besonders entscheidende Rolle zu. Bedingt durch Familiensituationen und fehlender Erziehung mangelt es möglicherweise nicht nur an Orientierung und Selbstvertrauen, sondern auch an sozialer Kompetenz. Der Unterschied zwischen armen und reichen Menschen besteht darin, dass letztere individuelle Voraussetzungen wie Bildung/Erziehung, Gesundheit und ökonomische Mittel leichter erfüllen können und somit auch bei der Entwicklung von sozialer Kompetenz einen Vorteil haben.

Die Entfaltung der individuellen Voraussetzungen für den Aufbau und den Erhalt von sozialen Beziehungen hängt von den familiären, aber auch den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Diese prägen die wahrgenommen Chancen zur Veränderung der eigenen Lage und die Motivation, Eigenverantwortung zu übernehmen und somit unter anderem auch soziale Kontakte aufzubauen.

2.3.2.2 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie Normen und Wertvorstellungen, die wirtschaftliche Lage oder aber auch gesellschaftliche, politische Konflikte bestimmen, welche Möglichkeiten und welche Motivation der Einzelne zur Erfüllung seiner Bedürfnisse hat. Zur Erhaltung des Lebens und der Familie ist eine wirtschaftliche Betätigung notwendig. Diese hängt von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ab, wie zum Beispiel der Situation am Arbeitsmarkt, der wirtschaftlichen Freiheit oder der Machtverhältnisse und der Rechtssicherheit. Dabei geht es nicht nur um die realen Gegebenheiten, sondern auch um die Wahrnehmung dieser. Vertrauen in das Umfeld erhöht die Motivation sich einzusetzen und Leistung zu erbringen.

Auf der anderen Seite können familiäre Werte oder gesellschaftliche Erwartungen die Art und Weise beeinflussen, wie der Einzelne wirtschaftet oder sein Bedürfnis nach Anerkennung und Selbstachtung erfüllt – wie durch Anhäufung von Reichtum oder Macht (insbesondere in Gesellschaften, wo diesen Attributen eine hohe Bedeutung beigemessen wird), durch Einsatz für einen guten Zweck oder für die Gesellschaft.

Das gesellschaftliche Umfeld beeinflusst genauso wie die Marktchancen die Möglichkeiten und Anreize des Einzelnen, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich einzusetzen. Insbesondere arme Menschen sind von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig, da sie nicht über die ökonomischen Mitteln verfügen, der gegebenen Situation zu entkommen. Die folgende nicht abschließende Abbildung veranschaulicht, welchen Einflüssen der Einzelne in einer Gesellschaft ausgesetzt ist. Indem diese die Wahrnehmung beeinflussen, bestimmt sich daraus auch das Handeln.

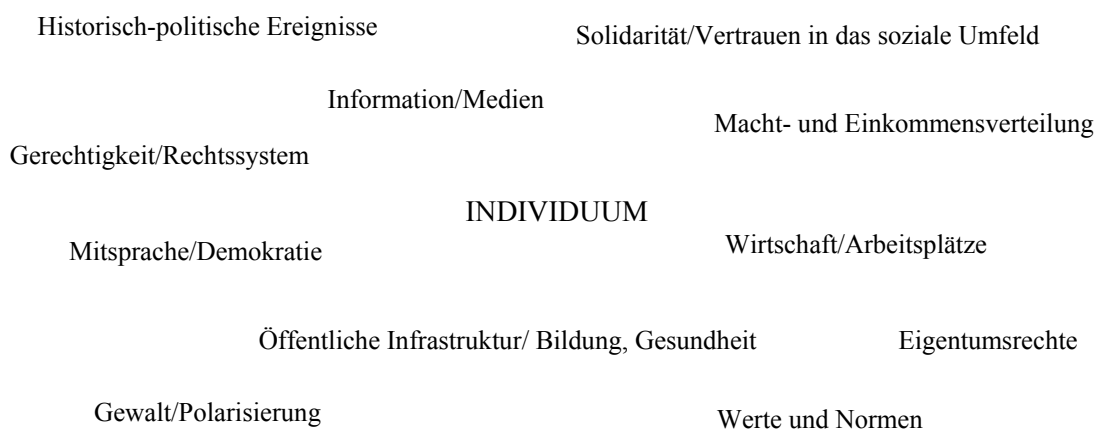


Abbildung 3: Einflüsse der Gesellschaft auf das Individuum⁶⁵

Für die Förderung von sozialem Kapital bedeutet das, dass das Umfeld jene Rahmenbedingungen bieten müsste, welche den Aufbau und die Pflege von sozialen Kontakten begünstigen. Abgesehen von den individuellen Voraussetzungen spielt dabei Vertrauen eine große Rolle (vgl. z.B. Dasgupta, 2005: S3ff.). Während der Staat nicht die Möglichkeiten hat, gegenseitige Sympathie und Mitgefühl (Verständnis), Wohlwollen, Ehrlichkeit, Gruppenloyalität etc. direkt zu beeinflussen, trägt er wesentlich dazu bei, ein allgemeines Klima des Vertrauens zu schaffen. Dazu gehören klare Spielregeln⁶⁶ und funktionierende Sanktions- und Belohnungsmechanismen zur Durchsetzung dieser, wie rechtsstaatliche Institutionen, aber unter anderem auch die Unvoreingenommenheit der Informationskanäle, welche Individuen in ihrer Wahrnehmung anderer beeinflussen.

⁶⁵ Quelle: eigene Darstellung.

⁶⁶ Ein Gedanke, der sich auch in der Institutionenökonomie wieder findet; vgl. z.B. Simon, 1993; North, 2004 (urspr. 1990).

Soziales Kapital ist in jenen Gesellschaften am höchsten, wo die administrativen und politischen Institutionen als effizient wahrgenommen werden und ethischen Normen entsprechen wie Unparteilichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, Korruption niedrig gehalten wird und wohlfahrtstaatliche Maßnahmen existieren (Rothstein/Stolle, 2008). Diese verhindern auf der einen Seite, dass Menschen in Notsituationen soziales Kapital verlieren, und fördern auf der anderen Seite durch die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung die individuellen Voraussetzungen für die Entstehung von sozialem Kapital. Geht man davon aus, dass Einkommen Macht bedeutet, beruht Armut allein schon per Definition auf einer ungleichen Machtverteilung. Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaft und zur Bekämpfung von Armut können ungleiche Machtverhältnisse zwar nicht umkehren, aber Benachteiligten Chancen zur Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse ermöglichen und Perspektiven eröffnen, der Armut zu entkommen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Förderungsmöglichkeiten von Seiten des Staates bestehen, derartige Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die sozialen Kontakte und das Verständnis innerhalb der Gesellschaft, also die Entstehung einer Gemeinschaft begünstigen. Unter gemeinschaftsfördernden Maßnahmen sind im Folgenden solche zu verstehen, welche das Verständnis für andere (den Wesenwillen) und die sozialen Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern fördern. Dabei kann es sich um partikuläre oder universelle Maßnahmen handeln, beispielsweise indem durch allgemeine wohlfahrtstaatliche Maßnahmen das Vertrauen in die Solidarität der anderen gestärkt sowie indem soziale Interaktionsmöglichkeiten und –anreize geschaffen werden. Obwohl diese von den einzelnen Mitgliedern einer Gesellschaft subjektiv unterschiedlich wahrgenommen werden können, könnten die Kriterien Kooperation und Reziprozität, wie in Form steuerlicher Beiträge durch Arbeit und Konsum (Höhe der Steuerquote), oder das Zusammengehörigkeitsgefühl in Form von Vertrauen in den ‚guten Willen‘ der anderen als Maßstab genommen werden.

2.3.3 Förderungsmöglichkeiten

„Der Staat ist die allgemeine gesellschaftliche Verbindung, bestehend und gleichsam errichtet zu dem Zwecke, Freiheit und Eigentum seiner Subjekte zu beschützen“ (Tönnies, 1920: 187ff.).

Tönnies sieht den Staat als allgemeinen gesellschaftlichen Verein, was er zurückführt auf die ursprüngliche Einheit der Wesenwillen, welche er Verständnis nennt.⁶⁷ Dem anschließend liegt der folgenden Arbeit die Auffassung zugrunde, dass der Staat ein Steuerungs- und Organisationselement der Gesellschaft ist, seine Subjekte aber nicht bevormunden, sondern Anreize und Möglichkeiten für die freie und unabhängige Entfaltung aller bieten sollte und dabei auf Solidarität beruht, also Maßnahmen setzt, die Verständnis für andere und somit durch Beeinflussung des *system capital* die Entstehung von sozialem Kapital begünstigen.

Beiträge, die ein Staat gemäß Tönnies zu einer arrangierten Vergemeinschaftung leisten könne, liegen in den Bereichen Erziehung und Bildung, Sozialpolitik oder in einer gemeindenahen, politischen Dezentralisierung der Verwaltung sowie in der Förderung der Entwicklung einer gemeinschaftlich orientierten öffentlichen Meinung (Strang, 1990: 90f.; Brödel, 1990). Denn Normen, Verpflichtungen, Treue und Einsatz, welche eine Gemeinschaft ausmachen, sind auch für eine Gesellschaft notwendig und eine logische Voraussetzung dieser (Goldsmith, 1990: 162).

Ein Grundgedanke der Dissertation besteht darin, dass qualifizierte Arbeit nicht nur die Dimension Fachqualifikation beinhaltet, sondern dass die physische und psychische Gesundheit eine ebenso große Rolle für das Leistungspotential einer Gesellschaft spielt.⁶⁸ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird die Perspektive eines Staates, den öffentlich-rechtlichen Institutionen und der Regierung als Trägerin der Staatsgewalt, eingenommen und davon ausgegangen, dass diese über einen ausreichenden Gestaltungsspielraum verfügen, den Wohlstand und die Sicherheit der Gesellschaftsmitglieder zu fördern. Die Dissertation beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, ob und welche Maßnahmen des Staates zur Förderung von sozialem Kapital ein Mittel zur Bekämpfung von Armut darstellen. Nicht nur weil die Reduktion von Armut aufgrund höheren Konsums für das Wirtschaftswachstum förderlich ist, sondern auch weil Solidarität und Verständnis innerhalb einer Gesellschaft einen Wert an sich darstellen, der die subjektiv empfundene Sicherheit und somit die Lebensqualität aller erhöht. Die grundsätzliche Frage lautet, welche Eingriffe kann und soll sich der Staat sich überhaupt anmaßen.⁶⁹

⁶⁷ Das Besondere an Tönnies ist unter anderem die Einbeziehung der Bereiche des Wollens, Wünschens, Denkens und Fühlens in den makrosozialen Entwicklungsprozess; vgl. Balla, 1990.

⁶⁸ Schwerpunkt der Arbeit liegt jedoch auf dem Aspekt der sozialen Integration und der sozialen Beziehungen.

⁶⁹ Rechtfertigung für staatliche Eingriffe ist umstritten; vgl. z.B. Durlauf, 2008; für einen Vergleich der Pro&Kontra öffentlicher Interventionen: vgl. Lowndes/Pratchett, 2008: 694ff.

Eine Fallstudie zu Sporthallen in Dänemark in den 1960/70er Jahren zeigte, dass Unternehmer und freiwillige Mitarbeiter zusammen geholfen hatten, um Sporthallen zu bauen, wodurch soziales Kapital entstand (Svendsen/Svendsen, 2004: 97). Sobald diese jedoch von staatlicher Seite subventioniert wurden, fehlte der Anreiz, sich gemeinsam für etwas einzusetzen. Diese Erfahrung legt den Schluss nahe, dass staatliche Eingriffe gemeinschaftliches Handeln zurückdrängen.

Auf der anderen Seite gibt es empirische Untersuchungen, welche die *crowding-out* Hypothese widerlegen. Van Oorschot/Arts (2005) kommen in ihren empirischen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Hypothese, welche besagt, dass der Wohlfahrtsstaat informelle Formen der gegenseitigen Unterstützung in der Gesellschaft untergräbt, nicht haltbar ist, eher im Gegenteil. Ohne wohlfahrtsstaatliche Absicherung gäbe es weniger Zeit und Möglichkeit, sich um Familie und Freunde zu kümmern, Bekanntschaften zu knüpfen und zu pflegen oder sich für die Allgemeinheit einzusetzen.

Auch Rothstein (2005) ist der Meinung, dass die Bildung von sozialem Kapital durch ein ausgedehntes Wohlfahrtssystem mit universellen Sozialleistungen gefördert werden könne. Empirische Analysen haben gezeigt, dass Mitgliedschaften in Vereinen und soziale Netzwerke zwar in vieler Hinsicht positiv sind, aber nicht notwendigerweise das Vertrauen als Voraussetzung für soziales Kapital erhöhen (Rothstein, 2005: 103). Vertrauen würde sich in Gesellschaften mit einer effektiven, neutralen und fairen öffentlichen Verwaltung entwickeln, sofern dies von den Bürgern auch so wahrgenommen wird (Rothstein/Stolle, 2008).

Fukuyama (2004: 41ff.) stellt fest, dass Normen und Werte, welche gemeinschaftliches Handeln fördern, oft in Religion, gemeinsamen historischen Erfahrungen oder anderen kulturellen Zügen wurzeln; also Bereiche, in welche nur schwer eingegriffen werden kann bzw. soll. Ein Problem stellen insbesondere fragmentierte Gesellschaften dar. Er sieht einen Weg, soziales Kapital durch Politik zu fördern, in der Mikroebene durch Mikrofinanzierungen und Bildungsmaßnahmen. In den meisten Entwicklungsländern mangelt es nicht an sozialem Kapital unter engsten Angehörigen und Nachbarn, vielmehr jedoch an *bridging* und *linking social capital*, also breiteren Organisationen, welche Verbindungen zwischen Gesellschaftsschichten unterschiedlicher ethnischer, Klassen- oder Statusherkunft schaffen.

Eine weitere Erklärung für mangelndes Vertrauen in manchen Gesellschaften ist das hohe Niveau an Korruption (Rothstein/Stolle, 2008). Nicht-kooperatives Verhalten zieht insbesondere in Situationen mit asymmetrischer Information ein ebensolches nach sich. Nicht-sanktionierte Korruption fördert und manifestiert asoziales Verhalten, denn warum sollte der Einzelne kooperieren, wenn er/sie davon ausgehen muss, dass alle anderen nicht kooperieren? Uslaner (2004: 211) sieht Korruption als Transfer von Einkommen zu den Reichen, was bewirkt, dass die Armen arm bleiben. Öffentliche Mittel werden für private Zwecke genutzt und das bedeutet, dass die Armen den höchsten Preis für Korruption zahlen. Ein wichtiger Schritt für die Bildung von Vertrauen und somit von sozialem Kapital, wäre demnach die Eindämmung von Korruption. Staatliche Reformvorschläge zur Förderung von sozialem Kapital gehen deshalb auch in diese Richtung (Durston, 2005: 56f.).

Der Staat hat jedoch nur einen eingeschränkten Einfluss auf das Sozialgefüge, in erster Linie durch die Gestaltung der allgemeinen Rahmenbedingungen. Im Zusammenhang mit der Förderung von sozialem Kapital, geht es dabei vor allem um die Schaffung eines Klimas des Vertrauens durch *good governance* sowie um die Förderung der Voraussetzungen wie Bildung, Gesundheit und soziale Kompetenz.⁷⁰ Vieles, was die sozialen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft betrifft, liegt jedoch nicht im direkten Einflussbereich des Staates. In Gesellschaften mit einem öffentlichen Bildungssystem gäbe es theoretisch die Möglichkeit, durch Interaktion aller Gesellschaftsschichten das Verständnis für andere sowie durch Erziehung und gezielte Anreize auch die Eigenverantwortung zu fördern.⁷¹

⁷⁰ Wie z.B. unter Berücksichtigung aller Interessensgruppen die politische Erarbeitung und Durchsetzung klarer Regeln des Zusammenlebens, die Wahrung von Gerechtigkeit und ein Machtausgleich zum Schutz der Schwächeren.

⁷¹ Die Bedeutung des Bildungssystems im Zusammenhang mit Armut und Entwicklungsstrategien wird in internationalen Diskussionen besonders hervorgehoben. Die Bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen werden nicht nur als ein Mittel gesehen, um soziales Kapital, sondern auch um Wirtschaftswachstum zu fördern; vgl. z.B. Kapstein, 2003.

2.4 Die Förderung von sozialem Kapital durch den Staat

Wie im vorangegangenen Kapitel erörtert, geht es zum einen um die Gestaltung der Makroebene durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen (*system capital*), welche Vertrauen und Kooperation auf der Mikroebene fördern, und zum anderen um die Ermöglichung von gleichen Chancen zur Förderung der individuellen Voraussetzungen für den Aufbau sozialer Beziehungen (*relational capital*). Denn diese nehmen eine zentrale Stellung innerhalb jener Ressourcen ein, über welche arme Menschen verfügen (Arriagada, 2006: 7). Da insbesondere die *bridging* und *linking* Kontakte als hilfreich für die Überwindung einer Armutssituation angesehen werden, sollten staatliche Maßnahmen auch hier ansetzen.

Im Wesentlichen gibt es zwei Möglichkeiten: gezielte Sozialprogramme, welche gemeinschaftliches Handeln auf lokaler Ebene unterstützen, sowie Politikmaßnahmen mit universeller Reichweite, welche ein allgemeines Klima des Vertrauens schaffen und die individuellen Fähigkeiten auf nationaler Ebene fördern. Hierbei handelt es sich nicht um ein Entweder-oder, sondern um komplementäre Politikmaßnahmen (Raczynski/Serrano, 2005b: 109). Mehr Selbstbestimmung auf lokaler Ebene müsse mit Reformbestrebungen auf nationaler Ebene, wie beispielsweise auch einer Reduktion von Korruption einhergehen (Durston, 2005: 56f.).

2.4.1 Die Bedeutung sozialer Infrastruktur

Soziale Infrastruktur bezeichnet in der vorliegenden Arbeit jenen Teil der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohn- und Freizeitwesen.

Soziale Infrastruktur kann dabei als Teil der öffentlichen Infrastruktur verstanden werden, welche neben anderen Faktoren wie Werte und Normen, vorhandene Primärressourcen, politische Konflikte, makroökonomische Stabilität oder die internationale Wirtschaftslage die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften beeinflusst. Die öffentliche Infrastruktur umfasst alle Grundeinrichtungen personeller, materieller oder institutioneller Art, die das Funktionieren einer arbeitsteiligen Gesellschaft ermöglichen.

Es handelt sich dabei um kollektive Güter, die vom Markt nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Als wesentliche Komponente der öffentlichen Infrastruktur wird die physisch-technische Infrastruktur angesehen, also jene Einrichtungen, die den effektiven Einsatz von Sachkapital ermöglichen (Verkehrswesen, Transport, Energieversorgung, Kommunikation, Müll- /Abwasserentsorgung, etc.); aber auch die rechtliche Infrastruktur, jene Einrichtungen, die die Einhaltung klarer Spielregeln im Sinne von Rechtssicherheit garantieren; sowie die soziale Infrastruktur, jene Einrichtungen, welche die Entwicklung des Humankapitals und der sozialen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft fördern.

BEDINGUNGEN DER MÖGLICHKEIT SOZIOÖKONOMISCHER ENTWICKLUNG

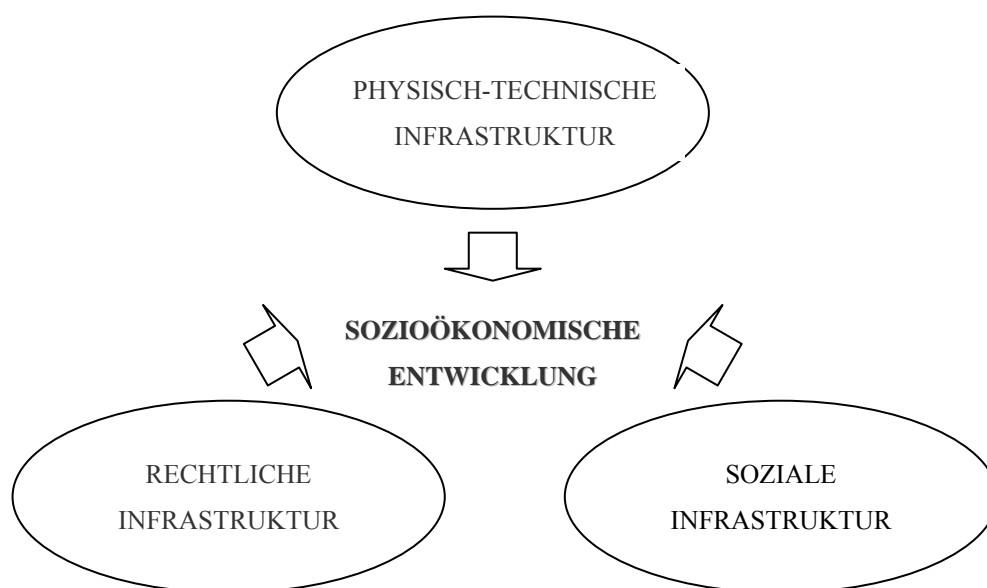


Abbildung 4: Soziale Infrastruktur als Teil der öffentlichen Infrastruktur⁷²

Die physisch-technische Infrastruktur umfasst jene Einrichtungen, welche die Rahmenbedingungen für den effektiven Einsatz der Produktionsfaktoren darstellen; dazu gehören u.a die Verkehrs-, Kommunikations- und Transportwege, die Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung.

⁷² Quelle: eigene Darstellung.

Ohne eine funktionierende physisch-technische Infrastruktur ist wirtschaftliches Handeln in der industrialisierten Welt kaum mehr vorstellbar. Die rechtliche Infrastruktur umfasst jene Einrichtungen, welche die Einhaltung der von der Gesellschaft geschaffenen Spielregeln garantieren. Eine funktionierende rechtliche Infrastruktur (Rechtssicherheit) ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung gesellschaftlichen Vertrauens. Funktionieren die Sanktionsmechanismen beim Verstoß gegen die gesellschaftlichen Spielregeln nicht oder nur mangelhaft kann es zu einer Spirale nicht-kooperativen Verhaltens wie Korruption und jedenfalls zur Durchsetzung des Stärkeren kommen. Die Möglichkeit der Entstehung von einem allgemeinen Klima des Vertrauens beruht auf der Wahrnehmung von Gerechtigkeit und Rechtssicherheit für Privateigentum, Verträge oder Handel sowie der Bindung aller Ebenen der Staatsgewalt an die Gesetze zum Schutz vor willkürlichen Hoheitsakten.

Unter sozialer Infrastruktur sind in der vorliegenden Arbeit jene öffentlichen Einrichtungen zu verstehen, welche die Rahmenbedingungen für die Entstehung von Humankapital darstellen; sie liegt allerdings so wie die anderen Komponenten nicht nur in der Hand des Staates. Öffentliche Leistungen im Zusammenhang mit der Förderung von Humankapital wie Bildungs- und Gesundheitsversorgung, soziale Fürsorge sowie Freizeiteinrichtungen werden auch von Privaten, der Kirche oder innerhalb der Familie erbracht und hängen mit der Kultur, den Normen und Wertvorstellungen in einer Gesellschaft zusammen. Da die Dissertation allerdings von einer staatlichen Perspektive ausgeht, werden Aspekte, welche ebenso zu sozialer Infrastruktur gezählt werden können, aber in den privaten Bereich fallen, im Sinne einer engeren Begriffsdefinition außer Acht gelassen.

Zu einem öffentlichen Gesundheitssystem zählen jedoch nicht nur die medizinische Versorgung, sondern alle Einrichtungen und Maßnahmen, die die Gesundheit der Bevölkerung beeinflussen, wie zum Beispiel eine saubere Wasserversorgung oder Lebensmittelsicherheit. Ein öffentliches Bildungssystem mit allgemeinem Zugang könnte neben der Vermittlung von Kenntnissen auch Erziehungselemente beinhalten, welche die soziale Kompetenz der Schüler fördern. Dabei geht es nicht nur um den Aufbau von Humankapital, sondern auch darum, Intoleranz und soziale Fragmentierung innerhalb einer Gesellschaft zu vermindern. Die Bildungseinrichtungen stellen einen wichtigen Ort für soziale Interaktion und somit für den Aufbau von sozialem Kapital dar.

Weitere Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration, wie die Schaffung von Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen als Orte der Begegnung, begünstigen die Entstehung sozialer Beziehungen durch regelmäßigen Kontakt und ein ungezwungenes Kennen lernen. Insgesamt fördert die Einrichtung wohlfahrtstaatlicher Maßnahmen die Bildung von allgemeinem Vertrauen und durch die persönliche Interaktion ein besseres Verständnis innerhalb der Gesellschaft.

Der dialektische Zusammenhang zwischen den drei Momenten – Bildung/Erziehung, Gesundheit (psychisch und physisch) und soziale Integration – besteht darin, dass ohne Gesundheit und Bildung/Erziehung soziale Integration, ohne Bildung/Erziehung und soziale Integration Gesundheit, sowie ohne Gesundheit und soziale Integration Bildung/Erziehung nicht möglich ist. Gesundheit und Bildung/Erziehung ist notwendig, um eine Rolle/Aufgabe in der Wirtschaft bzw. der Gesellschaft wahrnehmen und um soziale Kontakte aufbauen zu können. Auf der anderen Seite ist soziale Integration essentiell, nicht nur weil dadurch ein Einkommen ermöglicht wird, sondern auch für die Überwindung eines immateriellen Entbehrens wie für die Förderung physischer und psychischer Gesundheit, wodurch Bildung/Erziehung finanziert und aufgenommen werden kann.

Je nach der sozioökonomischen Ausgangssituation, der Kultur und den gesellschaftlichen Normen und Werten bedarf es allerdings unterschiedlicher Maßnahmen aus staatlicher Sicht. In einer Gesellschaft, wo soziale Ungleichheiten gering und Bildung/Erziehung sowie Gesundheit privat oder innerhalb der Familie gegeben sind, ist der Staat weniger wichtig als in Gesellschaften, wo eine hohe Ungleichverteilung von Einkommen und Macht vorherrscht oder dies angesichts der gesellschaftlichen Dynamik zunehmend der Fall ist. Dass es keine einheitliche Entwicklungsstrategie für alle Staaten geben kann, ergibt sich aus den unterschiedlichen Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur in jeder Gesellschaft aufgrund der historischen Erfahrungen, der kulturellen Disposition, der Machtverteilung und des sozioökonomischen Entwicklungsstandes.

Investitionen in die soziale Infrastruktur können auch als gemeinschaftsfördernde Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut betrachtet werden, weil der Zugang zu wohlfahrtstaatlichen Leistungen – soziale Absicherung, Bildungs-, Gesundheits-, Wohn- und Freizeiteinrichtungen – nicht nur die individuellen Voraussetzungen für den Aufbau von sozialen Beziehungen schafft, sondern auch die soziale Interaktion der verschiedensten Gesellschaftsschichten ermöglicht.

Ein öffentliches Bildungssystem ohne private Parallelsysteme oder gepflegte und sichere Freizeiteinrichtungen wie Sportanlagen können durch die erhöhte zwischenmenschliche Interaktion – insbesondere auch unter den verschiedenen Gesellschaftsschichten – allgemeines Vertrauen und Verständnis fördern. Die Bereitstellung sozialer Infrastrukturleistungen ist gerade im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut wichtig, da jene, die nicht über die entsprechenden ökonomischen Mittel oder Fähigkeiten zum Aufbau von sozialem Kapital verfügen, im Nachteil gegenüber anderen sind, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Globalisierung profitieren zu können.

Das Ausmaß an sozialer Infrastruktur ist ein Zeichen von Solidarität in einer Gesellschaft und kann somit als Möglichkeit zur Förderung von Vertrauen und somit von sozialem Kapital betrachtet werden. Gleiches gilt für den Grad an Dekommodifizierung der wohlfahrtstaatlichen Leistungen.

2.4.2 Dekommodifizierungsgrad

Versteht man unter Kommodifizierung⁷³ den Prozess der Kommerzialisierung, d.h. des „zur Ware werdens“, bedeutet Dekommodifizierung im Bereich der Sozialpolitik eine Abmilderung des Warencharakters von Arbeitskräften. Opielka (1990: 178ff.) sieht die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen als strukturelle Voraussetzung vernunftgemäßer Vergemeinschaftung der Gesellschaft. Dies könne beispielsweise durch wohlfahrtsstaatliche Absicherungsmaßnahmen geschehen, die dem Individuum und seiner Familie eine gewisse Existenzsicherung gewährleisten und somit vom unmittelbaren Zwang der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit befreien. Für Esping-Andersen (1990: 22f.) besteht Dekommodifizierung von Individuen gegenüber dem Markt dann, wenn ein Staat unantastbare soziale Rechte auf Basis von Staatsbürgerschaft und nicht aufgrund von Leistung gewährt. Das würde bedeuten, dass ein Bürger ungeachtet vorheriger Leistung jederzeit wegen Krankheit, Schwangerschaft, Karenz, Bildungsurlaub etc. aus der Arbeitswelt aussteigen kann – ohne Verlust von Einkommen und hohen Hürden, was den Nachweis des jeweiligen Umstands betrifft.

⁷³ Der Begriff der Kommodifizierung wurde vom Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi geprägt. Die zentrale Sorge bei seiner Behandlung der 'Great Transformation' in England, also dem Wandel des in die Gesellschaft eingebetteten Marktes zu einer „entbetteten“ Marktgesellschaft, waren die negativen Effekte der Kommodifizierung. Mit der Anpassung aller Produktionsfaktoren wie Boden, Arbeit und Geld an das reine Marktregime - der sog. Kommodifizierung - komme es zu einer sozialen Desintegration und zur Ablösung humaner Werte durch einen materialistischen Individualismus; vgl. Polanyi, 1997 (urspr. 1944).

Die Frage ist, wie leicht ein Individuum aus dem Markt aussteigen kann, ohne seine Existenz zu gefährden. Dekommodifizierung besteht dann, wenn sich das Individuum bzw. eine Familie im Ernstfall aufgrund von staatlich angebotenen Sozialleistungen, die nicht auf Leistung beruhen, erhalten können und nicht auf den Markt angewiesen sind.

Da Dekommodifizierung auch die Gefahr von *moral hazard* und Trittbrettfahren beinhaltet, herrscht in den meisten Gesellschaften je nach dem vorherrschenden Menschenbild, den Normen und Wertvorstellungen entsprechend ein unterschiedlicher Grad an Dekommodifizierung vor. Die meisten Staaten liegen zwischen den beiden Extremen Kommodifizierung, im Sinne einer absoluten Herrschaft des Marktprinzips, und absoluter Dekommodifizierung, wo soziale Sicherheit an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Universelle wohlfahrtstaatliche Maßnahmen fördern soziales Kapital durch die Schaffung von Vertrauen und die Vermeidung von Ausgrenzung und Stigmatisierung (van Oorschot/Arts, 2005; Rothstein, 2005). Dies werde am Beispiel der skandinavischen Länder, insbesondere in Schweden besonders deutlich (Rothstein, 2001). Durch das hohe Niveau an Einkommenstransfers und das dichte Netz an universellen öffentlichen Dienstleistungen ergibt sich dort eine bessere Balance zwischen individuellem Eigennutzstreben und kollektiver Solidarität (Jordan, 2008). Zur Förderung von sozialem Kapital geht es also zum einen um den gleichberechtigten Zugang zu sozialer Infrastruktur, zum anderen um den Dekommodifizierungsgrad der wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen.

2.4.3 Zielorientierte Sozialprogramme

Woolcock/Radin (2008) sprechen sich für innovative Programme der Armutsbekämpfung aus, welche Konflikte auf der lokalen Ebene berücksichtigen und Raum für die Beilegung von Interessensgegensätzen gewährleisten. Dem Umgang mit den teilweise sehr großen Unterschieden in der Machtverteilung, Erwartungen und mentalen Einstellungen zwischen den Beteiligten müsste viel mehr Beachtung geschenkt werden, was auch den Ansätzen staatlicher Eingriffe zur Förderung von sozialem Kapital entspricht. Bei der Förderung von sozialem Kapital sei insbesondere die direkte Kommunikation und Involvierung der Betroffenen zu beachten (Gress, 2004: 181ff.), ein Verständnis für das Zusammenspiel von *bonding* (enge, vertraute Beziehungen, welche wichtig sind, um zu überleben) und *bridging social capital* (eher lose Kontakte, aber welche potentiell mehr

Vorteile bringen, um weiter zu kommen) notwendig sowie die sozio-historischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

In Lateinamerika und vor allem auch in Chile gibt es neben universellen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialvorsorge, verschiedenste Versuche von zielgruppenspezifischen Sozialprogrammen zur Linderung von Armut, wie spezielle Programme für Kinder, Frauen, ältere Menschen oder Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Diese können flächendeckend sein oder in lokal eingegrenzten Einheiten umgesetzt werden. Bei der Auswahl zielgerichteter Sozialprogramme wie auch zur Förderung von sozialem Kapital könnte folgende Entscheidungsmatrix verwendet werden (Raczynski, 1995b: 26): das Ziel und der Zweck des Programms; die Ergebnisse der Problem-/Armutsanalyse; die Charakteristika der Institutionen und der Informationssysteme, welche das Programm unterstützen können; sowie die Kosten.

OBJECTIVE OF THE POLICY OR PROGRAMME	PROBLEMS TO BE ADDRESSED
AVAILABLE INFRASTRUCTURE	COSTS INVOLVED

Abbildung 5: Entscheidungs-Matrix für zielgerichtete Sozialprogramme⁷⁴

Ziel der Maßnahme

Gemäß dem Konzept soziales Kapital werden folgende Politikempfehlungen für die Reduktion von Armut gegeben: öffentliche Bildung, Erwachsenenbildung, soziales Engagement, Aktivierung latenten sozialen Kapitals in Gemeinschaften, Entwicklung von Führungsqualitäten, sowie Intensivierung und Stärkung der bestehenden Netzwerke (Robison u.a., 2004: 86ff.).

Umfasst das Ziel der Maßnahme die Förderung von sozialem Kapital zur Bekämpfung von Armut, so geht es dabei um ein wesentliches Merkmal von Gemeinschaften, nämlich Solidarität (Wilson, 2006: 350). Diese gründet sich auf Gemeinsamkeiten, Affekt oder einer gegenseitigen Abhängigkeit und wurde in der wissenschaftlichen Literatur auf mehrere Arten bezeichnet. Für Durkheim (1967 (urspr. 1893)) beispielsweise beruhte soziale Kohäsion basierend auf den Gemeinsamkeiten zwischen den Gesellschaftsmitgliedern auf mechanischer, welche in arbeitsteiligen Gesellschaften

⁷⁴ Quelle: übernommen aus Raczynski, 1995b.

aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit entsteht, oder organischer Solidarität, welche durch gemeinsame Normen und Werte verstärkt wird. Solidarität entsteht aufgrund gemeinsamer Normen, durch regelmäßige gemeinsame Aktionen bzw. Teilnahme in Organisationen und durch die Summe der aktuellen oder potentiellen Ressourcen, welche an das soziale Netzwerk von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gemeinsamer Bekanntschaft oder Anerkennung gebunden sind. Die Solidarität kann aber aufgrund der Gegebenheiten einer bestimmten Klasse begrenzt sein.⁷⁵

Ob die Schaffung von Solidarität und Vertrauen mit einer sozialpolitischen Maßnahme überhaupt bewirkt werden kann, ist unter anderem Gegenstand der Untersuchung. Soziales Kapital wird zwar in die Zielsetzungen sozialpolitischer Maßnahmen zunehmend aufgenommen, aber die Umsetzung hat sich als schwierig erwiesen (Raczynski/Serrano, 2005b: 125). Zumindest ist bei der Evaluierung der Wirkungsweise die Isolierung von anderen Faktoren nicht möglich.

Problembereiche

Die Förderung von sozialem Kapital erfordert eine profunde Analyse der kontextuellen Bedingungen. Erfahrungen aus Entwicklungsländern zeigen, dass Strategien zur Bekämpfung von Armut auf Investitionen in soziales Kapital aufbauen sollten – insbesondere Projekte, wo Staat und Gesellschaft zusammenarbeiten, sowie die Bereitstellung von Bildungs- und Trainingsmaßnahmen (Nielsen, 2003: 48f.). Außerdem sei es notwendig, Ungleichheiten in den Möglichkeiten und Lebensstandards zu reduzieren. Ein wesentlicher Faktor für die Entstehung von sozialem Kapital ist die Existenz gut funktionierender Institutionen und universeller Politikmaßnahmen. Rothstein (2005: 205) sieht das Design und die Implementierung der politischen Institutionen für die Vermeidung sozialer Fallen verantwortlich und weniger das individuelle soziale Engagement. Ocampo (2004: 30) sieht das Hauptproblem traditioneller Armutsprogramme im technokratischen und bevormundenden Zugang der Entwicklungsorganisationen. Eine stärkere Involvierung der Betroffenen und somit die Förderung von sozialem Kapital auf Gemeinschaftsebene könne helfen, jene Haushalte zu erreichen, welche die Hilfe am dringendsten benötigen sowie die Effektivität erhöhen, auch für die Förderung von Kleinstunternehmen und der ländlichen Produktion.

⁷⁵ Vgl. Wilson, 2006: 350.

Bowles/Gintis (2002: F428ff.) sehen vier Faktoren für den Erfolg, soziales Kapital im Sinne von *community governance* fördern zu können: die Gemeinschaft muss die Früchte ihrer Arbeit selbst tragen können, die Visibilität und Bestrafung von Trittbrettfahrern sollte möglich sein, die rechtlichen (z.B. Schutz von Eigentum) und infrastrukturellen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein sowie Gleichberechtigung für alle. Starre Hierarchien und ungleiche Einkommensverteilung behindern die Bildung von sozialem Kapital.

Vorhandene Infrastruktur

Durston (2004: 160ff.) hebt die Bedeutung einer aktiven, zentralen Regierung für die Unterstützung unabhängiger lokaler Akteure hervor. Seine Empfehlungen für eine staatliche Politik beinhalten Eingriffe zur Förderung kollektiven sozialen Kapitals in Organisationen und armen Nachbarschaften sowie die Notwendigkeit fundierter Analysen. Insbesondere sollte lokalen Initiativen mehr Raum gegeben werden (Helliwell, 2006: C42f.). Die Beziehungen zwischen der armen Bevölkerung und den staatlichen Institutionen dürften dabei jedoch nicht technokratisch sein und es sollten externe Agenturen zur Förderung des Dezentralisierungsprozesses eingebunden werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Existenz zu vieler verschiedener Organisationen vor Ort auch problematisch sein kann (Anderson, 2003: 108), zumal die Kohärenz und Koordination dadurch erschwert wird.

Die Qualität der politischen Institutionen ist für die Bildung von sozialem Kapital im Sinne von gemeinschaftlichem Engagement entscheidend, einen besonders positiven Einfluss haben demokratische Systeme, welche die Menschen involvieren (Freitag, 2006). Eine gute Regierungsführung erhöht das Vertrauen und wäre eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität in ärmeren Ländern. Berggren/Jordahl (2006: 161) kommen in ihren Analysen der verschiedenen Marktwirtschaften zu dem Ergebnis, dass das Rechtssystem und der Schutz von Eigentumsrechten die Bildung von Vertrauen und somit von sozialem Kapital begünstigen.

Atria (2004: 550ff.) schlägt daher breite sozialpolitische Maßnahmen vor, welche das soziale Engagement erhöhen, gemeinschaftliche Aktionen und *leadership* fördern; und für arme Gruppen sei deren Eigenständigkeit und Mobilisierungskapazität zu fördern, beispielsweise durch Selbstbestimmung von deren Anforderungen an öffentliche Institutionen. Die Integration der Gemeinschaft alleine sei jedoch nicht ausreichend.

Um Armut und Ungleichheit zu reduzieren, müsse das lokale Sozialgefüge berücksichtigt werden (Durston, 2004: 182) und das breitere wirtschaftliche und politische Umfeld sollte eine Verminderung der sozialen Differenzen und den Zugang zu anderen Gesellschaftsschichten ermöglichen (Ocampo, 2004: 31).

Kosten

Eine Kosten-Nutzen-Abwägung hat vor Beginn jeder Maßnahme erfolgen, welche öffentliche Mittel involviert. Im Sinne des Konzepts soziales Kapital ist es abgesehen von der Maßhaltung mit den staatlichen Ressourcen wichtig, auch mögliche negative Konsequenzen abgesehen von materiellen Kosten zu bedenken; nämlich dann, wenn das vorhandene Sozialgefüge so weit gestört wird, dass der gegenteilige Effekt entsteht. Kapstein (2003: 18) mahnt zu Vorsicht bei einer Sozialpolitikreform, wenn die staatlichen Institutionen nicht stark genug sind. Eingriffe von außen könnten das einzige, wenn auch fragile Netz zerstören, das arme Menschen haben (Familie, *kin* etc.).⁷⁶ Er sieht Ausgaben für Bildung und Gesundheit als besonders wichtig an, wenn es darum geht, die Lebenschancen der unteren Einkommensschichten zu verbessern.

Aus den Erfahrungen mit speziellen Sozialprogrammen zur Förderung von sozialem Kapital konnte bisher gelernt werden, dass die Faktoren mehr Mitbestimmung auf lokaler Ebene (vgl. auch Durston, 2005: 56f.), die Förderung der außer-familiären Zusammenarbeit, mehr Zeit/ langfristiger Horizont, klare Spielregeln, die Einstellung der Sozialarbeiter und Beamten vor Ort eine wesentliche Rolle für den Erfolg eines zielgerichteten Eingriffs für mehr *community governance* spielen (Raczynski/Serrano, 2005b: 128ff.).

⁷⁶ Vgl. auch Fukuyama, 1995.

2.5 Soziale Infrastruktur als Voraussetzung für soziales Kapital?

Der Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und sozialer Infrastruktur wurde unter anderem darin identifiziert, dass die öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Interaktionsmöglichkeiten ein Ausdruck von gesellschaftlicher Solidarität sind und somit Vertrauen schaffen. Die Gewährleistung von Zugangsmöglichkeiten für alle zu einer qualitätvollen Ausbildung sowie zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung und die Förderung von Interaktion durch Gemeinschaftsräume und geteilte Projekte führt zu einer Erhöhung der individuellen Fähigkeiten (*capabilities*) sowie zur Möglichkeit der Entstehung von sozialen Beziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten. Die Existenz von Interaktionsmöglichkeiten verschiedener Einkommensschichten wie in Freizeit- und Sporteinrichtungen, aber auch in den Bildungsstätten, an welchen alle unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status teil haben, ist für die Entstehung von nützlichen Kontakten im Sinne von *bridging* und *linking social capital* (außerfamiliäre Kontakte und Kontakte zu Personen in höheren Machtpositionen) insbesondere für die Überwindung einer Armutssituation wichtig.

Die allgemeine Zugangsmöglichkeit zu sozialer Infrastruktur und ein gewisser Grad an Dekommodifizierung bewirken eine Unabhängigkeit vom familiären Sicherheitsnetz oder zu engen Bindungen (*bonding social capital*), welche sozialen Ausschluss beinhalten und negativ für die wirtschaftliche Entwicklung sein können.⁷⁷ Sozialpolitische Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitsbereich ermöglichen die Befähigung der Einzelnen, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren und beitragen zu können, sowie die Akzeptanz für das Gesellschaftssystem. Insbesondere universelle wohlfahrtstaatliche Maßnahmen tragen zu einer Entstehung von Gemeinschaft im Sinne Tönnies bei, sind jedoch nicht zuletzt aufgrund der hohen Kosten nicht ohne Nachteile.

Die Fragestellung der Dissertation, wie soziales Kapital als ein Mittel zur Bekämpfung von Armut gefördert werden kann, ist in zweierlei Hinsicht zu beantworten. Erstens, durch Investitionen in soziale Infrastruktur mit besonderem Augenmerk auf die Förderung der Interaktion und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten. Ein gesellschaftliches Umfeld, welches Zugangsbedingungen für alle zu den wichtigsten Basisinfrastrukturleistungen und somit den wirtschaftlichen

⁷⁷ Vgl. z.B. Svendsen/Svendsen, 2004.

Möglichkeiten bietet, erhöht das Vertrauen in die Solidarität der anderen und somit die Wahrscheinlichkeit von Kooperation und der Bildung von sozialem Kapital im Sinne von *system capital*. Ein positiver Effekt ergibt sich daraus durch den Aufbau von Humankapital für die Wirtschaft und somit auch für das Gemeinwohl. Eine Steigerung des Produktionsfaktors qualifizierte Arbeit begünstigt das unternehmerische Umfeld und erhöht das Innovationspotential durch die Freisetzung geistiger Kapazitäten. Zweitens kann durch zielgerichtete Sozialprogramme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen soziales Kapital in Form von *relational capital* durch die individuelle Befähigung und Möglichkeiten des Aufbaus von sozialen Kontakten zu anderen Gesellschaftsschichten gefördert werden. Die individuellen Chancen, der Armut zu entkommen, erhöhen sich mit der Verfügbarkeit eines Kontaktnetzwerkes durch ein mehr an Informationen, höheren Chancen am Arbeitsmarkt sowie durch die positiven Auswirkungen sozialer Integration.

Gemäß den Erkenntnissen aus den empirischen Forschungen zu sozialem Kapital spielen Faktoren, wie soziale Beziehungen zu anderen Gesellschaftsschichten und die Integration in das soziale Umfeld eine wesentliche Rolle für die Chancen, der Armut zu entkommen. Staatliche Maßnahmen scheinen insbesondere in jenen Gesellschaften gerechtfertigt und notwendig zu sein, wo eine hohe Ungleichverteilung von Einkommen und somit an Macht oder soziale Konflikte bestehen, wie dies in den Lateinamerika und vielen Entwicklungsländern besonders der Fall ist. Investitionen in die soziale Infrastruktur sind zwar kein Allheilmittel, ermöglichen aber durch die Schaffung der wesentlichen Grundvoraussetzungen einen gewissen Machtausgleich zugunsten der Schwächeren ohne Stigmatisierung oder Eingriff in das Eigentumsrecht. Der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Interaktionsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten wird aus theoretischer Sicht als unabdingbare, aber nicht einzige Voraussetzung für die Entstehung von sozialem Kapital betrachtet.

2.6 Zusammenfassung der wichtigsten Begriffe⁷⁸

Unter Armut wird in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an die Operationalisierung von Armut in Chile ein materielles Entbehren verstanden, welches anhand des Pro-Kopf-Einkommens eines Haushaltes im Verhältnis zur Kaufkraft und den anderen Gesellschaftsmitgliedern mittels der Bestimmung von Einkommensgrenzen erhoben wird.⁷⁹

Dekommodifizierung bedeutet im Bereich der Sozialpolitik eine Abmilderung des Warencharakters von Arbeitskräften, wie beispielsweise durch wohlfahrtsstaatliche Absicherungsmaßnahmen, die dem Individuum eine gewisse Existenzsicherung gewährleisten und dadurch die Abhängigkeit von Markt und engen, familiären Bindungen (*bonding social capital*) reduzieren.

Gemeinwohl wird angesichts der marktwirtschaftlichen Gesellschaftssysteme mit dem „Wohl der Wirtschaft“ identifiziert. Die Abhängigkeit des Gemeinwohls von der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich nicht nur aus den Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Beeinflussung der Wahrnehmung der Wirtschaftsakteure, sondern auch aufgrund der notwendigen Finanzierungsquellen für gesellschaftspolitische Ausgaben.

Während Gesellschaft in der vorliegenden Arbeit synonym zu Staat oder Land gebraucht wird, bezeichnet Gemeinschaft eine Gruppe von Menschen, die durch räumliche Gegebenheiten (Ortschaft) oder emotionale Affinitäten (Vertrauen, Solidarität, Wesenwille) enger miteinander verbunden sind.

Institutionen bezeichnen in der Sozialwissenschaft die allgemein festgelegten Regeln innerhalb einer sozialen Einheit, die formellen und informellen Spielregeln in einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, wie akzeptierte Verhaltensnormen, Werte oder Gesetze.

⁷⁸ Dient lediglich als Grundlage im Rahmen der vorliegenden Arbeit, um die Transparenz, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

⁷⁹ Vgl. MIDEPLAN, Serie Análisis de Resultados de la Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 1 La Situación de Pobreza en Chile 2006, [08.06.2008]. Im Jahr 2006 wurde die monatliche Pro-Kopf-Einkommensgrenze für absolute Armut (*indigencia*) in der Stadt bei CLP 23.549 (~29 Euro), am Land bei CLP 18.146 (~22 Euro) festgelegt; für Armut bei CLP 47.099 (~57 Euro) in der Stadt bzw. CLP 31.756 (~39 Euro) am Land, was angesichts der Lebenserhaltungskosten vor Ort sehr wenig erscheint.

Ihre Einhaltung wird durch Sanktionen durchgesetzt. Unter politischen Institutionen sind in der vorliegenden Arbeit die öffentlichen Infrastruktureinrichtungen zu verstehen.

Normen stellen einen Teil der Spielregeln dar, die das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft organisieren. Normen sind informelle Forderungen an das Verhalten der einzelnen Menschen und beruhen auf den kulturellen Wertvorstellungen in einer Gesellschaft. Die Einhaltung der Normen wird durch soziale Kontrolle sanktioniert (belohnt und bestraft).

Soziale Infrastruktur bezeichnet in der vorliegenden Arbeit einen Teil der öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung/Erziehung, Wohn- und Freizeitwesen.⁸⁰

Soziales Kapital umfasst die aufeinander bezogenen Dimensionen *relational* und *system capital* (soziale Kontrolle, Vertrauen und Moral innerhalb der sozialen Einheit) und bezeichnet den Nutzen, der aus sozialen Beziehungen entsteht, wie zu Familie und engen Bekannten (*bonding social capital*), außerfamiliären Kontakten (*bridging social capital*) oder zu Personen in höheren Machtpositionen (*linking social capital*).

Sozialpolitik bezeichnet im weiteren Sinn alle gesellschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Fähigkeiten und die sozialen Beziehungen der Menschen beeinflussen, wie Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Maßnahmen zur sozialen Absicherung und im Wohnwesen, sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Dieses weitere Begriffsverständnis von Sozialpolitik entspricht auch jenem in Lateinamerika.⁸¹

Sozioökonomische Entwicklung betrifft sowohl die Veränderungen der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft als auch den materiellen Wohlstand und ist beispielsweise anhand des *Human Development Index* und der Entwicklung des BIP/Kopf operationalisierbar.

⁸⁰ Unter sozialer Infrastruktur werden jene physisch-öffentlichen Einrichtungen verstanden, welche die Rahmenbedingungen für die Bildung von Humankapital darstellen; sie liegt allerdings so wie die anderen Komponenten nicht nur in der Hand des Staates. Öffentliche Leistungen im Zusammenhang mit der Bildungs- und Gesundheitsversorgung, soziale Fürsorge sowie Freizeiteinrichtungen werden auch von Privaten, der Kirche oder der Familie erbracht und hängen mit der Kultur, den Normen und Wertvorstellungen in einer Gesellschaft zusammen. Da die Dissertation allerdings von einer Perspektive des Staates ausgeht, werden andere Aspekte, welche ebenso zu sozialer Infrastruktur gezählt werden können, im Sinne einer engeren Begriffsdefinition außer Acht gelassen.

⁸¹ Vgl. Sottoli, 1999: 74ff.

Unter Staat sind die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und die Regierung eines Landes als Trägerin der Staatsgewalt zu verstehen, welche die Organisation der Gesellschaft, Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung im Staatsgebiet kontrollieren und ausüben.

(Soziale) Ungleichheit bezeichnet in der vorliegenden Arbeit eine Situation der gravierend ungleichen Verteilung von Einkommen und Macht in einer Gesellschaft, wodurch Chancengleichheit unabhängig von der sozioökonomischen Ausgangssituation nicht gegeben ist.⁸²

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung wird dann angenommen, wenn ein makroökonomisches Gleichgewicht gemessen u.a. anhand des (realen) Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, der Inflationsentwicklung und des öffentlichen Haushaltssaldos besteht.

Wohlstand liegt in einer Gesellschaft dann vor, wenn angemessene Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten und somit ein von Existenzängsten freies Leben für alle möglich ist und wird somit nicht nur als eine Frage des Indikators BIP/Kopf verstanden, welcher die Verteilungsfrage nicht berücksichtigt.

⁸² Vgl. World Bank, 2005: 18f.

3 Armut, soziales Kapital und die Erfahrungen Chiles¹

Die Fortschritte Chiles im Kampf gegen die Armut sind bemerkenswert.² Anhand von Haushaltsbefragungen konnte festgestellt werden, dass im Zeitraum von 1990-2007 die einkommensbezogene Armut in Chile um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist. Begünstigt durch eine stabile Wirtschaftsentwicklung und die politische Konsolidierung Anfang der 1990er Jahre erfolgte gleichzeitig eine Trendwende in der Sozialpolitik (Raczynski/Serrano, 2005a). Die Bekämpfung von Armut wurde als ein politisches Hauptziel definiert und zahlreiche neue und innovative Ansätze zur Umsetzung herangezogen; darunter auch jene, welche die Bedeutung der sozialen Beziehungen und des gemeinschaftlichen Handelns betonen.³

Im vorliegenden Abschnitt soll anhand der Erfahrungen Chiles insbesondere untersucht werden, in welcher Hinsicht und welche Art von Maßnahmen soziales Kapital, insbesondere in der Form von *bridging* und *linking social capital*, fördern und Armut reduzieren. Sozialpolitische Maßnahmen können jedoch nicht isoliert betrachtet werden, weil der gesellschaftliche Kontext und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen sind wie umgekehrt. Da soziales Kapital zwei gegenseitig beeinflussende Dimensionen umfasst – *relational* and *system capital*, wird ein gesamtgesellschaftlicher, soziologischer Zugang gewählt, in dem kontextuelle Faktoren wie die allgemeine wirtschaftliche Situation, die Machtverteilung und das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft mit berücksichtigt werden.

Die Dissertation beschäftigt sich im Folgenden mit den Entstehungsvoraussetzungen von sozialem Kapital in Chile und konzentriert sich darauf, welche Maßnahmen zu seiner Förderung von Seiten des Staates getroffen wurden. Hierzu wurde ein interdisziplinärer, qualitativer Ansatz gewählt, um den Schwierigkeiten bei der Quantifizierung eines abstrakten Konzepts Rechnung zu tragen.

¹ Der folgende Abschnitt beruht auf Gesprächen mit Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern sowie Beamten des Sozial- und Planungsministeriums in Chile (siehe Anhang 5.2.).

² Stimmen, die sich gegen den Ausdruck „Kampf gegen“ wehren, ist beizupflichten; vgl z.B. Parker, 2003. Aufgrund der allgemein üblichen Verwendung wird dieser in der vorliegenden Arbeit jedoch beibehalten.

³ Vgl. z.B. jene Ansätze, die sich Ende der 1980er Jahre mit sozialem Kapital beschäftigten und auch von der Weltbank in ihren entwicklungspolitischen Empfehlungen aufgegriffen wurden.

3.1 Statistische Größenordnungen

Es folgen eine Darstellung der Größenordnungen und eine Einordnung Chiles in den internationalen Kontext anhand verfügbarer statistischer Kennzahlen, wodurch eine erste Bewertung der sozioökonomischen Entwicklung Chiles ermöglicht werden soll.

3.1.1 Chile im internationalen Vergleich⁴

Angesichts der Entwicklung der statistischen Eckdaten Chiles seit den 1990er Jahren gilt das Land in vieler Hinsicht als Musterbeispiel – vor allem innerhalb der Region, aber auch außerhalb. Ein Grund dafür ist die anhaltende Rücklaufquote der Armut – eine Tatsache, welche innerhalb von Lateinamerika einzigartig ist (Raczynski/Serrano, 2005a: 25). Gemeinsam mit Costa Rica weist Chile die geringste Armutsrate auf und ist mit Uruguay jenes Land, wo die Sozialausgaben am stärksten angestiegen sind. Gleichzeitig sticht Chile als Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum hervor.

BIP-WACHSTUM (Ø, IN %)	1990-2004					
	1971-80	1981-89	1990-97	1998-03	2004	Ø
Argentinien	2,8	-1,0	5,0	-1,4*	9,0	2,6
Brasilien	8,6	2,3	2,0	1,2	5,2	2,0
Chile	2,5	2,8	7,0	2,7	6,0	5,2
Kolumbien	5,4	3,7	3,9	1,0	3,5	2,8
Mexiko	6,5	1,4	3,1	2,8	4,4	3,1
Perú	3,9	-0,7	3,9	2,0	5,1	3,2
Uruguay	2,7	0,4	3,9	-2,5*	11,8	1,8
Venezuela	1,8	-0,3	3,8	-2,8*	17,3	1,9

*Hinterfragungswürdig, aber der Quelle entsprechend.

Tabelle 3: Wirtschaftswachstum in Lateinamerika 1971-2004⁵

Trotz der Wirtschaftskrise von 1998 bis 2003 wies Chile in den Jahren 2000 bis 2003 ein im intraregionalen Vergleich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,5% pro Jahr (im Durchschnitt) auf. 2004/05 konnte aufgrund positiver externer Einflüsse – insbesondere der hohe Preis für Chiles Hauptexportgut Kupfer – sogar ein Wachstum von durchschnittlich 6,2% erreicht werden.

⁴ Vgl. CEPAL, Statistical yearbook for Latin America and the Caribbean 2006, [08.06.2007]; World Bank, Millennium Development Goals/ Chile Country Profile, [08.06.2007].

⁵ Quelle: modifiziert übernommen aus Ffrench-Davis, 2005: 20; ursprünglich Daten der CEPAL.

Gute Investitionsraten begünstigten die finanziellen Rahmenbedingungen und der Konsum wurde durch Zunahmen in der Beschäftigung und den Löhnen sowie durch den besseren Zugang zu Krediten angekurbelt. Mit einem Überschuss von 4,8% des BIP (2005) konnte der konsolidierte Schuldenstand (Zentralregierung und Nationalbank) von 29% des BIP auf 25% reduziert werden.

Ebenso ist die Verbesserung der sozialen Situation, wie sie anhand einer Reihe von Indikatoren (z.B. Einschreibungsraten in der Grundschule, Alphabetenrate, Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung) gemessen wird, bemerkenswert und kann mit den Industriestaaten mithalten (World Bank, 2006b). Tabelle 4: Sozialstatistik internationaler Vergleich gibt einen ersten Überblick über die soziale Situation in Chile im Vergleich zu anderen Ländern der Region Lateinamerika und Karibik sowie zur Ländergruppe der höheren und mittleren Einkommen. Es kann festgestellt werden, dass Chile im internationalen Vergleich in den hier angeführten Indikatoren sehr gut abschneidet.

SOZIALSTATISTIK			
	Chile	Lateinamerika & Karibik	Höhere & Mittlere Einkommens- Gruppe
Bevölkerung (2005, Mio.)	16,3	551	599
BSP/ Kopf (2005, US\$)	5.870	4.008	5.625
Bevölkerungswachstum (in %, Ø 1999-2005)	1,1	1,4	0,6
Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren, jüngst verfügbare Schätzung 1999-2005)	78	72	69
Säuglingsterblichkeitsrate (pro 1.000 Lebendgeburten, jüngst verfügbare Schätzung 1999-2005)	8	27	23
Unterernährung von Kindern (in % der unter 5-Jährigen, jüngst verfügbare Schätzung 1999-2005)	1	7	7
Zugang zu einer angemessenen Wasserversorgung (in % der Bevölkerung, jüngst verfügbare Schätzung 1999-2005)	95	91	94
Alphabetenrate (in % der Bevölkerung über 15, jüngst verfügbare Schätzung 1999-2005)	96	90	94

Tabelle 4: Sozialstatistik internationaler Vergleich⁶

⁶ Quelle: modifiziert übernommen aus World Bank, Chile at a glance, [08.06.2007].

Bemerkenswert ist die Verminderung der Säuglingssterblichkeit, welche in Chile bis zu den 1930er Jahren noch zu den höchsten der Welt zählte. Die rasche Senkung der Säuglingssterblichkeitsraten ab diesem Zeitpunkt konnte zum einen durch externe Unterstützung und den Import von billigen medizinisch-hygienischen Mitteln und Praktiken erreicht werden, zum anderen gelang in Chile im Gegensatz zu anderen Staaten der Dritten Welt ein nahtloser Übergang zu einer endogen gesteuerten Verbesserung der Überlebenschancen. Fortschritte in den 1970er und 1980er Jahren seien zu einem großen Teil auf Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen (Ausweitung der Beratung und Betreuung von Schwangeren und Müttern), Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Hygiene (Ausdehnung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung) sowie speziellen Programmen zur Verbesserung der Ernährungssituation von Schwangeren und stillenden Müttern zurückzuführen. Günstige Rahmenbedingungen wie das vergleichsweise hohe Bildungsniveau der weiblichen Bevölkerung, überdurchschnittlich gut ausgebaute Infrastruktur (Stromversorgung, Wasserleitung in der Wohnung) und der politische Wille führten dazu, dass auch wirtschaftliche Krisen den Rückgang der Säuglingssterblichkeit nicht negativ beeinflussten.⁷

Eine andere Möglichkeit, die Entwicklung Chiles zu vergleichen, ist der *Human Development Index* (HDI) von UNDP (United Nations Development Programme). Der HDI ist ein aus mehreren Indikatoren zusammengesetzter Index für den internationalen Vergleich sozioökonomischer Entwicklungsstadien. Der Index beruht auf drei Basisdimensionen und setzt sich aus folgenden Indikatoren zusammen: ein langes, gesundes Leben gemessen anhand der Lebenserwartung bei der Geburt; Wissen/Bildung gemessen anhand der Analphabetenrate und Schuleinschreibungszahlen von der Grundstufe bis zur höheren Bildung; sowie ein angemessener Lebensstandard/Wohlstand gemessen anhand des BIP/Kopf in US-\$-Kaufkraftparitäten (PNUD, 2006a).⁸ Im Jahr 2004 lag Chile auf Platz 38 von 177 Staaten (PNUD, 2006a). Innerhalb der Region Südamerika⁹ weist nur Argentinien mit Platz 36 einen besseren Wert auf. Im Vergleich zur EU-27 liegt Chile vor Estland (40.), Litauen (41.), Slowakei (42.), Lettland (45.), Bulgarien (54.) und Rumänien (60.). Der HDI für Chile weist einen durchgehend positiven Aufwärtstrend seit 1975 auf (PNUD, 2006b).

⁷ Vgl. Bähr, 2004: 24ff.

⁸ Andere Dimensionen wie soziale Ungleichheit, Achtung der Menschenrechte oder politische Freiheiten werden darin nicht erfasst. Zu beachten ist ferner, dass UNDP die Daten nicht selbst erhebt, sondern Sekundärdaten von nationalen Behörden und anderen Institutionen bezieht, diese bereinigt und auf Vergleichbarkeit achtet.

⁹ Ohne Mittel-Amerika und Karibik. Barbados mit Platz 31 liegt noch vor Chile.

Ein anderer Maßstab für die sozioökonomische Entwicklung Chiles ist der *Human Poverty Index* (HPI-1) von UNDP. Der Human Poverty Index misst anhand der Dimensionen des *Human Development Index* jenen Anteil der Bevölkerung, welcher unter einer bestimmten Armutsgrenze lebt, und stellt eine multidimensionale Alternative zur üblichen einkommensbezogenen Armutbestimmung dar. Der Index berücksichtigt den Anteil der Bevölkerung, welcher wegen unzureichender Gesundheitsversorgung eine Lebenserwartung von unter 40 Jahren aufweist, die Analphabetenrate unter Erwachsenen, den Zugang zu einer angemessenen Wasserversorgung und den Anteil der Kinder unter 5 Jahren, welche untergewichtig sind. Chile hat sich gemäß dem *Human Poverty Index* im internationalen Vergleich sehr gut entwickelt und liegt im Jahr 2004 auf Rang 2 von 102 Entwicklungsländern, hinter Uruguay (PNUD, 2006c).¹⁰

Ein Grund für das vergleichsweise gute Abschneiden von Chile könnte darin liegen, dass Chile neben Argentinien, Brasilien, Kuba und Uruguay innerhalb von Lateinamerika zu den Pionierländern bei der Etablierung von Systemen der sozialen Sicherheit zählt (Meso-Lago, 1991; in Sottoli, 1999: 83). Diese Länder führten Sozialversicherungssysteme zwischen 1920 und 1930 ein, erreichen einen Ausdehnungsgrad von über 60% der Erwerbstätigen und der gesamten Bevölkerung. Die Ausgaben für soziale Sicherheit liegen zwischen 9% und 11% des BIP und der Belastungsquotient (Verhältnis zw. Rentner und aktiven Beitragszahlern) beläuft sich auf zwischen 0,18 und 0,65. Abgesehen davon handelt es sich um institutionell extrem ausdifferenzierte Systeme. Im Vergleich dazu zählen zu den Intermediären Bolivien, Costa Rica (erst 1940 begonnen, aber heute große Ähnlichkeit mit den Pionierländern), Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru und Venezuela. Diese führten Sozialversicherungssysteme zwischen 1930 und 1940 ein, erreichen einen Ausdehnungsgrad von 18-50% der Erwerbstätigen bzw. 12-53% der Bevölkerung, darunter meist Arbeiter und Angestellte des urbanen Sektors, und geben ca. 3-4% des BIP für soziale Sicherheit aus. Der Belastungsquotient liegt bei 0,05-0,15 und es handelt sich um institutionell einheitlichere Systeme, welche auf neueren Konzepten zur sozialen Sicherung (*Beveridge Report*) basieren sollten, und somit den Anspruch erhoben haben, ein umfassendes, alle Bevölkerungsgruppen einschließendes, steuerfinanziertes System zu schaffen (allerdings nicht gelungen). In der Realität waren auch diese Systeme eher am Bismarck-Modell (beitragsfinanziert, lohnabhängig) orientiert.

¹⁰ Vgl. auch PNUD, 2006b.

Zu den Nachzüglern werden El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras und die Dominikanische Republik gezählt. Die Einführung der Sozialversicherungssysteme erfolgte hier zwischen den 1950er und 1960er Jahren. Der Ausdehnungsgrad beläuft sich auf 2-19% der Erwerbstätigen bzw. 1-9% der Bevölkerung und die Ausgaben für soziale Sicherheit liegen bei 1-2% des BIP. Der Belastungsquotient beläuft sich auf 0,02-0,08 und es handelt sich zum Teil um institutionell stärker vereinheitlichte Systeme.

In Lateinamerika existierte bis Anfang der 1930er Jahre nur ein residuales Fürsorgeprinzip unter Annahme des individuellen Verschuldens der Hilfsbedürftigkeit, mit Ausnahme Uruguays, dem ältesten Sozialstaat in Lateinamerika. In Chile, Argentinien, Kuba und Brasilien wurden in den 1920ern die ersten Sozialgesetze erlassen und relativ komplexe Programme sozialer Sicherheit eingeführt. 1930 gab es in Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay Rentenversicherungssysteme, welche auf dem Bismarck-Modell basierten. Zwischen 1930 und 1950 begann die Mehrheit der Länder dann Sozial- und Arbeitsgesetzgebung sowie Erziehungs- und Gesundheitssysteme aufzubauen und in den 1950er Jahren kam im Zuge des Wandels von der Exportorientierung zur importsubstituierenden Industrialisierung dem Staat eine stärkere Rolle zu. Dieser übernahm die Verwaltung und Finanzierung vieler sozialpolitischer Programme, welche bis dahin meist auf kommunaler oder genossenschaftlicher Ebene durchgeführt wurden. Es erfolgte ein Wechsel von der Dezentralisierung hin zur Zentralisierung, was zu einer Steigerung der staatlichen Sozialausgaben führte. Hierbei wurde jedoch keine Umverteilung angestrebt, sondern lediglich eine Regulierung der Arbeitsbeziehungen und die Sicherung des Einkommens. Entwicklungsstrategisch erhoffte man sich *trickle-down*-Effekte durch ein höheres Wirtschaftswachstum.¹¹

In Chile waren die zum Teil hoch segmentierten, hierarchischen und durch eine starke korporatistische Komponente ausgeprägten Systeme der sozialen Sicherheit ein Produkt der historischen Entwicklung. Bei ihrer Entstehung waren nur Militär, Staatsbeamte und Lehrer in die Sozialversicherungssysteme integriert. Die Ausweitung der Systeme erfolgte graduell, beginnend mit einer Vertiefung der bestehenden Privilegien und erst dann durch Aufnahme zusätzlicher Bevölkerungsgruppen.

¹¹ Vgl. Sottoli, 1999: 79ff.

Staatliche Versuche, die Sozialversicherungssysteme zu vereinheitlichen, scheiterten am Widerstand von Gruppeninteressen, die von der institutionellen Zersplitterung profitierten.¹² Nach der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung (1930-1970/80) und der Implementierung einer universellen Wohlfahrtspolitik erfolgte in Chile durch und im Interesse der Militärdiktatur ein radikaler Übergang zu einem nach außen hin orientierten Entwicklungsmodell. Infolge der Kürzung und Umgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen verschärfte sich die Armutssituation, während sich gleichzeitig die Tendenz zu hohen Kapitalgewinnen und Ungleichheit erhöhte.¹³ Chile weist im internationalen Vergleich und selbst innerhalb von Lateinamerika, der Region mit der größten ökonomischen Ungleichverteilung der Welt, eine sehr hohe Konzentration des Einkommens auf.

GINI-KOEFFIZIENT*	1999
Brasilien	0,59
Chile	0,57
Mexiko	0,55
Argentinien	0,49
Costa Rica	0,46
USA	0,38
Südost-Asien	0,30-0,35
Europa	0,25-0,30

*Relatives Maß für die Bewertung der Einkommenskonzentration; beruht auf der so genannten Lorenz-Kurve und ist bei völliger Gleichverteilung gleich 0 und bei vollkommener Konzentration gleich 1.

Tabelle 5: Internationaler Vergleich der Einkommensverteilung¹⁴

3.1.2 Chile heute im Vergleich zu 1990

Wenn von Armut gesprochen wird, wird meist davon ausgegangen, dass es sich um einkommensbezogene Armut handelt, welche anhand von vorher festgelegten Einkommensgrenzen gemessen wird.¹⁵ Auch in Chile gilt eine Person bzw. ein Haushalt dann als arm, wenn er/sie bestimmte Grundlebensbedürfnisse – wie die Ernährung der Familie, ein angemessener Wohnraum, Wasser, Elektrizität, Abwassersystem, Bildung und Basisgesundheitsversorgung – nicht erfüllen kann (Raczynski/Serrano, 2003: 335).

¹² Vgl. Sottoli, 1999: 81.

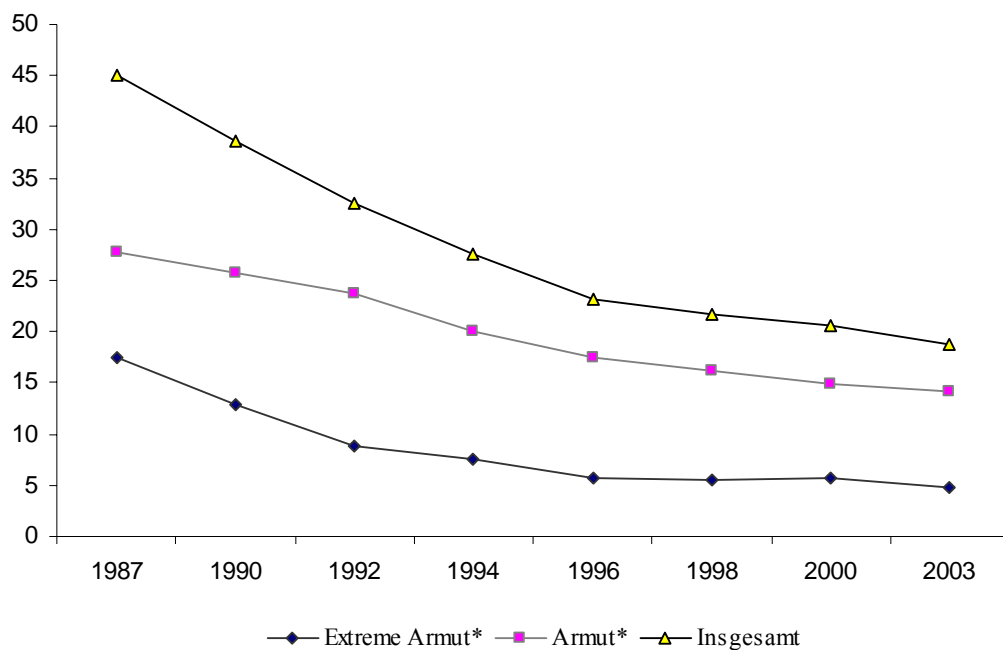
¹³ Vgl. Jäger, 1999; Jäger [Hrsg.], 2001.

¹⁴ Vgl. Meller, 1999: 52.

¹⁵ Vgl. MIDEPLAN, Serie Análisis de Resultados de la Ecueta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 1 La Situación de Pobreza en Chile 2006, [08.06.2008]. Im Jahr 2006 wurde die monatliche Pro-Kopf-Einkommensgrenze für absolute Armut (*indigencia*) in der Stadt bei CLP 23.549 (~29 Euro), am Land bei CLP 18.146 (~22 Euro) festgelegt; für Armut bei CLP 47.099 (~57 Euro) in der Stadt bzw. CLP 31.756 (~39 Euro) am Land, was angesichts der Lebenshaltungskosten vor Ort sehr wenig erscheint.

Die Bewertung der Defizite anhand von Haushaltsbefragungen erlaubt einen Vergleich und Feststellung über die tendenzielle Entwicklung von Armut über einen längeren Zeitraum hinweg sowie eine Beschreibung der geographischen Konzentration und die Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten Dienstleistungen. Wenngleich diese Daten nichts über die Gründe aussagen oder wie die betroffenen Menschen mit dieser Situation umgehen, wird dadurch eine erste Quantifizierung des Problems möglich. Hierbei sei hinzugefügt, dass sich Armut in Chile heute anders manifestiert als früher und nicht notwendigerweise immer die gleichen Personen trifft bzw. eine Person mehrmals im Leben betreffen kann. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, dass die einkommensbezogene Armut in Chile kontinuierlich und insgesamt um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist.

Entwicklung der Armut in Chile 1987-2003



*In % der Bevölkerung; extrem arm: Einkommen geringer als ein bzw. arm: geringer als zwei Basiseinkaufskörbe.

Abbildung 6: Entwicklung der Armut in Chile 1987-2003¹⁶

Einkommensbezogene Armut konnte in Chile erheblich reduziert werden. Die Frage ist jedoch, ob sich dadurch auch die Lebensumstände für alle verbesserten. Mit der folgenden Tabelle soll die sozioökonomische Entwicklung der chilenischen Gesellschaft anhand von einigen ausgewählten Eckdaten aufgezeigt werden.

¹⁶ Quelle: modifiziert übernommen aus Olavarría-Gambi, 2006: 6.

	1990	2005
Bevölkerung (INE, 2003: 9ff.)	13,3 Mio. (1992)	15,1 Mio. (2002)
Männer	6,5 Mio.	7,4 Mio.
Frauen	6,8 Mio.	7,7 Mio.
Stadt-Land-Verhältnis	83,5% : 16,5%	86,6% : 13,4%
Alphabetenrate (INE, 2003: 20f.) (in % der Bevölkerung über 10 Jahre)	94,6% (1992)	95,8% (2002)
Stadt-Land-Vergleich	96,3% : 86%	96,8% : 89,2%
Frau-Mann-Vergleich	94,4% : 94,8%	95,8% : 95,8%
Schulbildung (INE, 2003: 22) (in % der Bevölkerung über 5 Jahre)		
Ohne Schulbildung	5% (1992)	2,7% (2002)
Höherer Bildungsweg	9%	16,4%
Erwerbstätigkeit (INE, 2003: 29ff.; OECD, 2005a: 7) (in % der Bevölkerung über 15 Jahre)	49,1% (1992)	52,4% (2002)
Frauen	29,5%	35,6%
Männer	71,5%	70%
Beschäftigung 1. Sektor	775.300	616.200 (13%, 2005)
Beschäftigung 2. Sektor	1.062.800	1.051.000 (15,4%, 2005)
Beschäftigung 3. Sektor	2.388.300	3.418.700 (71,6%, 2005)
Großraum Santiago	42%	43%
Infrastrukturleistungen (INE, 2003: 40) (Anzahl der Unterkünfte <u>ohne</u> Trinkwasserleitung und <u>ohne</u> Beleuchtung)	219.025 (1992)	59.782 (2002)
Ausstattung der Haushalte (INE, 2003: 49f.) (in % der Gesamtanzahl der Haushalte)		
Farbfernseher	52,6% (1992)	87% (2002)
Waschmaschine	48,2%	78,8%
Kühlschrank	54,6%	82,1%
Mikrowellenherd	4,2%	30%
Festnetzanschluss	23,6%	51,5%
Mobiltelefon	1%	51%
Ohne Ausstattung	6,2%	5,2%
Motorisiertes Fahrzeug	19,3%	27%

Tabelle 6: Sozialstatistik heute im Vergleich zu 1990¹⁷

Herangezogen wurden Indikatoren über die Größe und die Zusammensetzung der Bevölkerung, den Bildungsstand, die Erwerbstätigkeit und die Ausstattung der Haushalte. Bemerkenswert sind insbesondere die Fortschritte in der materiellen Ausstattung der Haushalte und der Verringerung der Haushalte ohne Zugang zu Infrastruktureinrichtungen wie Wasserleitung oder Beleuchtung (Verbesserung um rund 75% innerhalb von 10 Jahren). Die durchschnittliche Lebensqualität der Bevölkerung während des untersuchten Zeitraums hat sich angesichts dieser Daten deutlich erhöht.

¹⁷ Quelle: modifiziert übernommen aus INE, Censo 2002/ Síntesis de resultados, [10.06.2007]; OECD, 2005a.

Chile weist heute ein mäßiges Bevölkerungswachstum mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1,5% auf und ist hinsichtlich der wichtigsten demographischen Kennwerte mit den Industriestaaten zu vergleichen. Es wird mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen von 15,8 Mio. (2003) auf in etwa 19,5 Mio. (2025) gerechnet, welche voraussichtlich in Städten der verschiedenen Größenordnungen leben werden. Derzeit zählt der Verstädterungsgrad Chiles mit 87% (2002) zu den höchsten der Welt.¹⁸ In der Hauptstadt Santiago leben in etwa 5,41 Mio. Menschen, womit die Stadt ungefähr siebenmal so groß wie die nächstfolgende Stadt ist. Die Vorrangstellung Santiagos in demographischer und funktionaler Hinsicht hat sich aber erst im Laufe der Zeit, verstärkt seit den 1930er Jahren, herausgebildet. In der mediterranen Zentralzone der Landesmitte leben auf ca. 15% der Fläche fast 80% der Bevölkerung. Auch in Chile besteht jedoch aufgrund einer höheren Lebenserwartung die Tendenz zu einer Überalterung der Gesellschaft (Hardy, 2006b: 237). Abgesehen von einer Verbesserung der sozialen Situation im Sinne von zunehmendem materiellen Wohlstand weist die chilenische Gesellschaft folgende soziokulturelle Charakteristika auf: 4,6% der Gesamtbevölkerung fühlen sich einer ethnischen Minderheit zugehörig; 87,3% davon zählen zu den Mapuche, der größten indigenen Volksgruppe in Chile. Chile ist wie die meisten lateinamerikanischen Staaten überwiegend christlich-katholisch geprägt. Im Jahr 2002 bekannten sich 70% der Bevölkerung über 15 Jahre zum katholischen und 15,1% zum christlich-evangelischen Glauben. Im Jahr 1992 gaben 5,8% an, keiner Glaubensrichtung anzugehören, im Jahr 2002 waren es 8,3%. Signifikante Unterschiede bestehen zwischen den Altersgruppen. Während 79% der über 75-Jährigen und 66% der 15-29-Jährigen katholischen Glaubens sind, gaben 11,1% der 15-29-Jährigen keine Religionszugehörigkeit an im Vergleich von nur 3,8% der über 75-Jährigen.¹⁹

Die gesellschaftlichen Entwicklungen bewirkten auch Veränderungen am Arbeitsmarkt. Die Teilnahme von Frauen ist mit einer Rate von 37% im lateinamerikanischen Vergleich zwar noch gering, nimmt aber kontinuierlich zu, speziell unter den jüngeren Bevölkerungsschichten (Hardy, 2006b: 235). Die Beschäftigungsrate ist niedrig unter Jugendlichen bis 25 Jahre sowie bei Älteren über 50. Während die Teilnahme am Arbeitsmarkt bei jenen Arbeitern und Angestellten mit höherer Bildung zunimmt, sinkt sie unter bildungsschwachen Bevölkerungsschichten, wobei die jüngeren zunehmend besser ausgebildet sind. Die größte Einsparung an Arbeitsplätzen findet im Agrarsektor sowie bei Hilfsarbeitern und Handwerkern statt, umgekehrt nehmen formelle

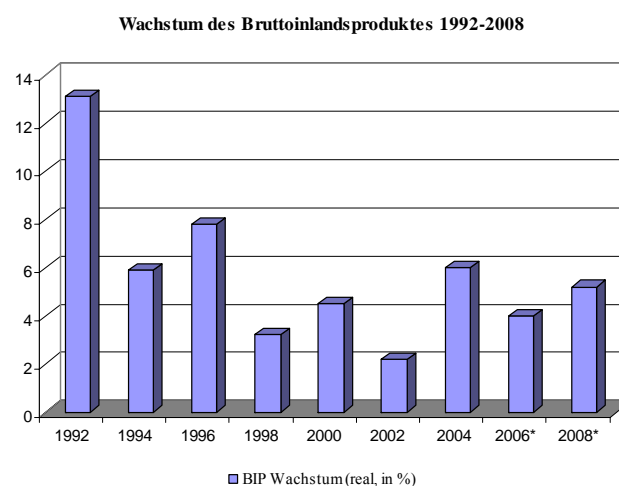
¹⁸ Vgl. Bähr, 2004.

¹⁹ Vgl. INE, Censo 2002/ Síntesis de resultados, [10.06.2007]: 23ff.

Angestelltenverhältnisse und technische Berufe mittleren Niveaus zu. Dennoch besteht nach wie vor ein beträchtlicher Anteil an informeller Beschäftigung. Weniger als zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten verfügen über einen schriftlichen Arbeitsvertrag mit entsprechender sozialer Absicherung (Reinecke, 2001: 13f.). Mehrere Faktoren haben zu sozialen Problemen am Arbeitsmarkt beigetragen. Die chilenischen Exporte konzentrieren sich auf Rohstoffe mit geringer Wertschöpfung, was durch das konzentrierte Privateigentum in diesem Sektor zur Einkommensschere beiträgt; viele der neuen Arbeitsplätze wurden im Niedrig-Lohn-Segment geschaffen und sind kaum arbeitsrechtlich abgesichert; aufgrund der Preisschwankungen der Exportprodukte ist der Arbeitsmarkt in diesem Sektor durch zusätzliche Unsicherheit gekennzeichnet; die Einkommen stagnieren und der Grad an gewerkschaftlicher Organisation ist gering (Reinecke, 2001: 14f.). Rund 70% der Chilenen leben in Angst, ihr Arbeitseinkommen zu verlieren (Cowan, 2007).

3.1.2.1 Die ökonomischen Rahmenbedingungen

Der Zeitraum zwischen 1985 bis 1997 wird auch als Chiles „goldene Zeitalter des Wirtschaftswachstums“ bezeichnet (OECD, 2005a: 10ff.). Danach kam es von 1998 bis 2003 zu einer Verlangsamung des Wachstums. 2004 erfolgte mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von über 6% ein Aufschwung, begünstigt durch höhere Privatkonsumausgaben und Investitionen sowie insbesondere durch die hohen Kupferpreise auf dem Weltmarkt.



*2006: Schätzung, 2008: Prognose

Abbildung 7: Wirtschaftsentwicklung in Chile²⁰

²⁰ Quelle: modifiziert übernommen aus DB Research, Country Infobase/ Chile, [10.06.2008]; OECD, 2005a.

Aufgrund der Stabilität und des guten Managements ist die Wirtschaft relativ resistent gegen externe Schocks (OECD, 2005a: 43ff.). Im Bereich des öffentlichen Haushalts gibt es eine 1%-Überschuss Regel, welche im Jahr 2000 eingeführt wurde. Gemäß dieser wird abgesehen von Anpassungen an Konjunkturschwankungen und den Kupferpreis ein 1%-Budgetüberschuss angestrebt. Diese Regel gilt im lateinamerikanischen Vergleich als bemerkenswert.²¹ Die Staatsverschuldung ist relativ gering und die Geldpolitik wird mit einem Inflationsziel von nicht mehr als 2-4% als positiv eingestuft. Außerdem wurden 2005 Güter und Dienstleistungen im Wert von 34% des BIP exportiert und im Wert von 24,4% des BIP importiert. Tabelle 7: Eckdaten der Wirtschaft veranschaulicht den sehr positiven Trend der chilenischen Wirtschaftsentwicklung.

	1992	1996	2000	2004	2008*
Nominelles BIP (US\$, Mrd.)	44	76	75	96	207
BIP/ Kopf (US\$)	3.300	5.200	4.900	5.900	12.400
Inflation (CPI, in %)	12,7	6,6	4,5	2,4	4,9
Leistungsbilanz (in % des BIP)	-2,1	-1,4	2,8	10,0	2,4
Ausländische DI (netto, US\$, Mrd.)	0,5	3,7	0,9	5,6	8,5
Haushaltssaldo (in % des BIP)	2,2	2,2	-0,7	2,1	7,4
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	80,4	53,3	48,5	34,8	10,8

*2008: Prognose; Stand Mai 2008.

Tabelle 7: Eckdaten der Wirtschaft²²

Die gute makroökonomische Lage begünstigt die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Reduktion von Armut. Seit Mitte der 1980er Jahre wurden über 1,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, wodurch die Arbeitslosenrate bis Ende der 1990er Jahre auf 6% gesunken ist (Reinecke, 2001: 13). Durch die zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt nehmen die Arbeitslosenzahlen danach allerdings weniger schnell ab. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit weniger als 40% des OECD-Durchschnitts im internationalen Vergleich immer noch gering (OECD, 2005a: 10), auch wenn Chile im lateinamerikanischen Vergleich sehr gut abschneidet.

²¹ Der Druck auf das Budget könnte sich im Zusammenhang mit dem Pensionssystem und dem Finanzierungsbedarf der Zentralbank allerdings erhöhen; vgl. OECD, 2005a.

²² Quelle: modifiziert übernommen aus DB Research, Country Infobase/ Chile, [10.06.2008]; OECD, 2005a.

Was strukturelle Reformen betrifft, wird Chile eine Diversifizierung der Exportwirtschaft empfohlen, um weniger abhängig von internationalen Preisschwankungen zu sein. Kupfer ist mit einem Anteil von 44,8% an der gesamten Exportwirtschaft Chiles wichtigstes Exportgut (OECD, 2005a: 7). Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Hochtechnologieexporte an den verarbeiteten Exportprodukten nur 3,4% (World Bank, 2007).²³

	1985	1995	2004	2005
Exporte	3.804	16.024	27.600	28.705
Kupfer	1.789	6.487	14.358	14.933
Obst	515	1.172	2.440	2.538
Industrieerzeugnisse	1.168	6.608	11.557	12.020
Importe	3.229	15.900	21.400	22.470
Lebensmittel	284	576	776	815
Öl- und Energieimporte	545	1.420	3.418	3.588
Kapitalgüter	624	4.187	5.831	6.123

Angaben in US\$, Mio.

Tabelle 8: Handelsstruktur 1985-2005²⁴

Im Jahr 2005 belief sich die Wertschöpfung in der Landwirtschaft auf 6%, im Industriesektor (Bergbau und verarbeitende Industrie) auf 15,4% und im Dienstleistungssektor auf 63% des BIP. Die Brutto-Investitionen in Anlagevermögen machten mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,5% pro Jahr während der vorangegangenen fünf Jahre 25,2% des BIP aus.

Vor dem Hintergrund, dass sich die chilenische Wirtschaft von ihrem Tief zwischen 1998-2003 erholt hat, wird Chile ein sehr gutes Zeugnis für das makroökonomische Management, die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen und den Handel sowie für die Verwaltung des öffentlichen Haushalts ausgestellt. Die OECD (2005a) empfiehlt insbesondere die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Innovationspotentials durch Schaffung von Anreizen für unternehmensfinanzierte Forschung. Die Forschungs- und Entwicklungsintensität ist gering und wird primär durch den Staat finanziert (OECD, 2005a: 8).

²³ Die Handelspolitik Chiles lässt sich in unterschiedliche Phasen einteilen; vgl. Lederman, 2005: 51ff. Von 1810-1910 galt Chile als kleine, offene Ökonomie, mit einer ersten expliziten Handelsbeschränkung im Jahr 1897. Von 1911-1927 kam es zu einer Abwendung von liberalen Wirtschaftsprinzipien, was zu einer Institutionalisierung des Protektionismus zwischen 1927 und 1956 führte. Importzölle betragen in diesem Zeitraum bis über 90% im Durchschnitt und nicht-tarifäre Handelshemmnisse waren weit verbreitet; angesichts der hohen Inflation kehrte man dieser Politik ab 1957 zunehmend den Rücken. Seit 1973 herrscht die Überzeugung einer liberalen Handels- und Wirtschaftspolitik vor; vgl. Reinecke, 2001.

²⁴ Quelle: modifiziert übernommen aus World Bank, Chile at a glance, [08.06.2007].

	1985	1995	2004	2005
Öffentliche Ausgaben (in % des BIP)	10,4	12,0	11,6	13,4
Öffentlicher Konsum (jährliches Wachstum, im Ø)	2,8	3,4	6,1	4,5
Privatkonsum Haushalte (in % des BIP)	67,0	61,2	57,8	57,1
Privatkonsum Haushalte (jährliches Wachstum, im Ø)	8,0	3,8	6,1	8,2
Landwirtschaftssektor (in % des BIP)	7,6	9,2	5,8	5,5
Industriesektor (in % des BIP)	37,6	35,3	44,6	46,8
Dienstleistungssektor (in % des BIP)	54,8	55,5	49,6	47,7
Bruttoinvestitionen (jährliches Wachstum, im Ø)	14,2	3,5	14,3	22,2

Tabelle 9: Wirtschaftsstruktur 1985-2005²⁵

Positiv ist auch der erhebliche Anstieg der Nutzung der neuen Informationstechnologien (PNUD, 2006a). Der Prozentsatz an Haushalten mit einem Festnetzanschluss stieg von 15% auf 55%, die Anzahl der Mobiltelefone erhöhte sich von fünf Tausend auf beinahe neun Millionen, der Bestand an PCs multiplizierte sich mal 27 und im Falle des Internets, welches 1989 noch nicht existierte, erhöhte sich die Zahl der Benutzer von 250 Tausend im Jahr 1997 auf knapp 4,8 Millionen im Jahr 2004.

3.1.2.2 Geographie und natürliche Ressourcen²⁶

Für die Exportwirtschaft ist abgesehen von Agrarerzeugnissen (Obst und Wein) und Fischereiprodukten²⁷ der mineralische Reichtum (Kupfer, Eisen, Silber, Gold, Mangan) ausschlaggebend. Eine Schattenseite des rasanten Wirtschaftswachstums stellt jedoch die Belastung der Umwelt dar. Zu den größten Umweltrisiken gehören die Überfischung, der Landschaftsaufbrauch und die Degradierung im mediterranen Zentrum, der Wassermangel im trockenen Norden und die rasch vorgreifende Waldzerstörung im Süden. Die Thematisierung des Umweltschutzes nehme zwar zu, jedoch hauptsächlich um den ökologischen Anforderungen auf den Exportmärkten, wie in der Holzwirtschaft und in der Lachszucht, Rechnung zu tragen. Die unternommen Anstrengungen sind im Vergleich zu den OECD-Staaten jedoch gering (OECD, 2005b:15f.).

²⁵ Quelle: modifiziert übernommen aus World Bank, Chile at a glance, [08.06.2007].

²⁶ Vgl. Richter, 2004: 49ff.

²⁷ Chile gilt innerhalb von Lateinamerika als das Land mit den bedeutendsten Fischfangraten und zählt zu den größten Fischereinationen der Erde.

Der schonungslose Umgang mit den natürlichen Ressourcen geht in Lateinamerika bis zur Kolonialzeit zurück. In Chile setzt sich dieser Trend seit vier Jahrzehnten infolge verstärkter Dezentralisierungstendenzen weiter fort. Angesichts der behördlichen Zurückhaltung findet keine gezielte Raumordnungspolitik statt. Die Lachszucht, welche erst in den 1980er Jahren Fuß fassen konnte, oder die Forstwirtschaft unterliegen zwar einer gesetzlichen Regelung und der staatlichen Kontrolle, die ökologischen Konsequenzen werden aber weiterhin vernachlässigt. Aufgrund paralleler Strukturen, die eine Konkurrenzsituation zwischen einzelnen Abteilungen verschiedener Institutionen geschaffen haben, hat die staatliche Aufsicht gegenüber ressourcenbasierten Interessen mächtiger Wirtschaftslobbies kaum Durchsetzungskraft. So konnte zum Beispiel eine klare Gesetzgebung für die Waldbewirtschaftung jahrelang verschleppt werden.

Die schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes wird als katastrophal für die zukünftige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit angesehen (Claude, 1999).

3.1.2.3 Statistische Eckdaten der sozialen Infrastruktur

Eine Frage ist, in welchem Ausmaß die wirtschaftliche Entwicklung zur Reduktion von Armut beitrug und wie viel davon auf die Sozialausgaben zurückzuführen ist. Während ein wirtschaftlicher Aufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, wird der Sozialpolitik in Chile ab 1990 ein gewichtiger Stellenwert im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung eingeräumt. Die Sozialausgaben stiegen zwischen 1990 und 1999 um beinahe 100% (Raczynski/Serrano, 2003: 346). Monetäre Transferleistungen machen jedoch nur einen geringen Teil davon aus, der Großteil entfällt auf Investitionen in die soziale Infrastruktur und allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit.

3.1.2.3.1 Wohlfahrtstaatliche Ausgaben

Die öffentlichen Sozialausgaben in Chile sind zwischen 1990 und 1999 von 13% auf 15% des BIP angestiegen, wobei im Jahr 1998 69,4% der Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Einkommenstransfers den 40% ärmsten Haushalten zugute kamen – 85,4% für Gesundheit, 73,1% für Geldzahlungen und 61,2% für Bildungsmaßnahmen (Raczynski/Serrano, 2003: 348).

JAHR	IN % DES BIP	INSGESAMT ¹	BILDUNG ¹	GESUNDHEIT ¹	WOHNWESEN ¹	MONETÄRE TRANSFERS ¹ U.A.
1990	12,9	214.797	41.832	32.767	17.362	17.575
1992	13,3	251.159	52.002	43.623	21.881	21.388
1994	13,8	282.695	59.715	52.172	24.280	24.672
1996	14,3	324.100	73.118	57.313	27.645	31.014
1998	15,2	356.964	87.297	63.933	26.265	33.774
2000	16,6	380.004 ²	92.163 ²	65.034 ²	28.818 ²	35.185 ²

¹Pro Kopf in CLP 1999; ²Zahlenangaben für 1999.

Tabelle 10: Entwicklung der Sozialausgaben in Chile 1990-2000²⁸

Die Wahrscheinlichkeit auch als einkommensschwache Familie sozial abgesichert zu sein, hat trotz häufig immer noch informeller Arbeitsverhältnisse seit dem Ende der 1980er Jahre stetig zugenommen.

		1987	2003
<i>Ohne soziale Absicherung</i>	(extrem) arm	0,64	0,49
	eher arm	0,61	0,45

Tabelle 11: Wahrscheinlichkeit der sozialen Absicherung²⁹

3.1.2.3.2 Bildungsstatistik

Die jugendliche Bevölkerung Chiles zwischen 5 und 24 Jahren beläuft sich auf rund 5,5 Mio. Die absolvierte Anzahl an Schuljahren beträgt in der Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 64 im Durchschnitt zehn Jahre. Während in der Bevölkerungsgruppe von 25-64 Jahre 24% über keine abgeschlossene Grundschulbildung verfügen, sind es in der Gruppe der 25-34 Jährigen nur noch 12% (MINEDUC, 2002: 17ff.). Diese Unterschiede bleiben auch bei steigendem Bildungsniveau bestehen. Bei den 25-64 Jährigen haben nur 48% die Mittelschule abgeschlossen, während sich dieser Anteil bei den 25-34 Jährigen auf 61% beläuft. 13% der 25-64 Jährigen haben den tertiären Bildungsweg eingeschlagen, bei den 25-34 Jährigen sind es schon 17%. Geschlechterspezifische Unterschiede lassen sich nicht feststellen. Im Jahr 2002 waren 97% der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren in der Grundschule eingeschrieben (1991 waren es 95%) und 87% der 14-17 Jährigen besuchten eine Mittelschule (1991 waren es 77%).

²⁸ Quelle: modifiziert übernommen aus Raczynski/Serrano, 2005a: 33.

²⁹ Quelle: modifiziert übernommen aus Olavarría-Gambi, 2006: 32.

Es gibt jedoch Unterschiede zwischen den Einkommensschichten. Während im ärmsten Einkommensquintil nur 87,5% eine Mittelschule abgeschlossen haben, beläuft sich dieser Anteil bei dem reichsten Bevölkerungsquintil auf 98,7%. Zwischen 1987 und 2003 lässt sich jedoch insgesamt eine sehr positive Entwicklung feststellen.

EINKOMMENS QUINTIL	1987		2003	
	GRUND SCHULE	MITTEL SCHULE	GRUND SCHULE	MITTEL SCHULE
I	94,8	73,1	98,5	87,5
II	96,4	76,8	99,1	91,7
III	97,5	83,4	99,5	94,0
IV	97,8	87,1	99,5	96,9
V	98,3	95,4	99,5	98,7
Durchschnitt	96,4	81,5	99,1	92,7

Tabelle 12: Abgeschlossene Schulstufe der Bevölkerung unter 25³⁰

Im Zeitraum zwischen 1990 und 2002 stiegen sowohl die öffentlichen als auch die privaten Ausgaben für Bildung erheblich an. Während im Jahr 1990 2,4% des BIP aus öffentlichen Mitteln und 1,6% des BIP an privaten Ausgaben für Bildung aufgewendet wurden, waren es 2002 schon 4,2% (öffentlich) und 3,3% (privat). Im Jahr 2002 machte der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Staates 18,7% aus; 1990 waren es nur 12,1% (MINEDUC, 2002: 37ff.). Diese Zahlen belegen die Bedeutung, welcher der Bildung sowohl von staatlicher als auch von privater Seite beigemessen wird. Die erhöhten Bildungsausgaben und deren Reichweite begünstigen den Aufbau von Humankapital; das Problem der Segmentierung des Bildungssystems besteht jedoch weiterhin. Die Höhe der Ausgaben ist nicht alleine entscheidend für die Qualität und den allgemeinen Zugang zu gleichwertiger Bildung. Chile schneidet im internationalen Vergleich der Schülerleistungen, wie sie im Rahmen der PISA-Studie erhoben wurden, nicht gut ab. Nur 6% der getesteten Schüler erreichten die höchsten Stufen 4 bzw. 5. 58% der Schüler erreichten lediglich Level 1 bzw. 2, 20% lagen sogar darunter. Im intrakontinentalen Vergleich relativiert sich das Ergebnis. In den meisten lateinamerikanischen Staaten kamen 70% der Schüler nicht über das zweite Niveau hinaus, d.h. konnten lediglich die einfachsten Aufgaben lösen (MINEDUC, 2002: 123f.).

³⁰ Quelle: modifiziert übernommen aus Olavarría-Gambi, 2006: 25.

Das chilenische Bildungsministerium lässt jährlich eine Evaluierung der Lehrqualität durchführen – den so genannten SIMCE (MINEDUC, 2007). Hierzu wurden im Jahr 2006 die Schülerleistungen der vierten Grundstufe und der zweiten Mittelschule überprüft. Im Rahmen dieser Studie erreichten 61% der Schüler die Stufen Mittel bis Fortgeschritten, beim Lesen waren es 60%. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass je nach sozioökonomischer Herkunft Unterschiede in den Schülerleistungen bestehen. Beim Lesen erreichten 53% der einkommensschwächsten Gruppe das mittlere Niveau nicht, während dies in der Schülergruppe aus finanziell besser gestelltem Elternhaus nur bei 11% der Fall war. Diese Differenz zeigte sich bei mathematischen Aufgaben noch deutlicher (MINEDUC, 2007: 30). Kinder aus ärmeren Familien erbrachten geringere Leistungen.

3.1.2.3.3 Gesundheitsstatistik

Die Kindersterblichkeitsrate halbierte sich im Zeitraum zwischen 1990 und 2004 von 16 auf acht Todesfälle unter tausend Lebendgeburten. Die Lebenserwartung bei Geburt erhöhte sich von rund 73 auf rund 78 Jahre (MINSAL, 2007: Estadísticas de Salud). Zu den häufigsten Todesursachen aus gesundheitlichen Gründen zählen Herz-/Kreislauferkrankungen (1970: 15,2%; 2005: 28,2%), Tumore (1970: 12,1%; 2005: 24,8%) und Erkrankungen der Atemwege (1970: 16,3%; 2005: 9,3%). Die Zunahme an öffentlichen Ausgaben im Gesundheitsbereich sowie die rechtlichen Modifizierungen in Hinsicht auf Organisation und Finanzierung haben jedoch nicht zu einer Effektivität des Systems und jedenfalls nicht zu einer höheren Qualität der Gesundheitsversorgung für alle geführt (Raczynski, 1999: 140).

Das aktuelle Gesundheitssystem in Chile ist universell und läuft über FONASA, den nationalen Fonds für Gesundheit. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit, sich nach dem privaten System ISAPRE versichern zu lassen, wodurch mit einer Aufzahlung freie Arzt- und Spitalswahl gewährleistet ist.³¹ Für Bevölkerungsgruppen, die über kein (ausreichendes) Einkommen verfügen, gibt es eine öffentliche Gratis-Versorgung, welche unter dem Titel *modalidad indigente* läuft. Während formal eine universelle Gesundheitsversorgung vorhanden ist, bestehen in der Realität jedoch gravierende Qualitätsunterschiede (Olavarría-Gambi, 2006) und faktisch herrscht ein duales Gesundheitssystem vor.

³¹ Der Beitrag zu FONASA beträgt 7% des Gehaltes und wird automatisch abgezogen; vgl. Olavarría-Gambi, 2006: 26ff.

Berechnungen zeigen zwar, dass die Wahrscheinlichkeit für extrem arme und arme Menschen, von einer Gesundheitsversorgung profitieren zu können, seit 1987 zugenommen hat, aber nur unter der *modalidad indigente*. Die Integration in das allgemeine Gesundheitssystem FONASA ist nicht gegeben. Vor allem wenn sie wirklich benötigt wird, ist die Gesundheitsversorgung für arme und extrem arme Menschen oft nicht entsprechend möglich oder von schlechter Qualität.

		1987	2003
<i>modalidad indigente</i>	(extrem) arm	0,44	0,69
	eher arm	0,38	0,55
System FONASA	(extrem) arm	0,54	0,29
	eher arm	0,58	0,41

Tabelle 13: Wahrscheinlichkeit der Gesundheitsversorgung³²

Erhebungen des Gesundheitsministeriums zu den Themen Lebensqualität und Gesundheit zeigten, dass trotz der Tatsache, dass 40% der befragten Haushalte den Zugang zur Basisinfrastruktur im Gesundheitsbereich bemängelten, die Zufriedenheit mit der Gesundheit, aber auch mit dem Geldeinkommen erheblich gestiegen ist (Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud, 2007b).³³ Was die Teilnahme an sozialen Organisationen betrifft, so gaben 42,3% an, mindestens einer anzugehören. Außerdem hätten 51% der Befragten bei Problemen zumindest eine Person, der sie vertrauen können. Jedoch ergab die Studie im Jahr 2006 auch, dass die Verfügbarkeit von sozialen Netzwerken seit dem Jahr 2000 gesunken sei. Vor allem Probleme des näheren Umfelds wie streunende Hunde, Lärm und Gerüche würden die Lebensqualität beeinträchtigen. Zudem befanden 53% der Befragten, dass es an Sport- und Grünanlagen mangelt.³⁴ Die Probleme im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung, der gemeinschaftlichen Infrastruktur und den öffentlichen Dienstleistungen werden in den einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen als viel stärker empfunden als im höchsten Einkommensquintil.

³² Quelle: modifiziert übernommen aus Olavarría-Gambi, 2006: 28.

³³ Erste Studie im Jahr 2000. Im Zeitraum März bis April 2006 wurde die Studie im Auftrag des Gesundheitsministeriums und in Zusammenarbeit mit dem nationalen Statistikinstitut und der Pontificia Universidad Católica de Chile ein zweites Mal wiederholt. Dazu wurden landesweit über 6.000 Haushalte befragt und ein breites Spektrum an Merkmalen herangezogen, welche die Lebensqualität allgemein und somit nicht nur die physische, sondern auch die psychische Gesundheit berücksichtigen.

³⁴ Vgl. Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud, Encuesta Calidad de Vida 2006/ Presentación Julio 2007, [02.01.2008].

Die mangelnde öffentliche Sicherheitsüberwachung durch die Polizeiorgane und die Gendarmerie wird unabhängig von der Einkommenssituation von 69% der Bevölkerung als die größte Beeinträchtigung der Lebensqualität betrachtet.³⁵

Zusammenfassend lassen sich die sozialen Errungenschaften in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnwesen/Infrastruktur wie folgt darstellen:

SEKTOR	SITUATION IM JAHR 2000
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> – Universelle Reichweite der Grundschulbildung (8 Jahre) – Ausdehnung der Reichweite der Mittelschule schon in den 1980ern, verstärkt ab 1990; im Jahr 2000: ~90% – Signifikanter Anstieg im post-sekundären Bildungsbereich ab den 1990ern; umfasst rund ein Drittel der 19-24-Jährigen – Erhöhung der durchschnittlich absolvierten Bildungsjahre; bei den 20-29-Jährigen der Durchschnitt ist 12 Jahre in der Stadt und 9 Jahre in ländlichen Regionen – Senkung der Wiederholungs- und Schulausstiegsraten
Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> – Rückgang der Säuglingssterblichkeitsrate auf ein Niveau von 9 pro 1.000 Lebendgeburten sowie der Muttersterblichkeitsrate auf ein Niveau von 2 pro 10.000 Lebendgeburten – Erhöhung der Lebenserwartung bei Geburt (78 Jahre bei den Frauen und 72 Jahre bei den Männern) – Rückgang der Infektionskrankheiten – Mangelernährung bei den unter 6-Jährigen und bei Schwangeren eingedämmt – Universelle Reichweite der Mutter-Kind-Betreuung
Wohnwesen u. Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> – Gut ausgebaute Netzwerke für Elektrizitäts- und Trinkwasserversorgung sowie Abwassersysteme in städtischen Gegenden – Sammlung zahlreicher Erfahrungen mit Programmen zur Verbesserung notdürftiger Wohninfrastruktur und zur Förderung der sozialen Integration – Hoher Grad an Eigentumswohnungen

Tabelle 14: Fortschritte in Bildung, Gesundheit, Wohnwesen/Infrastruktur³⁶

³⁵ Vgl. Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud, Encuesta Calidad de Vida 2006/ Presentación Julio 2007, [02.01.2008].

³⁶ Quelle: modifiziert übernommen aus Raczynski/Serrano, 2005a: 28.

3.1.3 Bewertung der Größenordnungen

Auf den ersten Blick betrachtet und anhand des vorhandenen Zahlenmaterials ist es nicht verwunderlich, dass Chile international sehr viel Lob für die Fortschritte in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erntet. Die politischen Institutionen weisen mit Abstand die besten Werte innerhalb von Lateinamerika auf und die Sozialausgaben scheinen im Gegensatz zu den anderen Ländern der Region effizient zu sein (Clements u.a., 2007: 50f.). Das Wirtschaftswachstum ist hoch, die makroökonomische Situation stabil, die Reichweite der Bildungs- und Gesundheitsversorgung hat sich aufgrund signifikant höherer Sozialausgaben erheblich verbessert und die Armut ist gesunken. Aber hält dieser erste Eindruck einer näheren Betrachtung stand? Im Land selbst zumindest gibt es zahlreiche kritische Stimmen.³⁷ Denn Chile hat zwar augenscheinlich große sozioökonomische Fortschritte gemacht, doch sind diese nach wie vor sehr ungleich verteilt.

In der Wahrnehmung der Bevölkerung haben die Möglichkeiten beim Zugang zum Bildungssystem, zu Konsumgütern und in der individuellen Freiheit der Lebensgestaltung zugenommen. Höhere Chancen auf einen besseren Arbeitsplatz, eine angemessene Pension, eine gleichwertige Gesundheitsversorgung oder auch auf den Zugang zum Rechtssystem seien deshalb jedoch nicht gegeben.

WIE SCHÄTZEN SIE DIE VORHANDENEN MÖGLICHKEITEN IM VERGLEICH ZU FRÜHER EIN?	MEHR MÖGLICHKEITEN	GLEICH VIEL MÖGLICHKEITEN	WENIGER MÖGLICHKEITEN
Zugang zu Bildung	73	16	11
Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (Kaufkraft)	63	25	11
Möglichkeit, die eigene Meinung zu äußern und so zu leben wie Sie möchten	57	26	16
Ein Unternehmen gründen	54	26	18
Gesundheitsversorgung	42	31	27
Zugang zum Rechtssystem	36	33	29
Besserer Arbeitsplatz	36	30	34
Höhere Pension	28	31	37

Tabelle 15: Einschätzung der Möglichkeiten und der Lebensqualität im Jahr 2004³⁸

³⁷ Vgl. z.B. Moulian, 1998: 15ff.; Huneus, 2003.

³⁸ Quelle: modifiziert übernommen aus PNUD, 2004: 16.

Als besonderes Problem wird die soziale und ökonomische Ungleichheit³⁹ empfunden – die Einkommenskonzentration ist in Chile auch im lateinamerikanischen Vergleich sehr hoch. Das reichste Quintil der Bevölkerung verfügt immer noch über mehr als 55% des nationalen Einkommens, das ärmste Quintil nur über knapp 5% (2003). Angesichts der Erwartungen und Forderungen der Wählerschaft nach einer sozial gerechteren Gesellschaft (Hardy, 2006b: 234ff.) gibt es großflächige Werbeplakate von Seiten der Regierung, welche versprechen: „La igualdad no es un sueño.“⁴⁰ Statistisch gesehen glänzt es an der Oberfläche, dennoch scheint es tiefere, gesellschaftliche Gründe zu geben, welche die Wirkung von sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen in Chile beeinträchtigen könnten.

Im Falle des Bildungssystems in Chile hat sich gezeigt, dass nicht nur die Höhe der Ausgaben für die Qualität der Bildung entscheidend ist, sondern gezielte Anreize,⁴¹ Subventionen und Wettbewerb (Contreras u.a., 2005a: 102ff.), wobei durch die ungleiche Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu den besten Bildungseinrichtungen und die Benachteiligung öffentlicher Einrichtungen auch die Effekte auf die soziale Kohäsion zu berücksichtigen sind. Ein Problem bei der statistischen Bewertung der Bedeutung von staatlichen Maßnahmen für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes wie beispielsweise anhand von Korrelationsanalysen ergibt sich daraus, dass Korrelation und Ursache nicht immer übereinstimmen und nicht alle Einflussfaktoren angemessen erfasst werden können. Die reine Anzahl von sozialen Organisationen oder Sport- und Freizeiteinrichtungen lässt beispielsweise keinen eindeutigen Schluss über soziales Kapital zu, denn soziale Beziehungen hängen nicht nur von den strukturellen Voraussetzungen, sondern auch von der Sicherheit und somit der Frequentierung der Einrichtungen sowie von kognitiven Determinanten ab wie Vertrauen und dem Willen, mit anderen eine freundschaftliche Beziehung einzugehen. Allein die Tatsache, dass im Rahmen einer Umfrage im Jahr 2006 zur allgemeinen Lebensqualität 69% der Befragten angaben, dass der Mangel an öffentlicher Sicherheit die größte Beeinträchtigung darstellt, verdeutlicht die Interdependenz von quantitativen und qualitativen Elementen und des Kontextes im Zusammenhang mit der Analyse von sozialem Kapital.

³⁹ In der vorliegenden Arbeit wird darunter in Anlehnung an die Ausführungen in „Equity and Development“ (World Bank, 2005: 18f.) gleiche Möglichkeiten für alle unabhängig von der sozioökonomischen Ausgangssituation und die Vermeidung von absoluter Armut verstanden.

⁴⁰ „Gleichheit ist kein Traum.“, Übersetzung der Autorin; Feldbeobachtung in Santiago de Chile; März/April 2007.

⁴¹ In Chile zum Beispiel der *Bono Sned*, welcher Bildungseinrichtungen mit den besten Ergebnissen einen finanziellen Zuschuss bringt; vgl. Contreras u.a., 2005a.

Angesichts der sozialen Ausgangslage nach dem Ende der Militärdiktatur ist es umso bemerkenswerter, dass Chile heute bei einem internationalen Vergleich von Indikatoren zur sozioökonomischen Entwicklung sehr gut abschneidet. Aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik lässt sich ein Zusammenhang zwischen der Art und Höhe der Sozialausgaben nach 1990 und der Reduktion von Armut erkennen. Investitionen in Bildung und Gesundheit der Bevölkerung (Humankapital) sind nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung förderlich, sondern auch für die Möglichkeit aller von dieser zu profitieren und beizutragen. Der Vergleich der Entwicklung in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern stellt den allgemein angenommenen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion in Frage, da in vielen Ländern trotz eines hohen Wirtschaftswachstums Armut nicht wesentlich reduziert werden konnte (Olavarría-Gambi, 2005: 75ff.). Im Rahmen der Dissertation wird davon ausgegangen, dass umgekehrt die Reduktion von Armut eine Grundvoraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum darstellt.

Statistisch gesehen kann Chile anhand einer Reihe von wichtigen Indikatoren mit den Industriestaaten mithalten, beispielsweise was die stabile wirtschaftliche Entwicklung und die Qualität der Institutionen betrifft (Schweickert/Thiele, 2004: 20). Was in Chile als niedrige Bildung gilt (weniger als 8 Jahre), ist im lateinamerikanischen Vergleich mit durchschnittlich 5,2 Jahren immer noch hoch (Olavarría-Gambi, 2006: 33). Den größten Erfolg verbucht Chile aber in der nachhaltigen Reduktion von Armut und das selbst in Zeiten schwacher Konjunktur; ein Phänomen, welches keinem anderen Land in Lateinamerika gelungen ist (Hardy, 2006b: 234). Auf der anderen Seite stellen die gravierenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten weiterhin ein ungelöstes gesellschaftliches Problem dar. Um sowohl die statistischen Daten besser bewerten als auch die Fragestellung der Dissertation beantworten zu können, folgt als Ergänzung eine qualitativ-orientierte, interdisziplinäre Vorgehensweise.

3.2 Der historisch-gesellschaftliche Kontext der sozialen Beziehungen in Chile

Da weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft getrennt vom historischen Kontext verstanden werden können, wird die Entwicklung Chiles im Dreieck zwischen Markt, Staat und Gesellschaft analysiert – mit besonderem Augenmerk auf die Auswirkungen der sozialen Faktoren für die Bekämpfung von Armut, da “The internal dynamics and development of economic groups in poor communities does not occur in isolation, but rather in the context of a particular history and regulatory framework that can itself strengthen or undermine the capacity of independent groups in civil society to organize in their own collective interest” (Woolcock, 1998: 176). Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen beeinflussen die Möglichkeiten der einzelnen Bevölkerungsgruppen, soziale Beziehungen zu anderen aufzubauen, und somit das Entwicklungspotential der chilenischen Gesellschaft insgesamt.⁴²

Das Ziel des vorliegenden Kapitels ist nicht die vollständige Erfassung des gesamtgesellschaftlichen Kontextes, sondern lediglich die Herausarbeitung wesentlicher Einflussfaktoren in Hinblick auf die aufgeworfene Fragestellung. Aus diesem Grund erfolgt eine Konzentration auf jene gesellschaftlichen Aspekte, die im Zusammenhang mit sozialem Kapital und Armut eine besondere Rolle spielen: die politische und wirtschaftliche Machtverteilung, die vorherrschenden Normen und Werte sowie das Vertrauen in die soziale Umgebung. Besonders erwähnenswert, weil ein Charakteristikum der chilenischen Gesellschaft, ist der Einfluss der katholischen Kirche sowie des *clientelismo* (Klientelwirtschaft). Der Schwerpunkt der Arbeit liegt bei jenen Aspekten, welche die Wahrnehmung und die Möglichkeiten eines Individuums, der Armut zu entkommen, beeinflussen. Im Folgenden sollen deshalb die Entwicklungen von Staat, Markt und Gesellschaft speziell unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen, dem Vertrauen innerhalb der Gesellschaft und der Machtverhältnisse in Chile untersucht werden.

⁴² “A comprehensive explanation must incorporate an account of prevailing social relations within society and the nature of state-society relations; the two cannot be understood apart from one another. To be sure, culture, power, and rationality can and do play an important role in shaping development outcomes, but it is in and through social relations that outcomes are actually mediated. It is impossible to understand the prospects of development policies and projects without knowing the characteristics of social relations at both the micro and macro level, whether and how these levels articulate with one another, and how this degree of articulation has emerged historically.“; vgl. Woolcock, 1998: 183 oder auch Flora/Butler Flora, 2004: 528.

3.2.1 Die politische Machtverteilung

3.2.1.1 Entstehung und Verfassung des Nationalstaates

Der Nationalstaat Chile als eigenständiges Völkerrechtssubjekt entstand durch seine Emanzipation von Spanien im Jahr 1810, als die erste gewählte Regierung (*Junta de Gobierno*) am 18. September antrat und zur Trägerin der Staatsgewalt wurde. Nach einer Unterbrechung von 1814-1817 (la Reconquista) erfolgte 1818 die Verabschiedung der ersten Verfassung (Lützelberger, 2004: 913f.). Das Territorium Chiles weist eine enorme Nord-Süd-Erstreckung mit einer Distanz von 4.300km auf. In der Breitenausdehnung erreicht der Andenstaat bei Antofagasta und an der Magellan-Straße knapp 400km, meist aber weniger als 200km (Richter, 2004: 49). Der staatlichen Personalhoheit unterliegen heute über 15 Mio. Menschen; 1907, im Jahr der ersten offiziellen Volkszählung, lebten in Chile ca. 3 Mio. Einwohner. 4,6% (2002) fühlen sich jeweils einer der acht offiziell anerkannten ethnischen Gruppierungen zugehörig, 87% davon zählen zu den Mapuche, der größten indigenen Bevölkerungsgruppe Chiles (INE, 2003).

Der erste Entwurf der heute gültigen chilenischen Verfassung, welche die nur kurzfristig (1890-1925) unterbrochene Tradition von Präsidialverfassungen fortsetzt (Nolte, 2004: 333), stammt aus dem Jahr 1978 und wurde von einer Expertenkommission erarbeitet. Der endgültige, von der Militärjunta grundlegend revidierte und von den damaligen Machtverhältnissen geprägte Verfassungstext wurde im September 1980 in einem umstrittenen Plebiszit angenommen und ist im März 1981 in Kraft getreten. Ziel der Militärregierung war es, ihre Interessen auch bei einer Regierungsübernahme durch oppositionelle Kräfte gewahrt zu wissen. Dem Zweck der Schwächung der Legislative und der Relativierung der demokratischen Repräsentation dienten unter anderem folgende Mechanismen: ein Wahlrecht, das die Herausbildung von verfassungsändernden Mehrheiten erschwerte, und die teilweise Ernennung von Senatoren durch das Militär. Hinzu kommt die Absicherung der starken Stellung des Militärs einschließlich des militärisch-politischen Organs, dem Nationalen Sicherheitsrat (COSENA). Insgesamt wurde dadurch der Entscheidungsspielraum von Parlamentsmehrheit und Präsident eingeschränkt (Nolte, 2004: 333ff.).⁴³

⁴³ Während der 1990er Jahre scheiterten drei Versuche, eine Verfassungsreform zur Beseitigung antidemokratischer Enklaven in der Verfassung durchzubringen. Auch wenn der von Verfassung und Wahlrecht vorgeschriebene institutionelle Rahmen das rechte politische Lager bevorzugte,

Die Verfassung sieht eine Mehr-Parteien-Demokratie und Gewaltenteilung zwischen Exekutive (präsidiales Regierungssystem), Legislative (Zweikammernsystem im Parlament/ Abgeordnetenhaus und Senat) sowie der Judikatur (Verfassungsgericht, Höchstgericht, Berufungsgericht und Militärgerichte) vor. Es besteht ein universelles Wahlrecht aller Staatsbürger ab 18 Jahre.⁴⁴ Direkt gewählt werden der Präsident, die Abgeordneten zum Parlament sowie die Vertreter in den Gemeinderäten. Verwaltungstechnisch besteht Chile aus 13 Regionen (zwölf plus Großraum Santiago). Die Regionen unterteilen sich in insgesamt 51 Provinzen, an deren Spitze Gouverneure stehen, welche wie in der Regionalverwaltung vom Präsidenten der Republik ernannt werden. Die Provinzen sind in Gemeinden unterteilt, wovon 342 bestehen.

Die politische Machtverteilung auf regionaler Ebene ist in der Verfassung (Art. 111ff.) geregelt, welche 2005 teilweise reformiert wurde. Nach dieser wird jede Region von einem *intendente* geführt, welcher eine Vertrauensperson des Präsidenten darstellt. Der *intendente* handelt auf Basis der entsprechenden Gesetze und unterliegt den Anordnungen des Präsidenten. Die regionale Regierung besteht aus dem *intendente* und einem Regionalrat und ist für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Region verantwortlich. Jede Region ist in Provinzen unterteilt, welche von einem Gouverneur regiert werden. Dieser wird vom Präsidenten ernannt und kann von diesem auch wieder abgesetzt werden. Der Gouverneur untersteht dem *intendente* und ist für die Überwachung der öffentlichen Einrichtungen in der Provinz zuständig. Außerdem gibt es in jeder Provinz einen Wirtschafts- und Sozialrat, welcher eine beratende Funktion einnimmt. Jede Provinz besteht aus verschiedenen Gemeinden.

Die Gemeindeverwaltung besteht in einem Gemeindevorsteher (*alcalde*) und einem Gemeinderat (*concejo*). Die Aufgabe der Gemeindeverwaltung liegt in der Erfüllung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die Sicherstellung ihrer Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt.

wurde dadurch auf der anderen Seite durch die Notwendigkeit der Kompromissfindung die Konsolidierung der demokratischen Staatsform ab 1990 gefördert; vgl. Krumwiede, 2004: 270.

⁴⁴ Die Einschreibung ins Wahlregister ist freiwillig, danach ist die Wahl verpflichtend; Valenzuela, 2006. Es gibt getrennte Wahllokale für Männer und Frauen. Ab 1934 waren Frauen bei den Gemeindewahlen zugelassen; das allgemeine Wahlrecht für Frauen wurde erst 1949 eingeführt, ebenso wie für Bauern und die arme Bevölkerung in den Städten, welche zuvor oft ausgeschlossen waren; vgl. Garretton M., 2003.

Die Gemeindevorsteher können ihre Aufgaben an Vertreter in den einzelnen Ortschaften delegieren. Der Gemeinderat setzt sich aus nach Listen direkt gewählten Stadträten zusammen, welche für vier Jahre im Amt bleiben. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Anzahl der Stadträte und die Modalität der Wahl des Gemeindevorstehers sind in den entsprechenden Gemeindeverfassungsgesetzen festgelegt, welche auch jene Bereiche festlegen, in welchen der Gemeindevorsteher die Zustimmung des Gemeinderates einholen muss. Diese ist jedenfalls notwendig zur entwicklungspolitischen Strategie für die Gemeinde, dem Haushaltsplan sowie den entsprechend vorgesehenen Investitionen.

Die Kompetenzen der Gemeinden umfassen bestimmte Bereiche des Schulwesens, im Gesundheitssektor, im Bereich der physisch-technischen Infrastruktur (Straßenbau etc.) und bei der lokalen Raum- und Entwicklungsplanung. Die Gemeinden verfügen auch über eigenständige Einnahmen aus den Gebühren für Dienstleistungen, Kfz-Steuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer (Nolte, 2004: 342f.). Durch die Änderung des Wahlsystems auf Gemeindeebene stieg die Anzahl der Gemeinden unter Führung eines Vertreters der Mitte-Links-Koalitionsregierung *Concertación* (Auth, 2006).⁴⁵

Bei der aktuell gültigen Verfassung der Republik Chiles handelt es sich um eine Präsidialverfassung, welche formal und ihrem wesentlichen Inhalt nach auf die Zeit der Militärdiktatur zurückgeht. Erst im Jahr 2005 gelang die erste große Verfassungsreform. Am 17. September 2005 unterzeichnete der zu dieser Zeit amtierende Präsident Chiles, Ricardo Lagos Escobar, die neue Verfassung der Republik (Nueva Constitución Política de la República, Gobierno de Chile, 2005). Zur gleichen Zeit konnten insgesamt 58 Reformvorhaben umgesetzt werden.

Zu den wesentlichen Neuerungen zählen unter anderem eine Verringerung der Amtszeit des Präsidenten von sechs auf vier Jahre ohne direkte Wiederwahl, eine Unterordnung des Nationalen Sicherheitsrates unter den Präsidenten, die Möglichkeit der Absetzung der Oberbefehlshaber des Militärs und des Generaldirektors der *Carabineros* vor dem Ablauf ihrer ersten Mandatszeit (unter bestimmten Voraussetzungen wie die vorige Benachrichtigung des Senats) sowie die Beibehaltung der Besetzung der hohen Kammer mit 38 vom Volk gewählten Abgeordneten.

⁴⁵ Der Gemeindevorsteher wird nunmehr mit einer einfachen Mehrheit aus der Mitte des Gemeinderates gewählt, während sich die Mitglieder des Gemeinderates mittels Verhältniswahlrecht bestimmen; vgl. Auth, 2006. Die nächsten Wahlen für die Gemeinderäte wahlen finden am 26. Oktober 2008 statt.

Außerdem sollen alle vier Jahre zeitgleiche Wahlen der Kandidaten für die Abgeordnetenkommission, für die Hälfte des Senats und des Präsidenten stattfinden. Das *Tribunal Constitucional* wurde gestärkt und somit der Schutz und die Einhaltung der Grundrechte. Gleichzeitig konnte ein neues Staatsbürgerschaftsrecht durchgesetzt werden, welches jenen Nachkommen von chilenischen Staatsbürgern, die im Ausland geboren wurden, ermöglicht, ebenfalls die chilenische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

3.2.1.2 Interessensgruppen und Machtverteilung

Die Macht in Chile haben im Wesentlichen drei Gesellschaftsblöcke inne: das Militär, die Großunternehmer, die intellektuelle Oberschicht bzw. das reichste Bevölkerungsquintil.⁴⁶ Die Grundsteine der aktuellen Machtverteilung wurden dabei nicht zuletzt während der Militärdiktatur gelegt.

3.2.1.2.1 Ursprünge der Macht- und Einflussverteilung

Zur Zeit der Militärdiktatur kristallisierten sich insbesondere vier zivile Gruppierungen des rechten Spektrums als einflussreiche Interessensgruppen heraus. Zur ersten Gruppe gehören die so genannten *Chicago Boys*⁴⁷, das Wirtschaftsteam der Regierung Pinochets, welche die Überzeugung einer monetaristischen Wirtschaftssicht vertraten und sich für eine radikale Umsetzung der Prinzipien des Monetarismus einsetzten. Die zweite Gruppe bestand in den so genannten Alessandristen, ehemalige Mitarbeiter der Regierung von Präsident Jorge Alessandri (1958-1964), welche dem Parlament und den Parteien sehr kritisch gegenüber standen und wesentlich zum Modell der „beschützten und autoritären Demokratie“ beitrugen. Die dritte Gruppe bilden Persönlichkeiten, die der *Partido Nacional* angehörten, deren früherer Präsident als Innenminister dafür sorgte, dass Parteien sowie eine umfassende politische Mobilisierung trotz des parteienfeindlichen Diskurses des Regimes weiterhin zugelassen wurden. Die vierte und einflussreichste Gruppe war die Bewegung des *gremialismo*, eine Studentenbewegung des rechten Lagers. Sie erwirkte die Besetzung einer großen Zahl von Positionen im politischen System und prägte somit das Gedankengut Militärjunta.⁴⁸

⁴⁶ Das reichste Quintil der Bevölkerung besitzt immer noch über 55% des nationalen Einkommens, das ärmste Quintil knapp 5% (2003).

⁴⁷ Ökonomen, die überwiegend an der *Universidad Católica* ausgebildet wurden und ein Aufbaustudium an der Universität von Chicago absolviert hatten.

⁴⁸ Vgl. Huneus, 2004: 240ff.

Die Grundlagen der Macht Pinochets waren vielfältig und sind auch auf seinen Führungsstil, Flexibilität und mehrmalige Kurswechsel zurückzuführen (Huneeus, 2004: 248). Insgesamt kam es unter Pinochets Führung zu einer Bereicherung von hohen Beamten und deren Familienmitgliedern, womit er sich eine Basis schuf, welche ihm und seinen Anhängern auch nach der Machtüberübergabe im Jahr 1990 politischen Einfluss sicherte.⁴⁹ Die Macht- und Kräfteverhältnisse zur Zeit ihrer Entstehung spiegeln sich in der Verfassung wider. Während den politischen Parteien und dem Parlament weniger Einfluss zugesprochen wird, kommt jedoch dem Präsidenten, welcher vom Volk direkt gewählt wird, auf Grundlage der Verfassung verhältnismäßig viel Macht zu.

3.2.1.2.2 Politische Parteien

Zu den wichtigsten politischen Gruppierungen in Chile gehören heute folgende zwei Großkoalitionen: die Mitte-Links-Koalition, *Concertación de Partidos por la Democracia*, bestehend aus *Partido Demócrata Cristiano*, *Partido Socialista*, *Partido por la Democracia* und *Partido Radical-Social Demócrata* sowie die Mitte-Rechts-Allianz, *Alianza por Chile*, welche die Parteien *Renovación Nacional* und die *Unión Demócrata Independiente* sowie Unabhängige umfasst.⁵⁰ Die Entwicklung der Stimmenabgaben für die Vertretung im Parlament zeigte, dass die Mitte-Links-Koalition, welche seit Ende der Militärdiktatur den Präsidenten der Republik stellt, im Jahr 2005 im Vergleich zu 2001 in die Höhe ging, wodurch die *Concertación* erstmals im Abgeordnetenhaus und im Senat eine Mehrheit erzielen konnte.

Das Abgeordnetenhaus umfasst 120 Mitglieder, wobei in jedem der 60 Wahlbezirke zwei Vertreter direkt gewählt werden. Das Abgeordnetenhaus erneuert sich nach einer Legislaturperiode von vier Jahren vollständig (Art. 47 der Verfassung), abgesehen von jenen Abgeordneten, die ihr Mandat wieder erhalten.⁵¹ Von 47 Senatoren werden 38 jeweils für acht Jahre gewählt, wobei alle vier Jahre eine Teilerneuerung des Senates stattfindet.

⁴⁹ Beispielsweise sei die Durchsetzung von Gesetzen angeführt, welche später die Regierung der *Concertación* daran hindern sollten, Wirtschaftsreformen zu revidieren und Privatisierungen wieder rückgängig zu machen; vgl. dazu Huneeus, 2004, S. 247ff.

⁵⁰ Zur Chronologie der Parteiengründungen vgl. Lützelberger, 2004 oder Wehr, 2004 bzw. *Partidos políticos, politische Parteien*, [18.06.2007].

⁵¹ Vgl. *Cámara de Diputados de Chile, Abgeordnetenhaus der Republik Chile*, [15.03.2008].

ANZAHL DER SITZE IM PARLAMENT		1989	1993	1997	2001*	2005
<i>Concertación de Partidos por la Democracia</i> (Links-Koalition)	Abgeordneten- haus	72	70	70	41,84	57
	Senat	22	21	20	45,01	18
<i>Alianza por Chile</i> (Rechts-Koalition)	Abgeordneten- haus	48	50	47	38,67	53
	Senat	25	26	28	38,62	16

Abgeordnetenhaus: insgesamt 120 Sitze; Senat: 38 gewählte Vertreter, 9 designierte (1989, 1993), ab 1997: -1 designierter. *Stimmenanteile in %; entspricht aufgrund des binominalen Wahlsystems nicht genau der Sitzverteilung; jeweils für die folgenden Legislaturperioden von 4 Jahren.

Tabelle 16: Entwicklung der Sitzverteilung im Parlament 1989-2005⁵²

Der Grund für den Trend zur Bildung von Großkoalitionen auf nationaler Ebene ist im binominalen Wahlsystem zu sehen. Dieses wurde in den letzten Monaten der Diktatur eingeführt.⁵³ Üblicherweise teilen sich die zwei größten Koalitionen die Sitze in einem Bezirk. Nur wenn die stimmenstärkste Koalition die nachfolgende mit einem Anteil von mehr als zwei zu eins überholt, bekommt sie beide Sitze. Dieses System schafft auf der Mikroebene eine Schwächung der kleineren Parteien und eine Unzufriedenheit auf Seiten der Wähler (Nohlen, 2001: 23f.). Diese können sich *de facto* nur zwischen den beiden großen Listen entscheiden, aber nicht für ihre favorisierte Partei, die möglicherweise keinen Kandidaten stellen konnte (die Mitte-Links-Koalition setzt sich aus vier Parteien zusammen). Außerdem ist der Prozess der Selektion der Kandidaten nicht demokratisch, sondern eine Sache der Eliten (und somit von sozialem Kapital). Die Wahrnehmung in der Bevölkerung ist die, dass das Wahlergebnis nicht so sehr den Wunsch des Wählers reflektiert, sondern die internen Abkommen zwischen den politischen Eliten.

Im Gesetzgebungsprozess sind dem Parlament in Chile durch die Verfassung enge Grenzen gesetzt (Nolte, 2004: 354ff.). Zu den Besonderheiten der Verfassung gehört weiters, dass ausschließlich dem Abgeordnetenhaus, nicht jedoch dem Senat das Recht zur Kontrolle der Regierung zukommt. Der (zumindest so wahrgenommene) mangelnde Einfluss der Parlamentarier bewirkt, dass kaum Wert darauf gelegt wird, sich mit einer Partei zu identifizieren (Siavelis, 1999: 255).

⁵² Quelle: modifiziert übernommen aus Siavelis, 1999; Cámara de Diputados de Chile, Abgeordnetenhaus der Republik Chile, [15.03.2008]; Senado, Senat der Republik Chile, [15.03.2008]; Servicio Electoral, [18.06.2007].

⁵³ Wenngleich Entwürfe dafür schon vor der Volksabstimmung 1988, welche zu Ungunsten Pinochets ausfiel, bestanden; zur Entwicklung des binominalen Wahlsystems, vgl. Gamboa, 2006.

Insgesamt besteht ein großer Unterschied zwischen dem Parteiensystem zwischen 1932 und 1973 und jenem nach 1990 (Moulian, 1998: 71ff.). Während es vor der Militärdiktatur eine starke Polarisierung zwischen Arbeiterparteien und den Parteien der Rechten gab, kennzeichnet sich das aktuelle System durch eine Teilung der Linken und das Aufstreben eines Flügels, welcher weder dem Marxismus noch der Revolution verschrieben ist und zunehmend an Macht gewinnt. Auch die Rechte ist kein einheitliches Lager mehr. Das aktuelle System ist also trotz seiner ideologischen Dreiteilung in Rechte, Mitte und Linke sehr zentrumsorientiert und moderat.⁵⁴ Diese Tatsache, was auch Nachteile hinsichtlich der Repräsentativität in sich birgt, wird auf das binominale Wahlsystem zurückgeführt. Große Koalitionen und somit auch Kompromisslösungen werden dadurch begünstigt. Ein grundlegendes Problem des aktuellen Parteiensystems bestehe jedoch in der Finanzierung, welche nicht ausreichend geregelt ist und eine erhebliche Einflussnahme durch das Unternehmertum mit sich bringt (Drake/Jaksic, 1999: 25ff.).

Aufgrund der Schwäche des Parlaments wird die Effektivität der Parteien als mangelhaft angesehen, was sich auf das Interesse der Bevölkerung an der Politik auswirkt. Das Wahlsystem wird trotz der Verfassungsreform im Jahr 2005 immer noch als ein Relikt aus den Zeiten der Diktatur gesehen, was das Misstrauen der Bevölkerung in die Politik noch verstärkt (Valenzuela, 2006). Da das Wahlsystem in seinen Ursprüngen und Zielen als nicht neutral empfunden wird, steht seine Legitimität in Zweifel. Nicht zuletzt zur Förderung des Vertrauens und politischen Teilhabe der Bevölkerung wird deshalb eine Reform des Wahlsystems als notwendig erachtet (Huneus, 2006b).⁵⁵

3.2.1.2.3 Korruption und Clientelismo in Chile⁵⁶

In Hinblick auf die Untersuchung der Lebenswelt der ärmsten Bevölkerungsschichten in Chile ist insbesondere auch von Interesse, wie und in welcher Form Korruption auf lokaler Ebene besteht.

⁵⁴ Weitere Analysen zu den Entwicklungen des Parteiensystems; vgl. Siavelis, 1999; Fuentes, 1999; Baldez, 1999.

⁵⁵ Vgl. auch Huneus [Hrsg.], 2006c.

⁵⁶ Vgl. Durston u.a., 2005: 27ff.

Eine empirische Erhebung im Jahr 1993/1994 von 241 Fällen von Korruption auf Gemeindeebene zeigte unter anderem, dass sich die Korruptionsvorwürfe gegenüber der Gemeindeverwaltung im Einklang mit den Annahmen über die Bedeutung der vertikalen sozialen Beziehungen in drei Gruppen einteilen lassen: 1. die Übervorteilung privater Unternehmen durch Auftragsvergabe, Baubewilligungen, Umwidmung von Böden oder durch Nachlass von Ordnungsstrafen; 2. die Bewilligung von individuellen Vorteilen Bekannter oder Familienangehöriger wie die unrechtmäßige Vergabe von Gemeindepapenten, Führerschein oder unerlaubter Zusammenschlüsse; 3. Zahlungen an Dritte, irreguläre Reisespesen und sonstige Veruntreuung von Geldern der Gemeinde.⁵⁷ Neben diesen Formen von Korruption ist in Chile oft von *clientelismo* die Rede.

Unter politischem *clientelismo* (Klientelwirtschaft) wird im Allgemeinen ein Geschäft im Sinne von „Begünstigungen für Wählerstimme“ verstanden. Jedoch geht es dabei nicht nur um kurzfristige Aktionen, sondern um den Aufbau und den Bestand längerfristiger Beziehungen, welche für beide Seiten Vorteile haben. Das chilenische Konzept des *pituto* ist auch eine Form von vertikalem sozialen Kapital, da der Klient durch die Beziehung zu einem politischen Funktionär zu Vorteilen wie Informationen, Arbeitsplatz oder Entscheidungen zu seinem Gunsten kommen kann. Dieses Phänomen des *pituto* – der Kontakt zu einer Person in einer höheren Machtposition – findet sich unter anderem Namen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern wieder, ist aber nicht mit Korruption im Sinne von Schmiergeldzahlungen zu vergleichen, sondern kann eher als eine Form politischer Interessensvertretung gesehen werden. Die Tatsache, eine derartige Beziehung zu haben, birgt auch die Erwartung an einen Schutzpatron in sich, nämlich dass der Höhergestellte für die Interessen und das Wohl seines Klienten eintritt.

Die Debatte über die Bedeutung von *clientelismo* und über die aktuell konkreten Ausprägungen ist jedoch nicht abgeschlossen. Zum einen geht es um die Frage, ob das Konzept ein Relikt aus der Vergangenheit ist, oder im Gegenteil einen Aufschwung erlebt. Soziologen wie Tönnies, Weber oder Durkheim unterschieden bereits zwischen Gesellschaften, in welchen die Organisationsprinzipien Verwandtschaft und persönliche Beziehungen vorherrschten, und modernen Gesellschaften, in welchen staatliche, unpersönliche Institutionen die zentrale Organisationsgewalt ausmachen. Der *clientelismo* müsste in diesem Sinn als Zeichen einer unreifen Gesellschaftsform gesehen werden.

⁵⁷ Vgl. Rehren, 1999: 470.

In Chile hat sich der *clientelismo* als eine Form der politischen Interessensvertretung mit zunehmender Entwicklung und Verbreitung der Massenmedien jedoch nicht verringert. Der *clientelismo* übernimmt aufgrund seiner tiefen Verwurzelung in der chilenischen Gesellschaft nach wie vor eine wichtige Funktion in der Erlangung von Unterstützung, Treue und Wählerstimmen. Die Zunahme des Phänomens wird unter anderem auch durch die De-Ideologisierung der politischen Parteien erklärt, die Transformation der Beschäftigungsstrukturen, dem Rückgang der Arbeiterbewegungen und der Einführung von bestimmten Kriterien für die Zuteilung sozialpolitischer Vorteile wie Beihilfen auf Nachfrage, Selbst-Fokussierung und Ausschreibungen – Mechanismen, welche einen Wettlauf um finanzielle Mittel zwischen Intermediären und Begünstigten fördern. Nachdem ursprüngliche Formen des Wählerzusammenhaltes wie Arbeiterbewegungen zurückgegangen sind, ist der *clientelismo* ein wichtiges Mittel der Parteien zur Gewinnung von Wählerstimmen.

Es gibt jedoch nicht nur eine Form von *clientelismo*, welcher sich tendenziell weniger durch einen persönlichen und passiven Umgang kennzeichnet und mehr als Vermittlungsgeschäft gesehen werden kann. Es gibt einen Unterschied zwischen dem ursprünglichen Patron-Klient-Verhältnis und der moderneren Variante des Vermittlers, die darauf beruht, dass die Beziehung zwischen Patron und Klient exklusiv ist und ein persönliches Vertrauensverhältnis darstellt. Die Beziehung zwischen Patron und Klient ist eine Art vertikales Machtverhältnis – eine Mischung aus Paternalismus, Gehorsamkeitsanspruch und Autorität im Gegenzug für eine Schutzfunktion. Die anderen und zunehmend häufigeren Varianten von *clientelismo* bestehen dann, wenn in einem demokratischen Verfahren um Wählerstimmen geworben wird oder wenn es sich um altruistische öffentliche Sozialarbeiter handelt. Der Begriff *semi-clientelismo* bezieht sich auf jene politischen Bemühungen von so genannten Reformparteien, welche ebenfalls mit Versprechen von Vorteilen werben, aber sich im Grunde für mehr Mitsprache und Stärkung der sozial Schwächeren sowie für demokratische Mechanismen zur Unterbindung des *clientelismo* einsetzen.

Eine weitere Frage ist, ob *clientelismo* mit der Demokratisierung vereinbar ist. Während die einen *clientelismo* als Form von Korruption betrachten, stellen andere fest, dass er in allen demokratischen Gesellschaften vorkommt.

Auf der anderen Seite zeichnet sich aber eine Tendenz zu einem individuell-pragmatischen Materialismus ab, welcher die Expansion des *clientelismo* begünstigt. Die negativen Auswirkungen des *clientelismo* auf die Demokratisierung hängen im Grunde jedoch von seiner Form ab und können von Gegebenheit zu Gegebenheit unterschiedlich sein. In jedem Fall ist der *clientelismo* mehr als ein Geschäft im Sinne von „Begünstigungen für Wählerstimme“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der politische *clientelismo* eine asymmetrische Form sozialen Kapitals aus individueller Sicht ist. Er ist ein altes Phänomen, aber nach wie vor von großer Aktualität in vielen Ländern mit repräsentativen Wahlsystemen und es existieren verschiedene Formen und Situationen politischer Klientelwirtschaft. Neben dem Grundgedanken „Begünstigungen für Wählerstimme“ umfasst er auch eine affektive Komponente und eine Funktion der Ausdehnung des Einflussbereiches nach oben für die lokalen Mikrogemeinschaften und zählt zu den wesentlichen Überlebensstrategien der ärmsten Bevölkerungsschichten. Es bestehen Hinweise darauf, dass sich der politische *clientelismo* in Chile in einer Veränderung befindet, weg von der traditionellen Variante des Patron-Klienten-Verhältnisses hin zu einem kompetitiveren Vermittlungsgeschäft. In manchen positiven Fällen entstehen Synergieeffekte und Zusammenarbeit zwischen der politischen Klasse und den ärmeren Bevölkerungsschichten.

Der *clientelismo* ist in der chilenischen Gesellschaft fest verankert und hat somit nach wie vor eine große Bedeutung. Die modernen Formen des *clientelismo* sind jedoch mehr als eine Manifestation des *homo hierarchicus*, sondern auch ein Ausdruck von Pragmatismus und geteilten Interessen (González Alcantud, 1997: 75). Die in mehr oder weniger ausgeprägter Form in allen Gesellschaften vorkommende Klientelwirtschaft ist eine Ausprägung von sozialem Kapital und hat auch Auswirkungen auf die Umsetzung von Sozialpolitik auf lokaler Ebene. Im Sinne eines rationalen Nutzenkalküls werden sich individuell Begünstigte nicht von lang gepflegten Kontakten lösen oder für mehr Gemeinschaft als nachrangig betrachten, vor allem da oft die Erfahrung gemacht werden muss, dass die staatlichen Sozialprogramme nur von begrenzter Dauer sind. Soziales Kapital in Form von *clientelismo* bedeutet Macht für die einen zum Nachteil anderer und kann die Wirkungsweise von Sozialprogrammen zur Förderung der sozialen Integration beeinflussen.

3.2.1.2.4 Einfluss der Katholischen Kirche

Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss der Katholischen Kirche in Chile. Der christliche Glaube⁵⁸ ist tief in der chilenischen Gesellschaft verwurzelt und prägt die vorherrschenden Normen und Wertvorstellungen und somit auch die sozialen Beziehungen. Im Jahr 1996 gaben 83% der Befragten an, eine religiöse Erziehung gehabt zu haben (World Values Survey, 2006). Für rund 80% der Bevölkerung hat Religion einen sehr wichtigen bzw. wichtigen Stellenwert in ihrem Leben; während von der Politik nur 30% selbiges halten. Obwohl die Kirche im Vergleich zu 1990 an Einfluss verloren hat, ist ihre Autorität in moralischen und familiären Fragen immer noch ungebrochen. Im Jahr 2000 sehen knapp 70% der Befragten die Kirche als moralische Instanz für Fragen des Familienlebens (im Vergleich: ~30% in Österreich).⁵⁹ Im Jahr 1990 war die Kirche für 76% der Befragten eine wichtige Anlaufstelle für soziale Probleme, im Jahr 2000 beläuft sich der Anteil noch auf 50%. 90,5% der Befragten sehen den Einsatz für andere (*service to others*) als sehr wichtig bzw. eher wichtig in ihrem Leben an.

Im Vergleich dazu nimmt die Politik einen sehr geringen Stellenwert im Leben eines durchschnittlichen Chilenen ein.⁶⁰ Im Jahr 2000 hielten 43% der Befragten die Politik für überhaupt nicht wichtig. Die politische Kultur zeichnet sich allgemein durch ein großes zwischenmenschliches Misstrauen aus und sehr geringem Vertrauen auf Seiten der Bevölkerung gegenüber allen öffentlichen Institutionen mit Ausnahme der Katholischen Kirche (Huneus, 2006b: 22).

Die Katholische Kirche hat nicht zuletzt aufgrund ihrer Präsenz im Sozial- und Bildungswesen einen großen Einfluss in der chilenischen Gesellschaft. Zahlreiche Bildungseinrichtungen haben einen religiösen Hintergrund, indem sie teilweise von der Kirche subventioniert werden und im Allgemeinen eine höhere Ausbildungsqualität anbieten können als öffentliche Bildungsstätten.⁶¹ Die Qualitätsunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Schulen sind im Allgemeinen groß, was auch zur Manifestierung der sozialen Ungleichheit beiträgt (Reinecke, 2001: 84ff.).

⁵⁸ Im Jahr 2000 bekannten sich 81,8% zum katholischen, 11,4% zum evangelischen Glauben.

⁵⁹ Die Frage lautete: "Generally speaking, do you think that the churches in your country are giving adequate answers to ... the problems of family life?"; vgl. World Values Survey, 2006.

⁶⁰ Vgl. auch Moulian, 1998: 18.

⁶¹ Gespräch mit Pedro Morandé, Professor am Institut für Soziologie und Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universidad Católica; 2. April 2007.

Der Einfluss der Katholischen Kirche zeigt sich auch in der konservativen Haltung in sozialen Fragen und in Familienangelegenheiten. Chile gehört zu den wenigen Ländern, wo Abtreibung unter allen Umständen verboten ist (Drake/Jaksic, 1999: 36). Die Positionen zu den Fragen der Abtreibung und Ehescheidungen variieren jedoch je nach politischem Lager.⁶²

Geht man aus soziologischer Perspektive davon aus, dass die internalisierten Normen und allgemeinen Wertvorstellungen das Verhalten und die Erwartungen prägen, so darf die Vermutung geäußert werden, dass die feste Verankerung der Katholischen Kirche in Chile mit dem Vorbild ihrer hierarchischen Struktur und Vermittlung von Obrigkeitsdenken (González Alcantud, 1997: 37) in den Köpfen der Bevölkerung auch eine hohe Erwartungshaltung an die soziale Fürsorge durch den Staat bewirkt; was möglicherweise eine Erklärung dafür anbietet, warum das Modell der Marktwirtschaft innerhalb der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit (vgl. z.B. PNUD, 1998) erzeugt und eher abgelehnt wird.⁶³ Der religiöse Glaube als kulturelles Merkmal ist bei der Konzeption und Bewertung von Politikmaßnahmen als gegebener sozialer Faktor, welcher Auswirkungen auf deren Effektivität und Erfolg haben kann, zu berücksichtigen.

3.2.1.2.5 Konzentration der Medien

Ein wesentliches Merkmal einer Demokratie und funktionierenden Gemeinschaft ist die Meinungsfreiheit. Diese wird in der Regel unterstützt durch vielfältige Medien, welche unterschiedliche Meinungsäußerungen zulassen und eine unabhängige Meinungsbildung innerhalb der Gesellschaft ermöglichen. Ist die Berichterstattung einseitig, trägt dies zu Intoleranz bei und führt zu sozialem Unmut auf jener Seite, welche sich benachteiligt fühlt. Mit dem Übergang zur Demokratie wurde das während der Diktatur verloren gegangene Recht auf freie Meinungsäußerung wiederhergestellt. Jedoch blieben einige Einschränkungen erhalten: das Verbot jeglicher Aussage, welche von den staatlichen Autoritäten als beleidigend empfunden werden könnte; Einschränkungen betreffend der freien Zirkulation von Büchern sowie eine Zensur von Kino und Fernsehen.

⁶² Eine Meinungsumfrage unter den politischen Eliten im Jahr 1997 zeigte, dass Vertreter des linken Spektrums im Gegensatz zu jenen des rechten Lagers Abtreibungen in speziellen Fällen erlaubt sehen wollen. Die Meinungsunterschiede in der Frage der Ehescheidungen sind weniger stark ausgeprägt; vgl. Fuentes, 1999: 201.

⁶³ Rund 70% der Arbeitnehmer in Chile leben angesichts der hohen Rotation der Arbeitsplätze in Angst, ihr Einkommen zu verlieren; vgl. Cowan, 2007.

Auch innerhalb der legalen Möglichkeiten überwiegt konservatives Gedankengut und somit eine gewisse Glorifizierung der eingeschränkten Demokratie und der Marktwirtschaft (Drake/Jaksic, 1999: 29f.). Medienvielfalt ist in Chile nicht gegeben. 90% des Zeitungs- und Zeitschriften-Marktes werden von zwei Großunternehmen kontrolliert – Copesa und El Mercurio. Alternative Oppositionszeitschriften, welche während der Diktatur entstanden, verschwanden im Zuge der 1990er Jahre aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten. Im Jahr 1998 sind die letzten beiden Medien, die Zeitschrift *Hoy* und die Zeitung *La Época*, welche nicht von privaten Großunternehmen abhängig waren, verschwunden (Veloso, 1999: 517). Auch das Fernsehen ging mehr und mehr in private Hand über. Im Jahr 1995 kontrollierten drei Unternehmen 90% des Marktes.

Die Unternehmerschicht übt durch die Kontrolle der Kommunikationsmedien einen erheblichen Einfluss auf die Politik aus. Die beiden größten Tageszeitungen sind mehrheitlich in privater Hand und werden dem rechten Lager zugeschrieben.⁶⁴ Die Opposition erhalte nicht nur Unterstützung durch das Militär und die Unternehmer, sondern auch durch die allgegenwärtige Tageszeitung *El Mercurio* (Drake/Jaksic, 1999: 19). Dementsprechend meinen 57,4% (1990) respektive 52,1% (2000) der befragten Chilenen, dass sie nicht sehr viel bzw. überhaupt kein Vertrauen in die Presse haben (World Values Survey, 2006). Der Einfluss von *El Mercurio* hat angesichts des Desinteresses der Bevölkerung an der Politik abgenommen, was auch als Resignation und Ohnmacht gegenüber den Großinteressen interpretiert werden kann. Das Interesse an Politik wurde durch das Fernsehen, welches von privaten Kabelkanälen dominiert ist, abgelöst (Huneus, 2003: 263).

Auch wenn die Meinungsbildung nicht nur über die Medien erfolgt und durch persönliche Erfahrungen, das sozioökonomische Umfeld und allgemeine Vorurteile geprägt ist, steht die Konzentration der Medien einer freien Meinungsbildung als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie entgegen, ist aber auch eine logische Folge der Macht- und Einkommenskonzentration. Diese Tatsache würde in einem Land, welches eine derart hohe Konzentration von Macht und Einkommen in privater Hand aufweist wie Chile, für die Notwendigkeit eines Machtausgleichs zwischen privaten und öffentlichen Interessen durch den Staat sprechen.

⁶⁴ Vgl. El Mercurio, [15.10.2007] sowie La Tercera, [15.10.2007].

3.2.2 Die wirtschaftliche Machtverteilung

3.2.2.1 Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Chile im 20. Jahrhundert wurde von den politischen Erfahrungen und ideologischen Überzeugungen geprägt, welche zu den jeweiligen Zeitpunkten vorherrschten und neben den weltwirtschaftlichen Entwicklungen die Wirtschafts- und Sozialpolitik beeinflussten. Es lassen sich vier Hauptphasen identifizieren (Sunkel, 2006b: 63): die Phase des Cepalismus in den 1950ern und 1960ern, die Phase des Sozialismus gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er, die Phase des Neoliberalismus während der Diktatur sowie die pragmatische Version des Neoliberalismus ab Beginn der 1990er Jahre, das so genannte *crecimiento con equidad* („Wachstum mit Gerechtigkeit“). Grundsätzlich kann gesagt werden, dass bis 1930 ein marktorientiertes System vorherrschte, danach ein staatlich-zentriertes. Mit der Militärdiktatur erfolgte wieder ein Rückzug des Staates aus der Gesellschaft und eine Ausrichtung auf den Markt.

3.2.2.1.1 Cepalismus: 1950 – 1960⁶⁵

Mit der Weltwirtschaftskrise Ende 1920/Anfang 1930 kam es auch in Chile zu einem Perspektivenwechsel von einer reinen Marktwirtschaft hin zur Idee der Möglichkeit staatlicher Planung und Steuerung der Gesellschaft. 1939 wurde als zentrale wirtschaftspolitische Institution die Gesellschaft zur Förderung der Produktivität (CORFO) gegründet. Dies geschah auch vor dem Hintergrund eines katastrophalen Erdbebens, welches eine gesellschaftliche Notsituation auslöste, und einem politischen Machtwechsel. Im Jahr 1938 war zum ersten Mal eine Mitte-Links-Koalition (*Frente Popular*) an die Macht gekommen. Der Trend zu mehr Protektionismus, staatlicher Förderung von Produktion und Arbeit, höheren öffentlichen Ausgaben und direkten Interventionen wurde auch in Chile aufgegriffen.

In den 1950er Jahren endete der Prozess der bis dahin verfolgten Institutionalisierung der Gesellschaftspolitik. Es wurde versucht, durch gesellschaftspolitische und universelle Maßnahmen die gesamte Bevölkerung möglichst undifferenziert zu erreichen, während wirtschaftlich diese Zeit mit der Weiterführung der binnenmarktorientierten Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung zusammenfiel (Maggi/Messner, 2004: 502f.).

⁶⁵ Vgl. Sunkel, 2006b: 93f.

Im lateinamerikanischen Kontext spielte in den 1950ern und 1960ern die Teilorganisation der Vereinten Nationen, die wirtschaftliche Kommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), welche ihren Sitz in Santiago de Chile hat, eine große Rolle. Insbesondere die Gedanken von Raúl Prebisch, der die Gründe für die Unterentwicklung in Lateinamerika analysierte, beeinflussten die intellektuelle und politische Elite in Chile. Die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe für die Förderung der Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft wurde zunehmend anerkannt und einer aktiven Wirtschaftspolitik der Vorzug gegeben. Es kam zu einer Schaffung zahlreicher Institutionen und einer Erhöhung des staatlichen Einflusses in die Wirtschaft. Neben CORFO waren das u.a. staatliche Unternehmen für die Energieversorgung (ENDESA, ENAP), für die Bereitstellung der Basisgüter für die Industrie (CAP), für die Modernisierung der Landwirtschaft (IANSÁ), für die Entwicklung der Luftfahrt (LAN) und der Telekommunikation (ENTEL). Zudem wurde eine Reihe universeller sozialpolitischer Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Wohnwesen, Bildung und Sozialvorsorge eingeführt.

In den 1960er Jahren sollte unter der christdemokratischen Regierung die Reichweite des nach innen gerichteten Entwicklungsmodells weiter erhöht werden. Wesentliche Eckpfeiler der Politik waren die Agrarreform, mehr Selbstverwaltung und die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates (Maggi/Messner, 2004: 502f.). Während sozialpolitische Programme für die im Arbeitsmarkt nicht integrierten Gruppen bis dahin eher marginal waren und mehr fürsorglichen Charakter hatten, erhielt die Sozialpolitik im Zuge der 1960er Jahre auch angesichts wachsender wirtschaftlicher Probleme einen neuen Stellenwert (Sottoli, 1999: 82ff.). Es entstand ein neueres, komplexeres Konzept der Sozialpolitik, welches nicht nur die Regulierung der Arbeitsbeziehungen umfassen sollte, sondern auch die Bedürfnisse der Bevölkerung allgemein (Gesundheit, Bildung/Erziehung, Wohnraum, sauberes Wasser, Lebensmittel). Sozialpolitik wurde in diesem Sinne mit sozialer Entwicklung gleichgesetzt und als Reformpolitik für gesellschaftliche Entwicklung verstanden. Die Debatte um die „soziale Planung“ wies auf die aktive Rolle hin, die dem Staat zum Erreichen sozialer und ökonomischer Entwicklung beigemessen wurde.

Die Entwicklung der Industrie und die Ausdehnung der Sozialpolitik bewirkten einen Aufschwung der städtischen Mittelschichten. Der bessere Bildungszugang für die Mittelschichten förderte die soziale Mobilität und bewirkte gesellschaftliche Veränderungen.

Im Zusammenhang und rund um die staatlichen Unternehmen bildete sich eine verbeamtete Unternehmerschicht, gleichzeitig kam es zu einer Stärkung der Arbeiterorganisationen und der Parteien des linken Flügels. Die Agrarreform und die Entstehung der Bauerngewerkschaften führten zu strukturellen Veränderungen am Land. Diese profunde Transformation und industrielle Modernisierung des Landes ging jedoch auch einher mit einer Unterentwicklung der Exportwirtschaft und makroökonomischer Instabilität. Zwischen 1950 und 1970 war die wirtschaftliche Entwicklung in Chile durch eine chronische Inflation, ein durchschnittliches Wachstum und häufige Zahlungsbilanzschwierigkeiten gekennzeichnet (Larraín/Meller, 1990: 153). Insgesamt charakterisierte sich diese Zeit durch eine gesellschaftliche Polarisierung in das linke und das rechte Lager.

3.2.2.1.2 Sozialismus: Ende 1960 – Anfang 1970⁶⁶

Der Sieg der *Unidad Popular* im Jahr 1970 brachte Salvador Allende an die Macht, welcher weit reichende Reformen zugunsten einer Umverteilung des Reichtums durchsetzen wollte. Die öffentlichen Ausgaben schnellten in die Höhe, was zu einer kurzfristigen Reduktion der Arbeitslosigkeit führte. Gleichzeitig ging überraschender Weise die Inflation zurück (Larraín/Meller, 1990). Zu den positiven Errungenschaften werden die Nationalisierung der Kupferminen und die Vertiefung der Agrarreform gezählt, welche ein Ende des Großgrundbesitzes bedeutete. Auf der negativen Seite stehen die makroökonomischen Ungleichgewichte, eine überdimensionale Belastung des Staatshaushaltes und eine unorganisierte Produktion sowie die politische Ideologisierung. Für die Gesellschaft bedeutete die Regierung Allende eine zunehmende Spaltung und forderte eine Gegenbewegung – das andere Extrem – heraus.

Die Phase vor 1973 charakterisierte sich durch eine Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Absicherung (Raczynski, 1995a: 208ff.). Insgesamt wiesen die humanen Entwicklungsindikatoren um 1970 auch sehr gute Werte auf. 94% der 6-14-Jährigen waren in einer Grundschule eingeschrieben, 70% waren im sozialen Sicherheitssystem integriert, 66% hatten Wasserversorgung und 80% aller Geburten waren professionell betreut.

⁶⁶ Vgl. Sunkel, 2006b.

Die Vorteile der Sozialmaßnahmen waren jedoch ungleich verteilt, da insbesondere die mittleren und höheren Einkommensschichten Druck auf den Staat ausüben konnten. Zudem entstanden vertikale und zentralisierte Systeme, welche den öffentlichen Haushalt stark belasteten.

3.2.2.1.3 Neoliberalismus und Monetarismus: Mitte 1970 – 1989⁶⁷

In Chile kam es ab Mitte der 1970er Jahre unter der gewaltsamen Militärdiktatur von General Augusto Pinochet (1973-1990) zu einer tief greifenden entwicklungspolitischen Wende neoliberaler Ausrichtung, welche sich weg von der Entwicklungsstrategie der Importsubstituierung hin zu einer exportorientierten Marktwirtschaft bewegte. Während zu Beginn noch eine gradualistische Strategie verfolgt wurde, die auf Bekämpfung der Inflation, einer Reduzierung des Haushaltsdefizits und der schrittweisen Liberalisierung der Wirtschaft (Zollabbau, Preisliberalisierung, Liberalisierung des Kapitalmarktes) beruhte, wurde ab 1975 mit einer radikalen Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik im Finanz- und Außenhandelssektor und der Privatisierung staatlicher Unternehmen begonnen und eine monetaristische Schockpolitik eingeleitet. Zu den Reformmaßnahmen gehörten eine drastische Reduktion der Staatsausgaben vor allem im sozialen Bereich, die Erweiterung der indirekten Steuereinnahmen, die Privatisierung der Mehrzahl der staatlichen Unternehmen und eines Teils der öffentlichen Einrichtungen, die Abschaffung der Industriepolitik, weit reichende Deregulierungen sowie eine einseitige Öffnung der Märkte nach außen. Außerdem wurde von der Militärdiktatur das Verbot jeglicher gewerkschaftlicher oder sozialer Organisation durchgesetzt. Die radikalsten Änderungen fanden zwischen 1975 und 1980 statt.

Erst 1985 erfolgte auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise von 1982-1984 der Übergang von einer radikal- zu einer pragmatisch-monetaristischen Strategie. Die kräftige Exportförderungs politik, die Politik der staatlichen Ausgabenkürzungen und die Lohndämpfungsmaßnahmen bildeten jedoch weiterhin die Kernelemente.

⁶⁷ Vgl. Sunkel, 2006b: 95.

Der Anteil der extrem armen Haushalte⁶⁸ stieg im Zeitraum zwischen 1969 und 1987 von 6% auf 13% (zwischenzeitlich 1982-83 sogar 30%); der Anteil der armen Haushalte⁶⁹ stieg von 17% auf 38% (Raczynski, 1995a: 212f.). Nach dem Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre lagen die Armutsraten im Jahr 1990 immer noch bei 12% (extrem arm) und 34% (arm). Im Vergleich zu den Zahlen vor der Militärdiktatur im Jahr 1970 verdoppelte sich die Armut in Chile. Auch Arellano (1987) stellte fest, dass sich die Lebenssituation für einkommensschwache Haushalte gegen Ende der Diktatur erheblich schlechter darstellte als zuvor; unter anderem sank die Lebensqualität durch einen erheblichen Kaufkraftverlust, die Arbeitslosigkeit nahm zu, die Löhne und Einkommen im Dienstleistungssektor und Handel waren geringer. Während die Sozialausgaben pro Einwohner sanken, stieg die Konzentration der Einkommen.⁷⁰

Den neoliberalen Reformen in Chile während der Militärdiktatur wird oft die Schaffung eines makroökonomischen Gleichgewichts, die Sanierung des öffentlichen Haushaltes, die Privatisierungen und die Förderung der Exportwirtschaft gutgeschrieben.⁷¹ Dabei wird vergessen, dass auf der anderen Seite die Volatilität im Finanzierungssektor hoch, die makroökonomische Situation während dieser Zeit durch ein starkes Auf-und-Ab gekennzeichnet war (Inflationswerte bis zu 340%) und die soziale Situation sich gravierend verschlechterte. Die Privatisierungen, das Hauptanliegen der neoliberalen Politik, erhöhten die Einkommenskonzentration in Chile (Ffrench-Davis, 2006a), genauso wie andere kommerzielle, rechtliche, finanzielle und steuerliche Reformen zugunsten der Machthaber und Kapitalinteressen. Die Schockpolitik des Pinochet-Regimes, aber auch die politische Repression und massiven Menschenrechtsverletzungen riefen dramatische soziale Folgekosten hervor (Flaño, 1987). Dazu gehören die Akzentuierung der ökonomischen Ungleichheit, Misstrauen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, eine hohe Konzentration von Macht und Reichtum, eine staatliche Verschuldung im Ausland und ein Verlust an Mittelschicht. Die sozialen Folgen des Neoliberalismus spiegelten sich auch in der hohen Armutsrate zu Beginn der 1990er Jahre wider.⁷²

⁶⁸ Familieneinkommen unter den Kosten eines Basiseinkaufskorbes pro Person.

⁶⁹ Familieneinkommen unter den Kosten von zwei Basiseinkaufskörben pro Person.

⁷⁰ Zum Zweck der Regierungspropaganda während der Diktatur wurden jedoch zahlreiche Studien in Auftrag gegeben, die gegenteiliges behaupteten; vgl. Arellano, 1987.

⁷¹ Durch starke Währungsabwertungen des CLP wurden jene Sektoren begünstigt, die im Export tätig waren, wodurch jedoch auch eine Abhängigkeit vom internationalen Kupferpreis entstand; vgl. z.B. Jäger, 1999.

⁷² Vgl. Sottoli, 1999: 196f.

3.2.2.1.4 „Wachstum mit Gerechtigkeit“: ab 1990⁷³

Nach den gesellschaftlichen Extrembewegungen zwischen den 1960ern und 1990ern, welche unter den Schlagwörtern *revolución en libertad* (Revolution in Freiheit), *la vía chilena al socialismo* (der chilenische Weg zum Sozialismus) und *neoliberalismo* (Neoliberalismus) liefen, wurde in der Anfangszeit der ersten demokratischen Regierung nach der Wende, der *Concertación* (Mitte-Links-Koalitionsregierung), ein pragmatischer Weg unter dem Titel *crecimiento con equidad* (Wachstum mit Gerechtigkeit) eingeschlagen. Die neu gewählte Regierung unter Patricio Aylwin optierte auch angesichts der verfassungsrechtlichen Einschränkungen für eine Konsenspolitik und verhandelte Lösungen, welche allen Interessensgruppen gerecht werden sollten.

Das wirtschafts- und sozialpolitische Projekt, welches durch die positive Wirtschaftslage begünstigt war (Flaño, 1992), beruhte auf vier Kompromissen zwischen den politischen Lagern: 1. Das Ziel der Wirtschaftspolitik ist ein starkes Wachstum, um die Beschäftigungslage zu stabilisieren und Armut zu verringern. 2. Durch einen Anstieg der Produktivität sollen die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden und die Reallöhne ansteigen. 3. Das Problem der sozialen Ungleichheit soll durch politische Maßnahmen zur Erreichung der Chancengleichheit und ohne weit reichende Umverteilung bekämpft werden. 4. Die sozialen Ausgaben sollen sich auf die Reduktion der extremen Armut konzentrieren und Aspekte der Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnungsbau in sich vereinen (Maggi/Messner, 2004: 508f.).

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Wirtschafts- und Sozialpolitik ab 1990 zählen die Erhaltung des makroökonomischen Gleichgewichts, die Einführung einer Regel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, eine Steuerreform zugunsten einer Ausdehnung der Sozialausgaben, ein starkes regulatorisches Institutionengefüge, eine Rückkehr zur Übernahme staatlicher Aufgaben im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, die Förderung der technischen Entwicklung und der Produktivität, die Einführung umweltpolitischer Maßnahmen (OECD, 2005b) sowie eine stärkere Integration in die internationalen Märkte. Die Konsequenzen der neoliberalen Ausrichtung, wie die hohe Konzentration von Macht und Reichtum, die verteilungspolitische Ungleichheit, die Abwesenheit einer territorialen Ordnungspolitik sowie einer langfristigen Vision für die sozioökonomische Entwicklung des Landes blieben jedoch erhalten.

⁷³ Vgl. Sunkel, 2006: 95f.

3.2.2.2 Verteilung des Einkommens

Armut existiert bei Nicht-Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse in absoluter Form, aber auch in relativer Hinsicht im Vergleich zu anderen Gesellschaftsschichten. Wenngleich Chile große Erfolge bei der Reduktion von absoluter Armut erzielen konnte, so gilt dies nicht hinsichtlich der sozialen Schere zwischen Arm und Reich. Chile zählt nach wie vor zu jenen Ländern der Welt mit der größten Ungleichverteilung des Reichtums (Raczynski/Serrano, 2003: 342f.). Auch innerhalb von Lateinamerika gehört Chile zu den vier Staaten, in welchen 10% der Bevölkerung den größten Anteil am Reichtum des Landes besitzen. Die reichsten 10% besitzen 34-mal soviel wie die ärmsten 10% (Hardy, 2006b: 236).

Das Gefälle zwischen den Einkommensgruppen ist jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Das einkommensstärkste Quintil verfügt über einen signifikant höheren Reichtum als der Rest der gesamten Bevölkerung. Der Abstand zwischen den anderen vier Quintilen ist weniger markant (Bravo/Contreras, 1999). Die Tendenz zu einer steigenden Konzentration des Reichtums, welche in der Mitte der 1970er Jahre begann und bis 1988 anhielt, konnte ab 1990 zumindest angehalten werden (Raczynski/Serrano, 2005a: 9). Tabelle 17: Einkommensverteilung 1987-2003 zeigt, dass sich die Verteilung der Einkommen seit dem Ende der Militärdiktatur auf nationaler Ebene auf stabilem Niveau gehalten und kaum verändert hat. Der GINI-Koeffizient, ein statistisches Maß für die Bewertung der relativen Konzentration, hat sich nur geringfügig von 0,58 auf 0,56 verringert.⁷⁴ Das reichste Quintil verfügt über mehr als die Hälfte des nationalen Gesamteinkommens.

QUINTIL*	1987	1990	1994	1998	2000	2003
1	4,5	4,1	4,0	3,7	4,5	4,8
2	8,2	8,1	8,1	8,0	8,5	9,0
3	12,1	12,3	11,9	11,7	12,2	12,7
4	19,0	18,1	18,7	19,3	19,0	18,3
5	56,2	57,4	57,3	57,3	55,7	55,2
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
GINI-K	-	0,58	0,57	0,58	0,56	0,56

* 1=niedrigste Einkommensschicht, 5=höchste Einkommensschicht.

Tabelle 17: Einkommensverteilung 1987-2003⁷⁵

⁷⁴ Der GINI-Koeffizient beruht auf der so genannten Lorenz-Kurve; er ist bei völliger Gleichverteilung gleich 0 und bei vollkommener Konzentration gleich 1.

⁷⁵ Quelle: modifiziert übernommen aus Raczynski/Serrano, 2005a: 31.

DEZIL	DURCHSCHNITT*	MINIMUM*	MAXIMUM*
I	16.841 (~21 Euro)	-	32.822 (~42 Euro)
II	41.358	32.825	49.400
III	57.262	49.407	65.650
IV	74.496	65.653	83.658
V	93.201	83.660	102.967
VI	115.710	102.973	130.656
VII	148.431	130.669	169.754
VIII	199.075	169.760	236.509
IX	301.240	236.527	393.947
X	884.961 (~1.125 Euro)	394.073	32.085.000 (~40.700 Euro)

*Einkommen pro Kopf/Haushalt, in CLP 2006

Tabelle 18: Einkommensverteilung vor Sozialtransfers (CASEN 2006)⁷⁶

Ffrench-Davis (2003: 321ff.) weist darauf hin, dass ein Vergleich der Einkommen mit den Ausgaben im Jahr 1996/97 eine zunehmende Verschuldung der niedrigeren Einkommensdezile von 1 bis 7 zeigt, während die reichsten Dezile 8 bis 10 mehr sparen konnten. Auf der anderen Seite enthält das familiäre Einkommen, welches zum Maß der ungleichen Einkommensverteilung herangezogen wird, nicht jene Einkommen oder Ausgabenersparnisse, die einem Haushalt aufgrund sozialpolitischer Maßnahmen zukommen. Bei Berücksichtigung der umverteilenden Effekte beläuft sich der GINI-Koeffizient im Jahr 1998 auf 0,50 (Raczynski/Serrano, 2005a: 32f.). Die Sozialausgaben, welche seit 1990 erheblich zugenommen haben, kommen zunehmend den untersten Einkommensschichten zugute und erhöhen durch monetäre und nicht-monetäre Transfers das familiäre Einkommen. Im Jahr 2006 beliefen sich die Sozialtransfers auf rund 465 Mrd. CLP (~591 Mio. Euro); 54,8% der selektiven Transferzahlungen kamen den 20% Haushalten mit den geringsten Einkommen zugute (MIDEPLAN, 2007c).⁷⁷ Die Sozialausgaben in Chile haben auch einen umverteilenden Effekt, insbesondere durch Investitionen in die Bildungsinfrastruktur (Meller, 1999: 55ff.). Die Transfers (inkl. Bildungs- und Gesundheitsausgaben) bewirkten eine Erhöhung des Einkommensanteils des ersten Dezils von 1,2% auf 3,0% und eine Verringerung des Einkommensanteils des reichsten Dezils von 38,6% auf 35,2%.

⁷⁶ Quelle: modifiziert übernommen aus MIDEPLAN, Serie Análisis de Resultados de la Ecueta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 2 Distribución del Ingreso e Impacto Distributivo del Gasto Social 2006, [08.06.2008].

⁷⁷ Innerhalb der selektiven Transferzahlungen für die ersten beiden Dezile entfallen 55,8% auf die Pensiones Asistenciales, 62,7% auf das Subsidio Único Familiar, 32,7% für Trinkwasser und 58,4% im Rahmen von Chile Solidario. Auf die nicht-selektiven Zahlungen, Asignación Familiar und Subsidio de Cesantía entfallen 26,7%; vgl. MIDEPLAN, Serie Análisis de Resultados de la Ecueta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 2 Distribución del Ingreso e Impacto Distributivo del Gasto Social 2006, [08.06.2008].

Ökonomische Mittel entscheiden über den Status innerhalb der Gesellschaft und die Fähigkeit, nützliche soziale Kontakte aufzubauen und zu erhalten. Da sich „gleich und gleich gern gesellt“, trägt soziales Kapital auch dazu bei, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht vermindert, sondern im Gegenteil eher manifestiert. Die Einkommen zwischen den unteren und mittleren Angestellten nähern sich an, während sich die Distanz zur höheren Unternehmerschicht erhöht. Es findet auch eine Reproduktion von Armut von einer Generation zur nächsten statt und trifft vor allem junge Familien. In der chilenischen Gesellschaft herrscht die Ansicht vor, dass die individuellen Aufstiegschancen mehr mit der Ausgangssituation von Geburt an zusammenhängen als mit persönlicher Anstrengung.⁷⁸ Ein wesentliches Problem, welches die anhaltend ungleiche Einkommenssituation jedoch verstärkt, besteht nicht im Bildungszugang, sondern in der Bildungsqualität (Reinecke, 2001: 84ff.). Da die Qualität der öffentlichen Bildungseinrichtungen im Vergleich zu den privaten nicht immer gewährleistet ist, ist die Wahrscheinlichkeit, eine gute Ausbildung zu erhalten, unter den reicheren Bevölkerungsschichten wesentlich größer. Gleiches lässt sich auch auf den Gesundheitssektor übertragen. Die Segregation bei wichtigen Infrastrukturleistungen bedeutet weniger Chancengleichheit, aber auch eine fehlende Interaktion zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten.

Der größte Wunsch der Chilenen bestehe in einer Gesellschaft mit mehr sozialer Gleichstellung, nicht nur im materiellen Sinne sondern auch symbolisch und in Hinsicht des zwischenmenschlichen Umgangs (PNUD, 2000). *Crece con igualdad* (Wachstum mit Gerechtigkeit) war deshalb das erklärte Ziel der *Concertación*-Regierungen (Mitte-Links-Koalition) seit Anfang der 1990er Jahre und bewirkte eine Schwerpunktsetzung der politischen Maßnahmen im sozialen Bereich. Während große Erfolge in der Erhöhung des allgemeinen materiellen Wohlstandes erzielt werden konnten, sind die Fortschritte im Bereich der ungleichen Einkommensverteilung gering und in Hinsicht der Möglichkeit der Entstehung einer Gemeinschaft unzureichend (Weyland, 1999: 87). Das Problem bestehe unter anderem darin, dass die Ungleichheit tiefe und historische Wurzeln habe. Sie manifestiert sich in den ersten Lebensjahren, gefolgt von den Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und reproduziere sich jedes Mal dann, wenn die Mächtigen ihre Interessen zum Nachteil der Allgemeinheit durchsetzen (Bachelet, 2005: 11). Die Reproduktion der sozialen Ungleichheit erfolgt primär über zwei Wege. Erstens, durch die Möglichkeiten der reicheren Einkommensschichten, ihren Kindern eine bessere

⁷⁸ Raczynski/Serrano, 2003.

Ausbildung zu ermöglichen. Zweitens, durch die besseren Arbeitsplätze, die durch den Einfluss der Eltern erworben werden (Wormald/Torche, 2004: 70f.).

3.2.3 Vertrauen und Verständnis in der chilenischen Gesellschaft

Vertrauen (*general trust*)⁷⁹ kann sowohl als Teil der Begriffsdefinition von sozialem Kapital, Voraussetzung und Auswirkung gesehen werden. Während Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft die Kooperation und die Einhaltung der gesellschaftlichen Normen fördert, kann bei Nicht-Existenz eine soziale Spirale nach unten entstehen. Hat sich ein allgemeines Misstrauen in einer Gesellschaft festgesetzt, ist es schwierig dieses zu durchbrechen.⁸⁰ Für den Versuch einer Bewertung des allgemeinen Vertrauens in Chile erfolgt eine Analyse der historisch-politischen Umstände.

3.2.3.1 Entwicklung der Demokratie in Chile

Im Zeitraum von 1930 bis 1973 war Chile mit einer Reihe von gewählten Regierungen demokratisch stabil (Garreton M., 2003: 99ff.). Vor 1973 galt das Land mit seinem demokratischen System, etablierten Parteien und organisierten Arbeitnehmervertretungen und seiner akademischen Tradition als Ausnahme in Lateinamerika im positiven Sinn (Huneus, 2006a: 195; Drake/Jaksic, 1993b).⁸¹ Nach der Machtübernahme durch Allende im Jahr 1970 kam es zu radikalen Reformen, darunter die Weiterführung der Agrarreform, weitgehende Reformen des Sozialstaates⁸², vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie eine aktive Beeinflussung der Märkte, um die Basis für eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen. Die Regierung Allende, welche nur auf knappen Mehrheiten beruhte, war zu keinen politischen Kompromissen bereit. Die wirtschaftlichen Machtinhaber fühlten sich bedroht und es kam zum Zusammenbruch der Demokratie im Jahr 1973 durch einen gewaltsamen Umsturz durch das Militär unter General Augusto Pinochet (Maggi/Messner, 2004: 502f.).

⁷⁹ Vertrauen in die Judikatur/ Gerechtigkeit/ Schutz des Eigentums (Leistung zahlt sich aus) und in die politischen Institutionen (weit verbreitete Korruption verhindert Vertrauen) sowie das Vertrauen zwischen den Menschen, da der Glaube an die Kooperation der anderen, das eigene Verhalten steuert.

⁸⁰ Auch ein Argument der Spieltheorie. Sobald eine Gesellschaft ein suboptimales Gleichgewicht gegenseitigen Misstrauens erreicht, ist es schwierig, dieses zu ändern. Soziale Fallen werden als stabile, aber ineffiziente Gleichgewichte gesehen; vgl. z.B. Rothstein, 2005: 17ff.

⁸¹ Obwohl es auch andere Meinungen gab, wie jene von Aníbal Pinto, welcher von einer Überentwicklung der politischen Sphäre (*el sobredesarrollo político*) und einer Unterentwicklung der Wirtschaft sprach; vgl. Huneus, 2006a: 195.

⁸² Im Jahr 1970 beliefen sich die Sozialausgaben auf 20% des BIP, welche unter Allende noch ausgeweitet wurden; vgl. Palma Irarrázaval, 2006: 267.

Die Militärdiktatur (1973-1990) brachte neben gewaltsamen Eingriffen und Menschenrechtsverletzungen eine radikale entwicklungspolitische Wende – von einer nach innen gerichteten Strategie zur völligen Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft. Ohne jeglichen demokratischen Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft wurden die Produktionsstrukturen des Landes verändert, die Deindustrialisierung vorangetrieben, die Ausfuhraktivität verstärkt, von welcher in erster Linie die Rohstoffsektoren profitierten, sowie ein Großteil der staatlichen Einrichtungen zur sozialen Fürsorge privatisiert, inklusive des Gesundheitswesens und jener Einrichtungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur (Maggi/Messner, 2004: 503f.). Die Erfahrungen der Umstürze von einem Extrem ins andere und die daraus resultierende gesellschaftliche Polarisierung hinterließen jedoch bleibende Schäden für die weitere demokratische Entwicklung.

Die Rückkehr von der Militärdiktatur zur Demokratie begann im Oktober 1988 mit einer Volksabstimmung, in welcher sich 55% der Wähler gegen den Verbleib Pinochets für weitere acht Jahre aussprachen und somit für den Übergang zur Demokratie votierten (Drake/Jaksic, 1999: 16). Im Dezember 1989 fanden die ersten freien Wahlen seit den Parlamentswahlen 1973 statt und brachten Präsident Patricio Aylwin an die Macht. Die erste *Concertación* (Mitte-Links-Koalition) trat im März 1990 die Regierung an. Der friedvolle Wechsel von der Diktatur zur Demokratie war jedoch keineswegs selbstverständlich (Huneus, 2006a: 197).⁸³ Die demokratischen Einschränkungen, welche sich als Folge der Militärdiktatur ergaben, umfassten: einen Nationalen Sicherheitsrat zur Kontrolle der Regierung, eine bestimmte Anzahl ernannter (und nicht gewählter) Senatoren, ein binominales System für die Wahlen der Parlamentsabgeordneten, die Notwendigkeit einer überproportionalen Mehrheit für eine Verfassungsänderung, eine relative Autonomie des Militärs in Budgetfragen, ein konservativ-dominiertes Justizapparat⁸⁴ sowie eine Arbeitsgesetzgebung, welche die Funktion von Gewerkschaften einschränkte (Drake/Jaksic, 1999: 22f.). Das autoritäre Erbe der Verfassung brachte einen nachhaltigen Einfluss des rechten Lagers mit sich und wird mitunter als Rechtfertigung für die Schwierigkeit bei der Durchsetzung demokratischer Reformen benutzt (Allamand, 1999). Die institutionellen Hürden für die Umsetzung demokratischer Reformen sind hoch und behindern beispielsweise eine Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung sowie die Privatisierung von öffentlichen Wirtschaftsfunktionen (Drake/Jaksic, 1999: 17).

⁸³ Vgl. dazu auch Drake/Jaksic [Hrsg.], 1993a.

⁸⁴ Vgl. hierzu Hilbink, 1999.

Der friedliche Übergang zur Demokratie musste mit weitgehenden Kompromissen erkaufte werden (Krumwiede, 2004: 253ff.). Während dem Präsidenten nach der Verfassung eine international vergleichsweise sehr starke Stellung zukommt, ist er in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt; insbesondere dann, wenn wie in den 1990er Jahren eine oppositionelle Mehrheit in der zweiten Kammer bestand. Der Reform- und Konsolidierungsprozess der Demokratie insgesamt wurde erschwert und verlangsamt. Positiv bewertet im Sinne einer demokratischen Entwicklung wird der dadurch entstandene Zwang zur Konsensbildung und zur Suche nach Kompromissen und breiten Mehrheiten im Gesetzgebungsprozess. Nolte (2004: 366ff.) argumentiert, dass „die politische Stabilität und damit verbunden der relative Erfolg der politischen Institutionen in den 1990er Jahren in Chile darauf zurückzuführen ist, dass letztere zwar nicht den demokratischen Idealen entsprochen, dafür aber die gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnisse widerspiegelt haben.“ Der Übergang zur Demokratie kann als nicht abgeschlossener Prozess gesehen werden. Die wichtigste, unvollendete Aufgabe bestehe in der Rekonstruktion einer Gemeinschaft (*polis*). Dies bedinge eine aktive Rolle des Staates, die Stärkung der politischen Parteien und insbesondere eine Reform, welche eine Mitsprache und Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess ermöglicht (Garretón, 2006: 179).

Die Regierung Lagos führte fünf Prinzipien zum Zweck der Förderung der politischen Beteiligung ein, welche die öffentlichen Institutionen leiten sollten: ein guter Umgang, Transparenz der öffentlichen Verwaltung, Gleichheit der Möglichkeiten für die Beteiligung aller, Respekt von Selbstbestimmung und Verschiedenartigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie eine Orientierung am Bürger (Olivera, 2004). Die Diskussionen über die Einführung eines Gesetzes zur Förderung der bürgerlichen Beteiligung am politischen Prozess, welche im Jahr 2004 mit dem Einbringen eines Vorschlags der Regierung Lagos (*ley de participación*) in das Parlament begann, sind nicht abgeschlossen.⁸⁵ Der Gesetzesvorschlag sieht die Freiheit der Zusammenschlüsse sowie ein allgemeines Prinzip des partizipativen Umgangs zwischen Staat und Zivilgesellschaft vor. Die Forderungen bezüglich einer Verfassungsreform zur Förderung partizipativer Elemente – Möglichkeit von Bürgerinitiativen für Gesetzesanträge, Widerrufsrecht gewählter Volksvertreter sowie Referenda und Volksentscheide bei Themen von zentraler Bedeutung – sind jedoch im aktuellen Entwurf nicht berücksichtigt (Coalición por la Participación Ciudadana, 2006: 2).

⁸⁵ Vgl. Diario de la Sociedad Civil, [15.03.2008]; Portal Ciudadano, [17.03.2008].

Die Entwicklung und Umsetzung der Agenda „Rechtschaffenheit und Transparenz“ stellt eine der Prioritäten der aktuellen Regierung Michelle Bachelets (2006-dato) dar.⁸⁶ Im September 2006 präsentierte die Regierung Bachelet ihre Vorschläge für die Stärkung der bürgerlichen Beteiligung, die so genannte *Agenda Pro Participación Ciudadana*.⁸⁷ Zu den zentralen Eckpunkten zählen eine partizipative öffentliche Verwaltung, der Zugang der Bevölkerung zu Informationen der öffentlichen Einrichtungen, Nicht-Diskriminierung und Respekt von kultureller Vielfalt sowie die Förderung sozialer Organisationen. Als konkrete Maßnahmen werden die Beschlussfassung des Projekts *ley de participación* im Parlament anvisiert, die Konsolidierung des Fonds für die Finanzierungsförderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Einführung eines nationalen Programms zur Förderung der Freiwilligentätigkeit gemäß den Erfahrungen aus dem von der IDB finanzierten Projekt „*Strengthening Partnerships Civil Social – State*“⁸⁸ sowie eines Programms zur Förderung von *private-public-partnerships* zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Infrastruktur. Insbesondere soll dabei die soziale Integration jener gefördert werden, die über keine oder eine nur sehr eingeschränkte soziale Vernetzung verfügen.

3.2.3.2 Gesellschaftliche Brüche

Der Preis, der für den friedvollen Übergang zur Demokratie bezahlt werden musste, war ein allgemeines Verdrängen und Vergessen. Nach dem Ende der Militärdiktatur wurde von der ersten Übergangsregierung unter Präsident Aylwin eine „Kommission der Wahrheit und Versöhnung“ eingerichtet, um die Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur aufzuklären. Das Ergebnis der Kommission war der so genannte *Informe Rettig*. Dieser Bericht identifizierte 2.279 Fälle politischer Exekution und Verschwinden von Personen zwischen 1973 und 1990. Bei 641 Fällen davon war nicht genug Information vorhanden. Die Namen der Schuldigen wurden in dem Bericht im Gegensatz zu ähnlichen Kommissionen in Brasilien oder El Salvador nicht genannt (Lira/Loveman, 1999: 351). Der *Informe Rettig* wurde von Aylwin vorgestellt, welcher sich im Namen des Staates bei allen entschuldigte. Wenngleich dieser symbolische Akt gewürdigt wurde, konnten die Verantwortlichen bisher nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

⁸⁶ Vgl. Gobierno de Chile, [22.03.2008].

⁸⁷ Vgl. Agenda Pro Participación Ciudadana, [22.03.2008].

⁸⁸ Vgl. Inter-American Development Bank, Project CH0165/ Strengthening Partnerships Civil Social - State, [23.03.2008].

Moulian (1998: 70f.) sieht die Straffreiheit als Ausdruck der sozialen Ungleichheit. Denn in den Augen der Bevölkerung bewirke das ein Verständnis, wonach „die Mächtigen Grausamkeiten ohne Strafe begehen könnten. Und wie könne man von Gerechtigkeit sprechen, wenn das Verschwinden tausender Unschuldiger ohne Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen pardonierte wurde?“ Ein Problem des Zusammenlebens in Chile besteht also darin, dass abgesehen von der Spaltung in Befürworter und Gegner des Regimes keine Gerechtigkeit empfunden wird. Ein Eingeständnis und Kennzeichnung der Schuldigen wäre jedoch eine Notwendigkeit für ein *Ser-Nación* (Nation-Sein). Die unausgesprochene Pflicht, über die größten Verbrechen zu schweigen und zu wissen, dass diese großteils ungestraft bleiben, verhindere die Entstehung von Verständnis und eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Das Tempo des erzwungenen Modernisierungsprozesses und sechzehn Jahre Militärdiktatur führten dazu, dass der öffentliche Raum zerstört wurde, kollektive Initiativen durch Gewalt verhindert, gesellschaftliche Organisationen demontiert und das individuelle Potential auf den Markt orientiert wurden (Lagos-Kassai, 2004). Der Sprung in die Modernisierung ging einher mit Desillusionierung, Mangel an Orientierung und Angst.⁸⁹

Abgesehen davon existieren nach wie vor ethnische und soziale Brüche, welche sich auch auf die Kolonialisierung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung zurückführen lassen (Garreton M./Newman, 2001: 5ff.). Die post-diktatorische Regierung hat zwar versucht, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen und das Verschwinden zahlreicher Mapuche während der Militärdiktatur durch Reparationen zu kompensieren, doch dies geschah ohne Rücksicht auf ihre Kultur oder ihre speziellen Bedürfnisse (Lira/Loveman, 1999: 357f.). Die Erwartungen der Mapuche, welche vom chilenischen Staat lange Zeit unterdrückt und marginalisiert wurden (Mallon, 1999; Valenzuela Fernández, 2003), bestanden in der konstitutionellen Anerkennung als Volk, der Unterzeichnung der ILO-Konvention zum Schutz der indigenen Völker, der Bereitstellung von kostenloser medizinischer Versorgung, Trinkwasser und Elektrifizierung; ein zweisprachiges und bi-kulturelles Bildungssystem, Landrückgaben, Bildungsprogramme und Stipendien sowie technische Hilfe. Im Jahr 1993 konnte eine Übereinkunft im Indígena-Gesetz (*Ley Indígena*) und in Form der nationalen Behörde für indigene Angelegenheiten (CONADI) institutionalisiert werden.

⁸⁹ Das schlug sich auch auf die Literaturproduktion und –rezeption nieder. Erst gegen Ende der 1980er Jahre erschienen Bücher in Chile, die eine explizite Anklage oder Abrechnung mit dem Militärregime waren; vgl. Lagos-Kassai, 2004.

Allerdings verhinderte das faktische Veto-Recht des rechten Lagers im Senat die Verabschiedung der ILO-Konvention und die Aufnahme des *Ley Indígena* in die Verfassung (Kaltmeier, 2004: 200ff.).

Neben diesen ethnischen, ideologischen und politischen Brüchen, bestehen insbesondere sozioökonomische Differenzen. Der wirtschaftliche Fortschritt hat nicht alle im gleichen Ausmaß zu mehr Wohlstand verholfen und die sozialen Ungleichheiten teilweise verschärft. Diese werden auch durch das Schulsystem reproduziert. Es gibt einen klaren Qualitätsunterschied zwischen guten Privatschulen, welche für einkommensschwache Bevölkerungsschichten nicht leistbar sind, und den öffentlichen (Reinecke, 2001: 13f.).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass der „modellhafte“ chilenische Übergang von der Diktatur zur Demokratie zumindest einen schwerwiegenden Schönheitsfehler hat, nämlich die ungelösten Fragen, latenten Wunden und den gesellschaftlichen Graben im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen (Lira/Loveman, 1999: 374).

3.2.3.3 Vertrauen als Voraussetzung für soziales Kapital⁹⁰

Für Salazar (2001: 23) spricht die historische Erfahrung dafür, dass Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft dann am größten ist, wenn die Legitimität der politischen Institutionen gewährleistet ist. Umgekehrt führe ein System mit niedriger Legitimität wie im Falle einer Diktatur dazu, dass nicht nur das vertikale Misstrauen genährt wird, sondern auch das Misstrauen unter den Bürgern. Die Schäden und Wunden, die durch die gewaltsamen Umstürze und politischen Ereignisse der Vergangenheit in Chile entstanden sind, sind nach wie vor nicht geheilt. Die Herstellung von Gerechtigkeit und Wahrheit stelle dabei eine der Voraussetzungen für die Entstehung von Vertrauen dar, was eine Aufgabe aller sei (Díaz Caro, 2001). García (2001) sieht ein Hindernis für die Entstehung von Vertrauen in der Verfassung, welche ein Relikt aus der Militärdiktatur ist und die Konzentration der Machtverteilung untermauert. Entsprechende demokratische Strukturen seien jedoch für die Entstehung von Vertrauen in die staatlichen Institutionen wesentlich. Im Jahr 2000 lag das Vertrauen in die Justiz jedoch lediglich bei 32% (Martínez Keim, 2001: 63). Die nachfolgende Tabelle bestätigt die Annahme, dass in Chile das Vertrauen in die politischen Institutionen sehr gering ist.

⁹⁰ Vgl. Navarrete Poblete/Martínez Keim [Hrsg.], 2001.

Wieviel Vertrauen haben Sie zu den folgenden Institutionen?	Viel Vertrauen	Gewisses Vertrauen	Wenig Vertrauen	Überhaupt kein Vertrauen
Verfassung	6,4%	23,5%	29,8%	35,3%
Polizei/Gendarmerie	23,0%	35,0%	27,0%	14,5%
Privatunternehmen	9,4%	24,8%	29,7%	33,0%
Militär	23,4%	28,4%	21,4%	24,7%
Regierung	10,5%	33,3%	31,4%	23,2%
Ausländische Unternehmen	6,7%	20,6%	26,7%	40,0%
Kirche	54,8%	26,1%	8,5%	9,7%
Kommunikationsmedien	17,7%	41,5%	27,2%	12,7%
Gemeindeverwaltung	12,6%	36,5%	31,4%	18,6%
Parlament	3,6%	16,1%	32,5%	45,9%
Politische Parteien	1,7%	11,9%	26,6%	57,6%
Gewerkschaften	7,9%	23,9%	24,7%	38,0%
Gerichtshöfe	8,2%	27,5%	27,9%	34,1%
Universitäten	33,0%	37,6%	11,8%	10,8%

Tabelle 19: Allgemeines Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen (1999)⁹¹

Vertrauen gäbe es demnach keines in Chile und das sei gut so (Jocelin-Holt Letelier, 2001; Moulian, 2001), denn ein gesundes Misstrauen gegenüber der Politik und den anderen sei in einer Demokratie angebracht. Auch das Misstrauen zwischen den Personen habe sich verstärkt bzw. bestehe eine sozial ungleiche Verteilung nicht nur von Reichtum, sondern auch von Vertrauen (Olea Lagos, 2001: 113). Gravierend für die notwendige Eigenmotivation, der Armut zu entkommen, ist das Misstrauen in Hinsicht auf das vorherrschende System der Arbeitsbeziehungen (Riquelme-Henríquez, 1999). Dass allgemeines Vertrauen in Chile so gut wie nicht vorhanden ist, spiegelt sich auch in anderen Befragungen der Bevölkerung wider. Rund 77% der Befragten sowohl im Jahr 1990 als auch im Jahr 2000 waren der Meinung, dass man nicht vorsichtig genug sein könnte und dass die meisten Leute versuchen würden, einen zu übervorteilen (World Values Survey, 2006). Martínez Keim (2001: 62) kommt zu dem Schluss, dass Misstrauen auch ein kulturelles Charakteristikum der Chilenen ist, welches den Versuchen zur Konstruktion von sozialem Kapital entgegenwirke.

Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass die Forderungen nach Vertrauen richtig seien, nämlich Vertrauen in die Fähigkeiten, in die Übernahme von Verantwortung, in die Vorteile einer aktiven Teilnahme an der Gesellschaft sowie in Aufrichtigkeit, dürfe aber nicht gleichgesetzt werden mit einer Forderung nach Kritiklosigkeit oder Gutgläubigkeit (Valdes Araneda, 2001: 84ff.).

⁹¹ Quelle: modifiziert übernommen aus PNUD, 2000: 295; basierend auf 2.148 Interviews mit über 18 Jährigen auf nationaler Ebene im Zeitraum zwischen 4. und 12. Juli 1999.

Die Herausforderung der chilenischen Gesellschaft bestehe insbesondere darin, durch Bildungsmaßnahmen zu einem Konsens über Werte und Normen, zu einer emotionalen Identifizierung und zu einer Gemeinschaft zu finden (Navarrete Yañez, 2001: 76f.; Donoso/Elizalde, 2001). Auch Salvat (2001: 102) unterstreicht den Einfluss der Bildung und der Erziehung in der Kindheit für die Entstehung und das Bestehen von Vertrauen oder Misstrauen. Die Schaffung von sozialem Vertrauen und einer funktionierenden Gemeinschaft obliege jedoch nicht dem Staat, sondern die aktive Beteiligung am Gemeinwohl ist eine Verantwortung aller (Navarrete Poblete, 2001) und kann nicht dem formalen Bildungssystem überlassen bleiben (Fernández, 2001).

3.2.4 Die Bedeutung des Kontexts für die Entstehung von sozialem Kapital

Im Zeitraum von 1930 bis 1973 galt Chile mit einer Reihe von gewählten Regierungen als demokratisch stabil (Garreton M., 2003: 99ff.) – bis es 1973 zu einem gewaltsamen Umbruch kam. Nach einem erfolgreichen Putsch unter der Führung von Augusto Pinochet folgte eine sechzehnjährige Militärdiktatur, welche unter anderem radikale Veränderungen in der politischen Landschaft Chiles hervorrief. Die Erfahrungen Chiles in politischer Hinsicht zeigen die schwerwiegenden Folgen, welche ideologische Polarisierung auf Basis sich gegenseitig ausschließender Gesellschaftsmodelle für die sozioökonomische Entwicklung haben kann. Die Wiedererlangung der Demokratie war nur durch eine Rückkehr zu einer politischen Kultur der Kompromisse und Bündnisse möglich (Nohlen, 2004: 901).

Die chilenische Gesellschaft zeichnete sich vor der Diktatur durch starke soziale und politische Bewegungen aus. Der Staat spielte dabei eine entscheidende Rolle, indem er allgemeine Bildungsmaßnahmen setzte, eine Agrarreform einleitete und Gesetze schuf, welche die Entstehung gemeinschaftlicher Organisationen wie Nachbarschaftsvereine, Mutter-Kind-Zentren, Gewerkschaftsorganisationen, Studentenbewegungen und Wohngenossenschaften begünstigten (Palma-Irarrázaval, 2006). Von 1974-1989 kam es dann zu drastischen Kürzungen im sozialen Bereich, Dezentralisierung und Privatisierung staatlicher Leistungen, einer Reduzierung der universellen Maßnahmen und der Einführung von zielgerichteten Armutsprogrammen sowie einer Unterminierung der Arbeiterrechte und der Gewerkschaften.

Der hohe Stellenwert, welcher gemeinschaftlicher Organisation beigemessen wurde, behielt sich jedoch auch während der Diktatur bei und war ein wesentlicher Faktor für deren Umsturz (Palma-Irarrázaval, 2006: 275ff.). Nach dem erfolgten Übergang schwächten sich die traditionellen Formen gemeinschaftlicher Organisation ab und wichen einer neuen Form sozialer Struktur, in welcher weniger auf den Staat als auf individuellen Einsatz vertraut wird. Konsumentenvereine und Schulräte sowie jede Form privater Organisation zählen zu den modernen Formen sozialer Organisation in Chile. Das Problem in Chile liegt nicht in einem Mangel an gemeinschaftlicher Organisation – es gibt mehr als 80.000 Vereinigungen –, sondern in der sozialen Fragmentierung, welche sich auch in den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gruppierungen manifestiert, und in der gravierenden Einkommensungleichheit. Die Konstruktion einer wahren Gemeinschaft hänge in Chile von einer politischen Reform in Richtung zu mehr Mitbestimmung und Stärkung der politischen Parteien ab sowie von einem starken Staat (Garretón, 2006: 176ff.). Dazu gehört auch eine Verfassungsreform, welche nach wie vor auf die Militärdiktatur zurückgeht und einer demokratischen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird.

Die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen außerdem, dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung und sozialem Fortschritt weder automatisch noch problemfrei ist. In Chile hat die wirtschaftliche Liberalisierung die ungleichen Einkommensverhältnisse eher noch verstärkt und auch zu Arbeitsmarktinstabilität geführt, welche gerade arme Menschen besonders hart trifft (Reinecke, 2001: 15f.; Cowan, 2007). Während sich traditionelle humane Entwicklungsindikatoren wie die Säuglingssterblichkeitsrate und die Lebenserwartung bei Geburt aufgrund der langfristigen Errungenschaften im sozialen Bereich weiterhin positiv entwickelten, nahm die Armut unter der Militärdiktatur dramatisch zu (Raczynski, 1995a: 210ff.). Auch obwohl im Zuge der wirtschaftlichen Krise in den 1980ern schon unter Pinochet teilweise kompensatorische, sozialpolitische Maßnahmen eingeführt wurden (Sottoli, 1999: 84f.).

Die soziale Ungleichheit geht jedoch über die ungleiche Einkommensverteilung hinaus und es gibt mehrere Anzeichen dafür, dass diese nicht zurückgegangen ist, sondern sich im Gegenteil eher noch verstärkt hat (Raczynski/Serrano, 2005a: 34f.). Zum einen manifestiert sie sich in einer sozialen Ausgrenzung in städtischen Gebieten. Auch wenn eine substantielle Verbesserung in der Wohnsituation stattgefunden hat, konnten jene Bemühungen nicht verhindern, dass sich die einkommensschwächeren Schichten am Rande der Städte konzentrieren.

Tironi (2003) stellt fest, dass die sozialen Wohnbauten der 1990er Jahre sehr große Komplexe sind, in welchen viele Familien auf engstem Raum leben und welche kaum Gemeinschaftsräume bieten. Eine weitere Segmentierung besteht im ungleichen Zugang zu Bildungsqualität. Die unteren Einkommensschichten besuchen in der Regel die öffentlichen Gemeindeschulen, Schüler aus den Mittelschichten subventionierte Privatschulen und jene aus den reichsten Einkommensschichten die besten Privatschulen. Abgesehen davon, dass diese Situation die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verstärken, verhindert die Segmentierung im Bildungssystem eine Interaktion zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten und die Entstehung von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis. Diese Tatsache drückt sich auch darin aus, dass die soziale Mobilität nach wie vor gering ist. Das soziale Umfeld, in welches man hineingeboren ist, entscheidet in wesentlichem Ausmaß über die Erfolgchancen, was insbesondere für die höheren Einkommensschichten gilt (Raczynski/Serrano, 2005a).

Die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die sozialen Beziehungen sind tiefgreifend. Die voranschreitende Konsolidierung der Demokratie nach 1990 konnte die mehr oder weniger latenten sozialen Spannungen nicht glätten. Die historisch-bedingten ideologischen Polarisierungen in der Gesellschaft werden noch eine Zeit überdauern, da Vergessen und Verdrängen nicht das Gefühl von Gerechtigkeit schaffen können. Die Rekonstruktion der Gemeinschaft in Chile ist bisher nicht erfolgt und bleibt eine der großen Herausforderungen der chilenischen Gesellschaft (Garretón, 2006: 179f.). Solange die Frage der Menschenrechtsverletzungen nicht geklärt ist – Veröffentlichung der ganzen Wahrheit, Verfolgung der Verantwortlichen und Anerkennung der Schuld für die Verbrechen – ist ein verständnisvolles Zusammenleben schwierig. Eine ernsthafte Debatte über die Verantwortlichen im Bereich der Menschenrechtsverletzungen hat trotz Bemühungen nicht wirklich stattfinden können. „Die vielen Leichen, die immer noch im Keller liegen, werden dort wohl lange Zeit bleiben,“ (Lagos-Kassai, 2004: 646). Die Folgen für die sozialen Beziehungen bestehen in einem allgemeinen Misstrauen gegenüber der Politik, aber auch den Mitmenschen gegenüber, je nach dem vermeintlichen politischen Lager und der sozialen Schicht. Möglicherweise auch aus Resignation ist eine Tendenz des Rückzugs der Gesellschaft aus der Politik bemerkbar.

Der historisch-gesellschaftliche Kontext, die kulturellen Charakteristika der Chilenen und der Modernisierungsprozess, den alle westlichen Demokratien im Zuge der zunehmenden Globalisierung durchlaufen, bewirkten ein allgemeines Gefühl des Unbehagens und ein Misstrauen, was der Entstehung von sozialem Kapital entgegenwirkt (PNUD, 1998).

Eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau von *system capital*, nämlich Vertrauen, ist in Chile nicht gegeben, was wiederum die Möglichkeiten von *relational capital* einschränkt. Der Aufbau von sozialem Kapital im Sinne von *bridging* und *linking social capital* ist für arme Menschen in Chile schwierig, da die Segmentierung im Bildungs- und Gesundheitssystem Interaktionen zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten verhindert und die ungleiche Machtverteilung, sei diese in den individuellen Fähigkeiten oder in der finanziellen Ausstattung begründet, die Startbedingungen für den Aufbau von sozialen Beziehungen erschwert. In jedem Fall müsse die wechselseitige Abhängigkeit anerkannt werden (PNUD, 2004: 64f.). Ein wichtiger Schritt für die Entstehung von sozialem Kapital sei die Schaffung einer gemeinsamen kulturellen Identität und eines „Wir“-Gefühls (PNUD, 2002), was jedoch angesichts der historischen Erfahrungen und der enormen ökonomischen und sozialen Ungleichheit kaum zu erreichen scheint.

Die qualitativ-orientierte Annäherung an den gesellschaftlichen Hintergrund hat gezeigt, dass eine wesentliche Voraussetzung von sozialem Kapital, nämlich Vertrauen und gegenseitiges Verständnis, in Chile trotz der sozialpolitischen Bemühungen und symbolischen Integration der Armen nicht vorhanden ist. Die Wirkungsweise von zielgerichteten Sozialprogrammen zur Förderung von sozialem Kapital wird durch das vorhandene Sozialgefüge und das allgemeine Misstrauen mit beeinflusst.

3.3 Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in Chile

Der vorliegende Abschnitt möchte anhand der Analyse der sozialpolitischen Maßnahmen in Chile die soziologischen Aspekte eines wirtschaftlichen Problems, nämlich den Zusammenhang zwischen staatlichen Eingriffen zur Förderung der sozialen Situation und dem familiären Einkommen untersuchen.⁹²

Die Erfolge Chiles im Kampf gegen die Armut werden auf nationaler wie internationaler Ebene immer wieder hervorgehoben. Chile gilt innerhalb von Lateinamerika als jenes Land, welches absolute Armut am schnellsten und nachhaltigsten reduzieren konnte (Hardy, 2006b: 233f.). Vor dem Hintergrund, dass Chile als gesellschaftlich gesplante Nation betrachtet werden kann, in welcher Misstrauen und eine hohe Machtkonzentration vorherrscht (siehe Kapitel 3.2), soll im Folgenden insbesondere die Sozialpolitik ab 1990 und ihr Beitrag zur Bekämpfung von Armut analysiert werden.

Als Datengrundlage dienen die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Analysen chilenischer Wissenschaftler und Experten, Evaluierungen externer und staatlicher Organisationen sowie Dokumente zur Sozialpolitik, wie sie von der chilenischen Verwaltung sehr transparent und ausführlich veröffentlicht werden.⁹³

3.3.1 Was bedeutet Armut in Chile?

Obwohl Armut auch soziokulturelle und psychologische Dimensionen umfasst (Einstellungen, Verhaltensweisen, Formen der sozialen Interaktion), welche die soziale Integration und die Besserung der eigenen Lage behindern können, wird Armut in Chile traditioneller Weise anhand von Defiziten, wie einem vergleichsweise geringen Einkommen oder unerfüllten Grundbedürfnissen gemessen (Raczynski, 1995b: 18f.).

⁹² In Anlehnung an Althaler [Hrsg.], 1995 umfasst dieses Kapitel den Aspekt „Wirtschaftssoziologie“. Einen guten Einblick in die Grundzüge der Wirtschaftssoziologie bieten: Maurer [Hrsg.], 2008; Swedberg, 2003; Swedberg, 1991.

⁹³ Vgl. MIDEPLAN, Ministerio de Planificación, [20.02.2008]; FOSIS, Fondo de Solidaridad e Inversión Social, [20.02.2008]; Asesorías para el Desarrollo, Forschungs- und Beratungsinstitut für soziale Fragen in Lateinamerika und Chile, [20.02.2008]; DIPRES, Ministerio de Hacienda/ Dirección de Presupuestos, [10.06.2007].

Einkommensarmut gab es in Chile seit der Entstehung des Nationalstaates. Nachdem sich die soziale Situation der Arbeiter gegen Ende des 19. Jahrhunderts zuspitzte, kam es im Zuge einer sozialen Bewegung zwischen 1880 und 1920 zu einer Annahme der Beschäftigung mit der „sozialen Frage“ (Arbeiterrechte, soziale Sicherheit, Wohnwesen und Gesundheitsversorgung der Arbeiter) durch die Politik und ab 1924 zu einer ersten umfassenden Sozialgesetzgebung (Sottoli, 1999: 199). Gegen 1955 galten 58,6% der Bevölkerung immer noch als arm im Sinne von schlechter Bildung, Wohnsituation und mangelnder Ernährung (Olavarría-Gambi, 2006: 10f.). Die soziale Situation verbesserte sich danach angesichts der sozialpolitischen Maßnahmen des Staates, während der Militärdiktatur stieg die Armut in Chile jedoch wieder an (Arellano, 1987; Raczynski, 1986). Als arm galten dabei insbesondere jene Haushalte mit schlechter Arbeits- und Wohnsituation, beruflicher Qualifikation sowie Haushalte, welche von Frauen geführt wurden. Ab Mitte der 1950er Jahre wurde Bildung als wesentlicher Faktor von Armut angesehen. Die erste demokratische Regierung war damit konfrontiert, dass im Jahr 1990 fünf Millionen Menschen (ca. 39% der Bevölkerung) unter der Armutsgrenze lebten (Drake/Jaksic, 1999: 15).

Heute stellt sich die Armutssituation anders dar als noch vor 20 oder 30 Jahren. Arme Menschen sind mehr in die Gesellschaft integriert, zumindest in symbolischer Hinsicht und was ihre Konsummöglichkeiten betrifft. Dennoch stellen sie nach wie vor einen sozial und territorial ausgegrenzten Sektor innerhalb einer Gesellschaft dar, welche eine sehr hohe Konzentration von Einkommen aufweist (Raczynski/Serrano, 2003). Eine quantitativ-orientierte empirische Analyse persönlicher Charakteristika bestätigt die Erkenntnisse, dass entgegen der verbreiteten Annahme, wonach Armut ländlich sei, diese zunehmend ein Phänomen der Städte ist, insbesondere Frauen betrifft sowie Menschen unter 40 Jahre, welche eine Schulbildung von nur weniger als acht Jahre vorweisen können (Olavarría-Gambi, 2006: 16).⁹⁴

Absolute Armut, welche sich oft durch eine höhere Anzahl der abhängigen Haushaltsmitglieder, einer niedrigeren Bildung, einen Ausschluss vom Arbeitsmarkt, schlechte Wohnzustände und mangelnde soziale Absicherung auszeichnete, konnte seit Beginn der 1990er Jahre erheblich reduziert werden (Hardy, 2006b: 234f.).

⁹⁴ Variablen, welche nicht in die Analyse mit einfließen, aber einen Einfluss haben könnten, sind die individuelle Einstellung, was Eigenverantwortung und Leistung betrifft, sowie die sozialen Beziehungen; vgl. Olavarría-Gambi, 2006: 19.

Nach wie vor besteht jedoch für einen großen Teil der Bevölkerung das Risiko, unter die Armutsgrenze zu fallen, insbesondere für die Einkommensdezile drei bis sechs (Contreras u.a., 2005b). Die neuere Form von relativer Armut, welche sich durch die Risiken und Unsicherheiten am Arbeitsmarkt ergeben, ist charakterisiert durch kleinere Haushalte, aber mit häufig instabilen Arbeitseinkommen und ungeschützten Arbeitsverhältnissen,⁹⁵ höherer Bildung und besserem Lebensstandard. Das Problem besteht oft nicht im Zugang zu Sozialleistungen, sondern in der geringeren Qualität.

Ein Vergleich der Familien, welche 1996 als arm galten, mit jenen im Jahr 2001, zeigte, dass Armut nicht immer die gleichen Personen betrifft bzw. auch eine Familie mehrmals treffen kann (Palma-Irarrázaval, 2006: 270). Zu den drei Hauptfaktoren für Armut zählen der Mangel an Arbeitseinkommen, der Gesundheitszustand sowie familiäre Zersplitterungen, beispielsweise wenn Frauen ihre Kinder plötzlich alleine großziehen müssen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten hängen dabei nicht nur von der makroökonomischen Situation ab, sondern auch von dem Bildungsniveau und den Fähigkeiten der Betroffenen. Armutsgefährdung in Chile ist im Allgemeinen gekennzeichnet durch eine Form von sozialem Risiko und Verletzlichkeit, sei es aufgrund eines instabilen Arbeitsverhältnisses, unzureichendem Wohnraum, Mangel an Bildung oder Gesundheit oder eines eingeschränkten Zugangs zu Konsumgütern (Serrano, 2005a: 10). In einer solchen Situation kann schon eine kleine Änderung oder ein kurzfristiger Ausfall des Einkommens eine Armutsfalle auslösen. Derzeit leben rund 500.000 in extremer Armut und 1,7 Mio. Menschen in Armut.⁹⁶

Armut in Chile konzentriert sich heute zunehmend auf den Rand der Städte, wo die Armen sozial und territorial abgeschirmt leben, und ist insgesamt durch andere Charakteristika gekennzeichnet als früher.⁹⁷ Der Zugang zu Basisinfrastrukturleistungen wie Trinkwasser, Elektrizität, Bildung und Gesundheitsversorgung hat sich signifikant verbessert und auch die symbolische Integration in die Gesellschaft findet statt. Die Kinderzahl ist geringer und die Familien sind kleiner. Während in der Vergangenheit noch Kinder am häufigsten zu den Ärmsten zählten, ist Armut heute unter den Jugendlichen am weitesten verbreitet.

⁹⁵ Vgl. auch Riquelme-Henríquez, 1999.

⁹⁶ Vgl. FOSIS, Fondo de Solidaridad e Inversión Social, [20.02.2008].

⁹⁷ Die Mehrheit der Armen (81,4%) leben in den Städten, jedoch ist extreme Armut am Land mehr verbreitet; vgl. Raczynski/Serrano, 2003: 339.

Das Problem besteht weniger in einer Nicht-Erfüllung der Grundbedürfnisse, sondern vielmehr in der Art und Qualität des Zugangs. Die Wohnsituation ist oft schlechter und es fehlt an gemeinschaftlichen Einrichtungen und Grünplätzen. Zu den größten Problemen, welche Arme und Nicht-Arme gleichermaßen betreffen, zählen Drogen, Gewalt, eine unsichere Umgebung und Umweltverschmutzung. Nicht-Arme haben jedoch die Möglichkeit, diesen Problemen auszuweichen. Die höchste Konzentration von extremer Armut findet sich in den Regionen Araucanía, Coquimbo und Bío-Bío. Insgesamt stellt sich die Armutssituation in Chile heute heterogener dar als früher und ist somit aus staatlicher Sicht schwieriger, in den Griff zu bekommen. Außerdem spielen die unterschiedlichen regionalen Kapazitäten im Sinne von sozialem und produktivem Kapital eine Rolle.⁹⁸

3.3.2 Alte und neue Schwerpunkte in der Sozialpolitik

Die meisten Autoren unterscheiden drei Perioden in der Entwicklung der Sozialpolitik in Chile (Palma-Irarrázaval, 2006: 267ff.): die Phase vor der Militärdiktatur, in welcher universelle wohlfahrtstaatliche Maßnahmen, die arbeitsrechtliche Situation und die Subvention von Basiskonsumgütern graduell ausgebaut wurden; die Phase während der Militärdiktatur, in welcher staatliche Eingriffe als ineffizient angenommen und abgebaut wurden; sowie die Phase danach mit dem fortgesetzten Schwerpunkt auf zielgerichteten Maßnahmen.

Während der Anteil der staatlichen Sozialausgaben bis zum Jahr 1972 ständig zunahm, sanken im Zuge der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung unter der Militärdiktatur (1973-1990) die staatlichen Ausgaben insgesamt und die Sozialausgaben insbesondere. Staatliche Kompetenzen im sozialen Bereich wurden abgebaut und der Schwerpunkt auf die Bekämpfung extremer Armut verlagert. Im Gesundheitssektor wurde beispielsweise von kurativen Leistungen auf Basisgesundheitsdienste und Mutter-Kind-Programme umorientiert und im Bildungssektor kam es u.a. zur Abschaffung der kostenlosen Universitätsausbildung. Um die Bedürftigkeit extrem armer Familien zu erfassen, wurde 1980 ein spezieller Kriterienkatalog entwickelt – die so genannte *Ficha de Caracterización Socioeconómica* (CAS).⁹⁹

⁹⁸ Vgl. Raczynski/Serrano, 2003: 336ff.

⁹⁹ Vgl. Sottoli, 1999: 200ff.

Anhand der Wohnungssituation, dem Zugang zur sanitären Infrastruktur, dem Bildungsniveau, der Gesundheit und der Beschäftigungssituation wurden jene Familien bestimmt, welche staatliche Hilfe bekommen sollten. Zu den wichtigsten Sozialhilfeprogrammen zur Bekämpfung der extremen Armut zählten: das *Subsidio Único Familiar*, ein Hilfsprogramm für Kinder und Mütter, sowie das *Programa de Pensiones Asistenciales*, ein Programm für Invalide und alte Menschen in extremer Armut. Außerdem gab es besondere Gesundheits- und Ernährungsprogramme. Obwohl diese Programme nicht neu waren, erhielten sie unter der Militärdiktatur eine selektive bzw. zielgruppenorientierte Neuausrichtung. Diese Programme wurden in der Regel dezentral auf Gemeindeebene verwaltet und durchgeführt, der Zentralstaat behielt sich die Regulierung und allgemeine Koordinierung vor.¹⁰⁰

Ab Mitte der 1980er und verstärkt zu Beginn der 1990er Jahre kam es dann zu einer Umorientierung der Sozialpolitik, wobei sich vier Tendenzen abzeichneten: 1. sozial flankierende Maßnahmen zur sozialen und politischen Abfederung; 2. Selektivität und Zielgruppenorientierung; 3. Privatisierung/Entstaatlichung sozialer Dienstleistungen; sowie 4. Dezentralisierung sozialer Leistungen, Übertragung von Verantwortung auf die lokale und regionale Ebene (Sottoli, 1999: 105). Dabei stellte sich unter anderem heraus, dass zielgruppenspezifische Transferleistungen eine gewisse Abhängigkeit und Passivität auf Seiten der Begünstigten erzeugten. Nur Zuschüsse seien zu wenig, sondern es müssten Anreize geschaffen werden, selbst aktiv zu werden (Vergara, 1990: 333ff.). Bevor jedoch der Forderung nach mehr Dezentralisierung und Mitsprache nachgegangen werden könne, müsste auch das politische System dementsprechend ausgerichtet sein. Die Gestaltung der Sozialpolitik ab 1990 erfolgte vor dem Hintergrund einer freien Marktwirtschaft, makroökonomischen Stabilität und einer Exportorientierung und umfasste folgende Kompromisse (Raczynski, 1995a: 213ff.): sozialpartnerschaftlich und politisch verhandelte Lösungen für die Probleme Arbeitslosigkeit, Entlohnung und Arbeitsbedingungen; gemeinsame Identifizierung der sozialpolitischen Schwerpunkte inklusive einer Steuerreform; Anpassung der Gehälter im öffentlichen Dienst, des Mindestlohns und der Pensionen, mehr Verhandlungsmacht für Arbeiter und Durchsetzung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung; Betrachtung der sozial- und wirtschaftspolitischen Strategien als gegenseitige Ergänzung (die wirtschaftliche Entwicklung als notwendig für die Reduktion von Armut gesehen und umgekehrt).

¹⁰⁰ Vgl. Sottoli, 1999: 204ff.

Zusammenfassend lässt sich die Entwicklung der Sozialpolitik in Chile wie folgt darstellen:

	VOR 1973	MILITÄRREGIME (1973-1990)	DEMOKRATISCHE REGIERUNG (AB 1990)
Rolle des Staates	wohlfahrtsbringend	subsidiär	integrierend
Sozialausgaben	Zunehmend 1970: 20-25% des BIP	Abnehmend 1980: 15% des BIP	Zunehmend
Verhältnis zw. Sozial- u. Wirtschaftspolitik	Sozialpolitik hat höhere Priorität.	Wirtschaftspolitik hat höhere Priorität.	Sozial- und Wirtschaftspolitik ergänzen sich.
Dezentralisierung vs. zentrale Administration	Zentrale Administration.	Dezentralisierte Dienstleistungen. Administration auf Gemeindeebene.	Politische Dezentralisierung, teilweise auch in der Verwaltung.
Staat vs. Privatsektor	Staat reguliert, finanziert und setzt um.	Staat reguliert, finanziert und überwacht die Sozialprogramme für die Ärmsten. Umsetzung auf Gemeindeebene und durch den Privatsektor. Privatisierung der Sozialleistungen für höhere Einkommens- schichten.	Fortsetzung des Kurses, Schwerpunkt auf Regulierung.
Gezielte vs. universelle Sozialleistungen	Schwerpunkt auf universellen Sozialleistungen.	Schwerpunkt auf gezielten Sozialleistungen.	Gezielte Sozialleistungen (geographisch) wichtig, aber auch universelle Leistungen.
Prioritäten	Investitionen in soziale Infrastruktur. Verbesserung der Reichweite.	Größte Armut lindern. Schwerpunkt auf Einkommenstransfers.	Qualität der Sozialleistungen. Investitionen in Humankapital und produktive Einheiten. Mitspracherecht der Betroffenen.
Zielgruppen	Mutter und Kind.	Arme Haushalte, Mutter und Kind.	Arme Bevölkerung, inkl. Kinder, Jugendliche, Frauen und alte Menschen.

Tabelle 20: Überblick Entwicklung der Sozialpolitik¹⁰¹

¹⁰¹ Quelle: modifiziert übernommen aus Raczynski, 1995a S. 209.

Ausgehend von den Erfahrungen, dass subsidiäre Maßnahmen und Direktzahlungen Abhängigkeit auf Seiten der Betroffenen erzeugen (Vergara, 1990: 326ff.) erfolgte in den 1990er Jahren eine sukzessive Neuausrichtung der Sozialpolitik in Chile. Neben komplementären Zahlungen und Leistungen sollte zunehmend eine Konzentration auf soziale Investitionen in Bereiche wie Bildung und Gesundheit erfolgen – mit der Begründung, dass dadurch Selbständigkeit und soziale Integration gefördert werden sollten (Hardy, 2006a).

Die neuen Schwerpunkte lagen insbesondere in einer Verbesserung von Bildungsqualität und gleichem Zugang für alle, in der Förderung von Mikro- und Kleinunternehmen, der Verbesserung von Wohnungen und gemeinschaftlicher Infrastruktur sowie in einer effizienteren Gestaltung der staatlichen Gesundheitsausgaben mit höherer Qualität auch für die Ärmsten. Hierzu wurde ein spezielles System für zielgerichtete Ausgaben entwickelt sowie Dezentralisierung, d.h. Abgabe von Kompetenzen an lokale Stellen, und Private-Public Partnerships gefördert (Raczynski, 1995a: 214ff.).

Ein Beispiel ist das Programm zur Verbesserung der Qualität und Gleichheit der Grundschulausbildung (MECE-basic), das im Jahr 1992 startete und finanzielle Unterstützung von der Weltbank erhielt (Raczynski, 1995a: 220ff.). Im Rahmen des Programms wurden speziell jene Schulen unterstützt, welche aufgrund ihrer schwachen Testergebnisse beim nationalen SIMCE oder ihrer geographischen Lage anderen Schulen gegenüber benachteiligt waren. Durch das Programm, welches sich als erfolgreich erwiesen hatte, sollte die allgemeine Qualität und Gleichheit der Bildung gefördert werden. Ein weiteres Beispiel betrifft ein Programm zum Arbeitstraining von Jugendlichen (Chile Joven). Das erste Vier-Jahres-Programm startete im Jahr 1991 und unterstützte 100.000 besonders benachteiligte Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren bei der Integration in den Arbeitsmarkt (Raczynski, 1995a: 227ff.). Das Programm umfasste Ausbildungsmaßnahmen, die Sammlung von Arbeitserfahrung in einem Unternehmen und Persönlichkeitsentwicklung.

Insbesondere unter der zweiten Koalitionsregierung unter Präsident Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1994-2000), welcher die Bekämpfung von Armut als oberste Priorität festsetzte, wurde eine Reihe neuer Programme und Arbeitsweisen eingeführt, welche die Weise des staatlichen Eingriffs von Grund auf ändern sollten. Die lokale Realität der Betroffenen sollte zunehmend im Vordergrund stehen und eine integrative Entwicklungspolitik verfolgt werden (Raczynski/Serrano, 2003: 334).

Zu diesem Zweck wurde ein Beratungsgremium ins Leben gerufen, der *Consejo Nacional para la Superación de la Pobreza*, welcher aus führenden Persönlichkeiten bestand und im Auftrag der Regierung Empfehlungen für die Bekämpfung von Armut erarbeiten sollte. Mit der Fertigstellung des Berichts im Jahr 1996 „*La Pobreza en Chile: un desafío de equidad e integración social*“ (Armut in Chile: eine Herausforderung von Gleichheit und sozialer Integration) endete der öffentliche Auftrag. Dennoch blieb die Einrichtung als private Stiftung erhalten.¹⁰²

Raczynski/Serrano (2005a: 38ff.) sehen die zukünftigen Herausforderungen der chilenischen Sozialpolitik in der Schaffung eines neuen Impulses für mehr soziale Kohäsion, der Etablierung eines umfassenden Systems der sozialen Absicherung, welches über die Befriedigung von Minimalbedürfnissen hinausgeht sowie in einer institutionellen Reform. Die zentralen Vorgaben müssten durch mehr Lösungskompetenz von unten ersetzt werden.

3.3.2.1 Innovationen ab 1990¹⁰³

Zu den spezifischen Neuerungen ab 1990 zählen die Steuerreform und die Erhöhung des Sozialbudgets, eine Umstrukturierung des sozialen Institutionengefüges sowie eine Neuausrichtung der Sozialprogramme und der Art der Verwaltung der öffentlichen Dienstleistungen.

3.3.2.1.1 Steuerreform und Erhöhung des Sozialbudgets

Im Juni 1990 erreichte die erste Koalitionsregierung die Beschlussfassung ihres Vorschlags für eine Steuerreform, welche eine Erhöhung der Sozialausgaben um 17% und mehr in den darauf folgenden Jahren vorsah. Die ersten Maßnahmen, die daraus entstanden, waren die Erhöhung des monetären Zuschusses für arme Familien (*Subsidio Único Familiar*), der Mindest- und Kleinstpensionen sowie der Mittel für die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, der Gesundheitsversorgung, im Wohnwesen und für gemeinschaftliche Einrichtungen sowie für neue Institutionen und Programme.

¹⁰² Vgl. Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza, [17.06.2007].

¹⁰³ Vgl. Raczynski/Serrano, 2005a: 9ff.

Die Steuerreform verstand sich als Übergangslösung, welche im Jahr 1994 überdacht werden sollte. Noch vor der Wahl der zweiten Koalitionsregierung konnte ein wichtiger Teil der Reform beibehalten und die weitere Finanzierung der sozialen Aufgaben gewährleistet werden. Die Mittel konnten weiters durch die Mechanismen der Zuzahlungen durch die Familien im Bereich der Bildung und durch private Lizenzvergabe für große Infrastrukturprojekte ausgebaut werden. In der dritten Koalitionsregierung wurde die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben, um weitere Ausgaben finanzieren zu können.

Während in den 1980er Jahren die Reduktion der öffentlichen Ausgaben ein Ziel der Regierung darstellte, wurden angesichts der „sozialen Schuld“ Anfang der 1990er die Sozialausgaben wieder ausgebaut und im Sinne aller politischen Verhandlungspartner eingesetzt.

3.3.2.1.2 Umstrukturierung des sozialen Institutionengefüges

In den ersten Jahren der demokratischen Regierungen wurde eine Reihe neuer Institutionen geschaffen, um einer umfassenderen Verständnisweise von Sozialpolitik gerecht zu werden. Dazu zählen:

MIDEPLAN: das nationale Planungsministerium, dessen Aufgabe darin besteht, nationale und regionale Pläne und Sozialprogramme zu entwerfen; die Ziele der öffentlichen Investitionen vorzuschlagen und staatlich finanzierte Projekte zu evaluieren; die unterschiedlichen Initiativen zur Armutsbekämpfung zu koordinieren; die internationale Integration zu fördern sowie Politiken und Programme umzusetzen, welche sich an bestimmte, besonders schutzwürdige Zielgruppen richten wie Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte, Frauen oder die indigene Bevölkerung.

FOSIS: Fonds für Solidarität und soziale Investitionen, eine dezentrale öffentliche Einrichtung, dessen Mission darin besteht, die Armut im Land durch innovative Ansätze komplementär zu den anderen Einrichtungen zu bekämpfen (siehe auch 3.3.2.2).

SERNAM: die nationale Dienstleistungseinrichtung für Frauen, die es zur Aufgabe hat, Politiken und Rechtsreformen vorzuschlagen, welche die Gleichberechtigung von Frauen und deren Möglichkeiten fördern sowie diskriminierende Verhaltensweisen beseitigen.

Unter anderem konnten wichtige rechtliche Reformen erreicht werden, insbesondere für arme Frauen, die alleine einen Haushalt mit Kindern führen, sowie eine Sensibilisierung und Prävention von Gewalt gegen Frauen.

INJ: das nationale Institut für Jugendliche, welches mit der Exekutive zusammenarbeiten und die Lebensqualität und soziale Integration von Jugendlichen fördern soll. Neben der Vergabe von finanziellen Zuschüssen für jugendliche Initiativen stellt das Institut eine integrale Informationsplattform zur Verfügung.

CONADI: die nationale Gesellschaft für die Entwicklung der indigenen Bevölkerung ist eine dezentrale, öffentliche Einrichtung unter der Führung von MIDEPLAN. Ihre Mission besteht in der Förderung der Entwicklung und Integration der indigenen Gemeinden. Ein spezieller Fonds für Kultur und Bildung möchte dazu einen Beitrag zur Erhaltung des kulturellen Erbes leisten. Das Programm *Orígenes* richtet sich speziell an die ländliche Bevölkerung ethnischer Minderheit.

FONADIS: der nationale Fonds ist eine autonome Einrichtung von MIDEPLAN für die soziale Integration und Förderung der Möglichkeiten behinderter Menschen. Zu den wesentlichsten Leistungen zählen ein Stipendienprogramm für technische Unterstützung sowie eine speziell eingerichtete Arbeitsvermittlungsstelle.

SENAMA: die nationale Einrichtung für ältere Menschen ist jüngerer Datums. Ihre Hauptfunktion besteht darin, Vorschläge für Politikmaßnahmen zur besseren sozialen Integration älterer Menschen zu unterbreiten, in der Administration des nationalen Fonds für ältere Menschen sowie in der Koordination der öffentlichen Leistungen für die angesprochene Zielgruppe.

3.3.2.1.3 Dezentralisierung, Privatisierung und Zielgruppenorientierung

Abgesehen von der Schaffung neuer Institutionen und der Konzeption innovativer Sozialprogramme zeichnet sich die Sozialpolitik in Chile ab 1990 durch folgende Merkmale aus: eine zunehmend dezentrale Verwaltung, eine teilweise Auslagerung an externe oder private Institutionen, eine komplexere Zielgruppenorientierung und eine höhere Beteiligung der Betroffenen.

Der Prozess der Dezentralisierung gestaltet sich über zwei komplementäre Mechanismen: der Übertragung von mehr Verantwortung und Stärkung der Rolle der regionalen Verwaltung sowie über die Entwicklung dezentraler Institutionen für die Umsetzung. Zwischen 1990 und 2005 wurden deshalb Rechtsreformen durchgesetzt, welche die Gemeinden in ihrer Rolle als soziale Akteure bestärken. Die erste Reform fand im Jahr 1992 statt und beinhaltete die demokratische Wahl der Bürgermeister und Stadträte. Außerdem wurden Reformen zur besseren Finanzierung und des Ausgleichs zwischen den Gemeinden eingeführt. Der eigens dafür geschaffene *Fondo Común Municipal* ist jedoch nicht ausreichend, um die großen sozialen Unterschiede zwischen den Gemeinden zu glätten. Die Finanzierung der Gemeinden erfolgt über Steuern und Patente und ermöglicht die Durchführung von Projekten aus Eigeninitiative. Eine andere Quelle besteht in den Mitteln, welche von der zentralen Ebene für die Durchführung bestimmter Sozialprogramme zur Verfügung gestellt werden.

Die Dezentralisierung bis dato ist hauptsächlich operativer Natur. Die Mittel, Arbeitsschwerpunkte und technischen Anweisungen werden zentral gesteuert und erreichen die Gemeinden über die Sozialprogramme. Diese Tatsache führt mitunter zu Missmut auf Seiten der lokalen Autoritäten, welche nach den Vorschriften aus der Hauptstadt arbeiten müssen. Die Funktionsweise und der Erfolg der Dezentralisierung sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Während sich kleinere Gemeinden schwer tun, Eigeninitiative zu übernehmen, hat sich dieses System für andere bewährt.

Die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen hat schon in den 1980er Jahren angefangen und findet ihren stärksten Ausdruck in der Privatisierung der Sozialvorsorge, welche von einem allgemeinen, staatlichen System auf marktwirtschaftliche, individuelle Konten umgestellt wurde. Erweitert wurde die Privatisierung durch Auslagerung bestimmter Dienstleistungen an externe Institutionen wie Unternehmen, Beratungen, Universitäten, Vereine oder NGOs, welche in enger Zusammenarbeit mit dem Staat ihre vertraglichen Aufgaben erfüllen. Der Staat vergibt die Aufträge mittels öffentlicher Ausschreibungen oder spezieller Übereinkommen zur Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen. Die Aufgaben reichen von Maßnahmen zum Aufbau von individuellen Fähigkeiten und einer angemessenen Ausbildung, Förderung der persönlichen Entwicklung, Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln oder technischer Assistenz, organisatorische Unterstützung, Kinderpflege sowie der alter und kranker Menschen, Drogenprävention und Freizeitzentren. Viele der privatisierten Einrichtungen zählen sich zum „öffentlichen Nicht-Regierungssektor“.

Die Teilhabe privater Institutionen in der Umsetzung der Programme zur Armutsbekämpfung erleichtert den Zugang zur lokalen Nachfrage nach Dienstleistungen und stärkt die aktive Beteiligung der lokalen Akteure. Auf der anderen Seite sind diese Maßnahmen von geringer Reichweite und nur von kurzfristiger Dauer, was dem grundsätzlichen Bedarf an Nachhaltigkeit entgegensteht.

Wenngleich die Notwendigkeit eines effizienten Mitteleinsatzes unumstritten ist, steht die Frage der Art und Weise der Zielgruppenorientierung sowie die Findung der richtigen Balance zwischen zielgerichteten und universellen Maßnahmen im Raum. Bereits unter der Militärdiktatur wurde in Chile eine Reihe von zielgruppenorientierten Programmen eingeführt, welche sich als soziales Sicherheitsnetz an die Ärmsten richteten. Ab 1990 wurde der Zugang erweitert und abgesehen von einer Zielorientierung nach sozioökonomischer Situation auch die soziale Verletzlichkeit berücksichtigt. Der Kreis der Begünstigten wurde diversifiziert und umfasst heute u.a. Frauen, welche alleine einen Haushalt mit Kindern führen, die indigene Bevölkerung, benachteiligte Jugendliche oder Bewohner besonders armer Gegenden. Zielgruppenorientierung bedeutet nicht mehr nur eine Ausrichtung auf die Ärmsten in materieller Hinsicht, sondern ist komplexer geworden. Verschiedenste Kriterien kommen hierbei zur Anwendung von der Selbstselektion, über geographische Einheiten bis zur integralen Unterstützung von Familien.

Die aktive Beteiligung der Betroffenen war von Anfang an das proklamierte Ziel der demokratischen Regierungen. In den meisten Programmen findet sich deshalb ein Mechanismus, nach welchem die Beteiligung gewährleistet werden soll (z.B. Projektkomitees, Kleingruppen). Oft ist jedoch der Gestaltungsspielraum, welcher durch die Programmkriterien vorgegeben wird, zu gering. Es steht zur Diskussion, die lokalen Behörden über eine Verordnung oder ein Gesetz zu mehr Beteiligung der Bevölkerung aufzufordern.

3.3.2.1.4 Thematisierung von Bürgerrechten

In dem Verständnis, dass die Thematisierung von Bürgerrechten ein wesentlicher Bestandteil von Sozialpolitik ist, wurde in Chile ein Diskurs über die sozialen Rechte der Bürger initiiert.

Zum einen geht es dabei um den Kompromiss innerhalb einer Gesellschaft, bestimmte Minimalrechte für die Erfüllung der notwendigsten Grundbedürfnisse zu gewähren. Dies äußert sich in Chile durch zwei Innovationen, dem Plan AUGE im Gesundheitsbereich sowie dem System *Chile Solidario* (siehe 3.3.2.3). Zum anderen geht es um die politische Komponente des Schutzes und der Durchsetzung von Rechten sozial schwacher Gruppen wie Kinder oder der indigenen Bevölkerung. Die Thematisierung der Bürgerrechte hat jedoch erst in jüngster Vergangenheit Einzug in die sozialpolitische Debatte gefunden.

3.3.2.1.5 Etablierung eines Evaluierungssystems

Das Finanzministerium/ DIPRES (die Direktion für den Staatshaushalt) hat ab 1994 ein System zur Kontrolle der Verwaltung und des Aufwand-Nutzen-Einsatzes eingerichtet. Im Zuge dessen finden periodische Evaluierungen der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen statt, welche gewährleisten sollen, dass die öffentlichen Mittel effizient eingesetzt werden. Die Evaluierung von Regierungsprogrammen begann mit dem Jahr 1997 gemäß einem Abkommen zwischen Finanzministerium und Parlament. Es bestehen zwei Modalitäten. Eine, nach welcher drei unabhängige Experten die verfügbaren Informationen über die Prozesse und Resultate verwerten und eine Bewertung der Maßnahmen aus ihrer Sicht abgeben, sowie eine, wonach im Rahmen eines Untervertrages eine Wirkungsanalyse des ausgewählten Programms durchgeführt wird. Die Resultate der Evaluierungen werden dem Parlament vorgelegt. Anschließend werden auf Basis der Empfehlungen durch die externen Berater Entscheidungen über den weiteren Verbleib und die Gestaltung der jeweiligen Politikmaßnahme getroffen.

3.3.2.1.6 Technifizierung der Sozialpolitik

Die Technifizierung der Sozialpolitik in Chile begann schon in den 1970er Jahren. Während der Militärdiktatur wurden Instrumente zur Erfassung der Größenordnungen der sozialen Situation eingerichtet. Dazu zählen die *ficha de estratificación social* (CAS) und 1985 erstmals die bis heute durchgeführten Haushaltsbefragungen (CASEN) auf nationaler Ebene. Das Ziel besteht darin, anhand von einem standardisierten Fragenkatalog Informationen über die soziale Situation und die Wirkungsweise der Ausgaben zu erhalten. Die Technifizierung wurde unter den demokratischen Regierungen weiter ausgebaut.

Die so genannte *ficha CAS* wurde bereits zwei Mal modifiziert und das System CASEN durch die Erhöhung der Reichweite und der regionalen Repräsentativität sowie durch neue Fragen verbessert.

Im Einklang mit dem Ziel der Stärkung der dezentralen Verwaltung wurde durch die Einführung der genannten Instrumente zur sozialen Erhebung auch die Rolle des developmentpolitischen Akteurs auf lokaler Ebene gestärkt. Die Konzeption der regionalen und kommunalen Entwicklungsstrategien soll im Rahmen eines partizipativen Prozesses erfolgen, welcher alle relevanten Akteure beteiligt. In den Bereichen Bildung und Gesundheit sind die Pläne der Gemeinde an die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Genehmigung durch den Gemeinderat geknüpft, was die Bedeutung der Instrumente für eine angemessene lokale Verwaltung verdeutlicht.

Die Technifizierung der Sozialpolitik fand in drei Bereichen statt: den Wirkungsanalysen der Sozialprogramme, den Maßnahmen zur Stärkung und Professionalisierung der Institutionen auf regionaler und lokaler Ebene sowie in der Einführung von Mechanismen, die die Transparenz der staatlichen Leistungen erhöhen.

3.3.2.1.7 Vervielfachung des Angebots an Sozialprogrammen

Die Zahl der Sozialprogramme in Chile hat seit 1990 sehr stark zugenommen. Bis zum Jahr 2005 wurden rund 400 Programme eingeführt, welche von 80 öffentlichen Einrichtungen umgesetzt werden.

Insgesamt charakterisierte sich die Sozialpolitik ab 1990 durch folgende Änderungen (Raczynski, 1995a: 214ff.): Favorisierung der Unterstützung von sozialer Integration anstelle von fürsorglichen Maßnahmen für Individuen oder isolierten Familien, prioritäre Investitionen in Humankapital, Unterstützung von kleineren Produktionsaktivitäten, Förderung der sozialen Organisation und Teilnahme, individuelle Unterstützung nur für Ausnahmefälle, Qualität und gleicher Zugang zu Bildung, Integration von Jugendlichen und Frauen in den Arbeitsmarkt, Förderung von Klein- und Mikrounternehmen, Verbesserung der Wohnsituation und der Gemeinschaftsräume sowie der Effektivität der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, mehr zielgerichtete Programme inklusive neuer Institutionen, mehr Dezentralisierung und Zusammenarbeit privater und öffentlicher Institutionen, sowie Einrichtung eines neuen Instruments zur Bekämpfung von Armut, den *Fondo de Solidaridad e Inversión Social* (FOSIS).

3.3.2.2 FOSIS¹⁰⁴

Anfang der 1990er Jahre wurde in Chile ein Fonds für Solidarität und soziale Investitionen eingeführt. Der *Fondo de Solidaridad e Inversión Social* ist eine dezentrale, öffentliche Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit im Eigentum des Staates und dem Planungsministerium (MIDEPLAN) untergeordnet. Es finanziert Programme, Projekte und Aktivitäten im Entwicklungsbereich, welche der Reduktion von Armut dienen. Aus diesem Grund arbeitet FOSIS vor allem mit jenen Gemeinden zusammen, in welchen eine hohe Konzentration von Armut und sozialem Ausschluss vorherrscht. Ziel von FOSIS ist es, das Einkommen, die Lebensqualität und die persönlichen Fähigkeiten derjenigen zu unterstützen, welche benachteiligt leben. Die Mission lautet: „Einen Beitrag zu den Bemühungen des Landes für die Bekämpfung von Armut zu leisten, indem originelle Lösungen zu Thema, Gebiet und Arbeitsschwerpunkten in komplementärer Weise zu den anderen öffentlichen Einrichtungen angeboten werden.“

Die Aufgabe von FOSIS besteht in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen darin, sicher zu stellen, dass die ärmsten Haushalte Zugang zu öffentlichen Leistungen haben (Raczynski, 1995a: 214ff.). FOSIS übernimmt in der Regel eine koordinative Funktion und lässt die ausgewählten Programme und Projekte extern umsetzen. Insbesondere möchte FOSIS die soziale Integration und kleinere Initiativen unterstützen, wie städtische Mikrounternehmen, die ländliche Wirtschaft, Jugendliche mit geringem Einkommen, soziale Organisation und Trainingsmaßnahmen in ärmeren Wohngebieten. Insgesamt verfügt FOSIS mit rund 1% der Sozialausgaben über ein relativ kleines Budget. Ein Problem besteht in der Verschiedenartigkeit und der Schwierigkeit der Koordination der zahlreichen Programme.

FOSIS arbeitet mit jenen Personen und Familien, welche sich in einer sozial schwachen Position befinden, seien es Kinder, Jugendliche, Familien oder ganze Gemeinden, und jedes Jahr anhand der Erhebungsinstrumente CASEN und der *Ficha de Protección Social* bestimmt werden. Die Mittel verteilen sich auf die Begünstigten über die Umsetzung durch speziell geprüfte Institutionen, welche nach öffentlichen Ausschreibungen damit betraut werden. Grundsätzlich wird versucht, mit der Gemeindeverwaltung sowie privaten und öffentlichen Intermediären eng zusammen zu arbeiten.

¹⁰⁴ Vgl. FOSIS, Fondo de Solidaridad e Inversión Social, [20.02.2008].

Der Prozess der Mittelzuteilung beginnt mit der Beschlussfassung des Budgets durch das Parlament mit Wechsel des Kalenderjahres. Auf Basis dessen wählt FOSIS die entsprechenden Mittel für die einzelnen Regionen aus, wobei die regionalen Regierungen ihre Vorschläge für die Selektion prioritärer Gemeinden unterbreiten dürfen. Sobald die Gemeinden und die Mittelzuteilung für die einzelnen Programme feststehen, wird ein runder Tisch eröffnet, an welchem Vertreter der einzelnen Gemeinden und der öffentlichen Einrichtungen beraten. Anschließend werden die Zielgruppen durch lokale Promotoren über ihre Möglichkeiten informiert und motiviert, Projekte und Initiativen vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung und Auswahl der Projekte obliegt der Gemeindeverwaltung.

Die Projekte, die von FOSIS übernommen werden, gehen in zwei Richtungen: spezielle Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen wie Vereine, Universitäten, Beratung etc. oder Eigeninitiativen. Letztere basieren auf Vorschlägen von einzelnen Gruppen oder sozialen Organisationen, welche bestimmten territorialen oder zielgruppenspezifischen Kriterien gerecht werden. Kommt ein Vertrag mit FOSIS zustande, erhalten die Begünstigten die veranschlagten Mittel für die Umsetzung des Projektes. Im Anschluss wird in Form eines öffentlichen Berichtes über die Verwendung der Mittel und Erfüllung des Vertrages Rechenschaft abgelegt.

Im Jahr 2007 wurden folgende Projekte genehmigt: eine Produktionsgenossenschaft in Coquimbo, eine Verarbeitungsanlage für Mineralien (Atacama), eine gemeinschaftliche Organisation für ältere Menschen (Coquimbo), eine Initiative für Kinder in der Region Bío-Bío, Qualitätsnormen für den Tourismus an der Küste Araucanías, sozialer Schutz für Kinder von Immigranten ohne Dokumente (Großraum Santiago), ein Projekt zur Luftverbesserung in der Stadt (Los Lagos), Unterstützung des Unternehmergeistes (Aysen), ein Schul-Umweltprojekt (Libertador Bernardo O'Higgins), Förderung des Mutter-/Vaterschutzes (Bío-Bío) sowie ein Projekt zur Förderung des ländlichen Tourismus in Maule.

Außerdem koordiniert FOSIS spezifische Programme in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Integration, welche sich vorwiegend an Teilnehmer des *Programa Puente* richten. Dieses betrifft vor allem Familien in extremer Armut, die anhand des Instrumentes *Ficha de Protección Social* ermittelt und zur Teilnahme am Programm eingeladen werden. Im Rahmen des Programms erfolgt für die begünstigten Familien eine

vorwiegend psychosoziale Unterstützung und eine Aufklärung über ihre sozialen Rechte. Außerdem erhalten sie einen monatlichen Zuschuss von abnehmendem Wert. Jede Familie, welche die Teilnahme am Programm annimmt, wird für zwei Jahre unterstützt und danach in das Sozialsystem *Chile Solidario* (siehe 3.3.2.3) integriert. Das *Programa Puente* wurde außerdem auf jene Familien ausgeweitet, welche Kinder bekommen haben, Familien mit behinderten Personen oder älteren Menschen. Die Durchführung des Programms wird an die Gemeinden abgegeben, während FOSIS technische Assistenz, Monitoring und Evaluierung der Ergebnisse gewährleistet.

Im Sozialbereich bietet FOSIS derzeit folgende Programme an:¹⁰⁵

Desarrollo Social: Ziel ist eine Förderung der Lebensqualität durch Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung, familiäre Beziehungen, Wohnwesen und Entwicklung von Gemeinden. Das Programm richtet sich an Familien, welche Teil des *Programa Puente* sind, sowie an andere Gruppen mit Armutsgefährdung.

Habitabilidad - Chile Solidario: ebenfalls für Familien im *Programa Puente* und zielt auf eine Verbesserung der Wohnsituation und Basiseinrichtung ab.

Mejoramiento de la Infancia: für jene Kinder, welche keinen Zugang zu vorschulischer Betreuung haben. Die Umsetzung der Projekte erfolgt über FOSIS und der Nationaljunta für Kindergärten (*Junta Nacional de Jardines Infantiles – JUNJI*) in den Regionen Valparaíso, Maule, Bío-Bío und Araucanía.

Aquí Yo Hablo: für die Entwicklung der kommunikativen und sozialen Fähigkeiten. Begünstigt sind Kinder im *Programa Puente* und Kleinstunternehmer, welche ihre Anliegen für die lokale öffentliche Politik aussprechen.

Im Wirtschaftsbereich werden im Rahmen von FOSIS folgende Programme abgewickelt, welche sich grundsätzlich an die Teilnehmer des *Programa Puente* richten:

Iniciativa Emprendedora: Unterstützung von Kleinstunternehmertum von Personen ohne Beschäftigung durch Gewährleistung von technischer und finanzieller Unterstützung und für die Erstellung eines Geschäftsplanes.

¹⁰⁵ Vgl. FOSIS, Fondo de Solidaridad e Inversión Social, [20.02.2008].

Preparación para el trabajo: Ziel ist die Erlangung der notwendigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt durch einen flexiblen Lernprozess, welcher es armen Menschen und Jugendlichen ermöglicht, die persönlichen und sozialen Fähigkeiten zu entwickeln. Dazu gehören Alphabetisierung, Fertigstellung der Grundschulausbildung oder gezielte Trainingsmaßnahmen.

Empleabilidad Juvenil (neu): richtet sich an Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren und soll diese bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen. Im Jahr 2007 wurde das Programm in den Regionen Valparaíso, Maule, Bio Bío und Metropolitana angeboten.

Autoconsumo: Förderung der familiären Produktion an Grundnahrungsmitteln für den Eigengebrauch. Beinhaltet technische und finanzielle Unterstützung.

Apoyo a Actividades Económicas: richtet sich an selbständige Arbeiter und Kleinstunternehmer, welche durch technische Unterstützung und Zugang zu Finanzierungslösungen die wirtschaftliche Aktivität und somit ihr Einkommen verbessern können.

Emprendimientos Sociales (neu): Verbesserung der Qualifikation und finanzielle Anerkennung sozialer Tätigkeiten in den Bereichen Kindererziehung, Behinderten-Betreuung und Alterspflege.

Emprende + (neu): Stärkung der unternehmerischen Initiativen und Formalisierung von Kleinstunternehmen. Die Koordination erfolgt über das Wirtschaftsministerium.

Zu jenen Programmen, welche die soziale Integration fördern wollen, zählen:

Un Barrio para mi Familia: richtet sich an Familien, welche in notdürftigen Unterkünften untergebracht und Teil des *Programa Chile Barrio* (MINVU) sind. Sie erhalten Beratung und Unterstützung bei der Integration in die Gemeinschaft und dem Zugang zu öffentlichen und privaten Sozialnetzen. Das Programm wird in den Regionen Coquimbo, Valparaíso, O'Higgins, Maule, Bío-Bío, Los Lagos, Aysen und Metropolitana durchgeführt.

Promoción para la Participación, el Liderazgo y la Autogestión: unterstützt jene sozialen Gruppierungen und produktiven Aktivitäten auf lokaler Ebene, welche die Lebensqualität und Organisationsfähigkeit auf Gemeinschaftsebene erhöhen. Insbesondere erfolgt eine Unterstützung bei der Konzeption von Projekten, welche dann im Rahmen des Programms *Desarrollo Social* und *Apoyo de Actividades Económicas* eingereicht werden können. Außerdem möchte es die Führungsqualitäten in den entsprechenden Zielgruppen stärken.

3.3.2.3 Aktuelle Entwicklungen

Unter den demokratischen Regierungen seit 1990 haben sich die Sozialausgaben in Chile verdreifacht und machen heute 70% der gesamten öffentlichen Ausgaben aus (Bachelet, 2005: 12). Die erste *Concertación*-Regierung des Präsidenten Aylwin (1990-1994) hat alle Anstrengungen daran gesetzt, die sozialen Errungenschaften, welche unter der Militärdiktatur zurückgeschraubt wurden, wieder zu erlangen. Die Regierung Frei (1994-2000) hat fundamentale Reformen im Bildungsbereich und in der Justizverwaltung durchgesetzt und die Regierung Lagos (2000-2006) hat Sozialpolitik in ein Bürgerrecht transformiert, insbesondere durch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung (*Seguro de Cesantía*), dem Plan AUGE und dem System *Chile Solidario*.

3.3.2.3.1 Seguro de Cesantía¹⁰⁶

Die *Seguro de Cesantía* ist ein Instrument zum sozialen Schutz von Arbeitnehmern, welches mit dem Gesetz Nr. 19.728 eingeführt wurde und am 1. Oktober 2002 in Kraft getreten ist. Die Versicherung richtet sich an Arbeitnehmer, die verschuldet oder unverschuldet ohne Einkommen bleiben und ist für alle Arbeitnehmer ab dem 18. Lebensjahr verpflichtend, welche einen Arbeitsvertrag abschließen und unter das geltende Arbeitsrecht (*Código del Trabajo*) fallen. Für alle, deren Arbeitsvertrag vor dem 2. Oktober datiert ist, ist die Versicherung freiwillig. Ausgenommen sind Arbeitnehmer bei Privaten, Lehrlinge, Jugendliche unter 18 Jahren, Arbeitnehmer ab Pensionsalter, selbstständige Arbeitnehmer sowie jene Arbeitnehmer, welche nicht unter das geltende Arbeitsrecht fallen.

¹⁰⁶ Vgl. AFC Chile, Administradora de Fondos de Cesantía, [14.03.2008].

Die Versicherungsleistung ist abhängig von der Dauer und Höhe der Beitragszahlungen, von der Art des Arbeitsvertrages sowie dem Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Im Allgemeinen hat ein Arbeitnehmer, welcher gekündigt wurde oder selbst gekündigt hat, ein Recht auf bis zu fünf monatliche Zahlungen. Abgesehen von der finanziellen Leistung bietet die Versicherung Vorteile im Gesundheitsbereich, Unterstützung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt durch eine nationale Vermittlungsstelle sowie Stipendien zur Weiterbildung. Zum Zeitpunkt der Pensionierung kann der akkumulierte Betrag steuerfrei abgerufen werden.

Die Instabilität der Arbeitsverhältnisse ist angesichts der hohen Rotation auf dem Arbeitsmarkt (jährlich jeder vierte Arbeitsplatz) eine der Hauptsorgen der Chilenen. 70% fürchten selbst einen kurzzeitigen Verlust ihres Arbeitseinkommens, da die Sozialleistungen oft nicht ausreichen, um einen Ausgleich zu schaffen (Cowan, 2007).

3.3.2.3.2 Plan AUGE¹⁰⁷

Im Jahr 2005 wurde mit dem Gesetz Nr. 19.966 der *Plan AUGE* – bestehend seit dem Jahr 2002 – gesetzlich verankert, womit eine effiziente und angemessene Gesundheitsversorgung ohne Diskriminierungen für alle garantiert werden soll. Das Gesetz verpflichtet den nationalen Fonds für Gesundheit (FONASA) sowie das private Versicherungssystem ISAPRE zur Gewährleistung dieser Garantie, welche jedoch nur bestimmte Krankheitsbilder und Leistungen umfasst. Im Jahr 2007 wurde das System um 16 Krankheiten auf insgesamt 56 erweitert.

3.3.2.3.3 Chile Solidario

Seit Ende der 1990er Jahre wurden in Lateinamerika zunehmend Sozialprogramme eingeführt, welche einen Schwerpunkt auf Einkommenstransfers legen und gleichzeitig durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Gesundheit unterstützt werden. Der Hintergrund für diese Herangehensweise unter dem Motto „Soziale Sicherheit“ sind Vorschläge der Weltbank, welche die Notwendigkeit von Sicherheitsnetzen insbesondere für die Ärmsten betont. In Chile wurde deshalb das System *Chile Solidario* eingeführt.¹⁰⁸

¹⁰⁷ Vgl. Plan AUGE, Acceso Universal y Garantías Explícitas en Salud, [14.03.2008].

¹⁰⁸ Zum Beispiel in Mexiko das Programm Oportunidades, in Brasilien das Programm Bolsa Familia und in Argentinien das Programm Jefas y Jefes de Hogar; vgl. Serrano, 2005a: 12ff.

*Chile Solidario*¹⁰⁹, ein System der sozialen Sicherheit für die 225.000 ärmsten Familien des Landes, wurde im Mai 2002 von der Regierung Ricardo Lagos angekündigt und 2004 per Gesetz Nr. 19.949 beschlossen. Die Bedürftigkeit und somit der Zugang zu dem Programm, welches von dem Planungsministerium MIDEPLAN verwaltet wird, wird anhand von Haushaltsbefragungen (CASEN) ermittelt. Das innovative Element des Programms besteht darin, dass die betroffenen Familien durch einen Sozialarbeiter betreut werden, welcher in der Gemeindeverwaltung angesiedelt ist, und mit den einzelnen Familien einen individuellen Plan erarbeitet. Im Zuge des Programms gewährt der Staat eine Betreuung und finanzielle Unterstützung für einen Zeitraum von 24 Monaten. Im Gegenzug dazu verpflichtet sich die Familie, bestimmte Verantwortungen und Aufgaben zu übernehmen. Das Programm beruht auf vier Aktionselementen: einer psychosozialen Betreuung; der Bereitstellung von Leistungen in den Bereichen Identifikation, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Einkommen, Wohnraum und Familie; einer finanziellen Unterstützung, welche gegen Ende des Programms schrittweise abnimmt; sowie die Heranführung der Familie an das öffentliche Angebot an Sozialleistungen. Ein Großteil des Programms läuft über FOSIS.

In einem ersten Schritt werden jene Familien, welche als extrem arm gelten, von der Gemeindeverwaltung eingeladen, an dem Programm teilzunehmen. Akzeptiert die Familie das Angebot, kommt es zu einer Integration der Familie in das *Programa Puente*, welches von FOSIS durchgeführt wird und vor allem psychosoziale Unterstützung bietet.¹¹⁰ Gleichzeitig erhält die Familie einen finanziellen Zuschuss, welcher an das weibliche Haushaltsoberhaupt ausbezahlt wird und kontinuierlich abnimmt. Hinzu kommen etwaige finanzielle Transfers aus den Programmen *Subsidio Único Familiar* (SUF), für alle Kinder unter 18 Jahre, die staatliche Mindestpension, *Pensión Asistencial de Vejez* (PASIS), für alle älteren Menschen ab 65 Jahre, die Mindestpension für behinderte Menschen, *Pensión Asistencial de Invalidez* (PASIS), sowie ein Zuschuss für trinkbares Wasser, *Subsidio de Agua Potable* (SAP), welcher 100 % der Kosten für 15 Kubikmeter Wasser pro Monat deckt. Außerdem erhalten jene Familien, welche am Programm *Chile Solidario* teilnehmen, einen begünstigten Zugang zu weiteren Sozialprogrammen, welche von anderen Institutionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnwesen oder Justiz angeboten werden und mit MIDEPLAN kooperieren.

¹⁰⁹ Vgl. Chile Solidario, [10.03.2008].

¹¹⁰ Vgl. Programa Puente, [10.03.2008].

Eine quantitativ-orientierte Studie im Rahmen der Weltbank (Galasso, 2006) hat ergeben, dass das Programm *Chile Solidario* tendenziell die Bildung und Gesundheit der beteiligten Haushalte fördert und signifikante Erhöhungen des Einkommens mit sich bringt.¹¹¹ Allerdings konnten keine Rückschlüsse auf die bessere Integration in den Arbeitsmarkt getroffen werden. Es wird jedoch angenommen, dass die psychisch-soziale Unterstützung der Begünstigten einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren des Programms darstellt. Andere qualitative Evaluierungen zu *Chile Solidario* bestätigen diesen Eindruck (Serrano, 2005a: 14f.). In vielen Fällen werden die Familien durch die Betreuung erst auf das staatliche Angebot aufmerksam und fühlen sich im besten Fall ermutigt, selbst aktiv zu werden. Auf der negativen Seite stehen die hohen Erwartungen, die dem Programm entgegen gebracht werden und die es aber nicht erfüllen kann. Den sozialen Betreuern fehlt es angesichts der Tatsache, meist viele Familien gleichzeitig zu betreuen, an Zeit und Möglichkeiten, sich umfassender mit den jeweiligen Problemen zu beschäftigen. Sie müssen sich auf die Erfüllung der notwendigsten Aufgaben konzentrieren. Die Betroffenen selbst aber haben hohe Erwartungen an die Hilfe von außen und fühlen sich enttäuscht, wenn diese nicht erfüllt werden (Serrano, 2005a: 15f.).

Eines der größten Nachteile des Programms besteht darin, dass es auf individuellen Kriterien aufgebaut ist und somit die Integration der Familien in ihr soziales Umfeld nicht gefördert wird. Auch wenn die individuelle Betreuung als positiv gewertet wird, gibt es bei dem Programm keine Referenz auf die Integration in ein gemeinschaftliches Umfeld (Raczynski/Serrano, 2005a: 22).

Chile Solidario zählt trotz umfassenderer Konzeption zu jenen Sozialprogrammen, welche im Wesentlichen über Einkommenstransfers funktionieren. Es unterscheidet sich aber von ähnlichen Programmen im lateinamerikanischen Raum durch die beschränkte Anzahl an begünstigten Familien, durch eine begrenzte Dauer und durch den Einsatz einer individuellen, familiären Betreuung. Mit dem Fokus auf soziale Sicherheit und Einkommenstransfers wird jedoch ein zentraler, entwicklungspolitischer Aspekt vernachlässigt: die Förderung der sozialen Integration, die Schaffung von Möglichkeiten und Eigeninitiative (Serrano, 2005a: 17f.). Die Ergebnisse der Programme, darunter auch *Chile Solidario*, werden zwar ihren eigenen Ansprüchen gerecht, aber nicht einer Sozialpolitik, welche die Selbsthilfefähigkeiten und Kapazitäten sowie das allgemeine Wohlbefinden und Kooperation fördern möchte.

¹¹¹ Vgl. Galasso, 2006.

3.3.2.3.4 Regierung Michelle Bachelet (2006-dato)

Im Regierungsprogramm der amtierenden Präsidentin Michelle Bachelet (2005: 13) wird die Zukunft der Sozialpolitik in Chile darin gesehen, dass ihre Aufgabe nicht nur in der Armutsbekämpfung oder in der Erfüllung von Minimalbedürfnissen besteht, sondern einen umfassenden Schutz und die Reduktion von Unsicherheiten für alle gewährleisten solle. Dabei gehe es um die Eröffnung von Möglichkeiten und die Limitierung von Risiken insbesondere für all jene, die aus den verschiedensten Gründen nicht über die notwendigen Mittel verfügen. Das Ziel der Regierung Bachelet bis zum Jahr 2010 ist die Einrichtung eines Systems der sozialen Sicherheit, welches soziale Grundrechte für alle "*desde la cuna a la vejez*" (von der Wiege bis zum Alter) garantiert. Dazu soll unter anderem die Reichweite von *Chile Solidario* ausgebaut werden, das Programm *Chile Crece Contigo* umgesetzt, eine angemessene Mindestpension sowie ein universeller Bildungszugang mit Qualität für alle garantiert werden (vgl. FOSIS).

*Chile Crece Contigo*¹¹²

Eine interessante Neuerung stellt das Programm *Chile Crece Contigo* dar, ein integrales System für den Schutz der ersten Kindheit, welches auf einer politischen Initiative für Kindheit und Jugend aus dem Jahr 2000 aufbaut und im Jahr 2007 begann.¹¹³ Das Ziel des Programms besteht in der Begleitung und im Schutz für alle Kinder und Familien, insbesondere in den ersten vier Jahren nach der Geburt, indem die psychischen, physischen und sozialen Bedürfnisse des Kindes gleichermaßen erfüllt werden sollen. *Chile Crece Contigo* wurde anhand von Vorschlägen eines Beratungsgremiums (Consejo Asesor Presidencial para la Reforma de las Políticas de Infancia, 2006) entwickelt und beruht auf der Tatsache, dass in der ersten Phase der Entwicklung eines Menschen die Grundsteine für seine späteren kognitiven Fähigkeiten sowie seiner psychischen und physischen Gesundheit gelegt werden. Manche Maßnahmen im Rahmen von *Chile Crece Contigo* richten sich universell an alle Kinder, andere begünstigen insbesondere arme Familien. Zu jenen Maßnahmen, welche sich speziell an einkommensschwache Haushalte richten, zählen unter anderem ein Familienzuschuss, *Subsidio Único Familiar* (SUF), gesundheitliche Beratung sowie eine Gratis-Kinderbetreuung.

¹¹² Vgl. Chile Crece Contigo, [10.03.2008].

¹¹³ Vgl. Gobierno de Chile, 2000.

Chile Crece Contigo wird durch ein Gremium koordiniert, in welchem die Ministerien für Bildung, Finanzen, Gesundheit, Arbeit und soziale Vorsorge, Justiz, Wohn- und Städtewesen, Frauen sowie das Generalsekretariat der Präsidentin vertreten sind und welches vom Planungsministerium MIDEPLAN geleitet wird. Die Funktion des Komitees besteht in der Überwachung der Konzeption, Einführung und Umsetzung des Systems auf Gemeindeebene. Außerdem wurden zwei Fonds für lokale Initiativen zur Unterstützung der Entwicklung des Kindes eingerichtet: *Fondo de Intervenciones de Apoyo al Desarrollo Infantil* sowie *Fondo Concursable de Iniciativas para la Infancia*.

Nueva Política Habitacional

Ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen Regierung liegt in der Verbesserung der Wohninfrastruktur. Die Defizite im Wohnbereich sollen in Zusammenarbeit mit den Familien in den ärmsten Wohngebieten abgebaut, der Standard und die Größe der Wohnfläche verbessert sowie die soziale Integration in den Randbezirken gefördert werden. Aber auch den Mittelschichten soll durch staatliche Subventionierung die Erreichung eines Wohneigentums ermöglicht werden. Zu den staatlichen Förderprogrammen in diesem Bereich zählen u.a. der *Fondo Solidario de Vivienda I* und *II*, ein *Subsidio Habitacional Rural* sowie *Movilidad Habitacional*, welches das staatliche Verbot des Verkaufs subventionierter Wohnungen aufhebt. Außerdem wurden folgende Programme eingerichtet: *Programas Participativos de Mejoramiento Urbano*, *Pavimentos Participativos*, *Espacios Públicos*, *Mejoramiento de Condominios Sociales*, *Programa de Inversión Urbana*, *Chile Barrio* und *Quiero mi Barrio*. Das Ziel der Programme ist es, zu einer Verbesserung der Wohnsituation in Randbezirken und sozial ausgegrenzten Gegenden beizutragen.

Reforma Previsional

Im Jahr 1980 kam es zu einer weit reichenden Reform des Pensionssystems.¹¹⁴ Private Pensionskassen sollten von nun an die einzelnen Pensionskonten administrieren.

¹¹⁴ Die ersten staatlichen Pensionen wurden im Jahr 1898 für Beamte eingeführt. Ein wohlfahrtstaatliches Absicherungssystem entstand aber weitgehend erst in der Mitte der 1920er Jahre, welches jedoch nur formal Angestellte umfasste.

Ein besonderes Problem des neuen Systems ergab sich daraus, dass gerade einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bis zu ihrer Pension nicht genug Kapital ansparen können. Das System *Pensión Asistencial* (PASIS) gewährt jenen, welche keine andere Möglichkeit haben, einen kleinen Zuschuss, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit unter Armen und extrem Armen hoch, weder im privaten noch im öffentlichen Pensionssystem versichert zu sein (Olavarría-Gambi, 2006: 29ff.). Eine weitere Reform des Pensionssystems war deshalb notwendig. Im Jahr 2005 lag die Reichweite bei nur 55% der Erwerbstätigen (OECD, 2005a: 11).

Am 11. März 2008 verkündete Präsidentin Michelle Bachelet (2008) den Gesetzesbeschluss zur Reform des Vorsorgesystems (*Reforma Previsional*). Mit diesem Beschluss soll im Laufe der folgenden Jahre ein neues Pensionssystem gegründet werden. Die neue *Pensión Básica Solidaria*, soll all jene begünstigen, die zu den 60% der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen zählen. Den Begünstigten in Zukunft eine Basispension von 75.000 CLP pro Monat (~ 110 Euro) garantiert werden. Die Umsetzung der Reform soll im Laufe der folgenden Jahre erfolgen und beginnt mit 1. Juli 2008, ab welchem Zeitpunkt den ersten 600.000 Personen eine monatliche Pension von vorerst 60.000 CLP ausgezahlt werden soll.

Mehr Qualität im Bildungsbereich

Mit dem Ziel die Qualität der Schulbildung für alle zu erhöhen, wurde von der Regierung ein Gesetzesentwurf zur Verfassungsreform ins Parlament eingebracht, welcher ein allgemeines Recht auf Qualität im Schulsystem einräumen soll. Außerdem wird angestrebt, ein neues allgemeines Schulgesetz einzuführen. Bereits umgesetzt werden, konnte ein Gesetz, welches die Qualität im tertiären Bildungsweg garantiert sowie das Gesetz zur Subvention besonders benachteiligter Schulen. Das veranschlagte Budget für den Bildungsbereich stieg im Jahr 2008 um 15,6% gegenüber dem Vorjahr.¹¹⁵ Ein Großteil der zusätzlichen Ausgaben soll für die Verbesserung der Infrastruktur und die Ausstattung der schulischen Einrichtungen aufgewendet werden.

¹¹⁵ Vgl. Gobierno de Chile, [22.03.2008].

3.3.3 Spezielle Sozialprogramme zur Förderung der sozialen Integration

Ein besonderes Charakteristikum in Chile ist die traditionell zentral ausgerichtete Steuerung und die hohe Anzahl der verschiedensten sozialpolitischen Maßnahmen und der beteiligten Institutionen. Ansätze zur Dezentralisierung erscheinen notwendig, was jedoch auch die Koordination und Kohärenz der Maßnahmen zusätzlich erschwert. Seit 1990 wurden zahlreiche Programme und innovative Ansätze zur Reduktion von Armut entwickelt, welche sich angesichts der laufenden Evaluierungen¹¹⁶, der budgetären Restriktionen und parlamentarischen Genehmigungsprozessen sowie auch der Änderungen in den Präferenzen der Entscheidungsträger immer wieder umgestalten. Im Jahr 2006 belief sich die Zahl der Sozialprogramme auf über 225 (Hardy, 2006b: 242).

3.3.3.1 *Más Región, Promoción, Un Barrio para mi Familia*

Die Förderung der sozialen Integration ist einer der Schwerpunkte der neuen Sozialpolitik in Chile und insbesondere ein Anliegen im Rahmen der Programme des Fonds für Solidarität und soziale Investitionen (FOSIS), welcher das Konzept soziales Kapital in die sozialpolitische Praxis integriert hat und in der Konzeption der Programme explizit anführt. Für die Zwecke der Dissertation wurden folgende drei Programme für eine nähere Betrachtung ausgewählt: *Programa Más Región*, ein Programm zur Förderung der regionalen Entwicklung und Dezentralisierung, welches von der Europäischen Union mit 10,7 Mio. Euro unterstützt wird;¹¹⁷ *Programa Promoción*, das Nachfolgeprogramm von *Entre Todos*, zur Förderung der gemeinschaftlichen Kapazitäten; sowie *Un Barrio para mi Familia*, ein Programm zur Verbesserung der familiären Wohnsituation unter Beachtung der sozialen Reintegration.

¹¹⁶ Abgesehen von programmspezifischen Evaluierungen, welche von externen Organisationen wie Asesorías para el Desarrollo oder dem Finanzministerium durchgeführt werden, erfolgen in Chile in regelmäßigen Abständen Haushaltsbefragungen, die so genannte CASEN, Encuesta de Caracterización Socioeconómica, [28.02.2008] welche die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der sozialpolitischen Maßnahmen messen sollen; vgl. Raczynski, 1995b: 18.

¹¹⁷ Die Prioritäten der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Chile liegen in den Bereichen soziale Kohäsion, höhere Bildung sowie Innovation und Wettbewerbsfähigkeit; im Jahr 2007 waren 21 EU-Projekte in der Umsetzung, für welche rund 65 Mio. Euro aufgewendet werden; vgl. European Commission, The EU's relations with Chile, [16.03.2008] sowie European Commission, 2007a: Chile Country Strategy Paper 2007-2013.

3.3.3.1.1 Programa Más Región¹¹⁸

Die Umsetzung des Programms *Más Región* zur Förderung der Regionalisierung und Dezentralisierung des Staates in der Region Coquimbo erfolgte im Zeitraum zwischen 2000 und 2004. Zu den spezifischen Zielen dieses Pilotprojektes zählten die Verbesserung der dezentralen Regierung und Verwaltung, eine aktive Beteiligung der Betroffenen sowie Nachhaltigkeit und Gleichheit. Zu diesem Zweck wurde mit den lokalen Behörden zusammengearbeitet, um Pläne für die gemeinsame Verbesserung der Wohnsituation und der gemeinschaftlichen Infrastruktur aufzustellen und umzusetzen. Außerdem sollten die ökonomisch-organisatorischen Fähigkeiten gestärkt und die Produktivität gefördert werden. Durch das Programm sollten die Kapazitäten und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit auf lokaler Ebene gefördert werden. Die Armutsraten in den beteiligten Ortschaften der Region lagen bei 50-70%. Drei spezifische Projekte, welche im Rahmen des Programms durchgeführt wurden, sollen kurz dargestellt werden.

Ausbildungsstätte für Führungskräfte im sozialen Bereich

Ein Projekt beinhaltete die Aus- und Fortbildung von 90 lokal ansässigen Führungspersönlichkeiten, welche dadurch befähigt werden sollten, in den Provinzteilen Elqui, Limarí und Choapa partizipative Prozesse in Gang zu setzen, um die organisatorischen Kapazitäten zu fördern. Außerdem wurden 40 Funktionäre ausgebildet, die in den öffentlichen Institutionen die Aufgabe der sozialen Förderung übernehmen sollten. Die Durchführung des Ausbildungsauftrages wurde von der sozialwissenschaftlichen Fakultät der *Universidad de Chile* übernommen. Es handelte sich insofern um ein Projekt, welches wissenschaftliche Erkenntnis mit der politischen Praxis verbinden sollte.

Die Ausbildungseinheiten teilten sich in theoretische und praktische und umfassten die folgenden Module: Geschichte der sozialen Bewegungen in Lateinamerika und Chile; kulturelle Diversität und soziale Integration; soziales Kapital; kollektive Verwaltung, Führung und Zivilgesellschaft; Vereinigungen, Netzwerke und der Dienstleistungssektor; Konfliktlösung in Organisationen; partizipative Verwaltung der öffentlichen und privaten Mittel; strategische Planung und Instrumente für Gruppenarbeiten.

¹¹⁸ Vgl. Serrano u.a., 2006.Serrano, 2005b: 13ff.

Ein wesentliches Element war die Schaffung einer gemeinsamen Sprache in Hinsicht sozialtechnischer Instrumente und was das Verständnis von sozialem Kapital betrifft. Das akademische Lehrpersonal wurde gut aufgenommen, ebenso wie der langfristige Zeithorizont der Ausbildung.

Zu den Haupterrungenschaften zählten die Erhöhung der organisatorischen Kapazitäten und Fähigkeiten der Führungskräfte, welche auf ihre lokalen Realitäten übertragen werden können; eine Annäherung zwischen den technischen Funktionären und der Zivilgesellschaft sowie durch die Interaktion und den Erfahrungsaustausch während der Bildungseinheiten die Schaffung von Verständnis und Vertrauen zwischen den Beteiligten. Das Projekt diente also nicht nur zur Ausbildung von Intermediären, sondern förderte innerhalb der Region die sozialen Beziehungen auf einem bestimmten Niveau.

Stärkung der organisatorischen Kapazitäten der ländlichen Bevölkerung

Ein Pilotprojekt zur Stärkung der organisatorischen Kapazitäten wurde im ländlichen Sektor von Coquimbo im Zeitraum zwischen 2002 und 2004 durchgeführt, in zwölf Ortschaften des Flussbeckens Choapa sowie der Bezirke Salamanca, Illapel und Canela. Das Ziel des Programms war eine Umkehr der Tendenz zur individuellen Isolierung der Einwohner. Eine Vorabdiagnose hatte ergeben, dass gemeinschaftliches Handeln trotz zahlreicher Organisationen wenig ausgeprägt war. Die Beteiligten setzten sich sowohl aus den lokalen Regierungsinstitutionen sowie aus Einwohnern der einzelnen Ortschaften zusammen.

Die einzelnen Etappen des Projekts waren: Diagnose der vorhandenen organisatorischen und wirtschaftlichen Prozesse sowie der Umgebung; Ausführungsoptionen der identifizierten Handlungsschwerpunkte; die Einführung von so genannten *mesas de trabajo* (Arbeitstische), in welchen Pläne und Vorschläge für partizipative Prozesse und gemeinschaftliche Projekte entworfen wurden; sowie die Unterzeichnung eines Protokolls mit den lokalen Behörden, welches die Umsetzung garantiert.

Die Konsequenz der Diagnosen war die Realisierung konkreter Aktionen, insbesondere die Einführung von Werkstätten verschiedenster Art sowie die Sammlung von praktischer Erfahrung im produktiv-wirtschaftlichen Bereich in den Regionen Valparaíso und der Hauptstadt. Außerdem wurden in den Grundschulen umweltbezogene Themen eingeführt.

Die Vorteile des Projekts bestanden vor allem in der Förderung der sozialen Beziehungen unter den Teilnehmern und mit den öffentlichen Einrichtungen. Die Stärken und Schwächen der einzelnen Institutionen wurden analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Möglichkeiten, sich mit anderen Ortschaften zu vernetzen, und die Förderung der Koordination durch die Einrichtung der Arbeitstische wurden von allen Seiten begrüßt. Außerdem wurde das Potential zur Konfliktlösung gestärkt. Das Projekt hat gezeigt, dass Instrumente wie eine partizipative Autodiagnose, runde Tische und lokale Entwicklungspläne nicht zuletzt aufgrund der höheren Akzeptanz bei den Betroffenen wesentliche Verbesserungen in der Wirkungsweise sozialpolitischer Maßnahmen mit sich bringen.

Unterstützung der Gemeindeverwaltung bei der Erstellung und Umsetzung von integrativen Entwicklungsprogrammen

Das Projekt begann im Sommer 2001 und wurde in sechs territorialen Einheiten der Region, drei städtischen und zwei ländlichen, durchgeführt. Ziel war die Unterstützung der zuständigen Verwaltungsbehörden bei der Konzeption und Umsetzung von Aktionsplänen zur Verbesserung der Wohnsituation und der gemeinschaftlichen Infrastruktur sowie der ökonomischen Kapazitäten. Die Beteiligung von FOSIS half bei der Finanzierung, die Gemeinden unterstützten das Projekt durch Information, einen lokalen Intermediär und durch Ermöglichung der Infrastruktur.

Ausgehend von einer Diagnose unter Beteiligung der Betroffenen durch den lokalen Akteur wurden die Prioritäten festgelegt. Die finanzierten Projekte umfassten unter anderem: Asphaltierungsarbeiten, die Konstruktion von Wasserschutzdämmen und Verbesserungen der Dächer, Gemeinschaftsräume, Arztordinationen, Kindergärten sowie kleinere Arbeiten zur Sanierung der Wohnräume. Zur Erhöhung der organisatorischen Fähigkeiten wurden Kurse abgehalten zur Stärkung der Planungskapazitäten und der Beteiligung sowie des Konfliktlösungspotentials und zur Formulierung von Projekten. Außerdem wurde der Erfahrungsaustausch mit den Funktionären der Regionen Valparaíso, Bío-bío und der Hauptstadt gefördert und Kurse zur Bewältigung des Arbeitsstressses angeboten. Zu den Errungenschaften des Projekts zählt die Tatsache, dass die lokalen Einwohner gemeinschaftlich handelten, um gemeinsame Probleme zu lösen und ihre Situation zu verbessern. Positive Einflussfaktoren wie ein langer Zeithorizont (vier Jahre) und gut ausgebildete soziale Akteure, welche einen wesentlichen Unterschied machen können, unterstützten den Erfolg des Projekts.

Eine Barriere bei der Umsetzung partizipativer Prozesse liegt in dem Misstrauen mancher öffentlicher Funktionäre gegenüber einer möglichen Ausuferung der Forderungen auf lokaler Ebene. Der Dialog mit und die Beteiligung der Bevölkerung könnte zu höheren Kosten führen, mehr Zeit und Arbeitseinsatz benötigen sowie eine Einschränkung der eigenen Macht bedeuten. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Projekt zeigen jedoch, dass angesichts der höheren Akzeptanz die Resultate durch eine Beteiligung der Betroffenen besser werden, was auch zu einer Zufriedenheit auf Seiten der Funktionäre führt. Das Bekanntwerden positiver Erfahrungen in anderen Ortschaften könne dabei helfen, Vorurteile abzubauen.

Bildung von sozialem Kapital

Die Akzeptanz der Bedeutung von sozialem Kapital für den Erfolg sozialpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut bedeutet, Programme zu konzipieren, welche eine Entwicklung von unten nach oben zulassen. Ein explizites Ziel des Programms *Más Región* war die Förderung von sozialem Kapital durch die Beteiligung der Betroffenen und ihrer Interaktionen. Die Evaluierung des Programms, die von dem externen Beratungsinstitut *Asesorías para el Desarrollo* durchgeführt wurde, umfasste deshalb auch eine Operationalisierung und quantitative Messung von sozialem Kapital anhand eines eigens dafür konzipierten Fragebogens (siehe Anhang Kapitel 5.3). In jedem der 224 Haushalte der Stichprobe aus drei ausgewählten Ortschaften wurde eine Person über 18 Jahre befragt. Das standardisierte Interview umfasste Fragen zu folgenden Dimensionen: Informationszugang, freiwillige Teilnahme an Organisationen und gemeinschaftlichen Aktionen, persönliche Beziehungsnetzwerke, Vertrauen in das Verhalten anderer, persönlicher Einfluss und Autorität, vorherrschende kulturelle Charakteristika sowie zur Möglichkeit kollektiver Handlungen für das gemeinsame Wohl.

Schon während der Befragungen haben sich einige Tendenzen abgezeichnet: soziales Kapital scheint vom zivilen Status abhängig und unter ledigen und älteren Personen höher zu sein; die Beteiligungsrate bei Projekten der Gemeindeverwaltung war allgemein hoch; das soziale Kapital ist in Zonen mit einer hohen Armutsrate und zahlreichen Sozialprogrammen auf mittlerem Niveau. Die Ergebnisse sind jedoch je nach Dimension differenziert zu betrachten und eine allgemeine Aussage über soziales Kapital an sich schwierig.

Während in den Dimensionen *empowerment*, kollektive Aktionen und Information hohe Werte erzielt werden, sind sie in den Bereichen Politik, Vertrauen und *leadership* niedrig. Die Auswertung der Haushaltsbefragungen hat ergeben, dass der Informationszugang der einzelnen Betroffenen sehr stark variiert und von den Notwendigkeiten vor Ort bestimmt wird. Eines der interessantesten Ergebnisse ist die Tatsache, dass die Teilnehmerate in gemeinschaftlichen Organisationen hoch ist, was für eine gelungene Konzeption des Programms spricht. Die Jugendlichen legen auf Mitgliedschaften in Organisationen weniger Wert, dafür ist ihre Beteiligung in kulturellen und gemeinschaftlichen Aktivitäten groß. Das bedeutet, dass bei der Konzeption von Programmen darauf geachtet werden sollte, dass genügend Raum dafür gegeben ist. Die Anerkennung der positiven Rolle von Führungspersonlichkeiten zeigt, dass es wichtig ist, jene zu fördern, welche die Initiative für gemeinschaftliches Handeln ergreifen und andere dafür begeistern können. Jene Projekte, welche die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Behörden und den Betroffenen förderten, führten zu einer gegenseitigen Annäherung und einem Abbau von Vorurteilen.

Die Ergebnisse in Bezug auf Vertrauen zu den anderen bestätigen die Tatsache, dass in der Gesellschaft insgesamt das Vertrauen sehr gering ist. Vertrauen gemeinsam mit den Subindices *leadership* und Politik weisen sehr niedrige Werte auf, im Gegensatz zu jenen bezüglich Informationsstand, *empowerment* und gemeinschaftliches Handeln, welches erstaunlich hohe Bewertungen hat, was auf die Initiativen im Rahmen des Programms zurückgeführt werden kann.

Hinsichtlich des Instruments lässt sich feststellen, dass sich für die Messung von sozialem Kapital ein breit gefächertes Index als sinnvoll erwiesen hat, nicht zuletzt deshalb, weil soziales Kapital verschiedene Dimensionen umfasst und nicht mit einem Indikator allein messbar ist. Der Index in der vorliegenden Evaluierung hat sich bewährt. Die erreichte Punkteanzahl wurde in drei Kategorien geteilt: niedriges soziales Kapital (0-33 Punkte), mittleres Niveau an sozialem Kapital (34-66 Punkte) und ein starkes Ausmaß an sozialem Kapital ab 66 Punkten. 35% der Befragten fielen in die Kategorie niedrig, 32% in die Kategorie mittel und 33% hoch.

Obwohl soziales Kapital durchschnittlich auf mittlerem Niveau vorhanden ist, fehlt es im Allgemeinen an jener Form sozialen Kapitals, welche durch asymmetrische Beziehungen zu Personen in höheren Machtpositionen entstehen. Das Programm hat insbesondere die Kontakte innerhalb der lokalen Gemeinschaft gestärkt.

Während Interaktionen und Beratungen mit den öffentlichen Behörden stattfanden, blieben diese meist jenen vorbehalten, welche ohnehin schon vernetzt waren. Soziale Beziehungen zu anderen Gesellschaftsschichten, also abgesehen von Familie und engerer Umgebung, können ein hilfreiches Mittel für die Verbesserung der eigenen Situation darstellen. Die Förderung asymmetrischer Kontakte sollte als wichtiges Element bei der Konzeption zukünftiger Maßnahmen berücksichtigt werden.

3.3.3.1.2 Programa Promoción¹¹⁹

Das Programm *Promoción para la Participación, el Liderazgo y la Autogestión* – in seiner Grundidee ein Kernprogramm von FOSIS – ist das Nachfolgeprogramm des Programms *Entre todos* (1990-1994). Ziel von *Entre todos* war die Förderung der organisatorischen Fähigkeiten von Gruppen in den ärmsten Regionen. Um für finanzielle und technische Unterstützung ansuchen zu können, musste ein Projekt vorgewiesen werden. Da gerade arme Menschen mit wenig Bildung Schwierigkeiten bei der Formulierung, Vorbereitung und Ausführung von gemeinschaftlichen Projekten haben, erhielten sie im Rahmen des Programms spezielle Unterstützung und Beratung. Somit sollten sie befähigt werden, gemeinsame Bedürfnisse zu erkennen und in der Gemeinschaft zu lösen (Raczynski, 1995a: 214ff.).

Das Programm *Promoción* möchte durch die Unterstützung und Förderung gemeinschaftlicher Organisation durch gemeinsam und partizipativ entwickelte Projekte die Lebensqualität und Selbsthilfe-Kapazitäten armer Bevölkerungsgruppen verbessern. Ziel ist die Erarbeitung eines Projektplans, welcher bei den komplementären Programmen von FOSIS, *Desarrollo Social* und *Apoyo de Actividades Económicas*, eingereicht wird. Außerdem sollen die Führungskapazitäten ausgebaut werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist das Konzept soziales Kapital als Erklärungsansatz für die Beziehungen und die Zusammenarbeit, welche auf lokaler Ebene entstehen und im Zusammenhang mit den Armuts-bedingenden Faktoren gesehen werden. Bereits das direkte Vorgängermodell *Generación de Capacidades en Localidades Pobres* beinhaltete als explizites Hauptziel die Förderung von sozialem Kapital (DIPRES, 2002).

¹¹⁹ Vgl. DIPRES, 2002; FOSIS, 2006b; FOSIS, 2006a; FOSIS, 2006c; FOSIS, 2005.

Das Programm *Promoción* möchte Vertrauen, gegenseitige Unterstützung und gemeinschaftliche Kooperation fördern. Unter sozialem Kapital werden im Rahmen des Programms jene Ressourcen verstanden, „welche auf der Mikro- und Makroebene sichtbar werden und auf wechselseitigen Beziehungen beruhen, die auf Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aufbauen.“ FOSIS geht davon aus, dass die Stärkung des sozialen Kapitals die Reduktion von Armut unterstützt. Aus diesem Grund sollen alle Beteiligten, Personen, Gruppen oder Gemeinden unter Anerkennung ihrer Fähigkeiten bei der Konzeption von Lösungsansätzen einbezogen werden. Das Programm setzt dabei in erster Linie bei den Organisationen, Führungspersonlichkeiten und relevanten Autoritäten an, da diese als die Hauptmotoren für Veränderung gesehen werden und die Fähigkeit besitzen, gemeinschaftliche Projekte im Interesse und zum Schutz aller in Gang zu setzen. Der zentrale Schwerpunkt des Programms liegt in der Unterstützung von Gruppen und Organisationen im Gegensatz zu Einzelpersonen.

Das Programm, welches gemäß den Programmleitlinien dazu beitragen soll, das soziale Kapital ganzer Gruppen oder Organisationen zu erhöhen, besteht aus drei Komponenten:

- *Apoyo a la autogestión*: Unterstützung der Selbstversorgung sozialer oder wirtschaftlicher Organisationen; es werden gemeinsam Projektpläne erarbeitet, welche bei FOSIS im Rahmen der Programme *Desarrollo Social* und *Apoyo de Actividades Económicas* eingereicht werden können, um somit die Mittel für die Umsetzung zu erlangen. Zielgruppe sind all jene Organisationen oder soziale Einheiten innerhalb der festgelegten Gebiete, welche ein Interesse für die Entwicklung kollektiver Unternehmungen gezeigt haben. Im Rahmen dieser Komponente wird ein lokaler Betreuer finanziert und technische Unterstützung für die gemeinsame Erstellung von Business-Plänen bzw. im Sozialbereich für die Konzeption von sozialen Projekten gewährleistet. Dabei sollen die Vorteile kooperativen Verhaltens hervorgehoben werden. Der Berater hilft bei der Optimierung der Projektanträge zur Erfüllung der Kriterien von FOSIS. Die Programmteilnehmer werden bei der Umsetzung der Projekte begleitet, wobei auf die Förderung ihrer Fähigkeiten zur Planung, Kontrolle, Verwaltung, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung sowie der gemeinschaftliche Umgang geachtet werden soll. Außerdem erhalten die Teilnehmer Unterstützung bei der Evaluierung der Resultate. Die Dauer des Eingriffs umfasst maximal 12 Monate.

- *Promoción Territorial*: Ziel ist die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und des Vertrauens innerhalb der territorialen Einheiten; aus diesem Grund wird ein Entwicklungsprozess finanziert, der die gemeinschaftlichen Kapazitäten fördern will, indem die Mittel und Möglichkeiten der lokalen Umgebung gemeinsam genutzt werden. Im Rahmen dieser Komponente soll unter Beteiligung aller eine Diagnose der gemeinschaftlichen Bedürfnisse erstellt werden und mindestens eine Initiative vorgestellt werden, welche durch das Programm finanziert wird. Die Aufgaben der Einrichtung, welche den Zuschlag zur Umsetzung erhält, umfassen: Einrichtung eines Arbeitstisches, Verbreitung der Information über das Programm im Zielgebiet und Identifizierung von möglichen Teilnehmern (Gruppen, Organisationen), formale Integration der Teilnehmer in das Programm und Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle; gemeinsam mit allen Teilnehmern werden unter besonderer Berücksichtigung eines allgemeinen Klimas des Vertrauens folgende Aktivitäten initiiert: Anerkennung der sozialen und territorialen Gegebenheiten; Entwicklung einer langfristigen Strategie für die Gemeinschaft; Konzeption und Ausführung einer konkreten Initiative zur Umsetzung der Strategie mittels finanzieller Unterstützung von FOSIS; Evaluierung des Prozesses und Ausblick auf zukünftige Projekte. Der verfügbare Zeithorizont für diese Komponente des Programms beläuft sich auf zwölf Monate.

- *Apooyo a la Formación de Agentes Locales de Desarrollo*: Ausbildung der Fähigkeiten von Führungspersönlichkeiten und Leiter der verschiedenen Organisationen, welche in den einzelnen Gebieten eine wichtige Rolle übernommen haben, aber auch anderer Personen, die für ihre Umgebung Verantwortung übernehmen möchten. Die ausführende Institution hat in dieser Komponente folgende Schritte zu setzen: Verbreitung der Information über das Angebot des Programms und die Teilnahmekriterien im Zielgebiet; Identifizierung möglicher Kandidaten für das Programm; Erstellung eines Planes, welcher eine Diagnose der vorhandenen Fähigkeiten beinhaltet, Inhalte wie Kommunikation, Nutzung des Internets, Funktionsweisen und Arten von Kooperation und Netzwerken umfasst, sowie eine Evaluierung vorsieht; und die Durchführung der Ausbildung.

Das Programm *Promoción* geht im Einklang mit dem Grundgedanken von FOSIS von der Selbstbestimmung der Betroffenen aus und möchte lediglich jene Fähigkeiten fördern, die ihnen dabei helfen, selbst Lösungen für ihre Entwicklung zu finden.

Für die Umsetzung des Programms werden den regionalen Ausschreibungsregeln entsprechend ausschließlich Intermediäre unter Vertrag genommen. Diese können Einrichtungen des tertiären Bildungsweges oder andere wissenschaftliche Institutionen sein, öffentliche Stellen, private Organisationen (47%), die Gemeindeverwaltung oder Interessensvertretungen. *Promoción* ist in allen Regionen des Landes vertreten, wobei die meisten Mittel der insgesamt 900.000 Euro pro Jahr auf die Region V. und den Großraum Santiago entfallen. Im Jahr 2004 profitierten 1957 Personen von dem Programm und im Jahr 2005 1922. Die Umsetzung des Programms kann bis zu drei Jahre dauern, wobei die durchführenden Stellen dazu angehalten werden, die verschiedenen Komponenten des Programms sowie das weitere öffentliche Angebot an Sozialleistungen auszuschoöpfen.

Für die Evaluierung des Programms wurden Fragebögen entwickelt, welche in standardisierten Interviews zu Beginn, am Ende und sechs Monate nach Ablauf des Projekts von einer repräsentativen Anzahl an Personen jeder beteiligten Organisation beantwortet werden (siehe Anhang Kapitel 5.4.2).

Aus den Ergebnissen werden ein Index zur Messung von sozialem Kapital (für Gruppen und Organisationen) sowie ein *leadership*-Index (für Einzelpersonen) gebildet, wodurch eine quantitative Feststellung der Zielerreichung ermöglicht werden soll. Der *leadership*-Index setzt sich aus folgenden Dimensionen zusammen: Durchsetzungsfähigkeit, Empathie, Kommunikation, Toleranz, Autonomie, Solidarität, Gruppenarbeit, Disposition für persönliche und organisatorische Veränderungen, Frustrationstoleranz und Unternehmergeist. Der Index zu sozialem Kapital umfasst die Dimensionen Niveau an Verbundenheit und organisatorische Konsolidierung.

Tabelle 21: Komponenten des Index zur Messung von sozialem Kapital fasst die Subdimensionen und Indikatoren zusammen.

DIMENSION	SUBDIMENSION	INDIKATOREN
Niveau an Verbundenheit Gewichtung 0,37	Vernetzung nach außen Gewichtung 0,15	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit mit formalen Organisationen – Informelle Gruppen – Beziehungen zur Gemeindeverwaltung und anderen territorialen Akteuren – Vertrauen zwischen den Organisationen
	Internes Vertrauen Gewichtung 0,22	<ul style="list-style-type: none"> – Delegieren von Verantwortung – Internes Beziehungsgeflecht
Organisatorische Konsolidierung Gewichtung 0,63	Empowerment Gewichtung 0,15	<ul style="list-style-type: none"> – Neue Initiativen und Lösungsvorschläge – Zugang zu Projekten – Nachhaltige Kapazitäten und Fähigkeiten der Beteiligten
	Legitimität Gewichtung 0,13	<ul style="list-style-type: none"> – Soziale Reife der Organisation – Repräsentativität – Koordination unter den Mitgliedern – Kontinuität der Organisation
	Beteiligung Gewichtung 0,22	<ul style="list-style-type: none"> – Vorschläge der Personen gegenüber den Institutionen – Information – Gemeinsame Sitzungen
	Selbstverwaltung Gewichtung 0,15	<ul style="list-style-type: none"> – Entscheidungsfindung – Generierung von Projekten – Verbesserung der Mittelverwaltung – Führungspersönlichkeiten
Σ = Index Soziales Kapital		

Tabelle 21: Komponenten des Index zur Messung von sozialem Kapital¹²⁰

Im Rahmen der Evaluierungen des Programms für das Jahr 2005 wurden aus einer Grundgesamtheit von 1919 Teilnehmern 659 Organisationen und 1148 Einzelpersonen sowohl zu Beginn als auch nach Ablauf des Projekts befragt. Gemäß den verwendeten Instrumenten konnten durchschnittlich 59,5% (69,9% im Jahr 2004) der befragten Organisationen ihr soziales Kapital erhöhen und 60,2% (58,9% im Jahr 2004) der Personen ihre *leadership*-Kapazitäten. Insgesamt kann also festgehalten werden, dass gemäß dieser Auswertungen das Programm *Promoción* zur Förderung von sozialem Kapital beiträgt, wobei die Erfolge von Teilnehmer zu Teilnehmer und je nach sozioökonomischer Ausgangssituation variieren und angesichts der Methode auch starke subjektive Elemente beinhalten.

¹²⁰ Quelle: modifiziert übernommen aus FOSIS, 2006b: 38.

Eine Verbesserungsmöglichkeit des Index besteht in der Integration einer Variablen, die die jeweilige Ausgangssituation berücksichtigt, aber auch in der komplementären Durchführung qualitativ-orientierter Evaluierungen. Auch wenn der Index nicht als exaktes Messinstrument von sozialem Kapital gesehen werden kann, gibt er dennoch einen Einblick in die Wirkungsweise des Programms und dessen Auswirkung auf die Entstehung von sozialem Kapital.

Die Erfolge bei jenen Teilnehmern des Programms, welche gleichzeitig auch Teilnehmer des Programms *Puente* sind und demnach spezielle Unterstützung erhalten, verdeutlichen die positive Wirkung, die ein engagierter lokaler Betreuer haben kann. Die zunehmende Qualität des Programms im Jahr 2005 wird auch auf das Engagement der professionellen Berater zurückgeführt, welche auf nationaler und regionaler Ebene für das Programm tätig sind. Was die Nachhaltigkeit der Effekte betrifft, besteht jedoch Bedarf an Verbesserungen und Überlegungen, wie auch nach Projektabschluss das Momentum erhalten werden kann.

Die laufenden Evaluierungen haben gezeigt, dass die allgemeine Zufriedenheit mit der erhaltenen Unterstützung durch das Programm *Promoción* und von FOSIS bei 89,1% (2004) der Befragten sehr groß ist (FOSIS, 2006d). Die Qualität und Effektivität der Institution im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut wird damit deutlich. Die Teilnehmer des Programms fanden es besonders einfach, sich in das Programm zu integrieren und die Zufriedenheit war in jeder Phase – Information, Bewerbung, Umsetzung und Evaluierung – hoch. Ein Großteil der Befragten (88,4% im Jahr 2004) konnte durch das Programm ein größeres Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur Überwindung von Armut und die Erhöhung der Lebensqualität gewinnen. Zu den Vorteilen des Programms werden vor allem der Erhalt von Ressourcen, die Abhaltung von Ausbildungskursen, die Einrichtung von Werkstätten, die Verbesserung der Wohnumgebung, der Zugang zu sozialen Dienstleistungen und technischer Assistenz sowie die Sanierung der Sport- und Freizeitinfrastruktur gezählt. Verbesserungspotential besteht in der Anzahl der Besuche der Betreuer vor Ort, was deren Anerkennung und Nützlichkeit für die Betroffenen verdeutlicht. Die Erwartungen der Teilnehmer wurden zu 80% entweder erfüllt oder übertroffen. Als Gründe wurden die Lösung von Problemen und Erfüllung von Bedürfnissen angeführt sowie die Befähigung und persönliche Entwicklung. Insgesamt habe das Programm durch die Erhöhung des Vertrauens in die Zukunft und der Wahrnehmung von Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Lebensqualität beigetragen.

Das Programm *Promoción* leistet einen Beitrag zur Reduktion von Armut, indem es den Teilnehmern verschiedene Möglichkeiten zur Förderung ihres sozialen Kapitals anbietet (FOSIS, 2005: 70ff.), was als zentrales Element einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung von Armut gesehen wird. Dabei fördert das Programm die sozialen Beziehungen nicht direkt, sondern aktiviert soziale Prozesse, welche zur Entstehung der Voraussetzungen für soziales Kapital beitragen (Vertrauen, gemeinsame Erinnerungen und Identität, Freundschaft, Nachbarschaft, Reziprozität). Es hat sich gezeigt, dass die Bemühungen der Promotoren des Programms sehr gut aufgenommen wurden und teilweise Familien und Personen erreichten, welche davor so gut wie keine Kontakte in ihrem Umfeld hatten. Die häufigere Interaktion und die regelmäßigen Treffen zwischen den verschiedenen Organisationen der lokalen Realität führten zu einem Abbau von Vorurteilen, einer besseren Koordination und Verständnis für einander.

Während das Programm die horizontalen Kontakte erfolgreich fördert, fehlt eine Referenz auf die Etablierung von Beziehungen zu Personen oder Institutionen in höheren Machtpositionen. Gerade jene Kontakte wurden jedoch als besonders wertvoll für die Reduktion von Armut identifiziert. Des Weiteren ist die Nachhaltigkeit der Beziehungen gefährdet, wenn die Projekte zu kurz dauern oder erhebliches Misstrauen von Beginn an besteht. Für wirtschaftliche Projekte (weniger im sozialen Bereich) hat sich die Existenz einer Gruppe *a priori* als wichtig erwiesen, da Vertrauen eine Grundvoraussetzung für deren Erfolg darstellen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Programm ein interessantes Beispiel für die Integration des Konzepts soziales Kapital in die sozialpolitische Praxis darstellt und einen Lösungsversuch für die Operationalisierung von sozialem Kapital bietet.

3.3.3.1.3 Programa Un Barrio para mi Familia

Das zielgerichtete Sozialprogramm *Un Barrio para mi Familia* wurde komplementär zu dem Programm *Chile Barrio* aufgebaut, welches 1997 mit einem Pilotprojekt ins Leben gerufen wurde und ab 1998 auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollte. Das Ziel von *Chile Barrio* besteht in einer Verbesserung der Situation jener, die in notdürftigen Unterkünften untergebracht und sozial ausgegrenzt sind.

Im Jahr 1996 wurde festgestellt, dass landesweit 972 prekäre Wohnzustände bestehen, welche sich über 213 Gemeinden verteilen. Zu den spezifischen Leitlinien des Programms zählen (Raczynski/Serrano, 2003: 358f.):

- die gemeinschaftliche Entwicklung und soziale Integration,
- die Befähigung für den Arbeitsmarkt,
- die Verbesserung der Wohnsituation und der Umgebung,
- sowie die institutionelle Koordination der armutsbezogenen Sozialprogramme vor Ort.

Die Strategie von *Chile Barrio* besteht darin, dass eine Umorientierung und Interaktion der sozialen Dienstleistungen stattfinden sollte, welche die aktive Beteiligung der betroffenen Gemeinden und der Akteure vor Ort fördert. Das Ziel ist eine intersektorielle, dezentrale Vorgehensweise und Umquartierung. *Chile Barrio* will die Beteiligten befähigen, selbst und gemeinschaftlich aktiv zu werden. Vor der nicht-standardisierten Intervention soll eine lokale Analyse gemeinsam mit den Betroffenen stattfinden, um herauszufinden, welche materiellen und nicht-materiellen Bedürfnisse bestehen. Dadurch soll auch die Interaktion und die sozialen Beziehungen zwischen den einzelnen Familien und Institutionen vor Ort gefördert werden. Die aktive Beteiligung ist als wesentliches Ziel Teil des Programms.

Evaluierungen zu *Chile Barrio* haben ergeben, dass vor allem Probleme bei der Umsetzung auftauchten.¹²¹ Die intersektorielle, dezentrale Vorgehensweise erwies sich in der Realität als schwierig (Raczynski/Serrano, 2003: 360f.). Insbesondere kennzeichnen sich die Ergebnisse durch eine große Heterogenität, welche sich durch die unterschiedlichen Situationen und Charakteristika der einzelnen Betroffenen ergibt. Außerdem spielen die beteiligten Institutionen und individuellen Leistungen der Personen, die mit der Betreuung beauftragt sind, eine wesentliche Rolle. Das größte Problem im Zusammenhang mit dem Programm ergibt sich aufgrund der Tatsache, dass die Familien aus ihrer ursprünglichen sozialen Umgebung heraus gerissen wurden und plötzlich mit Fremden zusammenleben mussten. Zudem waren die neuen Wohnungen oft von geringer Qualität, klein und laut.

¹²¹ Vgl. Asesorías para el Desarrollo, 2007.

Trotz einer Verbesserung zur Ausgangssituation in materieller Hinsicht hat sich diese Vorgehensweise als problematisch erwiesen (Raczynski/Serrano, 2005a). Den betroffenen Personen wurde somit das einzige Kapital genommen, was sie vor der Intervention möglicherweise besaßen: soziales Kapital in Form von Beziehungen zu ihren Nachbarn und engster Umgebung.

Vor diesem Hintergrund wurde das Programm *Un Barrio para mi Familia* ins Leben gerufen, welches im Jahr 2001 mit einem Pilotprojekt begann und seit 2004 regulärer Bestandteil ist.¹²² Das Programm richtet sich an sozial schwache Familien, die eine Sozialwohnung oder eine staatliche Subvention erhalten haben und Teil des Programms *Chile Barrio* sind, und wird über FOSIS verwaltet. Mehr als 70.000 Familien haben bereits davon profitiert. Die begünstigten Familien erhalten Beratung und Unterstützung bei der Integration in die Gemeinschaft und dem Zugang zu öffentlichen und privaten Sozialnetzen. Das Programm wird in den Regionen Coquimbo, Valparaíso, O'Higgins, Maule, Bío-Bío, Los Lagos, Aysen und Metropolitana durchgeführt. Die Umsetzung vor Ort, welche in der Regel acht Monate dauert, erfolgt mit Hilfe von Intermediären wie NGOs und anderen Institutionen, welche den Auftrag dazu erhielten.

Die Instrumente, die zur Umsetzung des Programms zur Verfügung stehen, sind: ein Online-Registrierungs- und Kontrollsystem, welches von den Intermediären genutzt wird und zur kontinuierlichen Verbesserung des öffentlichen Angebots dienen soll; eine Diagnose-Matrix *Manejo Social de Riesgo* zur Erstellung eines Aktionsplanes, anhand welcher gemeinsam mit den Familien festgestellt wird, wo ihre speziellen Bedürfnisse liegen und wo Bedarf an Sanierung der gemeinschaftlichen Infrastruktur besteht; ein Fonds zur Finanzierung von Projektinitiativen sowie ein multimediales Interaktions-Programm *Mi Vecindad*.

Ziel des Programms ist es zum Prozess der Integration der mit einer Sozialwohnung begünstigten Familien in ihre neue Umgebung und die vorhandenen Sozialnetze beizutragen. Neben dem Umzug in die neue Wohnung wird die Eingliederung in die sozialen Dienstleistungen durch Beratung und Begleitung unterstützt sowie die Organisationen und Gemeinschaftsräume vor Ort gefördert. Die Existenz des Programms *Un Barrio para mi Familia* alleine verdeutlicht, dass eine Vernachlässigung der sozialen Komponenten – wie soziales Kapital – Sozialprogramme scheitern lässt.

¹²² Vgl. Gobierno de Chile, 2007; FOSIS, 2007; FOSIS, 2002.

Für das Programm *Un Barrio para mi Familia* waren im Jahr 2007 knapp eine Mio. Euro veranschlagt. Die Bedeutung von Maßnahmen zur sozialen Integration und der Förderung von sozialem Kapital für die Überwindung von Armut in armen Siedlungen wird auch in einer Studie der Universität Chile deutlich.¹²³

3.3.3.2 Erfahrungen auf Gemeindeebene

Die Konzeption und Verwaltung sozialpolitischer Maßnahmen auf zentraler Ebene für die gesamte Bevölkerung ist kosteneffizient und gewährleistet eine Kohärenz der Maßnahmen. Der Nachteil besteht jedoch darin, dass lokale Besonderheiten nicht berücksichtigt werden und somit die besten Intentionen fehlschlagen können. Die Rolle des sozialen Beziehungsgefüges und jener kultureller oder personeller Faktoren können zu wenig berücksichtigt werden. Der Erfolg eines sozialpolitischen Eingriffs hängt nicht zuletzt auch von der Kooperationsbereitschaft, der Motivation und dem Willen der beteiligten Personen, der Betreuer und der durchführenden Organisationen ab. Ein weiterer sozialer Einflussfaktor in Chile ist der *clientelismo* (Klientelwirtschaft), welcher die lokale Realität und somit die Wirkungsweise sozialpolitischer Programme wesentlich beeinflusst. Dies wird auch im Rahmen von qualitativ-orientierten wissenschaftlichen Feldstudien in fünf ländlichen Gemeinden deutlich (Durston u.a., 2005). Zwei davon sollen näher dargestellt werden.

3.3.3.2.1 La Cruz¹²⁴

La Cruz ist eine kleine Ortschaft in der Provinz Colchagua, welche sich südlich von der Hauptstadt Santiago de Chile befindet, und Teil des trockenen Küstengebietes ist. Die Ortschaft besteht aus rund 360 Personen und ca. 60 Familien. Die landwirtschaftliche Produktion ist hauptsächlich für den Eigenkonsum bestimmt und nur mit Hilfe staatlicher Subventionen lukrativ. Beschäftigung findet sich eher nur temporären Charakters in der Weinwirtschaft benachbarter Ortschaften und in agroindustriellen Unternehmen im Zentrum des Landes. Die Ortschaft hat eine Grundschule, die Mittelschule muss in Lolol besucht werden. Aufgrund mangelnder finanzieller Mittel ist die Schulausstiegsrate hoch. Die nächstgelegene Gesundheitsversorgung befindet sich ebenfalls in Lolol.

¹²³ Vgl. Gallegos, 2006.

¹²⁴ Vgl. Durston u.a., 2005: 130ff.; Miranda/Monzó, 2003: 48ff.

Die zunehmende Emigration der jüngeren Nachkommen fördert die sozialen Kontakte nach außen, aber die verbliebenen Familien leben in Armut oder extremer Armut. La Cruz wurde von staatlicher Seite als bedürftig eingestuft und zum Zielgebiet für zahlreiche Programme und Projekte.

PROJEKT	INSTITUTION	BEREICH	DAUER	BEGÜNSTIGTE
Künstlerwerkstätte	FOSIS	soziale Infrastruktur	1993 1998	Mütter
Gemeinschaftszentrum	FOSIS	soziale Infrastruktur	1994	Mitglieder der Nachbarschafts-Vereinigung
Gewächshaus	FOSIS	Technologie-Transfer	1994	Fünf Familien
Sanitäre Anlagen	FOSIS	soziale Infrastruktur	1994	Mitglieder der Nachbarschafts-Vereinigung
Renovierung der Schöpfräder	FOSIS	Infrastruktur	1995 1996	Mitglieder der Nachbarschafts-Vereinigung
Unternehmerische Ausbildung	MECE-MINEDUC	soziale Infrastruktur	1993 2000	Schule von La Cruz
Unterstützung für Viehzucht und Weizenanbau	INDAP/SAL	Technologie-Transfer	1992	Grundbesitzer
Obstverarbeitung	INDAP	Technologie-Transfer	1992	Frauen der Mitglieder von SAL
Produktionsgenossenschaft für Zitrusfrüchte	INDAP/PRODECOP	Technologie-Transfer	1997 2000	Produktive Organisationen
Produktionsgenossenschaft für Avocados und Obst	INDAP/PRODECOP	Technologie-Transfer	1997 2000	Produktive Organisationen
Produktionsgenossenschaft für Olivenanbau	INDAP/PRODECOP	Technologie-Transfer	1997 2000	Produktive Organisationen

Tabelle 22: Staatliche Projekte in La Cruz 1992-2002¹²⁵

Aufgrund der staatlichen Involvierung existieren in La Cruz nicht nur funktionell-territoriale Organisationen, sondern auch wirtschaftliche. Zu ersteren zählen ein Elternzentrum, ein Sportclub sowie eine Nachbarschaftsvereinigung, welche bereits im Jahr 1967 gegründet wurde. Gemeinschaftliches Handeln hat Tradition in La Cruz und die Ortschaft weist verschiedene Formen kooperativen Verhaltens auf. Die Gründe dafür liegen zum einen in der religiösen Tradition, in der gegenseitigen Unterstützung bei der landwirtschaftlichen Ernte, gemeinsamen Festen zum anderen in der kollektiven Erinnerung und Stolz auf gemeinsame Errungenschaften.

¹²⁵ Quelle: modifiziert übernommen aus Durston u.a., 2005: 140.

Die Vernetzung zu staatlichen Institutionen erfolgte erstmals mit der Schaffung der Nachbarschaftsvereinigung, welche wie ein Intermediär dazu dient, Projekte zu bewerben und zu verwalten. Die Abwicklung der öffentlichen Projekte lief jedoch nicht immer reibungslos, wodurch ein gewisses Misstrauen gegenüber den Funktionären entstand, insbesondere bei Projekten im produktiven Bereich (wie von INDAP oder PRODECOP Secano) und weniger im Bereich der sozialen Infrastruktur (FOSIS).

Ein Problem ergab sich aufgrund der geringen Beteiligung, welche meist nur jenen vorbehalten blieb, die über die entsprechenden Kontakte zu den Behörden verfügten (*clientelismo*) wie die Mitglieder der Nachbarschaftsvereinigung. Dabei zeigte sich, dass der Erfolg eines Projekts auch von der implementierenden Institution und deren Herangehensweise abhängt. Bei Projekten, welche von FOSIS und MECE-Rural durchgeführt wurden, wurde mehr auf die Beteiligung aller Wert gelegt und somit sind die Projekte besser aufgenommen worden. Die Funktionäre von INDAP hingegen waren mehr einer traditionellen und paternalistischen Sichtweise verschrieben, was zu vertikalen Beziehungsverhältnissen und geringerer Akzeptanz führte.

Die Rolle der regionalen Behörden war zwiespältig und hing auch sehr von dem persönlichen Engagement und Sichtweisen der Verantwortlichen ab. Während sich manche im Diskurs für mehr demokratische Elemente einsetzten, zeigten die meisten in der Praxis Vorurteile gegenüber den Fähigkeiten und Organisationskapazitäten der ländlichen Bevölkerung. Eine speziell eingerichtete Behörde mit Sitz in der regionalen Hauptstadt Lolol, die *Dirección de Desarrollo Comunitario* (DIDECO), hat per Gesetz den Auftrag, den gemeinschaftlichen Organisationen technische Unterstützung zu gewähren, ihre Beteiligung im legislativen Prozess zu gewährleisten und Aktivitäten im Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Arbeitsbereich zu fördern. In La Cruz hat DIDECO regelmäßig die *Semana Cruzana* unterstützt sowie diverse Freizeitaktivitäten und wurde von der Bevölkerung von La Cruz mehrheitlich als positiv wahrgenommen. Außerdem erfüllt DIDECO eine Funktion als Vermittlungsstelle zu anderen Institutionen.

Eine weitere Idee der übergeordneten regionalen Verwaltungsbehörden bestand in der Förderung der Produktivität und Innovation. Aus diesem Grund sollte unter anderem der Olivenanbau gefördert werden. Ohne auf die lokalen Kapazitäten zu achten, wurden Beratung und Kredite vergeben und Projekte von oben initiiert, welche auf lokaler Ebene zu erheblichen Konflikten führten. Der Fall „Vereinigung kleiner Olivenbauern“ verdeutlicht die Problematik, welche zum Fehlschlag der produktiven Projekte führte.

Asociación de Pequeños Agricultores de Olivos

Die "Vereinigung kleiner Olivenbauern" entstand durch eine Vereinbarung zwischen INDAP und PRODECOP-Secano, ein staatliches Programm für arme Bauern in abgelegenen, trockenen Küstengebieten, in dessen Rahmen eine Verbesserung der Produktivität durch den Anbau von Obstbäumen und Gemüse sowie Viehzucht erreicht werden soll. Der erste Schritt bestand darin, gemeinsam mit den Betroffenen die Notwendigkeiten und Gegebenheiten vor Ort zu analysieren. Die Leistungen des Projekts bestanden dabei vor allem in einer Subventionierung der Anpflanzungen (60% der Kosten) und der Bewässerungsanlagen (90% der Kosten), der Rest wurde durch einen Kredit bei INDAP finanziert. Im Falle von La Cruz begann das Projekt 1996 durch INDAP und integrierte im Jahr 1999 PRODECOP-Secano. Am Anfang war jedoch lediglich der Direktor der Nachbarschaftsvereinigung beteiligt, nicht zuletzt deshalb, weil in der Ortschaft Misstrauen gegenüber den Behörden vorherrschte und die Ansicht vertreten wurde, dass ein derartiges Projekt nicht den Notwendigkeiten des Ortes entsprach. Nach zwei Jahren wurden fünfzehn Begünstigte involviert, welche somit Schöpfräder und ein fortschrittliches Entwässerungssystem erlangten. Die produktiven Organisationen begannen im Jahr 1999.

Die mangelnde Beteiligung der Betroffenen bei der Konzeption des Programms (es war nur der Direktor der Nachbarschaftsvereinigung anwesend) erwies sich im Zuge der Umsetzung als Nachteil, da sowohl die Akzeptanz als auch die Zusammenarbeit darunter litt. Die Betroffenen waren nicht wirklich überzeugt und verstanden nicht, was Genossenschaft bedeutet. Außerdem waren manche zurückhaltend bei der Teilnahme, weil sie sich nicht verschulden wollten. Probleme entstanden, weil die Qualität der Olivenpflanzen gering war, es an Kontrolle der eingesetzten Mittel fehlte, Bankzinsen in ungeklärter Weise verschwanden, unechte Dokumente existierten und die Bestellung des Managers ohne Beteiligung der Mitglieder erfolgte. Das Durchflussvermögen des Wassers wurde nicht sachgerecht gemessen und es wurden zu viele Pflanzen pro Hektar angebaut. Außerdem war das Maß der Einkreisungen inkorrekt. Die Beschwerden, die von einer kleinen Gruppe vorgebracht wurden, wurden jedoch nicht gehört. Es wurde versucht, den Konflikt informell zu lösen, doch als dies nicht möglich war, kam es zur Auflösung der Direktion der Vereinigung und einer Neugründung. Von den sechs Mitgliedern aus La Cruz blieben nur drei übrig; der Rest wurde ausgeschlossen, weil sie sich beschwert hatten. Die neuen Mitglieder mussten bestimmte Kriterien erfüllen wie bereits angepflanzte Olivenbäume und Mitgliedschaft bei INDAP.

Jene ursprünglichen Mitglieder, welche nicht integriert wurden, blieben mit ihrer Kreditverschuldung bei INDAP in der Luft hängen. Im Jahr 2001, wo die Plantage fertig gestellt wurde, verweigerte INDAP die Gewährung der notwendigen Mittel für die Fertigstellung des Projekts, weil es zu teuer gekommen war. Außerdem musste der Manager der neuen Direktion gewechselt werden, weil er nicht der politischen Richtung der Regierung entsprach. Letztendlich verloren die Beteiligten das Vertrauen und schlossen sich mit Unternehmern der Gemeinde zusammen.

Die Erfahrungen in La Cruz haben gezeigt, dass die Effektivität der Eingriffe direkt mit der Konsolidierung der gemeinschaftlichen Prozesse zusammenhängt. Die Nachhaltigkeit ist nur dann gewährleistet, wenn Organisationskapazitäten bereits vorhanden sind und komplementär dazu eine entsprechende technische Beratung erfolgt. Außerdem muss auch die Kommerzialisierung möglich sein und den Marktgegebenheiten entsprechen. Das Problem bei den produktiven Projekten in La Cruz bestand darin, dass dem Markt als wichtiger Erfolgsfaktor viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Obwohl in der Ortschaft bereits positive Erfahrungen mit gemeinschaftlichen Aktionen bestanden, entstanden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit *free-riding*, der mangelnden Transparenz der Verwaltung der Mittel und der fehlenden Konfliktlösungskapazität. Da keine formellen Regeln zur Streitbeilegung festgelegt wurden, löste man das Problem informell, indem die Störenfriede einfach ausgeschlossen wurden. Projekte im Rahmen von PRODECOP-Secano, welche eine aktive Beteiligung förderten und auch Jugendliche und Frauen als Akteure akzeptierten, konnten bessere Erfolge erzielen.

In La Cruz jedoch wurden die positiven Erfahrungen gemeinschaftlicher Organisation viel zu wenig genutzt. Vielmehr traten Technokratie und *clientelismo* in den Vordergrund, was eine weitere Stärkung der wenigen bereits gut vernetzten Männer der Ortschaft bewirkte.

3.3.3.2.2 Huilipán¹²⁶

Huilipán ist eine kleine Ortschaft im Gemeindebezirk Galvarino bestehend aus ca. 20 Familien (knapp 100 Personen) mehrheitlich ethnischer Herkunft Mapuche. Ihre Ursprünge gehen auf einen gemeinsamen Gründer, den so genannten *lonko*, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Die Ortschaft zeichnet sich durch ihre starke Identifizierung mit dem kulturellen Erbe der Mapuche aus, welches jedoch zunehmend eine Erosion erfährt aufgrund eines Verlustes der Sprache, dem Verschwinden der traditionellen Führer und der Schwächung bestimmter Traditionen. Insbesondere unter den Jugendlichen besteht ein starker Wille zur Erhaltung ihrer Kultur. Ökonomisch gesehen bietet die geographische Lage und die kargen Böden keine gute Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion. Die Wirtschaftsstruktur zeichnet sich durch kleine, familiäre Betriebe und Subsistenzwirtschaft aus und bietet wenig Spielraum für individuelle oder gemeinschaftliche Unternehmungen. Aus diesem Grund und um eine weitere Zersplitterung der Anbauflächen zu vermeiden, arbeiten die Nachkommen bei ihren Eltern mit oder es bilden sich Genossenschaften. Eine weitere Auswirkung besteht in der zunehmenden Emigration der Jungen mit all den sozialen und kulturellen Konsequenzen, die daraus entstehen.

Die formale Organisationskapazität wurde in den 1960er Jahren durch die Gründung eines Landwirtschaftsrates im Rahmen von INDAP gestärkt, welcher für zwanzig Jahre von der unangefochtenen Autoritätsperson der Ortschaft angeführt wurde. Eine parallele Organisation mehr politischen Hintergrundes stellte ein kulturelles Zentrum für Mapuche dar, welche während der Militärdiktatur im Jahr 1987 unter dem Schutz der Katholischen Kirche gegründet wurde. Der Präsident dieser Organisation wurde später ein wichtiger nationaler Anführer der Mapuche-Bewegung. Diese politische Führerschaft führte aber auch zu Wettbewerbsstreitigkeiten über die Führung der Gemeinschaft. Nichtsdestotrotz organisierte das kulturelle Zentrum eine Reihe von Projekten wie Kunstausstellungen und mit der Unterstützung internationaler NGOs eine Börse für Viehhandel und übernahm insgesamt eine wichtige Funktion für die Versorgung der Ortschaft nach dem Wegfall der staatlichen Sozialprogramme. Nach dem unaufgeklärten Tod des Nachfolgers des verstorbenen *lonkos*, blieb die Ortschaft ohne oberste Autorität bis in den 1990er Jahren neue Formen der Führerschaft auftauchten.

¹²⁶ Vgl. Durston u.a., 2005: 92ff.; Durston/Duhart, 2003.

Die staatliche Involvierung in die Entwicklung der Gemeinschaft ab 1990 umfasste folgende Projekte: die Gründung eines Rates für Elektrifizierung gemeinsam mit fünf benachbarten Ortschaften, die Schaffung einer Nachbarschaftsvereinigung, die Einführung eines Rates für Kleinbauern unter der Führung von INDAP, die Gründung eines Frauenfußballteams, formale Bestätigung der indigenen Ortschaft gegenüber CONADI, die Eingliederung in den Rat für kleine Gemüsehändler von Galvarino sowie in die Vereinigung der indigenen Gemeinschaften und in die Körperschaft für kulturelles Erbe. So gut wie alle Organisationen, die im Laufe der 1990er Jahre entstanden, waren von staatlicher Seite aus initiiert und hatten einen fürsorglichen Charakter.

Das Projekt für die Förderung der Elektrifizierung auf dem Land entstand im Jahr 1991 und zählt aufgrund seiner partizipativen Elemente zu den erfolgreichsten in der Gemeinschaft im Sinne des Konzepts soziales Kapital. Das Projekt wurde von der Nachbarschaftsvereinigung verwaltet und obwohl es knapp zehn Jahre dauerte, bis Huilipán an die Elektrizitätsversorgung angebunden war, wurde das Projekt von der Bevölkerung sehr positiv wahrgenommen. Durch die Teilnahme und Zusammenarbeit mit sechs benachbarten Ortschaften entstanden wichtige Kontakte nach außen. Ein Problem bestand jedoch darin, dass das Projekt auf *clientelismo* beruhte, was in den Wahlen zum Gemeindevorsteher im Jahr 2000 ausgenutzt wurde. Dennoch kann das Projekt als Vorzeigemodell dafür gesehen werden, dass die aktive Beteiligung der Betroffenen den Erfolg von Projekten wesentlich fördert. Auch wenn der Rat heute nicht mehr existiert, die persönlichen Kontakte, die zwischen den Ortschaften entstanden, sind geblieben.

Ein zweites wichtiges Projekt war die Gründung einer Börse für Schafzucht, welches 1996 begann und anfangs neun Familien zugute kam. Die Begünstigten erhielten fünf Schafmütter und einen Schafbock auf Kredit und verpflichteten sich dazu, über einen Zeitraum von vier Jahren jedes Jahr zwei Schafe zurück zu zahlen. Auch wenn es teilweise Probleme gab, gilt dieses Projekt als eines der best-akzeptierten. Es entstanden kommerzielle Zusammenschlüsse und eine Zusammenarbeit zwischen den Begünstigten, was das soziale Kapital förderte. Missmut entstand jedoch im Zusammenhang mit der Konzeption des Programms. Jene Tiere, welche als Kredittilgung zurückgezahlt wurden, wurden an die neuen Begünstigten vermittelt. Hierbei handelte es sich jedoch oft um die schwächsten oder kranken Tiere. Es fehlte zum einen an Kontrolle und Mitwirkung für die Betroffenen und zum anderen formale Rechnungslegungen und mehr Verantwortung auf Seiten der Intermediäre.

Die negativen Erfahrungen mit der Durchführung der Börse für Schafzucht durch die Intermediäre führten zu Misstrauen bei den Betroffenen in Hinsicht auf nachfolgende Projekte wie jenem zur Förderung der Produktion von Trockenfrüchten in den Jahren 1997/1998. Dieses wurde durch den Rat für Kleinbauern von Huilipán abgewickelt und war ein Projekt im Rahmen von Chile Joven unter der Führung von SENCE und INDAP. Erst nachdem Kredite aufgenommen wurden und die Produktion angelaufen war, zeigte sich, dass keine ausreichende Nachfrage vorhanden war. Die Fehler in der Phase der Kommerzialisierung wurden dem beauftragten Unternehmen zugeschrieben. Insgesamt führte das Projekt zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit den öffentlichen Behörden, aber auch innerhalb der Gemeinschaft, also zu einem Verlust von sozialem Kapital. Wenige Monate nach Fertigstellung des Projekts fiel der Rat für Kleinbauern teilweise auseinander und es wurde eine Parallelorganisation, eine Gemeinschaft für die indigene Bevölkerung, gegründet. Die Organisationen verstärkten die Rivalität zwischen den beiden vorherrschenden Großfamilien, was die Zusammenarbeit für die Gewinnung neuer Projekte erschwerte. Die Zweiteilung des Ortes zeigte sich auch bei der politischen Einordnung wie bei den Präsidentenwahlen im Jahr 1999. Die negativen Erinnerungen an das Projekt zur Förderung der Produktion von Trockenfrüchten schwächten das Potential und den guten Willen für eine zukünftige Zusammenarbeit.

Im Jahr 2000 gewann die Gemeinschaft für die indigene Bevölkerung ein neues Projekt von PRODESAL für die Konstruktion von Hühnerställen. Das Dach und ein Teil des Tierfutters wurden subventioniert, der Rest sollte von den beteiligten Familien bereitgestellt werden. Das Ziel war eine gemeinschaftliche Vereinigung bei der Vermarktung der Eier, um einen höheren Preis erzielen zu können. Die Rivalität und das Misstrauen vor Ort zwischen den beiden Großfamilien verhinderten jedoch den Erfolg des Projekts. Hinzu kam ein politischer Faktor, die Gemeinderatswahlen im Oktober 2000 und *clientelismo* im Zusammenhang mit der Rückzahlung der Kredite und der allgemeinen Verschuldung. Die Versprechen des wahlwerbenden Stadtrates wurden jedoch nicht eingelöst, was die allgemeine Enttäuschung und Desillusionierung mit politischen Funktionären noch verstärkte. Die Lehren aus diesem Projekt waren, dass eine gemeinschaftliche Produktion schwierig ist in einer Ortschaft, wo die sozioökonomische Differenz groß ist. Das vorhandene Sozialgefüge wurde viel zu wenig berücksichtigt.

Eine Ungleichheit bestand darin, dass die eine Großfamilie besser ausgebildet und mit den staatlichen Behörden vernetzt war (*clientelismo*) und somit bei den Projekten die meisten Vorteile lukrieren konnte. Die Tatsache, dass die Projektanträge immer von einigen wenigen vorgebracht wurden, wurde auch von den Funktionären erkannt, welche jedoch entsprechend der Programmkriterien vorgehen mussten und die Passivität und das Misstrauen auf Seiten der anderen auch nicht ändern konnten. Als schließlich ein als wichtig empfundenes Projekt zur Wasserversorgung von den Behörden abgelehnt wurde, kam es zu einem endgültigen Rückzug und Ablehnung der staatlichen Funktionäre, was sich im Zuge der Parlamentswahlen im Jahr 2001 bestätigte. Auf allen Seiten bestand nunmehr die Ansicht, „anstelle uns zu vereinen, teilt uns die Politik“.

WÜNSCHE	HINDERNISSE	KAPAZITÄTEN	AKTIVITÄTEN
<ul style="list-style-type: none"> – „dass sie uns unsere eigenen Projekte machen lassen bzw. bei der Konzeption beteiligen“ – „dass es einen Repräsentanten der Ortschaft in der Gemeinde-Verwaltung gibt, einen Stadtrat.“ 	<ul style="list-style-type: none"> – mangelnde finanzielle Mittel – Abhängigkeit von den Projekten, dem Kredit etc. – fehlende Mitwirkung in den Projekten des Staates – die Bürokratie des Staates – Abhängigkeit von den <i>pitutos</i> und ihrem Fehlen wenn sie gebraucht werden – Behandlung durch die Funktionäre – die politischen Parteien stören die sozialen Beziehungen – die soziale Schuld des Staates gegenüber dem Volk der Mapuche – Bevormundung 	<ul style="list-style-type: none"> – Organisation und Verwaltung – Fertigkeiten für die Herstellung bestimmter Produkte – Humankapital – Fähigkeit und Gewohnheit, gemeinschaftlich zu handeln 	<ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsame Produktion – Wettbewerb nach außen, aber nicht unter einander – Zuschuss erwerben – Forderungen an den Staat zusammen stellen

Tabelle 23: Autodiagnose gemeinschaftlichen Potentials in Huilipán¹²⁷

¹²⁷ Quelle: modifiziert übernommen aus Durston u.a., 2005: 114.

Obwohl die Synergieeffekte zwischen staatlicher Förderung und lokaler Gemeinschaft grundsätzlich anerkannt werden, besteht ein Problem in der Unterschätzung der Fähigkeiten der Mapuche und der ländlichen Bevölkerung von den Behörden in der Regel unterschätzt werden und Vorurteile und Misstrauen auf beiden Seiten bestehen. Dies äußert sich in Bevormundung und starren Regeln, welche durch die Programme auferlegt werden. Eine Anpassung auf Seiten der Begünstigten erfolgt, weil die Unterstützung von außen benötigt wird, aber die Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung und somit die Motivation sind oft gering. Ein gegenseitiges Verständnis als Grundvoraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Behörden und der Bevölkerung vor Ort ist mangels Offenheit und Toleranz nicht gegeben.

Die Interviews im Feld förderten vier Hauptfrustrationspunkte in der Zusammenarbeit zwischen den Betroffenen und den staatlichen Behörden zu Tage: ein abschätziger Umgang der Funktionäre mit der ländlichen Bevölkerung, die aufwendige Abwicklung der Programme, der häufige Verzug bei der Aushändigung der Mittel sowie unerfüllte Versprechen (Durston u.a., 2005: 154ff.). Hinzu kommt die ungleiche Begünstigung all jener, welche bereits vernetzt sind (*clientelismo*).

3.3.3.2.3 Die Förderung von sozialem Kapital

Die Ergebnisse der empirischen Feldstudien zeigen, dass ein Problem bei der Förderung von sozialen Beziehungen auf lokaler Ebene in der Zugangsweise und Insensibilität der öffentlichen Funktionäre besteht. Diese rechtfertigen sich und Probleme bei der Umsetzung meist mit der mangelnden Kultur und Kooperationsbereitschaft der Betroffenen. Während die Schwierigkeiten in der standardisierten Konzeption der Programme und Nicht-Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort begründet waren, konnten sich die Vorurteile gegenüber der lokalen Bevölkerung wie jenes der Individualität in den empirischen Studien nicht bewahrheiten. Auf der anderen Seite waren die Funktionäre im Feld zum Teil überfordert und sind mit (sozialen) Problemstellungen konfrontiert, auf die sie in ihrer universitären Ausbildung oft nicht vorbereitet werden. Die Möglichkeit des Aufbaus von *linking social capital* ist in der Art und Weise jedenfalls nicht gegeben. Der Erfolg eines sozialen Projektes, welches von staatlicher Seite mit den besten Intentionen konzipiert wurde, hängt wesentlich von den beteiligten Personen ab, ihrer Flexibilität, gegenseitigen Sympathie, Vertrauen und ihrer sozialen Kompetenz.

Die Tatsache, dass zwei Kulturen – jene des universitär-ausgebildeten Sozialarbeiters und jene der lokalen Realität – aufeinander stoßen, erschwert eine erfolgreiche Umsetzung und kann zu Frustration auf beiden Seiten führen. Dadurch zeigt sich auch die Komplexität, die mit einem zielgerichteten sozialpolitischen Eingriff verbunden ist.

Formen der Zusammenarbeit und Interaktionen im Freizeitbereich sind ein traditioneller Bestandteil der sozialen Organisation in Chile, insbesondere bei der indigenen Bevölkerung Mapuche. Aus den Ergebnissen der Feldstudien ist deutlich erkennbar, dass die Betroffenen sehr gerne mehr Eigenverantwortung für ihre Entwicklung tragen würden und dass die zentral konzipierten Programme zu wenig Spielraum lassen und oft nicht die notwendige Nachhaltigkeit der finanziellen Unterstützung bieten können. Neben den traditionellen Formen der Kooperation bestehen auch eingeführte Aktionen wie Fußball- oder Bingsomeisterschaften zwischen verschiedenen Ortschaften und der Aufbau von Genossenschaften. Auf die Bedeutung sportlicher Aktivitäten, Turniere und die Interaktionen in Freizeitclubs für die Entstehung von sozialem Kapital hat bereits Putnam (1993) verwiesen. Diese Ergebnisse konnten im Rahmen der chilenischen Feldstudien nur bestätigt werden. Der traditionelle Sport der indigenen Bevölkerung Mapuche *palin*, eine Art Hockey, wird als gemeinschaftliches Erlebnis beschrieben genauso wie Fußball und andere Sportevents. Ein Element von Organisation besteht dabei auch in der Aufstellung der Mittel für die Finanzierung der Aktivitäten. Die Zusammenkünfte der unterschiedlichen Gemeinden bewirken eine soziale Integration, Identifikation mit der eigenen Herkunft und Stärkung der zwischenmenschlichen Netzwerke.

Neben dieser Form der natürlichen Interaktion gibt es auch Beispiele von gemeinschaftlichen Projekten und Aktionen, welche durch externe Impulse zustande gebracht wurden.¹²⁸ Initiativen zur Förderung der sozialen Integration wie die Förderung der Vernetzung sozialer Organisationen auf lokaler Ebene, runde Tische, Werkstätten, Errichtung von Gemeinschaftsräumen und Sportmöglichkeiten oder aber auch zur Förderung der politischen Beteiligung, der Versuch eines regionalen Volksparlamentes, verdeutlichen dabei jedoch auch die Interdependenz zwischen persönlicher Entwicklung und der Integration eines Kollektivs sowie der gegebenen Strukturen. Lokale Initiativen bewirken, aber bedingen auch die Erlangung von persönlichen Fähigkeiten und Vertrauen zu sich und anderen (León Aravena, 2003).

¹²⁸ Vgl. z.B. Salinas/Alvayay [Hrsg.], 2003.

Bei Initiativen im Bildungs- und Erziehungsbereich ist es wichtig, dass die Lehrinhalte nicht nur darauf abgestimmt sind, neues Wissen zu vermitteln, sondern auch im Einklang mit der unmittelbaren Umgebung und den Möglichkeiten vor Ort sind (Garrido u.a., 2003: 271). Lokale Initiativen scheitern dann, wenn Ressourcen fehlen oder die physisch-technische oder soziale Infrastruktur mangelhaft ist, keine Koordination zwischen den verschiedenen Programmen existiert, die Nachhaltigkeit der sozialpolitischen Maßnahmen nicht gegeben ist sowie wenn die internen Faktoren, die mit dem bestehenden Sozialgefüge zusammenhängen, nicht berücksichtigt werden, wie Fragmentierung, Angst, Autozensur, Desinformation, Desinteresse, Misstrauen oder Rivalität (Gascón Martin, 2003: 228f.).

Die staatlichen Institutionen berücksichtigen die bestehenden Formen der Kooperation und Formen der Zusammenarbeit oft zu wenig (Durston u.a., 2005: 57). Außerdem haben die Sozialprogramme meist nur eine begrenzte Laufzeit, was sich auch aufgrund des jährlich neuen Planungs- und Finanzierungshorizontes ergibt und somit die Nachhaltigkeit der Errungenschaften erschwert. Dadurch können gegenteilige Effekte entstehen, nämlich Misstrauen und Frustration auf Seiten der Betroffenen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass der Hauptmotor für gemeinschaftliche Aktionen nicht in den formalen Institutionen liegt, sondern vielmehr in Visionen einzelner begründet liegt, die es durch ihre Führungsqualitäten schaffen, andere zu begeistern und zu mobilisieren.

Eine wesentliche soziale Tatsache und Einflussfaktor in Chile ist der *clientelismo*, welcher mehr als ein Tauschgeschäft im Sinne von „Begünstigung für Wählerstimme“, auch ein gegenseitiges Vertrauens- bzw. Pflichtverhältnis darstellt. Die Ursprünge und Manifestationen der verschiedenen Formen der Klientelwirtschaft sind dabei auch in der Mittelkonzentration und den Verteilungskanälen zu sehen. Aufgrund der zunehmenden Dezentralisierung verfügen Stadträte heute mehr denn je über Macht und finanzielle Möglichkeiten zur Förderung von Projekten. Die entscheidende Frage ist, ob die Vergabe und Zuteilung von Vorteilen über persönliche Beziehungen erfolgt oder anhand festgelegter Kriterien und durch partizipative Prozesse der Betroffenen. Die gewachsenen bürokratischen Strukturen sind dabei genauso ein Hindernis wie die politische Realität vor Ort. Durston u.a. (2005: 254ff.) kommen zu dem Schluss, dass eine einfache Umgestaltung der Programme nicht ausreicht, sondern ein Schock des Systems und mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten erforderlich seien. Die ungleiche Machtverteilung und Abhängigkeit der Betroffenen würden die Entstehung eines sozioökonomischen Entwicklungsprozesses von unten behindern.

Unter bestimmten Voraussetzungen und unter Beachtung der lokalen Realität können gezielte Eingriffe auch sehr positive Auswirkungen haben. Denn fänden staatliche Interventionen nicht statt, würden sich jene durchsetzen, welche ohnehin besser gestellt sind. Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 haben zahlreiche Behörden dafür gesorgt, die Situation der armen Bevölkerung zu verbessern. Viele der sozialen Funktionäre im Feld sind altruistisch motiviert und tragen wesentlich zum Erfolg der Armutsreduktion bei. Die Einführung eines Qualitätskontrollsystems sowie von Wirkungsanalysen der Sozialprogramme im Jahr 2004 und 2005 hat zudem das Lernen aus Fehlern und Erfahrungen und somit laufende Verbesserungen ermöglicht (Durston u.a., 2005: 164). Das Verständnis des vorhandenen Sozialgefüges auf lokaler Ebene, welches im Zuge der Globalisierungstendenzen im Umbruch begriffen ist (Alvayay, 2003) und die Akzeptanz, dass Vertrauen und gemeinschaftliche Beziehungen nur durch einen langfristigen, endogenen Prozess entstehen können, sind die Grundvoraussetzungen dafür.

3.4 Das chilenische ‚Erfolgsrezept‘

Die Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Chile lässt folgende Erklärungen für die positive Entwicklung des Landes zu: die Wichtigkeit strategischer staatlicher (und später privatisierter) Unternehmen sowie der strukturellen Reformen im Agrarbereich und der Verstaatlichung des Kupferabbaus, die Rolle eines aktiven Staates auch bei neoliberalen Politikkonzeptionen sowie Reformen im Steuerwesen und im sozialen, regulatorischen und produktiven Bereich. Insgesamt lasse sich der chilenische Erfolg durch einen Faktor zusammenfassen: die Etablierung eines durchsetzungsfähigen und starken Staates (Sunkel, 2006b: 96f.).¹²⁹

Chile gehört zu jenen Ländern mit einer langen Tradition an sozialstaatlichen Maßnahmen, welche im Laufe der ersten sechs Dekaden des 20. Jahrhunderts aufgebaut, während der Militärdiktatur abgebaut und privatisiert wurden und ab Beginn der 1990er Jahre eine neue Richtung eingeschlagen haben (Raczynski, 1999: 145).

¹²⁹ Auch der Ökonom Ffrench-Davis kommt zu dem Schluss, dass alle entwickelten Staaten eine starke Zentralgewalt aufweisen; vgl. Ffrench-Davis, 2006b: 70.

Als besonders hervorstechende Änderung charakterisiert sich die Politik nach der Militärdiktatur durch eine Schwerpunktverlagerung auf den Sozialbereich (Hardy, 2006b: 243). Zahlreiche neue und innovative Sozialprogramme wurden konzipiert und eingeführt, um besonders den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute zu kommen. Gleichzeitig wurde ein Evaluierungssystem aufgebaut, welches auf Basis eines Abkommens zwischen Parlament und Finanzministerium dazu dienen soll, den Aufwand-Nutzen-Einsatz der eingesetzten Mittel zu kontrollieren. Die größte Änderung im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut seit Beginn der 1990er Jahre in Chile liegt in der stärkeren Intervention des Staates im sozialen Bereich durch Investitionen in die soziale Infrastruktur und den Aufbau eines Systems der sozialen Absicherung (Raczynski/Serrano, 2003: 349).

Den Bedürfnissen der schwächsten Gesellschaftsgruppen entsprechend wurde Anfang der 1990er Jahre das soziale Institutionengefüge umstrukturiert und neue Einrichtungen geschaffen: ein Fonds für Solidarität und soziale Investitionen (FOSIS), ein nationaler Fonds für behinderte Menschen (FONADIS), ein nationaler Rat für die indigene Bevölkerung (CONADI), ein Institut für die Jugend (INJUV), eine nationale Dienststelle für Frauen (SERNAM) und eine Kommission für ältere Menschen. Das Ziel und Selbstverständnis dieser Institutionen ist die Schaffung maßgeschneiderter Maßnahmen für die einzelnen Zielgruppen. Diese Spezialisierung bewirkte, dass zahlreiche innovative Programme geschaffen wurden und derzeit rund 225 solcher bestehen. Die Reichweite der sozialpolitischen Maßnahmen konnte deutlich erhöht werden, wobei die Spezialeinrichtungen nur 2% der öffentlichen Ausgaben im sozialen Bereich ausmachen. Insgesamt entstand jedoch aufgrund der verschiedensten Einrichtungen ein Koordinationsproblem. Im Jahr 2004 wurde deshalb Chile Solidario, ein integratives Sozialsystem für die rund 225 Mio. ärmsten Familien in Chile, per Gesetz beschlossen (Hardy, 2006b: 241).

Während der allgemeine Zugang zu den öffentlichen Leistungen weitgehend verbessert wurde, bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Qualitätsunterschiede zwischen den öffentlichen und den privaten Parallelsystemen. Die Chance der Interaktion zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten und für den Aufbau wichtiger, sozialer Beziehungen zwischen ärmere Bevölkerungsschichten und Personen in höheren Machtpositionen (*bridging* und *linking social capital*) ist dadurch gering. Ein weiteres, von der chilenischen Bevölkerung als wesentlich empfundenen Problem besteht in der nach wie vor sehr hohen Ungleichverteilung der Einkommen.

Larrañaga (1994) erklärt 80% des chilenischen Erfolges in der Reduktion von Armut anhand des anhaltenden Wirtschaftswachstums, die damit einhergehende Senkung der Arbeitslosigkeit und den Anstieg der realen Löhne. Dieses Ergebnis ist angesichts der Art und Weise, Armut am Arbeitseinkommen zu messen, nicht verwunderlich. Sozialprogramme wie zum Beispiel zur Verbesserung der Wohnsituation, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung erhöhen die Lebensqualität der Betroffenen, aber nicht unmittelbar das familiäre Einkommen. Olavarría-Gambi (2005: 95ff.) kommt in einem Vergleich zwischen mehreren lateinamerikanischen Ländern zu dem Schluss, dass die Erfolge Chiles im Kampf gegen die Armut nicht nur auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen sind, sondern insbesondere auf die lange sozialpolitische Tradition, deren Maßnahmen zum Aufbau von langfristigem Humankapital beigetragen und die Möglichkeiten geschaffen haben, dass einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen vom wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt profitieren können. Auch die Wirtschaftskrise in Asien habe gelehrt, dass Wirtschaftsstrategien ohne flankierende Sozialmaßnahmen von internationalen Investoren als instabile Situation empfunden werden können und somit das Risiko eines abrupten Abzugs von ausländischem Kapital mit sich bringen. Für Chile bedeutet das die Notwendigkeit von Politikmaßnahmen, welche die Vorteile der Globalisierung mit sozialem Ausgleich und Arbeitsmarktstabilität verbinden können. Meller (in Raczynski/Serrano, 2005a: 26) errechnete, dass die Elastizitätsrate Armut/BIP im Zeitraum zwischen 1987 und 1990 geringer war als von 1990 bis 1996. Die Effizienz des Wirtschaftswachstums für die Reduktion von Armut sei also im integrativen Entwicklungsmodell der demokratischen Regierungen höher.

Dass die Armut in Chile seit 1990 wesentlich zurückgegangen ist, wird heute von den meisten Autoren auf die politischen Maßnahmen im Sozialbereich zurückgeführt (Palma-Irarrázaval, 2006: 275). Raczynski/Serrano (2005a: 35ff.) untersuchten die Frage, ob die Entwicklung in Chile seit 1990 unter einer Regierung des rechten Lagers und einer anderen Politikkonzeption anders verlaufen wäre. Gewisse Grundtendenzen lassen sich vermuten. Abgesehen von einer weniger starken Involvierung des Staates und geringeren Sozialausgaben wäre die Fokussierung/Selektivität stärker gewesen und universelle sozialpolitische Maßnahmen tendenziell vernachlässigt worden. Im Sinne einer (vermeintlich) höheren Effizienz der Ausgaben wäre der Schwerpunkt beispielsweise weniger auf Investitionen in die allgemeine Verbesserung der Bildungsqualität für alle gewesen, sondern auf spezifischen Fortbildungsprogrammen für Arme.

Der größte Unterschied hätte jedoch darin bestanden, dass die gesellschaftlich-sozialen Faktoren (wie die ungleiche Verteilung von sozialem Kapital), die zu Armut geführt haben und diese reproduzieren, viel weniger berücksichtigt worden wären. Der Erfolg Chiles in der Linderung von Armut kann demnach wesentlich auf die umfassenden sozialen Investitionen materieller, institutioneller und symbolischer Art zurückgeführt werden.¹³⁰

Alle empirischen Untersuchungen deuten darauf hin, dass eine Erweiterung der sozialen Leistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnwesen und anderen Basisinfrastrukturleistungen die gute Entwicklung der sozioökonomischen Indikatoren erklären können (Hardy, 2006b: 238f.). Die Sozialausgaben haben sich seit 1990 in Chile sehr stark erhöht und machen mittlerweile zwei Drittel der gesamten öffentlichen Ausgaben aus. Da eine Konzentration der Investitionen auf Basisleistungen wie Grundschulausbildung und primäre Gesundheitsversorgung erfolgt, profitieren vor allem die Ärmsten von diesen Maßnahmen. Bravo/Contreras (1999) kommen in ihren Analysen außerdem zu dem Schluss, dass die Sozialausgaben in den 1990er Jahren einen umverteilenden Effekt erzielten und zur Verringerung der sozialen Ungleichheit beigetragen haben.

Welche Bedeutung der Sozialpolitik für die Reduktion von Armut zukommt, wird in Olavarría-Gambi (2003) oder Reinecke (2001: 81ff.) deutlich. Sozialpolitische Maßnahmen würden den Hauptfaktor für die "Effizienz des Wirtschaftswachstums" im Sinne der Bekämpfung von Armut darstellen. Denn ohne flankierende sozialpolitische Maßnahmen könnten ärmere Menschen die Vorteile eines wirtschaftlichen Aufschwungs schwerer nützen als Reiche, wodurch sich auch die Ungleichheit verfestige. Bildung und Gesundheit sind die Voraussetzungen für den Zugang zu einer Beschäftigung, wobei jedoch auch funktionierende Märkte, die Integration in den Arbeitsmarkt und ein stabiles Beschäftigungsverhältnis wesentliche Faktoren für die Einkommenssituation eines Haushaltes darstellen (Raczynski/Serrano, 2003: 340).

¹³⁰ Vgl. Raczynski/Serrano, 2005a: 35ff.

Abgesehen von der Reduktion von Armut leisten sozialpolitische Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag für die Schaffung von sozialer Integration und Kohäsion. Wie Bourdieu (1998) beschreibt, besteht die Wirkung von Sozialpolitik nicht nur darin, was man vom Staat erhalten kann, sondern auch darin, dass sie aufgrund ihrer Existenz in den Köpfen der Menschen zu allgemeinem Vertrauen und zur sozialen Kohäsion beiträgt. Die subjektive Wahrnehmung, zu einer Gemeinschaft zu gehören, setzt Mechanismen der gegenseitigen Anerkennung und Integration voraus, welche auf sozial konstruierten, gemeinsamen Werten beruhen. Die Sozialpolitik hat eine entscheidende Funktion für die Förderung des Gemeinwohls (Serrano, 2005a: 6).

Chile sticht im intraregionalen Vergleich mit seinen Erfolgen in der Reduktion von Armut seit Beginn der 1990er Jahre hervor, was sich insbesondere durch die sozialpolitischen Maßnahmen, aber auch durch die makroökonomische Stabilität, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die höhere Beschäftigungsrate von Frauen erklären lässt. Auf der anderen Seite bleibt ein harter Kern an Armut bestehen, der schwer zu durchbrechen ist (Raczynski/Serrano, 2003: 362ff.). Die Grenzen des Staates werden bei der Schwierigkeit der intersektoriellen Koordination, Dezentralisierung und Beteiligung vor Ort deutlich. Ein Risiko besteht darin, nur über die Beseitigung von Defiziten zu agieren und die sozialen, kulturellen und politischen Mechanismen außer Acht zu lassen. Die größte Herausforderung für die Reduktion von Armut und die Entstehung einer wahren Gemeinschaft bestehe in der Schaffung von Brücken und Bindungen zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten, welche Vorurteile und Stigmatisierungen abbauen (Raczynski/Serrano, 2005a: 41). Entgegen dem Trend innerhalb der lateinamerikanischen Region und dem Vorschlag internationaler Berater (vgl. z.B. Clements u.a., 2007) würde dies jedoch nicht mehr Fokussierung der sozialpolitischen Maßnahmen bedeuten, sondern eher im Gegenteil universelle Politiken benötigen.

Die Erfahrungen Chiles lehren, dass für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung in Lateinamerika kohärente wirtschaftliche und soziale Politiken mit langfristigem Horizont notwendig sind, welche das vorhandene Sozialgefüge und die hohe Machtkonzentration berücksichtigen sowie Investitionen in Humankapital (Bildung, Gesundheit) und die Konstruktion von sozialem Kapital mit einschließen (Ffrench-Davis, 2006a).

4 Strategien zur Reduktion von Armut

Im Rahmen der beiden vorangegangenen Abschnitte wurde, zuerst auf theoretischer, dann auf empirischer Ebene, versucht, in Anlehnung an Granovetter (1973) eine Verbindung zwischen der Mikro- und der Makroanalyseebene herzustellen. Die Annahme besteht darin, dass das soziale Umfeld im weiteren Sinn das Handeln von Individuen beeinflusst und somit sowohl für die Konzeption als auch bei der sozialwissenschaftlichen Analyse von politischen Maßnahmen zur Reduktion von Armut zu berücksichtigen ist. Die Entstehung von sozialem Kapital hängt wesentlich mit der Disposition der einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft zusammen, zu kooperieren, Eigenverantwortung zu übernehmen und eine vertrauensvolle Beziehung zu anderen einzugehen. Die Rahmenbedingungen, welche die Motivation und Bereitschaft des Individuums beeinflussen, sind dafür genauso entscheidend wie die individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten. Die Dissertation beschäftigte sich mit möglichen Maßnahmen, die von Seiten des Staates getroffen werden können, um die Entstehung von sozialem Kapital zu fördern und Armut zu reduzieren.

4.1 Armut und soziales Kapital

Soziales Kapital ist *per se* weder positiv oder negativ noch kann es empirisch exakt gemessen werden, denn soziale Beziehungen sind ständig in Bewegung, hängen mit den Erwartungen (Vertrauen) und Interaktionsanreizen der einzelnen Individuen zusammen und verändern sich mit der Zeit. Außerdem ist für die Relevanz der sozialen Kontakte nicht nur deren Anzahl, sondern vor allem die Qualität und Verlässlichkeit entscheidend. In der wissenschaftlichen Literatur wird sozialem Kapital eine entscheidende Rolle beim Verständnis von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen zugesprochen, sei es auf der Mikro- oder auf der Makroebene. Sozialem Kapital, verstanden als ein Zusammenspiel von *relational* und *system capital*, wird positive Auswirkungen für die Linderung von Armut zugeschrieben, nicht zuletzt durch die verbesserten Informations- und Arbeitsplatzmöglichkeiten insbesondere in seiner Form als *bridging* (außerfamiliäre, lose Kontakte) und *linking social capital* (Kontakte zu Personen in höheren Machtpositionen). Aufgrund seiner Implikationen für sozial- und entwicklungspolitische Fragestellungen stellte sich die Frage nach den Voraussetzungen der Entstehung und der Förderbarkeit.

In der wissenschaftlichen Literatur bestehen nach wie vor unterschiedliche Vorstellungen darüber, was soziales Kapital bedeutet, welche Voraussetzungen oder Folgen es haben kann, ob es eine Ressource von Individuen oder von Kollektiven ist. Dabei spielt auch die Abgrenzung zwischen den einzelnen humanwissenschaftlichen Disziplinen eine Rolle, wie die Trennung zwischen der Ökonomie und der Soziologie auf der einen Seite und der Soziologie und der Anthropologie oder Psychologie auf der anderen. Während die Soziologie die Bedeutung der Internalisierung kollektiver Normen sowie Institutionen als Motor für jeglichen wirtschaftlichen oder sozialen Austausch betont, heben Ökonomen und Anthropologen die Nutzenkalküle, Bedürfnisse und Interessen der Individuen hervor (Durston u.a., 2005: 23). Der vorliegenden Arbeit liegt die Perspektive einer sozioökonomischen Forschungsrichtung zugrunde, welche von der gegenseitigen Abhängigkeit und Beeinflussung zwischen individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten, den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den sozialen und wirtschaftlichen Handlungsanreizen ausgeht. Insbesondere ging es um die Möglichkeiten der Förderung nützlicher *bridging* und *linking* Beziehungen (*relational capital*) sowie um die Schaffung von Vertrauen und Kooperation innerhalb einer Gesellschaft (*system capital*).

Empirische Untersuchungen in Chile haben ergeben, dass soziales Kapital in seinen verschiedensten Formen am Land weiter verbreitet ist als in den Städten (Durston u.a., 2005: 41). Auf die Frage „Nehmen Sie an, dass in ihrer Umgebung ein Problem auftaucht und gemeinschaftliches Handeln erforderlich ist. Im Allgemeinen, glauben Sie, dass es einfach oder schwierig wäre, hilfsbereite Menschen dafür zu organisieren?“ antworteten 45,5% der Befragten am Land mit „sehr einfach“ oder „einfach“, in der Stadt jedoch nur 33,5%. Ein ähnliches Ergebnis ergab sich auf die Frage „Wenn Sie mit einem ernsthaften Problem konfrontiert wären, sei es wirtschaftlicher, gesundheitlicher oder persönlicher Natur, wie viel Vertrauen haben Sie darin, dass Ihnen jemand außerhalb Ihres Haushaltes helfen würde?“ 50,6% der Befragten am Land meinten, sie hätten „ziemliches“ bzw. „absolutes“ Vertrauen darauf. Wenngleich jene Erwartungshaltungen nichts über die konkreten sozialen Verhaltensweisen aussagen, lässt sich dennoch daraus schließen, dass das allgemeine Klima des Vertrauens am Land größer ist als in den Städten. Häufigere und persönliche Kontakte fördern also die Entstehung von sozialem Kapital. Die Tatsache, dass Armut in Chile zunehmend in den Städten verbreitet ist, würde dementsprechend die Bedeutsamkeit von sozialem Kapital für die Reduktion von Armut belegen.

Der Erfolg von Entwicklungsstrategien hänge auch davon ab, wie soziale Dilemmata auf der Mikro- und der Makroebene gelöst werden (Woolcock, 1998: 186f.). Positive Entwicklungen sind dann zu erwarten, wenn eingebettete und autonome Beziehungen auf beiden Ebenen vorherrschen. Das ist der Fall, wenn soziale Beziehungen innerhalb der lokalen Gemeinschaft sowie zwischen der Gemeinschaft und den staatlichen Institutionen und innerhalb des wirtschaftlichen Sektors funktionieren. Armut, Ungleichheit, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Rechtsdurchsetzung unterminieren das Sozialgefüge. Entwicklungsstrategien auf der Makroebene sind danach auszurichten, genauso wie Projekte auf der Mikroebene, welche gemeinschaftliche Organisation, die Übernahme von Verantwortung und die Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen und der Gemeinschaft fördern wollen.

Für Fukuyama (1995) ist die Kultur ein entscheidender Faktor für die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften.¹ Er kommt zu der Ansicht, dass weniger Staat besser sei, auch für die Entstehung von sozialem Kapital. Woolcock (1998: 187) auf der anderen Seite sieht Kultur nicht als den wichtigsten Faktor an. Wenn gegenseitige Enttäuschung zu Frust und Feindschaft führt, basiere dies vielmehr auf persönlichen Erfahrungen sowie historischen und institutionellen Prozessen. Verbindungen entstehen durch gemeinsame Interaktionen, welche für beide Seiten Vorteile bringen und Vertrauen schaffen. Die Struktur des Staates, die Natur und das Ausmaß des Eingriffs in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben und die Organisation der Gesellschaft insgesamt beeinflussen die Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Ein Merkmal von Entwicklungsländern bestehe darin, dass mangels Alternativen informelle Absicherung wie durch Familie und Gemeinschaft einen viel höheren Stellenwert hat (Kapstein, 2003: 13f.). In empirischen Analysen hat sich jedoch auch gezeigt, dass diese Sicherheitsnetze nur spärlichen und ineffizienten Schutz bieten, gleichzeitig aber „teuer“ zu erhalten sind. Staatliche Maßnahmen, welche die Beziehungen zu Familie und Gemeinschaft nicht unterminieren, können somit eine wertvolle Ergänzung für soziale Absicherung und Schutz in Notzeiten darstellen. Beispielsweise auch durch die Unterstützung der formellen Kreditmärkte.

¹ Die Rolle von kulturellen Faktoren werde oft unterschätzt. Menschen handeln zwar rational, aber sie haben auch eine moralische Seite, nach welcher sie sich anderen verpflichtet fühlen; vgl. z.B. Fukuyama, 1995: 333.

Da jede Gesellschaft andere Voraussetzungen mitbringt, müsse für jede einzelne das geeignete Maß und Zusammensetzung von sozialem Kapital zum jeweiligen Zeitpunkt gefunden werden (Serageldin/Grootaert, 2000: 55). Denn sobald eine Gesellschaft sich wirtschaftlich entwickelt, müsse sich auch das soziale Kapital anpassen, im Sinne von einem teilweisen Ersatz sozialer Netzwerke durch formale Institutionen (Stiglitz, 2000: 59ff.). Während grundsätzlich die Sinnhaftigkeit einer pauschalisierten Betrachtung von sozialem Kapital zu hinterfragen ist, ist die Wahrscheinlichkeit für nachhaltige Entwicklung in einem sozialen Umfeld, wo Ungleichheit und Diskriminierung bestehen, Armut weit verbreitet ist, das Rechtssystem nicht gut funktioniert, keine freien Wahlen stattfinden, unterschiedliche Gruppierungen mit anderen Interessen aneinanderprallen, Krieg, Hunger, Inflation oder Unterbeschäftigung vorherrschen, niedrig. Das Problem dabei ist, dass diese Konditionen oft historisch gewachsen sind und die Chancen der Bildung einer Gemeinschaft und sozialer Integration erheblich behindern (Woolcock, 1998: 182).

Da die soziale Kohäsion von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung abhängig ist und umgekehrt, sollten staatliche Eingriffe und Reformen dementsprechend angepasst sein. Eine nationale Politik für die Entwicklung von sozialem Kapital muss die Fundamente der lokalen Kultur und der sozialen Formen berücksichtigen und die Schaffung von Anreizen und Rahmenbedingungen beinhalten, welche die Entstehung von Vertrauen und Zusammenarbeit fördern sowie die Solidarität zwischen den verschiedenen Einkommensschichten. Ein aktiver Staat, welcher in demokratischer Weise einen Macht- und Interessenausgleich fördert, sei dabei die beste Voraussetzung, um das soziale Kapital der Armen zu erhöhen (Durstun, 2004: 182). Obwohl Dezentralisierung in manchen Bereichen zweckdienlich erscheint, ist auch die auf lokaler Ebene noch stärker ausgeprägte Klientelwirtschaft zu berücksichtigen.

Formale Institutionen im Sinne von allgemeinen Normen innerhalb der Gesellschaft, welche zwischen Menschen wirken, die sich nicht kennen, sind essentiell für eine entwickelte Gesellschaft, weil sie wirtschaftliche Transaktionen zwischen Fremden ermöglichen (Robison u.a., 2004: 73). Die Herausforderung bestehe darin, sozio-emotionale Güter (Wertschätzung, Anerkennung) formal zu institutionalisieren ohne informelle Institutionen (akzeptierte Normen in einem kleineren Kreis) zu beeinträchtigen und die Situation der einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten bei der Schaffung von formalen Institutionen zu bedenken.

Ein mehr an sozialem Kapital muss nicht immer positiv sein (Woolcock, 1998: 171f.). Wirtschaftliche Effekte entstehen nur dann, wenn starke intra-gemeinschaftliche Beziehungen sich zu Verbindungen nach außerhalb erweitern. Wenn Solidarität und Vertrauen nur für die engsten Familienmitglieder gilt, kann dies für die gesamte Gesellschaft aufgrund der sozialen Fragmentierung negative Auswirkungen haben. In solchen Gesellschaften ist es auch möglich, dass Privatisierungen diese Probleme noch verstärken, was in Lateinamerika auch der Fall war (French-Davis, 2006a). Die nützlichste Form von sozialem Kapital – vertikale Kontakte zu Personen in höheren Machtpositionen – ist aus individueller Sicht erstrebenswert, für die Entstehung von Gemeinschaft und somit aus gesellschaftspolitischer Sicht nachteilig. Das primäre Handeln im eigenen (Überlebens-)Interesse und die verschiedensten Formen des *clientelismo* (Klientelwirtschaft) müssen jedoch ebenso als Teil der sozialen Realität anerkannt und bei der Konzeption sozialpolitischer Eingriffe berücksichtigt werden.

Armut ergibt sich durch den soziokulturellen und wirtschaftlichen Kontext, hängt aber auch mit dem sozialen Kapital zusammen, über welches Arme verfügen (Raczynski, 1995b: 26). Aus individueller Sicht ist soziales Kapital kein Ersatz für Bildung/Erziehung oder materielle Ressourcen, aber es kann den Einsatz der vorhandenen Mittel und Fähigkeiten erleichtern. Aus diesem Grund wird argumentiert, dass soziales Kapital für die Reduktion von Armut hilfreich ist und staatliche Eingriffe zur Förderung der sozialen Integration gerechtfertigt sind. Abgesehen von ungleich schwierigeren Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten für die persönlichen Verwirklichungschancen in extremen Armutssituationen, können enge Familienbande und Verpflichtungen eher hinderlich für den Aufbau nützlicher, loser Kontakte sein. Enge Gruppenbildungen, die andere ausgrenzen, oder *clientelismo* (Klientelwirtschaft) sind ebenfalls Formen von sozialem Kapital und in individueller Hinsicht in mancher Weise hilfreich, für die Gesellschaft insgesamt aber unvorteilhaft. Diese Tatsachen verdeutlichen die Schwierigkeit im Zusammenhang mit der Analyse von sozialem Kapital und die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtungsweise.

Das chilenische Beispiel zeigt, dass Aussagen über die Bedeutsamkeit von sozialem Kapital für die Bekämpfung von Armut nur bedingt zulässig sind. Während verlässliche soziale Kontakte aus individueller Sicht armer Menschen – vor allem in der Form von Beziehungen zu anderen Gesellschaftsschichten und losen Kontakten – sehr wohl das familiäre Wohlergehen durch Informations- und Arbeitsplatzzugang verbessern kann, ist dies auf der Makroebene vielschichtiger zu sehen.

Nimmt man gesellschaftliches Vertrauen als Indikator für soziales Kapital innerhalb einer Gesellschaft, wäre die Schlussfolgerung demnach, dass in Chile kaum soziales Kapital existiert. Verwendet man jedoch die Anzahl der gemeinschaftlichen Organisationen als Indikator wäre das Ergebnis ein anderes. Eine andere Frage besteht beispielsweise darin, ob die Frequentierung der Gemeinschaftseinrichtungen auch sicher ist. Chile weist trotz eines erheblichen gesellschaftlichen Misstrauens eine gute Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren auf. Insgesamt verdeutlicht der Fall Chiles, dass soziales Kapital wichtig ist, aber weniger im Sinne von „umso mehr umso besser“, sondern vielmehr „in welcher Form und für wen?“.

Die wissenschaftliche Diskussion über soziales Kapital wird sehr breit geführt wird. Der kleinste gemeinsame Nenner besteht darin, dass die sozialen Beziehungen sowohl für Analysezwecke als auch für die politische Praxis als wichtiger Erfolgs- bzw. Misserfolgswert eines Individuums oder eines Kollektivs angesehen werden und deren explizite Berücksichtigung demnach Teil jeder Entwicklungsstrategie sein sollte.

4.2 Die Bedeutung sozialer Infrastruktur

Die Dissertation beschäftigt sich mit der Fragestellung, in welcher Hinsicht soziales Kapital als Mittel für die Reduktion von Armut gefördert werden kann und analysierte die Erfahrungen Chiles in jenem Zusammenhang. Hierbei wurde von einem Verständnis ausgegangen, wonach soziales Kapital sowohl *relational* als auch *system capital* umfasst und somit nicht nur die Befähigung des Einzelnen durch *bridging* und *linking* Beziehungen wichtig ist, sondern auch das Vertrauen und die Kooperation im gesellschaftlichen Umfeld. Da Armut wie im *Capability Approach*² als komplexes Phänomen verstanden wird, sollten die Rahmenbedingungen genauso berücksichtigt werden wie die Möglichkeiten zur Ausbildung der individuellen Fähigkeiten. Insgesamt wurde jedoch auch davon ausgegangen, dass politische Maßnahmen nicht isoliert wirken, sondern nur komplementären Einfluss zu anderen Bereichen wie Machtverteilung, wirtschaftliche Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit usw. sowie zu den historischen Erfahrungen und kulturellen Prägungen des Systems haben können.

² Armut hat nicht nur eine monetäre Dimension, sondern beinhaltet auch einen Mangel an Verwirklichungschancen und Freiheiten. Daher solle das soziale Umfeld folgende Fähigkeiten unterstützen: life; bodily health; bodily integrity; senses, imagination and thought; emotions; practical reason; affiliation; concern for other species; play and control over one's environment; vgl. Sen, 1999; Nussbaum/Sen [Hrsg.], 1993.

In der wissenschaftlichen Literatur und im Rahmen der Empfehlungen internationaler Organisationen wird die Förderung von sozialem Kapital als wesentlich für die Reduktion von Armut angesehen und dem Staat eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Rahmenbedingungen zugesprochen.³ Aus diesem Grund wurden im Rahmen der vorliegenden Arbeit Überlegungen zu den Entstehungsbedingungen von sozialem Kapital angestellt und dieses sowohl in der Disposition und den individuellen Fähigkeiten zum Aufbau sozialer Beziehungen als auch im Umfeld begründet gesehen. Vertrauen, geteilte Normen und Werte sowie Kooperation und Reziprozität werden in der wissenschaftlichen Literatur als Voraussetzungen von sozialem Kapital angegeben, wobei zu berücksichtigen ist, dass soziales Kapital nicht immer nur positive Auswirkungen hat, sondern beispielsweise in den verschiedensten Formen von Klientelwirtschaft zwar Vorteile für den einzelnen, aber für die Gesellschaft als Ganze nachteilig sein kann.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und sozialer Infrastruktur wurde unter anderem darin identifiziert, dass die öffentlichen Investitionen in soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Wohn-/ Freizeitwesen) sowie zielgruppenspezifische Sozialpolitik zur Begünstigung der schwächeren Bevölkerungsteile und zur Förderung der sozialen Integration in lokal abgegrenzten Einheiten als Ausdruck von gesellschaftlicher Solidarität gesehen werden können und somit Vertrauen schaffen. Die Schaffung gleicher Zugangsmöglichkeiten für alle zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung sowie zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung und die Förderung von Interaktion zwischen den einzelnen Einkommensschichten durch Gemeinschaftsräume und geteilte Projekte erhöht die Möglichkeit der Entstehung von sozialem Kapital. Die Gestaltung der sozialen Infrastruktur beeinflusst die Interaktionsmöglichkeiten, je nachdem ob es sich um allgemein geteilte Einrichtungen handelt oder um segregierende Systeme. Öffentliche Bildungseinrichtungen, Freizeit- und Sportstätten, zu welchen alle unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status Zugang haben, ist für die Entstehung von besonders nützlichen außerfamiliären und vertikalen Kontakten zu Personen in höheren Machtpositionen wichtig. Diese entstehen auch durch die Vernetzung mit den staatlichen Behörden. Die Vorteilhaftigkeit eines individuellen Betreuers für arme Familien, welche sonst kaum soziale Kontakte abgesehen zu ihrem näheren Umfeld haben, hat sich in dieser Hinsicht als besonders zielführend erwiesen.

³ Vgl. World Bank, 2000b: 128ff.

Staatliche Eingriffe im Sinne eines Machtausgleichs zur Gewährleistung gleicher Start- und Freiheitschancen für alle erscheinen insbesondere in Gesellschaften mit einer stark ausgeprägten ökonomischen und sozialen Ungleichheit gerechtfertigt. Die Investition in soziale Infrastruktur stellt eine mögliche Maßnahme ohne Stigmatisierung und ohne Eingriff in das Eigentumsrecht dar und trägt zu einer Förderung von sozialem Kapital bei – nicht zuletzt deshalb weil sich dadurch das Vertrauen in das soziale Umfeld und somit die Kooperationsbereitschaft erhöht, sondern auch weil sich die individuellen Fähigkeiten verbessern und somit geistige Kapazitäten freigesetzt werden. Durch den Aufbau von Humankapital ergeben sich positive Effekte für die Wirtschaft, zum einen über die Schaffung eines Arbeitskräfte- und Innovationspotentials, aber auch durch die Erhöhung des Privatkonsums, wenn man davon ausgeht, dass die Sparquote bei armen Bevölkerungsschichten geringer ist als bei reichen. Umgekehrt ist eine gute wirtschaftliche Entwicklung nicht nur wegen der Schaffung von Beschäftigung, sondern auch als Steuereinnahmequelle eine Voraussetzung für die Möglichkeit öffentlicher Investitionen in die soziale Infrastruktur und die Reduktion von Armut. Empirische Untersuchungen bestätigen die Interdependenz zwischen Armutsreduktion und Wirtschaftswachstum (Perry u.a., 2006: 116ff.). Strategien zur Bekämpfung von Armut müssen nicht nur die Effekte von Wachstum auf Armut, sondern auch umgekehrt die Reduktion von Armut – insbesondere für die Region Lateinamerika als Voraussetzung – für die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen.

Das Argument der vorliegenden Arbeit besteht darin, dass soziale Infrastruktur die Entstehung von sozialem Kapital begünstigt und gleichzeitig positiv für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist, indem sie die individuellen Fähigkeiten fördert und ein allgemeines Vertrauen für den Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen und die Entstehung sozialer Kohäsion schafft. Die Begründung für die Notwendigkeit einer aktiven Rolle des Staates ergibt sich aus der ungleichen Machtverteilung, welche in Chile und in anderen lateinamerikanischen Staaten auch aufgrund der sozial-menschlichen Mechanismen – „der Stärkere setzt sich durch“, „Gleich und Gleich gesellt sich gern“, „Gefangenen’dilemmata – die Armutssituation verschärft, würden keine entsprechenden Maßnahmen des Ausgleichs getroffen werden. Der Vergleich zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihrer Konsequenzen zu Zeiten der Militärdiktatur und jener danach bestätigt diese These. Wirtschaftliche Möglichkeiten, die sich durch die Liberalisierung und den Aufschwung bieten, können nur genutzt werden, wenn die individuellen Grundvoraussetzungen und Aufstiegschancen für alle gegeben sind.

Die Kooperationsbereitschaft und das Vertrauen jedes einzelnen steigen, wenn von einer Kooperation der anderen ausgegangen werden kann. Dabei kommt es weniger auf die tatsächliche Kooperation an, als auf die Wahrnehmung dieser in den Köpfen der Menschen. Diese Wahrnehmung kann durch sozialpolitische Maßnahmen wie Investitionen in die soziale Infrastruktur oder in soziale Absicherungsmaßnahmen beeinflusst werden, da dadurch nicht zuletzt Vertrauen in die Solidarität der anderen gestärkt wird.

Welche Maßnahmen zur Linderung von Armut besonders hilfreich sind, universelle oder zielgruppenspezifische, ist eine andere Frage. Generalisierungen sind selbst in einer scheinbar homogenen Region wie Lateinamerika problematisch (Behrman, 1993: 190), aber dennoch kann aus der chilenischen Erfahrung abgeleitet werden, dass eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg zielgerichteter Sozialprogramme die vorherige Existenz universeller Politikmaßnahmen ist (Raczynski, 1995b: 19). Für zielgerichtete Sozialprogramme spricht die Kosten-Nutzen-Effizienz, da öffentliche Ausgaben auf jene Sektoren konzentriert werden, die es am meisten benötigen. Auf der anderen Seite sind selektive Maßnahmen, nur erfolgreich, wenn universelle Programme bereits existierten, wie zum Beispiel Mutter-Kind-Ernährungsprogramme oder die allgemeine Grundschule. Zielgruppenspezifische Maßnahmen ermöglichen zwar ein besseres Eingehen auf die Betroffenen, können aber in der Umsetzung durch Ausgaben wie beispielsweise bei der Verwaltung und Etablierung der Selektionsmechanismen teuer sein und psychosoziale Kosten verursachen, welche durch Stigmatisierung und Ausgrenzung hervorgerufen werden.

Dezentralisierung wird ebenfalls als hilfreich für die Effektivität von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut angesehen, da dadurch mehr Möglichkeiten für soziale Teilhabe gegeben sind und besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingegangen werden kann. Ein entscheidender Faktor für effektive Dezentralisierung ist die Zusammenarbeit zwischen der lokalen Regierung und den sozialen Organisationen vor Ort. Gewachsene Strukturen wie ein starker Zentralismus und schwache lokale Regierungen ändern sich jedoch nur sehr langsam. Mögliche Nachteile der Dezentralisierung bestehen in der Perpetuierung von territorialen Ungleichheiten, doppelten Strukturen und Ausgaben für die Verwaltung sowie in Korruption und Klientelwirtschaft, welche auf lokaler Ebene oft stärker ausgeprägt ist (Raczynski, 1995b: 26f.).

Anhand der Erfahrungen Chiles werden jedoch auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung zielgerichteter Sozialprogramme zur Förderung von sozialem Kapital und die Bedeutung des bestehenden Sozialgefüges deutlich. Versuche, soziale Kontakte durch Eingriffe von außen zu fördern, können auch fehlschlagen, zum Beispiel bei einer Tendenz zu *moral hazard* oder weil sich diese wieder auflösen, sobald die Unterstützung beendet ist (Portes/Landolt, 2000: 546f.). Sozialprogramme, welche die Besonderheiten der Mikroebene nicht berücksichtigen, können auch den gegenteiligen Effekt haben, wenn sich soziale Konflikte manifestieren oder die Kooperation mit den staatlichen Behörden mehr Misstrauen als Nutzen bringt.

Gemeinschaftliche Aktionen entstehen in den seltensten Fällen durch eine öffentliche Debatte und eine demokratische Beschlussfassung, wie es in zielgerichteten, gemeinschaftsfördernden Sozialprogrammen vorgesehen und von Seiten der öffentlichen Institutionen initiiert wird, sondern vielmehr im Rahmen eines graduellen Prozesses, in welchem ein oder zwei Individuen mit mehr oder weniger stark ausgeprägten Führungseigenschaften ihre Kontakte und Netzwerke für das Gemeinwohl einsetzen (Durston u.a., 2005: 53).

Eine Konzentration staatlicher Mittel auf eine allgemeine Versorgung mit den wichtigsten Bedingungen sozialer Entwicklung, nämlich Bildung/Erziehung, Gesundheit und soziale Integration stünde auch im Einklang mit den Diskussionen über soziales Kapital. Aus der chilenischen Erfahrung lässt sich ableiten, dass komplementäre Politikmaßnahmen wie universelle Reichweite in den Bereichen Grundschulbildung und Gesundheitsversorgung, welche gleiche Chancen für die gesamte Bevölkerung bieten, gemeinsam mit zielgerichteten Programmen, welche sich auf territoriale und sozioökonomische Merkmale ausrichten, die größten Erfolge zeigen (Raczynski, 1995b: 24ff.). Während universelle Maßnahmen die Förderung eines allgemeinen Vertrauens bewirken, tragen partikuläre Maßnahmen zu einem Machtausgleich zugunsten der benachteiligten Bevölkerung bei; beides ist wichtig, um soziales Kapital zu fördern und Armut zu reduzieren.

Die Erkenntnis aus den chilenischen Bemühungen zur Förderung von sozialem Kapital und sozialer Integration ist, dass eine Diagnose der sozialen Realität die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg eines Sozialprogramms ist, da auf dem existierenden Sozialgefüge aufgebaut werden muss. Sozialprogramme müssen an die Gesellschaft und lokalen Gegebenheiten angepasst werden und nicht umgekehrt.

Die Leistung der Dissertation besteht im Wesentlichen in der Schaffung einer Verbindung zwischen den wissenschaftlichen Überlegungen zu sozialem Kapital und den allgemein anerkannten und praktizierten Maßnahmen im Kampf gegen die Armut. Die Erkenntnis, die sich aus der theoretischen Ableitung und der Analyse der Erfahrungen in Chile ergibt, ist, dass marktwirtschaftliche Mechanismen zwar Wohlstand fördern, aber auch die Ungleichheiten verstärken und staatliche Eingriffe für einen sozialen Ausgleich unter Umständen notwendig sind. Soziale Infrastruktur stellt für jede Gesellschaft eine entscheidende Voraussetzung für die sozioökonomische Entwicklung dar, kann jedoch nicht als monokausaler Erklärungsfaktor betrachtet werden.⁴ Auch in Hinblick auf die Erkenntnisse aus den Diskussionen über soziales Kapital muss die gründliche Analyse des gesamtgesellschaftlichen Kontextes und der sozialen Faktoren zu Beginn jeder Politikmaßnahme stehen. Da Strategien zur Reduktion von Armut deshalb sehr länderspezifisch sind, möchte die Dissertation lediglich einen möglichen Analyserahmen für die Konzeption politischer Maßnahmen zur Reduktion von Armut vorschlagen.

4.3 Analyse der sozialen Faktoren als Grundvoraussetzung

Die Reduktion von Armut (und Ungleichheit) stellt eine entscheidende Herausforderung für jede Gesellschaft dar. Dabei trägt ein Weniger an Armut nicht nur zu mehr sozialem Frieden und politischer Moderation innerhalb eines Staates bei, sondern fördert durch einen erhöhten Privatkonsum und den Aufbau von Humankapital auch die wirtschaftliche Entwicklung und somit den Wohlstand für alle. Die Möglichkeiten eines Staates sind jedoch in finanzieller Hinsicht und öffentlich-rechtlich begrenzt und liegen lediglich in der Schaffung von Rahmenbedingungen, welche der Förderung des Gemeinwohls dienen, jedoch auch immer einen Kompromiss zwischen den einzelnen Interessensgruppen darstellen. Aufgrund der Verschiedenheit des gesellschaftlichen Kontexts, möchte die vorliegende Arbeit einen richtungweisenden (aber keineswegs ausschließlichen) Analyserahmen anbieten. Eine Vorabdiagnose sollte jedenfalls ein Verständnis jener Faktoren ermöglichen, die für die Konzeption von Politikmaßnahmen in der jeweiligen Gesellschaft berücksichtigt werden müssen:

⁴ Vgl. zum Beispiel Kuba, wo soziale Infrastruktur, aber keine wirtschaftliche Entwicklung oder Wohlstand vorhanden ist.

1. Analyse der sozioökonomischen Ausgangssituation;
2. Berücksichtigung der sozialen Faktoren auf der Mikroebene;
3. Komplementäre Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

4.3.1 Analyse der sozioökonomischen Ausgangssituation

Die Anwendung politischer Maßnahmen zur Linderung von Armut und ihr Erfolg hängen von dem gegebenen gesellschaftlichen Kontext zur jeweiligen Zeit und im Falle offener Marktwirtschaften auch von den Entwicklungen im internationalen Umfeld ab. Die Analyse der sozioökonomischen Ausgangssituation in Chile lässt folgende Dimensionen mit Bezug auf eine marktwirtschaftliche Orientierung in den Vordergrund treten (Sunkel, 2006b: 96f.): die Bedeutung eines makroökonomischen Gleichgewichts und von hohen Investitionsraten, Exporten und des Wirtschaftswachstums, einer entsprechenden Steuerpolitik, sozialpolitische Maßnahmen mit Bezug auf Arbeit, Armut, Gesundheit und Bildung, Politik zur Stärkung der technologischen Innovationen und der Produktivität, Konzessionen und Anreize für private Investitionen in die Infrastruktur, ein funktionierendes Regulationsgefüge sowie die Förderung der Exportwirtschaft und der internationalen Integration.

Wichtige Grundfragen, die es vor der Konzeption von Politikmaßnahmen zur Linderung von Armut zu beantworten gilt, sind jene nach dem Ausmaß der Armut, welche Bevölkerungsgruppen insbesondere betroffen sind und aus welchen Gründen.

4.3.2 Berücksichtigung der sozialen Faktoren auf der Mikroebene

Die Bedeutung der sozialen Faktoren und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, welche das wirtschaftliche Handeln jedes einzelnen beeinflussen, dürfen nicht unterschätzt werden. Sozialpolitische Initiativen scheitern, wenn die internen Faktoren, die mit dem bestehenden Sozialgefüge zusammenhängen, nicht berücksichtigt werden – wie kulturelle Besonderheiten, soziale Fragmentierung, Angst, Autozensur, Desinformation, Desinteresse, Misstrauen oder Rivalität. Die Frage ist, welche sozialen Faktoren auf der Mikroebene bei der Konzeption von konkreten sozialpolitischen Maßnahmen vor Ort berücksichtigt werden müssen.

Die Erfahrungen Chiles zeigen, dass auch soziokulturelle Charakteristika sowie die Motivation und Fähigkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen, eine entscheidende Rolle im Zusammenhang mit Armut spielen (Raczynski/Serrano, 2003: 364f.). Aus diesem Grund ist es notwendig, bei der Disposition und den Fähigkeiten der Betroffenen anzusetzen – dazu zählen neben Bildung und Gesundheit auch kulturelle und soziale Faktoren – sowie gesamtgesellschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Dabei dürfen nicht nur einzelne Defizite gesehen werden, sondern es ist notwendig, eine integrative Sichtweise aus der lokalen Realität heraus einzunehmen und umfassend zu analysieren.

Eingriffe zur Förderung von sozialem Kapital sollten in erster Linie zu einer besseren Integration in das soziale Umfeld beitragen und zwei Elemente beinhalten: die Förderung einer aktiven Beteiligung der Betroffenen und die Koordination der sozialen Akteure und der Institutionen vor Ort. Ein gut konzipiertes soziales Programm verbindet politischen Willen, soziale Legitimität, eine klare Analyse der Situation, definierte Ziele und Zielgruppen, Evaluierungssysteme, eine entsprechende institutionelle Verankerung und Koordinierung, kompetente Umsetzung und eine stabile Finanzierung während des gesamten Zeitraumes und danach (Raczynski, 1995b: 23).

Die Evaluierung eines Programms zur Reduktion von Armut sollte auf Basis des Konzepts soziales Kapital folgende Fragen umfassen (Robison u.a., 2004: 97): Stärkt oder schwächt das Programm das soziale Kapital der Betroffenen im bisherigen Netzwerk und welche Möglichkeiten eröffnen sich, Kontakte zu anderen Netzwerken aufzubauen?, Wird der Austausch sozio-emotionaler Güter begünstigt?, Welche formellen oder informellen Institutionen sind für die Implementierung des Programms Voraussetzung?, Auf welche Weise werden die Betroffenen befähigt, sich selbst zu helfen?.

4.3.3 Komplementäre Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Armut hängt mit vielen externen und internen Faktoren zusammen, welche u.a. die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise, Subventionen, Infrastruktur, kulturelle und soziale Besonderheiten, das politische System und Institutionen betreffen. Da Armut ein komplexes Phänomen ist, können Politikempfehlungen nur generelle Leitlinien beinhalten: politischer Wille, in den sozialen Bereich zu investieren; wachstumorientierte Wirtschaftspolitik; breite und nachhaltige Investitionen in Basisdienstleistungen wie in den Bereichen Gesundheit und Bildung; komplementäre zielgerichtete Maßnahmen;

nachhaltige Finanzierung, welche den Fortbestand der Sozialprogramme gewährleistet; ein kompetentes Management und soziale Fähigkeiten der Beteiligten vor Ort; Zusammenarbeit zwischen dem Privatsektor und lokalen Gemeinschaften; Monitoring und Evaluierung der Sozialprogramme, um aus Erfahrungswerten zu lernen und Ressourcen sinnvoll einzusetzen.⁵

Mögliche Fragen können lauten: Welche Maßnahmen/ Regelungen sind angesichts der sozialen Faktoren möglich und nützlich im Sinne der Reduktion von Armut? Und welche Ausgaben können getätigt werden, um mit möglichst geringem Eingriff in die Gesellschaft, den größtmöglichen sozialen Nutzen zu erreichen? Auch wenn die Eingriffsmöglichkeiten limitiert sind, obliegt es dem Staat *system capital* zu fördern (Esser, 2008: 47), wie die Schaffung eines allgemeinen Klimas des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen und Solidarität der anderen.

Eine Strategie zur Bekämpfung von Armut kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie Teil einer umfassenden Gesamtstrategie ist, welche die gesellschaftlichen Besonderheiten berücksichtigt und nachhaltige Maßnahmen von Seiten eines aktiven Staates beinhaltet. Die Förderung freier Wirtschaftsaktivität und eine stabile makroökonomische Gesamtsituation sind dabei genauso essentiell wie flankierende sozialpolitische Maßnahmen.

⁵ Vgl. Raczynski, 1995b: 21ff.

4.4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Chile weist trotz des mangelnden Vertrauens innerhalb der Gesellschaft eine gute wirtschaftliche Entwicklung und bemerkenswerte Erfolge in der Reduktion von Armut auf. Daraus lässt sich entweder schließen, dass soziales Kapital (*relational* und *system capital*), welches dem allgemeinen wissenschaftlichen Verständnis nach auf Vertrauen beruht, für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes nicht entscheidend ist, die Theorieannahmen in diesem Fall widerlegt sind oder dass eine Quantifizierung (und länderübergreifende Vergleichbarkeit) sozialer Konstrukte selbst annäherungsweise schwierig und eine komplementäre Betrachtung der Mikroebene erfordert. Die Frage „Wie kann soziales Kapital gefördert werden?“ ist insofern falsch gestellt, als dass es in einer Gesellschaft nicht nur eine Form von sozialem Kapital gibt und positiven Effekten (Kooperation, gemeinschaftliches Handeln, soziale Kohäsion) auch negative wie der Ausschluss von Dritten, die Manifestierung von Ungleichheit oder die Begünstigung von Machtkonzentration (und Korruption) gegenüberstehen. Was die Konzeption von Sozialpolitik zur Förderung von sozialem Kapital betrifft, sollte die Frage nicht lauten, wie viel soziales Kapital in einer Gesellschaft vorhanden ist, sondern in welcher Form und für wen. Der Beitrag des Theoriekonzepts soziales Kapital für praktische Problemlösungen im Zusammenhang mit der Reduktion von Armut besteht in seinem Hinweis auf die Bedeutung der sozialen Faktoren und der Machtverteilung für die Verteilung von Chancen und Möglichkeiten und den Erfolg oder Misserfolg eines staatlichen Eingriffs.

Das Ziel politischer Maßnahmen zur Reduktion von Armut sollte nach den Theorieannahmen zu sozialem Kapital darin gesehen werden, dieses insbesondere in seiner Form von *bridging* (außerfamiliäre, lose Kontakte) und *linking social capital* (Kontakte zu Personen in höheren Machtpositionen) zu fördern.⁶ Die Entstehung von sozialem Kapital kann durch die Schaffung der Grundvoraussetzungen für den Aufbau der individuellen Fähigkeiten (Bildung, Gesundheit, soziale Kompetenz) sowie von allgemeinem Vertrauen und Kooperation durch Rechtssicherheit, *good governance* und die Qualität der politischen Institutionen positiv beeinflusst werden, aber vor allem auch durch soziale Interaktionsmöglichkeiten, welche potentiell in öffentlichen Bildungs- oder Freizeiteinrichtungen bestehen.

⁶ Während daraus individuelle Vorteile erwachsen, wie ein verbesserter Zugang zu Informationen und Beschäftigung, kann das auch als negativ aus gesamtgesellschaftlicher Sicht gesehen werden. Insbesondere geht es dabei um die soziale Integration der Armen in die Gesellschaft.

Sozialprogramme auf lokaler Ebene in Chile wie jene zur Vernetzung sozialer Organisationen, die gemeinsame Erstellung und Umsetzung von Projektanträgen, die Errichtung von gemeinschaftlichen Arbeitsräumen (*talleres*) sowie von Freizeit- und Sportzentren verdeutlichen die Interdependenz zwischen persönlicher Entwicklung und der Integration eines Kollektivs sowie der gegebenen Strukturen. Lokale Initiativen bewirken, aber bedingen auch die Erlangung von persönlichen Fähigkeiten und Vertrauen zu sich selbst und anderen (León Aravena, 2003). Bei Initiativen im Bildungs- und Erziehungsbereich ist es wichtig, dass die Lehrinhalte nicht nur auf die Vermittlung von neuem Wissen abgestimmt, sondern auch im Einklang mit den gegebenen Fähigkeiten und dem Umfeld sind (Garrido u.a., 2003: 271). Instrumente wie eine partizipative Autodiagnose, *mesas de trabajo* (runde Tische) und lokal erstellte Entwicklungspläne fördern die soziale Integration und bringen aufgrund der höheren Akzeptanz bei den Teilnehmern Verbesserungen der Wirkungsweise sozialpolitischer Maßnahmen zur Reduktion von Armut mit sich. Als hilfreich hat sich auch die spezielle Betreuung besonders armer Familien erwiesen, um diese auf die staatlichen Leistungen aufmerksam zu machen und an das soziale Netz heran zu führen.

Lokale Initiativen scheitern jedoch dann, wenn die notwendigen Ressourcen bzw. ihre Nachhaltigkeit fehlen, die physisch-technische oder soziale Infrastruktur mangelhaft ist, keine Koordination zwischen den verschiedenen Programmen und Organisationen existiert, keine Mitsprache der Betroffenen ermöglicht wird; oder wenn die internen Faktoren, die mit dem bestehenden Sozialgefüge zusammenhängen, nicht berücksichtigt werden – wie kulturelle Besonderheiten, soziale Konflikte, Gewalt, Kriminalität, Autozensur, Desinformation, Desinteresse, Misstrauen oder Rivalität (Gascón Martín, 2003: 228f.). Eine Analyse der lokalen Ausgangssituation und der Einflussfaktoren ist daher für den Erfolg jeder sozialpolitischen Maßnahme entscheidend.

Externe Impulse zur Förderung der gemeinschaftlichen Organisationskapazität wie sie im Rahmen der Sozialprogramme *Programa Promoción* und *Más Región* (siehe dazu Kapitel 3.3.3.1) gegeben wurden, haben die Entstehung von gemeinschaftlichem Handeln erfolgreich begünstigt und stellen interessante Möglichkeiten dar, soziale Integration und Selbsthilfe zu fördern. Die Nachhaltigkeit der sozialen Beziehungen und der gemeinschaftlichen Aktionen liegen jedoch nicht im direkten Einflussbereich des Staates, sondern beruhen auf den Visionen und dem Engagement der einzelnen Gesellschaftsmitglieder und jener, die es aufgrund ihrer Führungsqualitäten schaffen, andere für gemeinsame Initiativen zu begeistern und zu mobilisieren.

Die wesentlichste Erkenntnis aus den Erfahrungen in Chile in makroökonomischer Hinsicht besteht darin, dass eine aktive Rolle des Staates in Form von Investitionen in die soziale Infrastruktur – öffentliche Einrichtungen für Bildung, Gesundheit, Wohn- und Freizeitwesen – und selektive Maßnahmen für besonders schutzwürdige Personengruppen als Möglichkeit der Schaffung von gleichen Ausgangsbedingungen (*empowerment*) eine wesentliche Voraussetzung für die Reduktion von Armut und den langfristigen Aufbau von sozioökonomischem Entwicklungspotential darstellten, insbesondere im Vergleich zu den gegenteiligen Effekten des marktradikalen Entwicklungskonzepts zur Zeit der Militärdiktatur.

Während eine freie wirtschaftliche Entwicklung den allgemeinen Wohlstand und die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten erhöht, kann die Begründung für die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen darin gesehen werden, dass insbesondere in Gesellschaften, wo Armutsfallen und eine hohe soziale Ungleichheit vorherrschen, nur durch einen Machtausgleich die Möglichkeit auf gleiche Chancen und die notwendigen Voraussetzungen für die Nutzung der wirtschaftlichen Freiheiten bestehen kann und somit auch eine Akzeptanz für das Gesellschaftssystem.

Diese Erkenntnis lässt sich angesichts der weltweit zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und Machtkonzentration (World Bank, 2005) auch auf andere Bereiche und Gesellschaften übertragen, was einen Ansatzpunkt für zukünftige Forschungsarbeiten darstellen könnte.

Anhang

5 Anhang

5.1 Gespräche in Santiago de Chile (13. März bis 27. April 2007)¹

- 30. März
Irma Arriagada, Autorin der CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe/ wirtschaftliche Kommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik), Av. Dag Hammarskjold 3477, Vitacura, Santiago de Chile.
- 17. April
Raúl Atria, Professor und Direktor des Instituts für Soziologie an der Universidad de Chile, Av. Cap. Ignacio Carrera Pinto No.1045, Ñuñoa, Santiago de Chile.
- 11. April
Dante Contreras, Professor am Institut für Ökonomie an der Universidad de Chile, Av. Diagonal Paraguay 257, Centro, Santiago de Chile.
- 18. April
John Durston, Sozialantropologe und vormals Autor der CEPAL, Carlos Silva 10530, La Reina, Santiago de Chile.
- 2. April
Pedro Morandé, Professor am Institut für Soziologie und Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universidad Católica, Av. Vicuña Mackenna 4860, Macul, Santiago de Chile.
- 19. April
Roxana Muñoz Marchan, Beraterin von MIDEPLAN (Ministerio de Planificación/ Planungsministerium), Ahumada 48/10, Centro, Santiago de Chile.
- 12. und 20. April
José Oda Camplá, FOSIS Koordinator für das Programm “Promoción Para la Participación”, Ahumada 48/8, Centro, Santiago de Chile.
- 28. März
Mauricio Olavarria Gambi, Lehr- und Forschungsbeauftragter am INAP (Instituto de Asuntos Públicos/ Institut für öffentliche Angelegenheiten), Universidad de Chile, Santa Lucía 240, Centro, Santiago de Chile.
- 12. April
Cecilia Pérez Díaz, Direktorin von FOSIS (Fondo de Solidaridad e Inversión Social/ Fonds für Solidarität und soziale Investitionen), Ahumada 48/9, Centro, Santiago de Chile.
- 12. April
Tatiana Rojas Leiva, FOSIS Koordinatorin für das Programm “Un Barrio Para mi Familia”, Ahumada 48/9, Centro, Santiago de Chile.
- 28. März
Guillermo Wormald, Professor am Institut für Soziologie an der Universidad Católica, Av. Vicuña Mackenna 4860, Macul, Santiago de Chile.

¹ Auflistung in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens.

5.2 Akademisch-intellektueller Hintergrund der Autorin

AUSBILDUNG

2004-2008	Doktoratsstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU)
2004-2005	41. Diplomlehrgang Diplomatische Akademie Wien mit Auszeichnung
2003-2004	Universität Wien, Wahlfächer aus <i>Recht der internationalen Beziehungen</i>
1999-2003	Studium der Internationalen Betriebswirtschaft an der WU Wien Notendurchschnitt aller Prüfungen: 1,33; WU Center of Excellence
2002-2003	Auslandsstudienjahr (Erasmus) an der Universidad de Cádiz, Spanien
1999	Matura mit ausgezeichnetem Erfolg
1997-1998	Interkultureller Schüleraustausch (AFS) in Melbourne, Australien

BERUFLICHE ERFAHRUNG*

2007	Austria Wirtschaftsservice/ERP-Fonds
2005-2006	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
2004-2005	Österreichisches Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (ÖIES)
2004	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte
2003	Wirtschaftskammer Österreich, Außenhandelsstelle ZAGREB
2002-2003	Kapitalmarkt Österreich Informationsagentur

INTERNATIONALES

Fremdsprachen	Englisch (fließend), Spanisch (fließend), Französisch (fließend)
Auslandsaufenthalte	Australien, Belgien, Chile, HongKong, Kroatien, Kuba, Neuseeland, Schweiz, Spanien, Thailand, USA, Venezuela u.a.
Sonstiges	Teilnahme an der European Academy for Security Policy (ÖIES) 2004 und 2008

* Auswahl relevanter Tätigkeiten.

5.3 Fragebögen zur Messung von sozialem Kapital

5.3.1 Programm Más Región

CUESTIONARIO PARA LA MEDICIÓN DE CAPITAL SOCIAL²

Nombre de la Población o Villa: Instrumento de Medición de Capital Social

***Presentación:** Muy buenos días (tardes) mi nombre es... , soy estudiante de psicología de la Universidad de la Serena y en este momento me encuentro trabajando un estudio para el Programa Más Región (que está realizando la consultora Asesorías para el Desarrollo), que busca conocer la relaciones sociales que existen en su villa (o población). La Junta de Vecinos de la villa (o población) está informada de que esta actividad se está llevando a cabo. La idea es que tengamos una conversación lo más abierta posible sobre estos temas, para lo cual yo le voy a ir planteando algunas preguntas y usted me da su opinión. Es importante que sepa que sus opiniones serán manejadas en forma confidencial.*

I. Datos generales

1. Sexo del entrevistado (a)
 - (1) Masculino
 - (2) Femenino

2. Edad del entrevistado (a) (*Anote edad en años cumplidos*)

3. Estado civil del entrevistado (a)
 - (1) Casado(a)
 - (2) Separado(a)
 - (3) Viudo(a)
 - (4) Conviviente
 - (5) Separado(a) de hecho
 - (6) Divorciado(a)
 - (7) Soltero(a)

4. Número de hijos del (la) jefe(a) de hogar:

5. Número total de integrantes del hogar:

² Quelle: übernommen aus Serrano u.a., 2006: 62ff.

6. Nivel educacional del entrevistado(a)

- (1) Básica incompleta
- (2) Básica completa
- (3) E. Media Técnico Profesional incompleta
- (4) E. Media Técnico Profesional completa
- (5) E. Media Científico-Humanista incompleta
- (6) E. Media Científico-Humanista completa
- (7) Técnica Profesional incompleta
- (8) Técnica Profesional completa
- (9) Universitaria incompleta
- (10) Universitaria completa
- (11) Ninguno
- (12) Otro (especificar)

7. Dirección de la casa:

.....

8. ¿Cuántos años lleva viviendo en esta población o villa?

(Anote años cumplidos viviendo en la población o villa)

9. Sobre esta población o villa, ¿Ud. diría que le gusta vivir aquí?

- (1) Sí (Pasar a P 10 y no conteste P11)
- (2) No (Pasar a P11)

10. ¿Por qué razones Ud. diría que le gusta vivir aquí?

(Marque con una X solo la alternativa que más lo representa). (Mostrar tarjeta 1)

- (1) Porque siente que es su lugar
- (2) Porque ha ido haciendo amistades.
- (3) Porque aquí ha formado su familia
- (4) Porque aquí ha tenido posibilidades de surgir
- (5) Le gusta la gente que vive en este barrio.
- (6) Porque aquí existen posibilidades de trabajo
- (7) Porque tiene buena ubicación
- (8) Otro (especificar)

11. ¿Por qué razones Ud. diría que NO le gusta vivir aquí?

(Marque con una X solo la alternativa que más lo representa). (Mostrar tarjeta 2)

- (1) Porque no le gusta la gente que aquí vive
- (2) Por que se siente inseguro (a)
- (3) Por que no hay oportunidades de trabajo, no existe progreso.
- (4) Porque no le gusta este barrio en general
- (5) Otra (especificar)

II. Grupos y redes

Grupos

12. ¿En cuántas organizaciones participa Ud. en este momento? *(Dar ejemplos y sumar todas las organizaciones en que participa el entrevistado(a)).*

13. ¿En cuántas organizaciones participan los demás miembros de su hogar en este momento? *(Dar ejemplos y sumar todas las organizaciones en que participan los demás miembros del hogar)*

14. En comparación con hace cinco años atrás*, ¿Ud. participa en más o en menos grupos u organizaciones? [* ENCUESTADOR: EL PERÍODO SE PUEDE ACLARAR SITUÁNDOLO ANTES O DESPUÉS DE UN ACONTECIMIENTO IMPORTANTE] *(Marque la alternativa que más lo representa).*

- (1) Más
- (2) La misma cantidad
- (3) Menos

15. ¿ Se considera Ud. una persona activa en cuanto a su participación en grupos u organizaciones?

- (1) Sí
- (2) Depende de las motivaciones del momento
- (3) No
- (4) No sabe/No responde

16. ¿Y los miembros de su hogar, participan en más o menos organizaciones y grupos que cinco años atrás?

- (1) Más
- (2) La misma cantidad
- (3) Menos

17. (Si la respuesta fue 0 en la **pregunta 12** pasar a **P 33**) De todos los grupos a los Ud. pertenece, nombre los dos más importantes (a los que dedican más tiempo) .[ENCUESTADOR: ESCRIBA LOS NOMBRES DE LOS GRUPOS]

Grupo 1 _____

Grupo 2 _____

18. ¿Cuántas veces en un mes promedio Ud. participa en alguna actividad de este grupo u organización, por ejemplo, asistiendo a reuniones o realizando actividades para el grupo? (Anote numero de veces para cada grupo)

Grupo 1

Grupo 2

19. En los últimos cinco años *, ¿la cantidad de miembros del grupo ha disminuido, se ha mantenido o ha aumentado? [* ENCUESTADOR: EL PERÍODO SE PUEDE ACLARAR SITUÁNDOLO ANTES O DESPUÉS DE UN ACONTECIMIENTO IMPORTANTE]

(1) Ha disminuido

(2) Se ha mantenido

(3) Ha aumentado

(4) No sabe /no está seguro

Grupo 1

Grupo 2

20. En general, ¿qué rol desempeña Ud. en las organizaciones o grupos en que participa?

(1) Estoy inscrito pero voy poco a reuniones

(2) Soy un integrante/ participante más

(3) Soy miembro de la directiva

(4) No sabe

Grupo 1

Grupo 2

21. ¿Cuál es el principal beneficio que Ud. obtiene al unirse a este grupo?

(Escriba en el recuadro sólo una alternativa para cada grupo). (Mostrar tarjeta 3)

(1) Mejora la subsistencia actual de mi hogar y el acceso a servicios

(2) Es importante en casos de emergencia/ en el futuro

(3) La comunidad se ve beneficiada

(4) Diversión/ Recreación /Deporte

(5) Beneficio espiritual, auto estima, desarrollo personal, compartir, etc.

(6) Otros (especificar) _____

Grupo 1

Grupo 2

22. ¿El grupo ayuda a que su hogar tenga acceso a alguno de los siguientes servicios? (*Marque 1 o 2 según corresponda en cada servicio*). (Mostrar tarjeta 4)

- (1) Sí
(2) No

	Grupo 1	Grupo 2
A. Educación y capacitación		
B. Servicios de salud		
C. Suministro de agua y saneamiento		
D. Crédito o ahorros		
E. Vivienda o subsidio para la vivienda		
F. Mercadería, medicamentos, enseres		
F. Trabajo		
G. Algún programa municipal diferente de lo mencionado		

23. ¿Cuando hay una decisión que tomar en el grupo en que Ud. participa, cómo se toma esa decisión? (*Marque una sola alternativa*). (Mostrar tarjeta 5)

- (1) La decisión es impuesta desde personas externas al grupo
(2) El líder decide e informa a los otros miembros del grupo
(3) El líder consulta a los miembros del grupo lo que piensan y luego decide
(4) Los miembros del grupo analizan la situación y deciden en conjunto
(5) Otros (especificar _____)
(6) No sabe/ no está seguro
(7) No corresponde

Grupo 1

Grupo 2

24. ¿Cómo se seleccionan los líderes de este grupo? (Mostrar tarjeta 6)

- (1) Mediante una persona o entidad externa
(2) Cada líder elige a su sucesor
(3) A través de un pequeño grupo de miembros
(4) A través de la decisión/ voto de todos los miembros
(5) Otro método (especificar _____)
(6) No sabe/ no está seguro
(7) No corresponde

Grupo 1

Grupo 2

25. ¿Cómo es la relación entre uds. en el grupo en general?

- (1) Regular, podría haber más confianza y comunicación entre nosotros
- (2) Buena, nos entendemos muy bien al interior del grupo
- (3) Mala, estamos distanciados, no nos hemos juntado hace algún tiempo
- (4) No sabe/No responde

Grupo 1

Grupo 2

26. ¿Con que otras organizaciones o grupos suele relacionarse recurrentemente el (los) grupo (s) en el (los) que Ud. participa? (*Marque todas las alternativas que lo representen*) (mostrar tarjeta 7)

- (1) Junta de vecinos
- (2) Clubes deportivos
- (3) Comités de Vivienda y/o Pavimentación
- (4) Agrupaciones de microempresarios
- (5) Organizaciones de jóvenes
- (6) Organizaciones de la tercera edad
- (7) Asociaciones gremiales, empresariales
- (8) No sabe de la relación con ninguna

27. ¿Considera a su grupo (s) como una organización (es) activa?

- (5) Sí
- (6) Depende de las motivaciones del momento
- (7) No
- (8) No sabe/No responde

Grupo 1

Grupo 2

28. Como organización (es), ¿se sienten ustedes autónomos, es decir, que no necesariamente dependen de otras instituciones?

- (1) Sí
- (2) No
- (3) Sí, pero las instituciones tienen los recursos, nosotros solos no podemos salir adelante
- (4) No sabe/No responde

Grupo 1

Grupo 2

29. A continuación se presenta un listado de afirmaciones, señale si está de acuerdo (1), o en desacuerdo (2) con cada una de ellas. (Mostrar tarjeta 8)

Afirmación	Grupo 1	Grupo 2
Los vecinos nos creen, siempre se comprometen cuando emprendemos un trabajo conjunto		
Conozco los derechos que tenemos como organización		
Nosotros siempre estamos trabajando como organización		
Siempre hay que estar “acarreado” a los vecinos		
Como organización no siempre nos escuchan o respetan nuestros derechos		

30. En general, ¿los miembros del grupo ...? (marque 1 o 2 según corresponda para cada grupo)

- (1) Sí
- (2) No
- (3) No sabe

	Grupo 1	Grupo 2
A. Trabajan principalmente en lo mismo		
B. Tienen el mismo nivel de educación		
C. Tienen la misma tendencia política o pertenecen al mismo partido político		
D. Tienen un nivel de ingresos similares (nivel socioeconómico similar).		

31. ¿Este grupo trabaja o interactúa con otros grupos de esta población o villa?

- (1) No
- (2) Sí, en ocasiones
- (3) Sí, con frecuencia
- (8) No sabe / no está seguro

Grupo 1

Grupo 2

32. ¿Este grupo trabaja o interactúa con grupos de otras poblaciones o villas?

- (1) No
- (2) Sí, en ocasiones
- (3) Sí, con frecuencia
- (8) No sabe/ no está seguro

Grupo 1

Grupo 2

33. ¿Con cuánta frecuencia participa usted o alguien de su familia en actividades culturales o comunitarias (por ejemplo, reuniones de la junta de vecinos, celebraciones de la comunidad, reuniones de centro de madres, etc.)? (*Marque la alternativa que más lo representa*).

- (1) Muy frecuentemente
- (2) Frecuentemente
- (3) A veces
- (4) Ocasionalmente
- (5) Nunca

34. ¿Conoce Ud. festividades o eventos culturales (recitales, teatro callejero, muestras de baile religioso, etc) que se celebren en su población o villa?

- (1) Sí
- (2) No (Pasar a P 37)
- (3) Ns/Nr (Pasar a P 37)

35. ¿Participa Ud. en alguna de estas festividades o eventos culturales?

- (1) Sí
- (2) No
- (3) Ns/Nr

36. ¿Cuán importante cree Ud. que son estas festividades o eventos culturales?

- (1) Muy importante
- (2) Importante
- (3) Poco importante
- (4) Nada Importante

37. ¿A cuántas reuniones de la junta de vecinos de su villa o población ha asistido en los últimos 6 meses?

38. ¿Con cuánta frecuencia asiste UD. o algún miembro de su hogar a actividades religiosas?

- (1) Muy frecuentemente
- (2) Frecuentemente
- (3) A veces
- (4) Ocasionalmente
- (5) Nunca

39. ¿Participa en las siguientes actividades para padres de la escuela de su hijo? (si no tiene hijo en la escuela pasar a P.40)

	Sí	No	A veces	No se aplica
1. Reuniones de apoderados				
2. Escuela para padres				
3. Kermesses				
4. Paseos				

40. En su opinión, ¿La mayor parte de las personas que viven en esta población o villa están dispuestos a participar en grupos u organizaciones que benefician a la comunidad?

- (1) Si, totalmente.
- (2) Probablemente
- (3) Probablemente no
- (4) No

41. Para usted ¿La mayor parte de las personas que participan en organizaciones en esta villa o población lo hacen principalmente para...? (*Marque solo una alternativa*). (Mostrar tarjeta 9)

- (1) Mejorar la subsistencia de su hogar
- (2) Para beneficiar a la comunidad
- (3) Para divertirse
- (4) Para subir su autoestima o tener un beneficio espiritual
- (5) Otro (especificar).....

Redes

42. Imagine que a alguien de su barrio le pasa algo desafortunado (muere un familiar, se enferma uno de sus hijos, pierde el trabajo, etc.) ¿quién cree que lo ayudaría? (marque con una X en Sí o No según corresponda para cada persona o institución mencionada). (Mostrar tarjeta 10).

	Sí	No	No aplica	No sabe
1) Nadie				
2) Familia				
3) Vecinos				
4) Amigos				
5) Apoderados del colegio al que asisten sus hijos				
6) Líder religioso de su grupo				
7) Dirigente social del sector (junta de vecinos, otras organizaciones)				
8) Empresario/ comerciante del sector				
9) Policía				
10) Juzgado				
11) Empleador o patrón del afectado				
12) Alcalde o Municipio				
13) Gobierno (intendente, gobernador o algún servicio público)				
14) Diputado o senador				
15) Programa televisivo de ayuda social (Aló Eli/ Hola Andrea)				
16) El grupo al que pertenece				
17) Otro, ¿cuál?				

43. ¿En cuántas personas en total diría UD. que puede confiar para pedir ayuda? (enfermedad de un hijo, muerte de un familiar, etc)? (anote N° de personas. Si es 0 pasar a pregunta 45)

44. ¿La mayor parte de estas personas son de nivel económico similar/ superior/ inferior al suyo?

- (1) Similar
- (2) Superior
- (3) Inferior

45. ¿Cuántas veces recurrió el año pasado a sus familiares o amigos en caso de un problema (enfermedad de un hijo, muerte de un familiar, pérdida de empleo, etc)? (anote N° de veces)

III. Confianza y Cohesión Social

46. En quiénes de las siguientes personas usted confiaría para contar sus problemas? (*Marque todas las alternativas que lo representen*).

- 1) Familia
- 2) Amigos
- 3) Vecinos
- 4) Compañeros de trabajo
- 5) Funcionarios de la Municipalidad
- 6) Otros, ¿quiénes? _____

47. ¿Cree Ud. que en su barrio la gente tiene confianza en los otros?

- 1) Sí, hay mucha confianza (Pase a P 48 y luego no conteste P 49)
- 2) Sí, pero hay poca confianza (Pase a P 48 y luego no conteste P 49)
- 3) No, no hay confianza (Pase a P 49)

48. ¿En qué cree Ud. que se manifiesta esta confianza? (*Marque todas las que correspondan*).

- (1) En que se puede dialogar y compartir
- (2) En que se hacen amistades dentro del barrio
- (3) En que se puede acudir a los vecinos en caso de problemas o necesidad.
- (4) En que se pueden hacer cosas en común
- (5) En que se puede pedir algún dinero prestado a los vecinos
- (6) En que se celebran ciertas festividades entre todos los vecinos

49. ¿En qué cree Ud. que se manifiesta esta poca confianza? (*Marque todas las que correspondan*).

- (1) En que nadie se junta con nadie
- (2) En que no se comparte como amigos
- (3) En que no se realizan actividades en común
- (4) En que no se puede recurrir a los vecinos en caso de problemas o necesidad
- (5) En que cuesta que los vecinos se motiven para realizar actividades en común.

50. ¿Qué factores considera Ud. que ayudan a que haya más confianza entre las personas? (*Marque todas las que correspondan*).

- 1) Ser de familias parecidas
- 2) Tener la misma condición social
- 3) Compartir experiencias
- 4) El tiempo y las cosas que van pasando día a día
- 5) Las amistades comunes
- 6) Compartir el mismo credo religioso
- 7) Compartir la misma idea política.
- 8) Otro

51. ¿Qué factores considera Ud. que dificultan que exista más confianza entre las personas? (*Marque todas las que correspondan*).

- 1) Ser muy diferentes socialmente
- 2) Que las personas tengan muchas necesidades económicas
- 3) Que a las personas les empiece a ir bien y desconozcan al vecino
- 4) Problemas con los jóvenes
- 5) Que las personas tengan muy diferente carácter o personalidad
- 6) Malas experiencias del pasado
- 7) Otros _____

52. Del siguiente listado de personas e instituciones, señale el grado de confianza que usted posee respecto a ellas. (*Marque con una X el casillero que corresponde para cada persona o institución*).

Persona o institución	Mucha confianza	Ni mucha ni poca confianza	Poca confianza	Ninguna confianza	No aplica
(1) Familia					
(2) Amigos					
(3) Vecinos					
(4) Compañeros de trabajo					
(5) Municipalidad					
(6) Gobierno (Intendente, Gobernador, algún servicio público)					
(7) Carabineros					
(8) Iglesia (Sea católica o evangélica)					

IV. Acción Colectiva y Cooperación Acción colectiva

53. En el último año, ¿con qué frecuencia las personas en esta población o villa se reunieron para hacer peticiones en conjunto a funcionarios de gobierno o líderes políticos acerca de algo que beneficiara a la comunidad?

- (1) Nunca (pase a la pregunta 55)
- (2) Una vez
- (3) Algunas veces (menos de 5)
- (4) Muchas veces (más de 5)

54. ¿Alguna de estas peticiones tuvo éxito? (*Marque una sola alternativa*).

- (1) Sí, todas tuvieron éxito
- (2) La mayoría tuvo éxito
- (3) La mayoría no tuvo éxito
- (4) Ninguna tuvo éxito

55. ¿En su población o villa se han implementado proyectos en que trabajen en conjunto la municipalidad (u otro servicio o programa del Estado) con la comunidad (Ej. Pavimentación participativa, instalación de luminarias, mejoramiento de plazas o juegos infantiles, mejoramiento de sedes comunitarias, cierres perimetrales, etc.) ?

- (1) Sí
- (2) No (Pasar a pregunta 63)
- (3) No sabe (Pasar a pregunta 63)

56. ¿Participó usted o alguien de su familia en la realización de este(os) proyecto(s)?

- (1) Sí
- (2) No (Pasar a pregunta 63)
- (3) No sabe (Pasar a pregunta 63)

57. ¿Su participación en estos proyectos incluyó...? (*Marque una X en si o no en cada una de las actividades especificadas*)

	Sí	No
1. La elaboración del proyecto que se ejecutó.		
2. La planificación de las actividades que se llevarían a cabo.		
3. La ejecución de las actividades.		
4. Estar siempre informado de lo que se estaba haciendo en los proyectos		
5. La evaluación de las actividades realizadas		
6. Aportar con recursos		

58. ¿Existen en su población o villa proyectos o iniciativas locales de desarrollo? (proyectos de vivienda, proyecto de empleo, seguridad ciudadana, etc)

- (1) Sí
- (2) No (Pase a P 63)
- (3) No sabe/ No responde (Pase a P 63)

59. ¿Ha estado UD. o alguien de su familia involucrado en ellas?

- (1) Sí
- (2) No
- (3) No sabe/No responde

60. ¿De qué tipo de proyecto(s) se trata(n)? (Marque con una X todas las que correspondan)

Proyecto de vivienda	
Proyecto de empleo o microempresa	
Seguridad ciudadana	
Desarrollo Personal	
Capacitación	
Áreas verdes	
Pasantías o giras	
Otro	

61. ¿Quién lidera este proyecto? (Marque con una X todas las que correspondan)

Proyecto de alguna iglesia	
Proyecto de las organizaciones comunitarias del sector	
Proyecto de alguna ONG	
Proyecto de la Municipalidad	
Proyecto del Gobierno	
Otro (especificar)	

62. ¿Ud. diría que este proyecto o iniciativa? (Marque con una X todas las que correspondan)

Le inspira confianza por las personas que están a cargo	
Le genera interés porque cree que puede ser beneficioso para Ud. o su familia	
Se siente a gusto con las personas que allí participan	
No tiene mayor información	
No tiene ninguna opinión sobre el tema	

Cooperación

63. En su opinión, ¿Qué proporción de personas en esta población o villa aporta con tiempo o con dinero para el logro de objetivos de desarrollo comunes, tales como reparar o construir un centro comunitario o pavimentar pasajes o calles del sector?

- (1) Todos
- (2) Más de la mitad
- (3) Alrededor de la mitad
- (4) Menos de la mitad
- (5) Nadie

64. Si hubiera un problema con el suministro de agua en esta comunidad, ¿qué probabilidades hay de que las personas cooperen para tratar de resolver el problema?

- (1) Muchas
- (2) Algunas
- (3) Ni muchas ni pocas
- (4) Pocas
- (5) Muy pocas

V. Información y Opinión Acerca de las Políticas Públicas Información

65. ¿Conoce el nombre del senador de su circunscripción y/o del diputado de su distrito?

- (1) Sí
- (2) No

66. ¿Conoce el nombre del alcalde de su comuna?

- (1) Sí _____
- (2) No _____

67. ¿Sabe Ud. exactamente donde debe dirigirse y que debe hacer para....?

(Encuestador: el entrevistado debe describir el procedimiento de manera general para asegurarnos de que lo conoce)

	Sí	No	No se aplica
1. Sacar carnet de identidad			
2. Inscribir a los hijos en la escuela			
3. Postular a vivienda			
4. Inscribirse en la oficina de empleos de la municipalidad (OMIL)			
5. Pedir un subsidio o pensión			

Opinión acerca de las Políticas Públicas

68. ¿Cómo diría Ud. que son los apoyos y servicios que presta el Estado o la municipalidad en el área de...?

	Muy bueno	Bueno	Regular	Malo	Muy Malo	No sabe/ No responde
Salud (consultorios)						
Vivienda						
Educación (escuelas)						
Programas para superar la pobreza (Puente, Chile Solidario, Pro Empleo)						
Servicios Básicos (servicio de agua potable, luz, eliminación de basura y excretas, etc)						

VI. Empoderamiento y Acción Política Empoderamiento

69. Si en su barrio/pasaje/cuadra se presentara un problema (por ejemplo de repetidos asaltos a los peatones) ¿cómo cree ud. que se haría frente a la situación? (*marque sólo una alternativa*).

- (1) Cada persona enfrentaría el problema en forma individual
- (2) Los vecinos se organizarían
- (3) La municipalidad actuaría
- (4) El barrio entero se movilizaría

70. Imagine que en la escuela de su barrio una profesora se ausenta por más de 3 meses. ¿Quién tomaría la iniciativa para hacer algo?. (*Marque solo la alternativa que más lo representa*).

- (1) Nadie
- (2) Los padres (madres y padres) o apoderados/ tutores
- (3) La municipalidad
- (4) El barrio entero
- (5) Otros _____

71. ¿Cree Ud. que la municipalidad y el alcalde toman en cuenta los problemas que usted o personas como usted le han planteado?

- (1) Mucho
- (2) Un poco
- (3) Nada
- (4) No sabe / No responde

Liderazgo

72. ¿Ud. considera que en su barrio/ pasaje/ cuadra hay líderes?

(1) Sí _____ (2) No _____ (pasar a 74)

73. ¿Ud los calificaría como...?

(1) Líderes Positivos _____

(2) Líderes negativos _____

74. Ud. mismo/a ¿se considera líder de su comunidad...?

(1) Sí _____ (2) No _____

Acción Política

75. En el último año ¿Realizó ud. o algún miembro de su familia las siguientes acciones? (*Marque 1 o 2 para cada una de las acciones*).

	Sí	No	No se aplica
1. Votar en elecciones de junta de vecinos u otra organización vecinal			
2. Votar en elecciones municipales			
3. Participar activamente en una asociación o grupo			
4. Tomar contacto personal con alguien influyente (diputados, gobernador, empresario, etc)			
5. Hacer que los medios de comunicación se interesen en su causa			
6. Tomar parte en una protesta o una marcha			
7. Contactar al representante de su grupo			
8. Dialogar con otras personas acerca de su situación			
9. Ir a hablar con una autoridad (alcalde, por ejemplo) acerca de la situación de su comunidad			
10. Llamar a carabineros			
11. Hacer una denuncia a carabineros			

76. ¿Cuán importante cree Ud. que es realizar las siguientes acciones? (*Marque con una X la alternativa que más lo represente en cada una de estas acciones*).

	Muy importante	Importante Medianamente importante	Poco importante	Nada importante
1. Votar en elecciones presidenciales				
2. Votar en elecciones municipales				
3. Participar en las reuniones de la junta de vecinos				
4. Pagar las cuotas de la junta de vecinos				
5. Pagar impuestos				
6. Conocer lo que las autoridades hacen con los impuestos que pagamos				

77. ¿Cuán importante cree UD. que son las recientes elecciones de presidente, diputados y senadores para el futuro de...? (*Marque con una X la alternativa que corresponda en cada caso*).

	Muy importantes	Importantes Medianamente importante	Poco importantes	Nada Importantes
1. El País				
2. Su región				
3. Su vecindario				
4. Su familia				

78. Dos preguntas para terminar, ¿Cree que en los próximos 5 años para Ud. y su familia las cosas...? (*Marque solo alternativa*)

- (1) Seguirán igual como están ahora
- (2) Mejorarán
- (3) Empeorarán
- (4) No sabe /No responde

80. Y en el aspecto más personal, ¿Ud. se considera una persona feliz?

- (1) Muy feliz
- (2) Feliz en parte
- (3) Ni feliz ni infeliz
- (4) Algo infeliz
- (5) Muy infeliz
- (6) No sabe/ No responde.

Muchas gracias por su tiempo y colaboración.

5.3.2 Programm Promoción

Es folgen die Instruktionen für die standardisierten Gruppeninterviews; im Anschluss daran der Wortlaut der einzelnen Fragestellungen.

Instructivo para la aplicación del cuestionario para los componentes de Promoción Territorial y Apoyo a la Autogestión (CAPITAL SOCIAL)³

TENGA PRESENTE QUE:

- (a) Los usuarios intervenidos en estos componentes se registran como **ORGANIZACIONES**
- (b) Si bien el dato que se ingresa al SNU es uno por organización, la aplicación del cuestionario debe realizarse sobre un conjunto representativo de sus miembros.
- (c) La selección de los integrantes a los que se les aplicará el cuestionario deberá ser **aleatoria** (al azar) respecto del total de integrantes que participaron directamente de la intervención.⁴
- (d) La cantidad de miembros a encuestar estará determinada por la siguiente tabla:

Si el N° de participantes directos de la organización es:	Se debe encuestar a:
. De 5 personas	. Todos los miembros de la Organización
. Mayor que 5 y menor que 10 personas	. Seis usuarios de la Organización
. Mayor que 10 y Menor que 20 personas	. Siete usuarios de la Organización
. Mayor que 20 y Menor que 30 personas	. Ocho usuarios de la Organización
. Mayor que 30	. Diez usuarios de la Organización

- (e) Las respuestas que servirán para calcular el **índice de Capital Social** deben ser registradas en una planilla Excel, la cual contendrá tantas celdas como el número máximo de usuarios que se pueden entrevistar.
- (f) La planilla calculará automáticamente el valor del índice y sus subíndices, una vez ingresadas las respuestas de cada integrante encuestado.
- (g) Se debe registrar obligatoriamente en el SNU al representante de la organización, y posteriormente a todos aquellos integrantes que participaron directamente en la ejecución del proyecto.
- (h) Para aquellos grupos autogestionados que no reciben financiamiento de sus iniciativas –y por lo tanto no siguen recibiendo apoyo de Promoción- su medición de salida del índice de Capital Social no será exigida por el sistema.

³ Quelle: übernommen aus FOSIS, 2006c: 6ff.

⁴ Ejemplo: Si la organización es una junta de vecinos, la selección de usuarios a entrevistar se realiza sobre el total de miembros que participaron directamente del proyecto y no de la nómina oficial de integrantes de la junta de vecinos.

Por último diremos, que la información que se solicita el cuestionario debe ser recolectada de acuerdo a las siguientes instrucciones:

CÓDIGO DEL PROYECTO : Se refiere al código del proyecto asignado por FOSIS.
A.- ANTECEDENTES DE IDENTIFICACIÓN
1.- RUT DEL REPRESENTANTE: Anotar el Rut del Representante de la Organización
2.- TIPO DE ORGANIZACIÓN: En relación a un listado de Organización identifique aquella que se acerca más al tipo de Organización en la cual usted participa.
3.- RAZÓN SOCIAL: Anotar el nombre del representante de la Organización (En caso de ser Familia Puente debe registrar los apellidos que la identifican)
4.- NOMBRE DE FANTASIA: Anotar el nombre que identifica a la Organización
5.- DESCRIPCIÓN: Describir en pocas palabras lo que hace su Grupo u Organización (En caso de ser familia Puente, señale si es uniparental o biparental)
6.- PERSONERÍA: Se debe registrar el tipo de personería jurídica que tiene la organización o grupo beneficiario.
B.- DATOS DE CONTACTO
7.- FONONO PARTICULAR: Indique teléfono de la Organización, o del representante en caso de no existir para el grupo/organización
8.-FAX: Indicar solo en el caso de existir
9.- E-MAIL: Indicar solo en el caso de existir
C.- DATOS DE RESIDENCIA
10.- REGIÓN: Región a la cual se circunscribe la Organización
12.- COMUNA: : Comuna en la cual se circunscribe la Organización
13.- DIRECCIÓN: Dirección de la sede de la organización u otro lugar donde se reúnan los miembros de esta.
E.- VARIABLES DE INTERVENCIÓN
VALOR INICIAL Y FINAL DEL INDICE DE CAPITAL SOCIAL: Aquí debe registrar el valor inicial y final obtenidos a partir de la planilla Excel.
VALOR INICIAL Y FINAL DEL SUBINDICE NIVEL DE ASOCIATIVIDAD: Aquí debe registrar el valor inicial y final obtenidos a partir de la planilla Excel.
VALOR INICIAL Y FINAL DEL SUBINDICE DE CONSOLIDACIÓN ORGANIZACIONAL: Aquí debe registrar el valor inicial y final obtenidos a partir de la planilla Excel.
FECHA DE CONFECCIÓN DE LA FICHA: Indicar día, mes y año en el se tomaron los datos anteriormente solicitados.

A continuación de la FICHA DE REGISTRO DEL BENEFICIARIO se le presentará al usuario una Tabla en la cuál debe anotar el NOMBRE, SEXO, FECHA DE NACIMIENTO, ESCOLARIDAD Y DIRECCIÓN de todos los integrantes del grupo u Organización **que participaron directamente en el proyecto.**

RECUERDE QUE EL PRIMER INTEGRANTE A INGRESAR DEBE SER EL REPRESENTANTE DEL GRUPO U ORGANIZACIÓN.

En el caso de existir problemas para el llenado de esta sección de la Encuesta, se pueden completar estos datos en conjunto con todos entrevistados.

IDENTIFICACIÓN DE LOS ENTREVISTADOS
NOMBRE DE LOS ENTREVISTADOS: datos de las personas que entregan información y que pertenecen al grupo u organización que ha sido intervenida.
SEXO: Debe anotar en la columna el sexo de cada uno de los entrevistados, especificando con una F, en el caso de ser mujer y con una M, en el caso de ser hombre.
FECHA DE NACIMIENTO: Anotar el día, fecha y año de nacimiento de los entrevistados.
ESCOLARIDAD: Anotar último curso aprobado en la escuela de los entrevistados
DIRECCIÓN: Anotar la dirección de la residencia particular de cada entrevistado
FINALMENTE DEBEN FIRMAR LOS ENTREVISTADOS Y EL ENTREVISTADOR.

DATOS ORGANIZACIÓN

PREGUNTAS	INDICACIONES
Fecha de constitución	En el caso de ser una organización formal debe llenar en la línea de la columna la fecha en la cuál fue constituida la organización. En caso de ser una organización informal debe escribir en esta misma línea la fecha estimada del colectivo, con su mes y año.
Instituciones que han dado apoyo previo	Debe preguntarle al encuestado sobre aquellas organizaciones y/o Instituciones Públicas y Privadas que le(s) ha(n) brindado apoyo previo al grupo u organización y especificar el año en el cual ocurrió el evento.
Tipo de apoyo recibido	En esta pregunta debe señalar la Institución que le ha brindado apoyo a la organización y en el espacio siguiente indicar con un número de 1 al 6 el tipo de apoyo recibido.
Perfil de Proyecto	En esta sección debe identificar cual es el Estado del Plan o Perfil del Proyecto entregado por FOSIS. Es decir, en el caso de un Proyecto Productivo este puede tener un Plan de Negocios Aprobado o Plan de Negocios No Aprobado. Por otro lado si el proyecto en cuestión es Social, su perfil de Proyecto puede estar aprobado o No aprobado. Este dato se ingresa en Línea de Salida

ÍNDICE DE CAPITAL SOCIAL

A partir de la pregunta (1) comienzan a ser medidas una serie de variables específicas que permitirán obtener el Índice de Capital Social de cada grupo u organización participante en el Programa Promoción para la Participación.

La primera columna; **RELEVAMIENTO DE LA INFORMACIÓN** se refiere a la medición de las variables propiamente tal, es decir, a las preguntas que se realizan a los encuestados (Indicadores).

Del mismo modo, la segunda columna; **CODIGO**, se dispone para anotar el número que corresponde a la categoría de respuesta según contesten los entrevistados.

	PREGUNTAS	INDICACIONES
1.-	Como organización, ¿con quiénes suelen relacionarse frecuentemente	La pregunta (1) hace referencia al tipo de actor (es) con el (los) cual (es) se ha vinculado el grupo. Las alternativas de respuesta presentan una panorámica del tipo de organizaciones existentes en el entorno comunitario y que de alguna forma han constituido la red de servicios de la organización. Esta pregunta es muy importante pues da a conocer el nivel de desarrollo social de grupo, así como la características de las redes que utiliza frecuentemente. Indicar la cantidad
2.-	Si tuviera que poner una nota de 1 a 7 a la relación que ustedes han sostenido como organización en el Municipio ¿Qué nota le pondría?	En relación, a la pregunta (2) se trata de evaluar la relación que mantienen los beneficiarios en tanto Grupo u Organización con el Municipio , para lo cual se solicita “poner nota” a dicha relación a través de una escala de 1 a 7, donde el 1 corresponde a la peor calificación y el 7 a la mejor.
3.-	Siente usted que como Organización cuentan con las herramientas para conversar, pedir o negociar con algunas Instituciones del Territorio	La pregunta (3) pretende conocer el Nivel de desarrollo social de la Organización y sus habilidades asociativas, con el objetivo de utilizar y aprovechar los beneficios de las redes disponibles en el sector. Las alternativas serán Si o No. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
4.-	En los últimos 6 meses ¿Su organización ha postulado a un fondo de Gobierno, del Municipio u otros Servicios Públicos?	La pregunta (4) pretende conocer la capacidad de gestión del grupo u organización para generar recursos a través de Fondos Concursables, ya sea a través de Servicios Públicos o entidades Privadas.
5.-	En los últimos 6 meses ¿Se han reunido con otros grupos y organizaciones para realizar alguna actividad en conjunto?	La pregunta (5) tiene por objetivo conocer la capacidad de gestión de la organización para entablar redes intergrupales.
6.-	¿Cómo es la relación entre Uds. En el grupo en general?	La pregunta (6) se refiere a la calidad de la relación establecida entre cada entrevistado y el grupo, contando con tres categorías de respuesta; Buena, Regular, Mala. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
7.	¿Ud. creen que es importante la confianza entre los miembros del grupo?	La pregunta (7) hace referencia a la valoración que le otorgan los miembros de la organización al elemento “Confianza Interna”. Aquí el entrevistado debe señalar “Si considera que este factor es importante para el grupo (Si) o “Considera que NO lo es” (No) Una tercera alternativa

		señala que “A veces si es Importante” o “A veces no es Importante”. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
8.	Respecto a las relaciones internas que ustedes mantienen como grupo, ponga nota a cada uno de los siguientes aspectos:	La pregunta (8) consiste en poner nota o calificación a una serie de aspectos que allí se señalan, tales elementos se han considerado factores propios de las relaciones inter grupales, los cuales pueden ayudar o dificultar la convivencia. A cada aspecto señalado, el encuestado deberá ponerle una nota de 1 a 7, donde el 1 corresponde a la peor calificación y el 7 a la mejor. Anote cada una de las 13 notas en la columna código
9.	Señale aquellos temas que Ud Considera imprescindibles de manejar para el buen funcionamiento de su Organización	La pregunta (9) corresponde a la dimensión; Empoderamiento , es decir, lo que se quiere medir aquí, es el grado de poder que ha desarrollado la organización para cumplir un papel de importancia en la toma de decisiones económicas, político y sociales que los afectan. Y de esta forma ser capaces de aprovechar al máximo las oportunidades que se les presentan sin o a pesar de las limitaciones de carácter estructural que los constriñen. La pregunta en lo específico se refiere a los Temas que el encuestado considera fundamentales de aprender para beneficiar los aspectos organizativos del Grupo. Usted debe leer todas las alternativas al encuestado y anotar en la columna código la cantidad de temas escogidos por éste.
10.	Según su opinión, señale si esta muy de acuerdo (MA), de acuerdo (A), en desacuerdo (D) o muy en desacuerdo (MD) con lo que voy a mencionar.	La pregunta (10) aborda la Dimensión Legitimidad , la que mide el grado de validez dada a la Organización, ya sea por sus propios miembros o por la comunidad con la cual se relaciona. La pregunta presenta una serie de enunciados frente a las cuales el entrevistado debe señalar si esta de Muy de Acuerdo (MA), de Acuerdo (A), en Desacuerdo (D), o Muy en Desacuerdo (MD) con la proposición realizada. Las abreviaturas MA, A, D, MD deben ser anotadas en la columna código para cada una de las observaciones
11.	¿Se consideran ustedes un grupo activo?	Específicamente la pregunta (11) se refiere a la percepción que tiene el encuestado con respecto al nivel de actividad de su organización. Las alternativas de respuesta serán tres: Si, NO y A VECES, dependiendo de las motivaciones que los impulsan. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
12.	Esta usted de acuerdo con la siguiente frase: “Aunque tengo desconfianza en el Sistema político, yo busco cambiar las cosas por otras vías de participación”	La pregunta (12) aborda el nivel de participación ciudadana de cada uno de los miembros de la organización. Los entrevistados puede contestar SI o NO, dependiendo su opinión. Luego de ello se debe anotar en la columna “Código” el número que le corresponde según la respuesta.
13.	Saben usted ¿Para qué se organizaron como grupo u organización?	La pregunta (13) hace referencia a si los miembros del grupo tienen claridad acerca de los objetivos que persiguen como Organización. Las alternativas serán; Si o No. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código
14-	¿Se sienten ustedes autónomos como organización, es decir, que no necesariamente dependen de otras instituciones del territorio?	La pregunta (14) se refiere a la percepción que tienen los miembros de la organización sobre el grado de autonomía que el grupo tiene respecto a otras instituciones del territorio. Las alternativas de respuesta serán tres; Si, No, o Si, pero las instituciones tienen los recursos, nosotros solos no podemos salir adelante. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”

15-	¿Es importante para usted saber construir proyectos?	La pregunta (15) dice relación con la importancia que le otorga el encuestado al hecho de poseer conocimientos en elaboración de proyectos. Las alternativas son 3: una afirmación, una negación y finalmente, aquella que establece que SI, es importante este conocimiento, pero sólo si se cuenta con los recursos necesarios para llevar cabo los proyectos. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
16-	¿Por qué cree usted que saber construir proyectos es importante?	La pregunta (16) pretende conocer las razones de porqué los miembros de la organización opinan que es importante saber construir proyectos. Las alternativas de respuesta son enunciados que le asignan distintas justificaciones al hecho. El encuestado deberá inclinarse por una de las alternativas presentadas. Anote el número que identifica a la respuesta en la columna “código”
17-	En relación a algunos servicios públicos, señalen que tipo de actividades han realizado en conjunto con su grupo u organización?	En el apartado número (17) se presentan 6 columnas al entrevistado. La primera columna detalla una serie de Instituciones de carácter público que pueden o no ser parte de la Red de Servicios. Para conocer el nivel de relación que sostiene el grupo con la red, se presentan una serie de actividades frente a las cuales los encuestados deben marcar con una Cruz su preferencia, dependiendo del tipo de acción realizada con la Institución que allí se presenta. ES IMPORTANTE QUE USTED EXPLIQUE A LOS ENTREVISTADOS QUE SE PUEDE ELEGIR MÁS DE ALGUNA ACCIÓN Y QUE SIEMPRE SE DEBE OPTAR POR AL MENOS UNA ALTERNATIVA DE LAS PRESENTADAS A CONTINUACIÓN: 1) PEDIR INFORMACIÓN. B) TRAMITE. C) OBTENER BENEFICIOS. D) NINGUNA PORQUE NO LO HE NECESITADO. E) NINGUNA PORQUE NO CONOZCO EL SERVICIO En el casillero indique la cantidad de cruces marcadas en las columnas A, B y C.
18-	La pregunta del Item dice: ¿Qué hace este programa o Institución?	En el ítem (18) se presenta un listado de Servicios Públicos y se les pide a los encuestados que elijan entre una serie de alternativas aquella que explica la función de dicho Organismo. Es importante que les señale a los entrevistados que deben marcar SOLO una opción, ya que sólo una de ellas es la correcta.
Una vez terminada esta entrevista grupal agradezca a todos los participantes por su tiempo y disponibilidad. Señale además que su aporte es muy valioso para FOSIS, pues de este modo, podemos evaluar el trabajo realizado por la Institución y así, mejorarlo.		

Nachfolgend der Wortlaut der Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten:

PREGUNTA	CODIGO
<p>(1) Como Organización, ¿con quienes suelen relacionarse recurrentemente? (Puede marcar más de una alternativa). Marque la o las alternativas escogidas y especifique de acuerdo al tipo Personas Jurídica con las cuales se ha relacionado en su grupo.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grupos ligados a programas Sociales (Comité de Allegados) 2. Grupos ligados a Programas de Infraestructura (Comités habitacionales, Comité de Agua Potable, Comunidades de Agua) 3. Grupos Religiosos 4. Grupos Étnicos 5. Grupos Emergentes o informales 6. Asociaciones Comunitarias, Juntas de Vecinos, Cubes Deportivos y recreativos 7. Centros de Formación, Institutos y Uni versidades 8. Corporaciones y Fundaciones 9. Organizaciones estudiantiles y centros de Alumnos 10. Centros de Padres y Apoderados 11. Organismos de Mujeres 12. Organizaciones y partidos políticos 	
<p>(2) Si tuviera que poner una nota de 1 a 7 (siendo 1 la nota más negativa y 7 la nota más positiva) a la relación que ustedes han sostenido como Organización con el Municipio; ¿Qué nota le pondría? 1 ; 2 ; 3 ; 4 ; 5 ; 6 ; 7</p>	
<p>(3) ¿Sienten ustedes que cuentan con las herramientas para conversar, pedir o negociar con algunas Instituciones del territorio?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sí 2. No 	
<p>(4) En los últimos 6 meses ¿Su organización ha postulado a un fondo de Gobierno, del Municipio u otro servicios público?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sí 2. No 	
<p>(5) En los últimos 6 meses ¿Se han reunido con otras organizaciones para realizar alguna actividad en conjunto?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sí 2. No 	
<p>(6) ¿Cómo es la relación entre Uds. en el Grupo en general?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regular, podría haber más confianza y comunicación entre nosotros 2. Buena, nos entendemos muy bien al interior del Grupo 3. Mala, estamos distanciados, no nos hemos juntado hace algún tiempo 	
<p>(7) ¿Ud. cree que es importante la confianza entre los miembros del Grupo?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sí 2. No 3. A veces sí, a veces no 	

<p>(8) Respeto a las relaciones internas que ustedes mantienen como grupo, ponga nota a cada uno de los siguientes aspectos: Tolerancia Respeto Amistad Comunicación Unidad Solidaridad Entusiasmo Compromiso Liderazgo Responsabilidad Confianza Honestidad Manejo de los Conflictos</p>	
<p>(9) Señale aquellos temas que Uds. consideran imprescindibles de manejar para el buen funcionamiento de su Organización. Anote la cantidad de alternativas escogidas - “Armar y presentar proyectos para el beneficio de mi comunidad” - “Asociarse para defender nuestros derechos como organización, ya sea ante las autoridades u otros” - “Negociar recursos con otros actores del territorio” - “Construir planes de acción” - “Considerar las posibilidades de asociarse con otros por producto o rubro similar” - “Tomar decisiones grupalmente y en común acuerdo con los/as dirigentes”</p>	
<p>(10) Según su opinión, señale si está muy de acuerdo (MA), de acuerdo (A), en desacuerdo (D) o muy en desacuerdo (MD) con lo que le voy a mencionar Las personas nos creen, siempre se comprometen cuando emprendemos un trabajo en conjunto Conozco los derechos que tenemos como organización Nosotros siempre trabajamos bien y cuando llega alguna ayuda o recurso, no hay reacciones negativas porque hay confianza Aquí toda la gente conoce lo que hacemos Como Organización se nos escucha y respetan nuestros derechos</p>	
<p>(11) ¿Se consideran ustedes un Grupo activo? 1. Si 2. No 3. A veces. Depende de las motivaciones que nos impulsen</p>	
<p>(12) ESTA USTED DE ACUERDO CON LA SIGUIENTE FRASE: Aunque tengo desconfianza en el sistema político, yo busco cambiar las cosas por otras vías de participación 1. Si 2. No</p>	
<p>(13) ¿Sabe usted para qué se organizaron como grupo u organización? 1. Si 2. No</p>	
<p>(14) ¿Se sienten ustedes autónomos como organización, es decir, no dependen de otras instituciones del territorio? 1. Si 2. No 3. Si, pero las instituciones tienen los recursos, nosotros solos no podemos salir adelante.</p>	

<p>(15) ¿Es importante para Uds. saber construir proyectos?</p> <p>1. Si 2. No 3. Si, pero sin recursos los proyectos no sirven solos.</p>	
<p>(16) ¿Por qué cree Ud. que saber construir proyectos es importante?</p> <p>1. Porque ahora en todas partes nos piden que hagamos un proyecto para tener recursos 2. Porque cuando hacemos un proyecto, tenemos que saber que problemas queremos solucionar y cómo 3. No es importante para nosotros saber construir proyectos</p>	

(17) En relación a algunos servicios públicos, ¿cuál de estas actividades han realizado en alguno de estos programas o instituciones?, Marque la o las actividades que han hecho con cada institución con una cruz. DEBE CONTESTAR SIEMPRE UNA ALTERNATIVA

	(A) Pedir información	(B) Trámite	(C) Obtener beneficios	(D) Ninguno porque no lo he necesitado	(E) Ninguno porque no lo conozco
SENCE					
Chile Solidario					
Programa Puente					
FOSIS					
SERCOTEC					
SERNAM					
INDAP					
FUNDACION CHILE					
FONASA					
CONASIDA					
INJUV					

(18) En el siguiente listado se le presentarán una serie de Servicios Públicos con sus respectivas funciones. Marque una alternativa de acuerdo a la función que cumple dicho Organismo. RECUERDE QUE DEBE CONTESTAR TODAS LAS PREGUNTAS, DE ESTE MODO, EN CASO DE QUE USTED NO CONOZCA LA INSTITUCIÓN POR LA CUAL SE LE CONSULTA, DEBE MARCAR LA RESPUESTA QUE CREA MÁS CORRECTA.

¿Qué hace este programa o institución? (marca con una X la respuesta que cree correcta)			
CHILE SOLIDARIO	(A) Subsidio habitacional	(B) Protección social para superar la pobreza	(C) Programa para jóvenes
PROGRAMA PUENTE	(A) Ayuda a familias muy pobres para acceder a beneficios	(B) Construcción de obras viales para pueblos alejados	(C) Entrega de alimentación
SENCE	(A) Educación básica	(B) Oficina municipal de cesantía	(C) Capacitación para el trabajo
SERCOTEC	(A) Apoyo al desarrollo tecnológico de pequeños empresarios	(B) Ayuda a organizaciones sociales	(C) Telecomunicaciones
INJUV	(A) Programas para jóvenes	(B) Instituto judicial	(C) Salud de adultos mayores con jubilación
FOSIS	(A) Programa municipal para pbreza	(B) Entrega de viviendas	(C) Microempresarios e Inversión Social
INDAP	(A) Apoyo a la pequeña producción	(B) Promoción de la mujer	(C) Apoyo a la pequeña Agricultura
SERNAM	(A) Adultos mayores	(B) Jardines infantiles	(C) Derechos de la mujer
FUNDACIÓN CHILE	(A) Fondos para promover el deporte	(B) Apoyo a proyectos productivos a través de la incorporación de nuevas tecnologías Productivas	(C) Corporación a la pequeña minería
FONASA	(A) Fondo para las sociedades anónimas	(B) Previsión de salud	(C) Atención de adultos mayores
CONASIDA	(A) Apoyo a pacientes con cáncer	(B) Apoyo a familias de escasos recursos	(C) Apoyo a enfermos de VIH y familiares

AGRADECER AL ENCUESTADO

6 Quellenverzeichnis

- Adam, F. & Roncevic, B.: *Social Capital/ Recent Debates and Research Trends*; in: Social Science Information, Vol. 42(2), 2005, S. 155-183.
- AFC Chile: *Administradora de Fondos de Cesantía*; Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.afcchile.cl/> [14.03.2008].
- Agenda Pro Participación Ciudadana; online im www unter: <http://www.participemos.cl/> [22.03.2008].
- Ahn, T. K. & Ostrom, E.: *Social capital and collective action*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Alenda, S.: *La medición de la participación ciudadana en las experiencias de desarrollo integral del Programa Ciudadanía y Gestión Local*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 183-192.
- Alkire, S.: *Valuing freedoms/ Sen's capability approach and poverty reduction*; Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press 2007.
- Allamand, A.: *Las paradojas de un legado*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 169-190.
- Althaler, K. S. (Hrsg.): *Sozioökonomische Forschungsansätze/ Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete*; Marburg: Metropolis-Verlag 1995.
- Alvayay, R.: *Sociedad Civil y Globalización en Chile*; in: Salinas, J. & Alvayay, R. (Hrsg.): *Iniciativas sociales locales y ciudadanía hacia un Chile democrático*, Santiago de Chile: Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza 2003, S. 25-43.
- Anderson, J.: *Redes interorganizacionales e intervenciones en la salud*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 99-110.
- Arellano, J. P.: *La situación social en Chile*; notas técnicas 94, Santiago de Chile: CIEPLAN 1987.
- Aristoteles: *Selections from Nicomachean Ethics and Politics*; Griffith, Hugh [Hrsg.], London: The Collector's Library of Essential Thinkers 2004.
- Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*; Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe 2005.
- Arriagada, I.: *Breve guía para la aplicación del enfoque de capital social en los programas de pobreza*; Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2006.

- Arriagada, I. & Miranda, F.: *Propuestas para el diseño de programas de superación de la Pobreza desde el enfoque de capital social*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 197-228.
- Arriagada, I. u.a.: *Lineamientos de acción para el diseño de programas de superación de la pobreza desde el enfoque del capital social*; Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2004.
- Arrow, K. J.: *Observations on Social Capital*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 3-5.
- Asesorías para el Desarrollo: *Forschungs- und Beratungsinstitut für Entwicklungsfragen*; Santiago de Chile, online im www unter: <http://www.asesoriasparaeldesarrollo.cl/> [20.02.2008].
- Asesorías para el Desarrollo: *Evaluación de Impacto Programa Chile Barrio. Informe Final Revisado*; Santiago de Chile: Ministerio de Hacienda/ Dirección de Presupuestos 2007.
- Asesorías para el Desarrollo: *Forschungs- und Beratungsinstitut für soziale Fragen in Lateinamerika und Chile* (2008); Santiago de Chile, online im www unter: <http://www.asesoriasparaeldesarrollo.cl/> [20.02.2008].
- Atria, R.: *La dinámica del desarrollo del capital social/ factores principales y su relación con movimientos sociales*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 49-62.
- Atria, R.: *Social capital/ the concept, its dimensions and strategies for its development*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 545-553.
- Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*; Santiago de Chile: United Nations Publication 2004.
- Auth, P.: *El sistema electoral chileno y los cambios necesarios*; in: Huneeus, C. (Hrsg.): *La reforma al sistema binominal en Chile/ Una contribución al debate*, Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer 2006, S. 155-184.
- Azariadis, C.: *The Theory of Poverty Traps/ What Have We Learned?*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 17-40.
- Bachelet, M.: *Programa de Gobierno/ 2006-2010*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2005.
- Bachelet, M.: *Promulgación de la Reforma Previsional* (2008); Gobierno de Chile, online im www unter: www.prensapresidencia.cl [13.03.2008].

- Bahamondes, M.: *Contradicciones del concepto "capital social". La Antropología de las alianzas y subjetividad campesina*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 167-182.
- Bähr, J.: *Demographischer Wandel und regionale Entwicklungspotenziale*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 21-48.
- Baldez, L.: *La política partidista y los límites del feminismo de Estado de Chile*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 407-434.
- Balla, B.: *Das Drei-Stadien-Denken, ein Grundmuster von Sozialtheorien, und seine Elemente bei Ferdinand Tönnies*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 93-130.
- Barber, B.: *All economies are embedded/ the career of a concept and beyond*; in: *Social Research*, Vol. 62: 2, 1995, S. 387-413.
- Bebbington, A.: *El capital social en el desarrollo/ teoría, concepto o estrategia*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 31-38.
- Bebbington, A.: *Estrategias de vida y estrategias de intervención/ el capital social y los programas de superación de la pobreza*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 21-46.
- Bebbington, A. u.a.: *Exploring Social Capital Debates at the World Bank*; in: *The Journal of Development Studies*, Vol. 40: 5, 2004, S. 33-64.
- Becker, G. S.: *A Theory of Social Interactions*; in: *Journal of Political Economy*, Vol. 82: 3, 1974, S. 1063-1093.
- Becker, G. S. & Murphy, K. M.: *Social Economics/ Market Behavior in a Social Environment*; Cambridge u.a.: 2000.
- Behrman, J. R.: *Investing in Human Resources*; in: *Economic and social progress in Latin America/ 1993 Report*, Washington D.C.: Inter-American Development Bank 1993, S. 187-240.
- Benz, B.: *Armut im Familienkontext*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Berggren, N. & Jordahl, H.: *Free to Trust/ Economic Freedom and Social Capital*; in: *Kyklos*, Vol. 59: 2, 2006, S. 141-169.
- Bickel, C.: *"Gemeinschaft" als kritischer Begriff bei Tönnies*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 17-46.

- Boeckh, J.: *Einkommen und soziale Ausgrenzung*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Boisier, S.: *Comunicaciones al Seminario-taller El largo brazo de Descartes/ usos y abusos del concepto de capital social en las propuestas de desarrollo*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 63-68.
- Bond, N.: *Noten zu Tönnies und Simmel*; in: Clausen, L. & Schlüter, C. (Hrsg.): Hundert Jahre "Gemeinschaft und Gesellschaft"/ Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion, Opladen: Leske u. Budrich 1991, S. 337-356.
- Bourdieu, P.: *The Forms of Capital*; in: Richardson, J. (Hrsg.): Handbook of Theory and Research in the Sociology of Education, New York: Greenwood Press 1986.
- Bourdieu, P.: *Gegenfeuer/ Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*; Konstanz: Univ.-Verl. Konstanz 1998.
- Bourdieu, P.: *The Social Structures of the Economy*; Cambridge u.a.: Polity Press 2005.
- Bowles, S.: *Institutional Poverty Traps*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): Poverty Traps, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 116-138.
- Bowles, S. u.a.: *Introduction*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): Poverty Traps, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006a, S. 1-14.
- Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*; Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006b.
- Bowles, S. & Gintis, H.: *Social Capital and Community Governance*; in: The Economic Journal, Vol. 112, 2002, S. F419-F436.
- Bravo, D. & Contreras, D.: *La Distribución del Ingreso en Chile 1990-96/ Análisis del Impacto del Mercado del Trabajo y las Políticas Sociales*; Santiago de Chile: Universidad de Chile, Departamento de Economía 1999.
- Breceda, K. u.a.: *Latin America and the social contract/ patterns of social spending and taxation* (2008); World Bank Policy Research; WPS 4604, online im www unter: www.worldbank.org [10.05.2008].
- Brödel, R.: *Tönnies als Anreger für die Volks- und Erwachsenenbildung am Beispiel der Rezeption durch Hermann Heller*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 191-216.
- Bruni, L. & Sugden, R.: *Moral Canals/ Trust and Social Capital in the Work of Smith, Hume and Genovesi*; in: Economics and Philosophy, Vol. 16, 2000, S. 21-45.
- Bürgermeier, B.: *Ziele der Sozioökonomie und ihre Anwendbarkeit im Umweltschutz*; in: Althaler, K. S. (Hrsg.): Sozioökonomische Forschungsansätze/ Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete, Marburg: Metropolis-Verlag 1995, S. 87-101.

- Burt, R. S.: *Structural holes/ the social structure of competition*; 2. Auflage, Cambridge, Mass. u.a.: Harvard University Press 1995.
- Cámara de Diputados de Chile: *Abgeordnetenhaus der Republik Chile*; online im www unter: <http://www.camara.cl/> [15.03.2008].
- CASEN: *Encuesta de Caracterización Socioeconómica*; Ministerio de Planificación, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/casen/> [28.02.2008].
- Cecchini, S. & Uthoff, A.: *Reducción de la pobreza, tendencias demográficas, familias y mercado de trabajo en América Latina*; Serie Políticas Sociales Nr. 136, Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2007.
- CEPAL: *Statistical yearbook for Latin America and the Caribbean 2006* (2007); Comisión Económica para América Latina y el Caribe, online im www unter: <http://www.eclac.cl/> [08.06.2007].
- Chile Crece Contigo; Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.crececontigo.cl/> [10.03.2008].
- Chile Solidario; Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.chilesolidario.gov.cl/> [10.03.2008].
- Clark, D.: *The Capability Approach/ Its Development, Critiques and Recent Advances*; GPRG-WPS-032, ESRC Global Poverty Research Group 2005.
- Claude, M.: *Las miserias del desarrollo chileno*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 155-166.
- Clements, B. u.a.: *Gasto público en América Latina/ tendencias y aspectos clave de política*; in: *Revista de la CEPAL*, Vol. 93, 2007, S. 39-62.
- Coalición por la Participación Ciudadana: *Balance y propuestas al proyecto sobre asociaciones y participación ciudadana* (2006); *Diario de la Sociedad Civil*, online im www unter: www.sociedadcivil.cl [15.03.2008].
- Coleman, J. S.: *Social Capital in the Creation of Human Capital*; in: *The American Journal of Sociology*, Vol. Vol. 94/ supplement: *Organizations and Institutions/ Sociological and Economic Approaches to the Analysis of Social Structure*, 1988, S. S95-S120.
- Coleman, J. S.: *Foundations of Social Theory*; Cambridge, Massachusetts: Belknap Press/ Harvard University Press 1990.
- Coleman, J. S.: *Social Capital in the Creation of Human Capital*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 13-39.
- Comim, F.: *Social capital and the capability approach*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Comisión Económica para América Latina (CEPAL); online im www unter: <http://www.eclac.cl/> [24.03.2008].
- Consejo Asesor Presidencial para la Reforma de las Políticas de Infancia: *El futuro de los niños es siempre hoy*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2006.

- Contreras, D. u.a.: *Políticas educacionales en Chile/ vouchers, concentración, incentivos y rendimiento*; in: Cueto, S. (Hrsg.): *Uso e impacto de la información educativa en América Latina*, PREAL 2005a, S. 61-110.
- Contreras, D. u.a.: *Dinámica de la pobreza y movilidad de los ingresos/ Chile 1996-2001*; Santiago de Chile: Universidad de Chile 2005b.
- Cowan, K.: *¿Estabilidad del empleo o del ingreso? Análisis del sistema de protección contra el desempleo en Chile*; in: *Estudios Públicos*, Vol. 105, 2007.
- Dasgupta, P.: *Economics of Social Capital*; in: *The Economic Record*, Vol. 81: special issue (August), 2005, S. S2-S21.
- Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*; Washington D.C.: World Bank Publication 2000.
- DB Research: *Country Infobase/ Chile* (2007); Deutsche Bank AG, online im www unter: <http://www.dbresearch.de/> [10.06.2008].
- De Coster, S. u.a.: *Neighborhood disadvantage, social capital, street context, and youth violence*; in: *The Sociological Quarterly*, Vol. 47, 2006, S. 723-753.
- de Souza Briggs, X.: *Social Capital/ Easy Beauty or Meaningful Resource?*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 151-158.
- Delhey, J. & Newton, K.: *Who trusts? The origins of social trust in seven societies*; in: *European Societies*, Vol. 5, 2003, S. 93-137.
- Der Fischer Weltalmanach 2007: *Zahlen, Daten, Fakten*; Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2006.
- Diario de la Sociedad Civil; online im www unter: www.sociedadcivil.cl [15.03.2008].
- Díaz Caro, V.: *La confianza del Nunca Más/ una opción pedagógica del actuar democrático*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 39-44.
- DIPRES: *Informe Final de Evaluación/ Programa Generación de Capacidades en Localidades Pobres (FOSIS)*; Santiago de Chile: Ministerio de Hacienda/ Dirección de Presupuestos 2002.
- DIPRES: *Ministerio de Hacienda/ Dirección de Presupuestos* (2008); Finanzministerium, online im www unter: <http://www.dipres.cl/> [10.06.2007].
- Dirven, M.: *Capital social y pobreza rural/ las distancias y sus efectos*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 151-166.
- Donoso, P. & Elizalde, A.: *Formación en cultura ciudadana para la confianza social*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 116-127.

- Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El difícil camino hacia la democracia en Chile*; Santiago de Chile: FLACSO 1993a.
- Drake, P. & Jaksic, I.: *Transformación y transición en Chile 1982-1990*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El difícil camino hacia la democracia en Chile*, Santiago de Chile: FLACSO 1993b.
- Drake, P. & Jaksic, I.: *El "Modelo" Chileno. Democracia y Desarrollo en los Noventa*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 11-38.
- Durkheim, É.: *De la division du travail social*; 8. Auflage, Paris: Presses Univ. de France 1967 (urspr. 1893).
- Durlauf, S. N.: *On the Empirics of Social Capital*; in: *The Economic Journal*, Vol. 112, 2002, S. F459-F479.
- Durlauf, S. N.: *Groups, Social Influences, and Inequality*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 141-175.
- Durlauf, S. N.: *Membership and inequality*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Durston, J.: *Social capital - part of the problem, part of the solution/ How it can perpetuate or deter poverty in Latin America and the Caribbean*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 133-186.
- Durston, J.: *Superación de la pobreza, capital social y clientelismos locales*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 47-58.
- Durston, J. & Duhart, D.: *Formación y pérdida de capital social comunitario mapuche. Cultura, clientelismo y empoderamiento en dos comunidades, 1999-2002*; Serie Políticas Sociales Nr. 63, Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2003.
- Durston, J. u.a.: *Comunidades campesinas, agencias públicas y clientelismos políticos en Chile*; Santiago de Chile: LOM Ediciones 2005.
- Easterly, W. u.a.: *Social Cohesion, Institutions, and Growth*; in: *Economics & Politics*, Vol. 18: 2, 2006, S. 103-120.
- Eberlei, W.: *Armut als globale Herausforderung*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Edwards & Foley: *Social capital and the political economy of our discontent*; in: *American Behavioral Scientist*, Vol. 40: 5, 1997.
- Eißel, D.: *Ungleichheit und Armut als Movers von Wachstum und Wohlstand?*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.

- El Mercurio; online im www unter: <http://www.emol.com/> [15.10.2007].
- Engerman, S. & Sokoloff, K.: *The Persistence of Poverty in the Americas/ The Role of Institutions*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 43-78.
- Esping-Andersen, G.: *The three worlds of welfare capitalism*; Cambridge: Cambridge Polity Press 1990.
- Espinoza, V.: *Capital social y movilidad ocupacional en el Cono Sur*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 85-98.
- Esser, H.: *The two meanings of social capital*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- European Commission: *Chile Country Strategy Paper 2007-2013*; Dokument E/2007/615: DG Relex 2007a.
- European Commission: *The EU's relations with Chile (2007b)*; DG Relex, online im www unter: http://ec.europa.eu/external_relations/chile/intro/index.htm [16.03.2008].
- Evans, P.: *Government action, social capital and development/ reviewing the evidence on synergy*; in: *World Development*, Vol. 24: 6, 1996.
- Faix, W. & Laier, A.: *Soziale Kompetenz/ Wettbewerbsfaktor der Zukunft*; 2. Auflage, Wiesbaden: Gabler 1996.
- Fernández, G.: *La formación ciudadana/ ¿debemos confiar esta tarea al sistema educacional?*; in: Navarrete Pobleto, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 134-138.
- Ffrench-Davis, R.: *Entre el Neoliberalismo y el Crecimiento con Equidad/ Trés décadas de política Económica en Chile*; 3. Ausgabe, Santiago de Chile: J.C. Sáez editor 2003.
- Ffrench-Davis, R.: *Reformas para América Latina/ después del fundamentalismo liberal*; Buenos Aires: Siglo XXI Editores Argentina 2005.
- Ffrench-Davis, R.: *El contexto de las privatizaciones y la situación actual*; in: *Nueva Sociedad*, Vol. 207, 2006a, S. 46-62.
- Ffrench-Davis, R.: *Globalización financiera y desarrollo nacional*; in: *Revista de Estudios Internacionales*, Vol. 154, 2006b, S. 69-78.
- Field, J.: *Social capital*; London: Routledge 2004.
- Filgueira, C.: *Notas sobre capital social*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 77-84.

- Fine, B.: *Social capital versus social theory/ political economy and social science at the turn of the millenium*; London u.a.: Routledge 2003.
- Flaño, N.: *El neoliberalismo en Chile y sus resultados*; Santiago de Chile: CIEPLAN 1987.
- Flaño, N.: *On solid ground/ Chile's economy today*; Santiago de Chile: CIEPLAN 1992.
- Flora, J. L. & Butler Flora, C.: *Building Community in Rural Areas of the Andes*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 523-542.
- Flores, M. & Rello, F.: *Social capital/ virtues and limitations*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 187-210.
- FOSIS: *Fondo de Solidaridad e Inversión Social*; Gobierno de Chile, online im www unter: www.fosis.cl [20.02.2008].
- FOSIS: *Proyecto Piloto Un Barrio para mi Familia*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2002.
- FOSIS: *Informe Gestion Programatica Periodo 2000-2005/ Programa Promoción para la Participación*; Santiago de Chile: 2005.
- FOSIS: *Informe de Evaluación de Resultados del Programa Promoción para la Participación 2004*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2006a.
- FOSIS: *Informe de Evaluación de Resultados del Programa Promoción para la Participación 2005*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2006b.
- FOSIS: *Instructivo para cuestionarios del programa Promoción para la Participación 2006/ Índice de Capital Social e Índice de Liderazgo*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2006c.
- FOSIS: *PPP Informe Programa Promoción/Satisfacción usuarios 2004 de Programas FOSIS*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2006d.
- FOSIS: *Programa "Un Barrio para mi Familia"*; Santiago de Chile: Gobierno de Chile 2007.
- FOSIS: *Fondo de Solidaridad e Inversión Social (2008)*; Fonds für Solidarität und soziale Investition, online im www unter: www.fosis.cl [20.02.2008].
- Freitag, M.: *Bowling the state back in/ Political institutions and the creation of social capital*; in: *European Journal of Political Research*, Vol. 45, 2006, S. 123-152.
- Fuentes, C.: *Partidos y Coaliciones en el Chile de los '90. Entre pactos y proyectos*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 191-222.
- Fukuyama, F.: *Trust/ The Social Virtues and the Creation of Prosperity*; New York u.a.: Free Press 1995.

- Fukuyama, F.: *Social Capital and Civil Society*; WP/00/74: International Monetary Fund 2000.
- Fukuyama, F.: *Social capital and development/ the coming agenda*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 33-46.
- Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza; online im www unter: <http://www.fundacionpobreza.cl/> [17.06.2007].
- Galasso, E.: *"With their effort and one opportunity"/ Alleviating extreme poverty in Chile*; Development Research Group, World Bank 2006.
- Gallegos, S.: *El nivel de organización en campamentos/ ¿Una herramienta para superar la pobreza?*; Santiago de Chile: Universidad de Chile, Departamento de Economía 2006.
- Gamboa, R.: *El establecimiento del sistema binominal*; in: Huneeus, C. (Hrsg.): *La reforma al sistema binominal en Chile/ Una contribución al debate*, Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer 2006, S. 45-71.
- García, G.: *La Transición a la democracia/ ¿un proceso de Confianza Política?*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 45-57.
- Garretón M., M.: *Incomplete Democracy/ Political Democratization in Chile and Latin America*; Chapel Hill: University of North Carolina Press 2003.
- Garretón M., M. & Newman, E.: *Democracy in Latin America/ (Re)constructing Political Society*; United Nations University Press 2001.
- Garretón, M. A.: *Reflexiones sobre la democratización política chilena*; in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internacionales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006, S. 167-187.
- Garrido, O. u.a.: *Los Proyectos Educativos integrados a la Comunidad. Las escuelas y sus innovaciones*; in: Salinas, J. & Alvayay, R. (Hrsg.): *Iniciativas sociales locales y ciudadanía hacia un Chile democrático*, Santiago de Chile: Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza 2003, S. 267-302.
- Gascón Martín, F.: *Memorias ciudadanas de innovación local. Un estudio de casos en la región Valparaíso*; in: Salinas, J. & Alvayay, R. (Hrsg.): *Iniciativas sociales locales y ciudadanía hacia un Chile democrático*, Santiago de Chile: Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza 2003, S. 195-228.
- Glaeser, E. u.a.: *Measuring Trust*; in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 115, 2000a, S. 811-846.
- Glaeser, E. L. u.a.: *The Economic Approach To Social Capital*; NBER Working Paper Series Nr. 7728; Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research 2000b.

- Global Call to Action Against Poverty; online im www unter: <http://www.whiteband.org/> [15.05.2008].
- Gobierno de Chile; online im www unter: <http://www.gobiernodechile.cl/> [22.03.2008].
- Gobierno de Chile: *Política nacional a favor de la infancia y la adolescencia/ 2001-2010*; Santiago de Chile: 2000.
- Gobierno de Chile: *Nueva Constitución Política de la República* (2005); online im www unter: <http://www.gobiernodechile.cl/> [08.06.2007].
- Gobierno de Chile: *Un Barrio para mi Familia*; Santiago de Chile: Informationsbroschüre 2007.
- Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud: *Encuesta Calidad de Vida 2006/ Presentación Julio 2007* (2007a); Instituto Nacional de Estadísticas, online im www unter: <http://epi.minsal.cl/> [02.01.2008].
- Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud: *Informe Final Encuesta Calidad de Vida y Salud 2006/ Julio 2007* (2007b); Instituto Nacional de Estadísticas, online im www unter: <http://epi.minsal.cl/> [02.01.2008].
- Goldsmith, M.: *The Rationality of Community*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 153-162.
- González Alcantud, J.: *El clientelismo político/ Perspectiva socioantropológica*; Santiago de Chile: Anthropos Editorial 1997.
- González de la Rocha, M.: *México/ Oportunidades y capital social*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 61-98.
- Granovetter, M. S.: *The Strength of Weak Ties*; in: *The American Journal of Sociology*, Vol. Vol. 78: 6, 1973, S. 1360-1380.
- Granovetter, M. S.: *Economic Action and Social Structure/ The Problem of Embeddedness*; in: *The American Journal of Sociology*, Vol. 91: 3, 1985, S. 481-510.
- Granovetter, M. S.: *The Impact of Social Structure on Economic Outcomes*; in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 19: 1, 2005, S. 33-50.
- Gress, J.: *Sowing the Seeds of Social Capital*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 176-183.
- Grootaert, C. u.a.: *Measuring Social Capital/ An Integrated Questionnaire*; World Bank Working Paper No. 18: The World Bank 2004.
- Grootaert, C. & van Bastelaer, T.: *Understanding and Measuring Social Capital/ A Syntesis of Findings and Recommendations from the Social Capital Initiative*; Washington D.C.: The World Bank 2001.
- Hanifan, L.: *The Rural School Community Centre*; in: *Annals of the American Academy of Political and Social Sciences*, Vol. 67, 1916, S. 130-138.

- Hardin, R.: *Trust and trustworthiness*; New York: Russell Sage Foundation 2002.
- Hardy, C.: *Hacia un sistema de protección social fundado en derechos*; Santiago de Chile: MIDEPLAN 2006a.
- Hardy, C.: *Políticas sociales en Chile/ Balance de quince años de democracia y desafíos del futuro próximo* in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internationales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006b, S. 233-251.
- Harriss, J.: *Depoliticizing Development/ the World Bank and social capital*; London: Anthem Press 2002.
- Hauser, R.: *Das Maß der Armut/ Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext - Der sozialstatistische Diskurs*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Häußermann, H.: *Wohnen und Quartier/ Ursachen sozialräumlicher Segregation*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Haverkamp, F.: *Gesundheit und soziale Lebenslage*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Hegel, G. W. F.: *Recht, Staat, Geschichte/ eine Auswahl aus seinen Werken*; Friedrich Bülow [Hrsg.], Stuttgart: Kröner 1981.
- Helliwell, J. F.: *Well-being, Social Capital and Public Policy/ What's new?*; in: *The Economic Journal*, Vol. 116, 2006, S. C34-C45.
- Helliwell, J. F. & Putnam, R. D.: *Economic Growth and Social Capital in Italy*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 253-268.
- Hilbink, L.: *Un estado de derecho no liberal/ La actuación del Poder Judicial chileno en los años 90*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 317-337.
- Hoff, K. & Sen, A.: *The Kin System as a Poverty Trap?*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 95-115.
- Homans, G.: *Elementarformen sozialen Verhaltens*; 2. Auflage, Opladen: Westdt. Verlag 1972 (urspr. 1961).
- Huneus, C.: *Chile, un país dividido*; Santiago de Chile: Catalonia 2003.
- Huneus, C.: *Pinochet/ Institutionelle Faktoren und politische Führung im Autoritarismus*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 227-251.
- Huneus, C.: *El desarrollo de la democracia en Chile/ logros y limitaciones de un presidencialismo consociativo*; in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internationales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006a, S. 195-211.

- Huneus, C.: *La necesidad de la reforma electoral en la nueva democracia*; in: Huneus, C. (Hrsg.): *La reforma al sistema binominal en Chile/ Una contribución al debate*, Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer 2006b, S. 13-44.
- Huneus, C. (Hrsg.): *La reforma al sistema binominal en Chile/ Una contribución al debate*; Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer 2006c.
- Huntington, S. P. (Hrsg.): *Streit um Werte/ Wie Kulturen den Fortschritt prägen*; Dt. Erstausgabe, Hamburg, Wien: Europa-Verlag 2002.
- Huster, E.-U.: *Von der mittelalterlichen Armenfürsorge zu den Anfängen der Sozialstaatlichkeit*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Huster, E.-U. u.a.: *Armut und soziale Ausgrenzung/ Ein multidisziplinäres Forschungsfeld*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Hutchinson, J.: *Social Capital and Community Building in the Inner City*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 168-175.
- Imbusch, P. u.a.: *Chile – Land der Extreme, aber immer Modell*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004a, S. 11-17.
- Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*; Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004b.
- INE: *Censo 2002/ Síntesis de resultados* (2003); Instituto Nacional de Estadísticas, online im www unter: <http://www.ine.cl/> [10.06.2007].
- Inter-American Development Bank: *Project CH0165/ Strengthening Partnerships Civil Social - State*; online im www unter: <http://www.iadb.org/projects/> [23.03.2008].
- Jäger, J.: *Pionier der Globalisierung/ Chile*; Wien: Wirtschaftsuniv., Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung 1999.
- Jäger, J. (Hrsg.): *Sozialpolitik in der Peripherie/ Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa*; Frankfurt u.a.: Südwind 2001.
- Jocelin-Holt Letelier, A.: *El dudoso llamado a la "Confianza". Una historia ambigua*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 11-19.
- Jordan, B.: *Social capital and welfare policy*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Kaltmeier, O.: *Die Mapuche/ Brüche und Einbrüche zwischen Widerstand und Eroberung*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 191-206.
- Kapstein, E. B.: *Income and Influence/ Social Policy in Emerging Market Economies*; Kalamazoo, MI, USA: W. E. Upjohn Institute for Employment Research 2003.

- Kessler, G. & Roggi, M. C.: *Programas de superación de la pobreza y capital social/ la experiencia argentina*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 133-160.
- Knack, S. & Keefer, P.: *Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation*; in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 112, 1997, S. 1251-1288.
- Knack, S. & Zak, P. J.: *Building Trust/ Public Policy, Interpersonal Trust, and Economic Development*; in: *Supreme Court Economic Review*, Vol. 10, 2002, S. 91-107.
- Krishna, A.: *Social capital and economic development*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Krumwiede, H.-W.: *Die chilenische Regimetransformation im Rückblick*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 253-273.
- Kuhlmann, C.: *Bildungsarmut und die soziale "Vererbung" von Ungleichheiten*; in: Huster, E.-U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- La Porta u.a.: *The Quality of Government*; in: *Journal of Law, Economics and Organization*, Vol. 15, 1999, S. 222-279.
- La Tercera; online im www unter: <http://www.tercera.cl> [15.10.2007].
- Lagos-Kassai, S.: *Die literarische Verarbeitung der Diktatur und der Menschenrechtsverletzungen in Chile*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 645-673.
- Larraín, F. & Meller, P.: *La experiencia socialista-populista chilena/ La Unidad Popular, 1970-1973*; in: *Estudios CIEPLAN*, Vol. 30, 1990.
- Larrañaga, O.: *Pobreza, crecimiento y desigualdad/ Chile 1987-1992*; in: *Revista de Análisis Económico*, Vol. 2, 1994, S. 69-92.
- Lederman, D.: *Political Economy of Protection/ Theory and the Chilean Experience*; Palo Alto, CA, USA: Stanford University Press 2005.
- León Aravena, J.: *Límites y desafíos de la ciudadanía en experiencias premiadas por el Programa de Ciudadanía y Gestión Local en la región del Bío-Bío*; in: Salinas, J. & Alvayay, R. (Hrsg.): *Iniciativas sociales locales y ciudadanía hacia un Chile democrático*, Santiago de Chile: Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza 2003, S. 231-265.
- Light, I.: *Social Capital's Unique Accessibility*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 145-151.
- Lin, N.: *Social capital/ a theory of social structure and action*; Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press 2006.

- Lind Haase Svendsen, G. & Tinggaard Svendsen, G.: *The creation and destruction of social capital/ entrepreneurship, co-operative movements and institutions*; Cheltenham u.a.: Elgar 2004.
- Lira, E. & Loveman, B.: *Derechos Humanos en la transición "Modelo"/ Chile 1988-1999*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 339-374.
- Lowndes, V. & Pratchett, L.: *Public policy and social capital*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Luhmann, N.: *Vertrauen/ ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*; in, Stuttgart: Enke 1968.
- Lützelberger, T.: *Chile/ Chronologie*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 907-936.
- Maggi, C. & Messner, D.: *Chile – ein Modellfall? Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 501-524.
- Mallon, F.: *Cuando la amnesia se impone con sangre, el abuso se hace costumbre/ El pueblo mapuche y el Estado chileno, 1881-1998*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 435-464.
- Margolis, H.: *Selfishness, altruism, and rationality/ a theory of social choice*; Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press 1982.
- Martínez Keim, M.: *La Confianza Social en Chile/ Antecedentes y desafíos para una cultura democrática*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 58-67.
- Maslow, A. H.: *Motivation and personality*; 2. Ausgabe, New York u.a.: Harper&Row 1970.
- Maurer, A. (Hrsg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*; Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Mauss, M.: *Essai sur le don <dt.> Die Gabe/ Form u. Funktion d. Austauschs in archaischen Gesellschaften*; 3. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984.
- Mehlum, H. u.a.: *Parasites*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 79-94.
- Meller, P.: *Pobreza y distribución del ingreso en Chile*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 41-64.
- Meso-Lago, C.: *Social Security and Prospects for Equity in Latin America*; World Bank Discussion Papers 140, Washington D.C.: World Bank 1991.
- MIDEPLAN: *Encuesta CASEN/ Definiciones Ingreso y Pobreza*; Ministerio de Planificación, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/> [08.06.2007].

- MIDEPLAN: *Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional Casen 2006* (2007a); Ministerio de Planificación, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/> [11.06.2007].
- MIDEPLAN: *Serie Análisis de Resultados de la Ecueta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 1 La Situación de Pobreza en Chile 2006* (2007b); Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/> [08.06.2008].
- MIDEPLAN: *Serie Análisis de Resultados de la Ecueta de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN 2006)/ N° 2 Distribución del Ingreso e Impacto Distributivo del Gasto Social 2006* (2007c); Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/> [08.06.2008].
- MIDEPLAN: *Ministerio de Planificación* (2008); Sozial- und Planungsministerium, online im www unter: <http://www.mideplan.cl/> [20.02.2008].
- Mikl-Horke, G.: *Historische Soziologie der Wirtschaft*; München-Wien: Oldenbourg 1999.
- Mikl-Horke, G.: *Soziologie/ Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe*; 5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, München; Wien: Oldenbourg Verlag 2001.
- Mikl-Horke, G.: *Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Wirtschaft*; München, Wien: Oldenbourg 2008.
- Millennium Development Goals; online im www unter: <http://www.un.org/millenniumgoals/> [15.05.2008].
- MINEDUC: *Indicadores de la Educación en Chile* (2002); Gobierno de Chile/ Ministerio de Educación, online im www unter: <http://www.mineduc.cl/> [02.01.2008].
- MINEDUC: *SIMCE 2006* (2007); Gobierno de Chile/ Ministerio de Educación, online im www unter: <http://www.educarchile.cl/> [02.01.2008].
- MINSAL: *Estadísticas de Salud* (2007); Gobierno de Chile/ Ministerio de Salud, online im www unter: <http://www.minsal.cl/> [02.01.2008].
- Miranda, F.: *Relatoría final del seminario*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 295-306.
- Miranda, F. & Monzó, E.: *Capital social, estrategias individuales y colectivas: el impacto de programas públicos en tres comunidades campesinas de Chile*; Serie Políticas Sociales Nr. 67, Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2003.
- Misztal, B.: *Trust in modern societies/ the search for the bases of social order*; Cambridge: Polity Press 1998.
- Montaño, S.: *Aportes, sombras y ausencias en el debate sobre capital social*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 69-76.

- Moulian, T.: *Chile actual/ anatomia de un mito*; Santiago de Chile: LOM ediciones 1998.
- Moulian, T.: *Desconfianza ontológica y confianza relacional*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 31-36.
- Nahapiet, J. & Ghoshal, S.: *Social capital, intellectual capital, and the organizational advantage*; in: *Academy of Management Review*, Vol. 23: 2, 1998, S. 242-266.
- Navarrete Poblete, J.: *Ciudadanía activa y confianza social en Chile. Algunas notas teóricas y empíricas*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 141-148.
- Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*; Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001.
- Navarrete Yañez, B.: *La Sociedad Desconfiada. Una aproximación al caso chileno*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 68-77.
- Navarro, Z.: *Desarrollo redistributivo y capital social/ el caso del presupuesto participativo de Porto Alegre, Brasil*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005, S. 161-194.
- Nielsen, K.: *Social capital and systematic competitiveness*; in: Dolfmsa, W. (Hrsg.): *Globalization, Social Capital and Inequality/ Contested Concepts, Contested Experiences*, Cheltenham u.a.: Elgar 2003, S. 33-52.
- Nohlen, D.: *Tendencias recientes en el desarrollo de los Sistemas Electorales y el Caso Chileno*; in: *Política/ Instituto de Ciencia Política, Universidad de Chile*, Vol. 41, 2001, S. 9-25.
- Nohlen, D.: *Der erste 11. September – 30 Jahre danach*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 889-905.
- Nolte, D.: *Das politische System/ Verfassung und Verfassungspraxis*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 333-378.
- North, D.: *Institutions, Institutional Change And Economic Performance*; Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2004 (urspr. 1990).
- Nussbaum, M. & Sen, A. (Hrsg.): *The quality of life*; Oxford: Claredon Press 1993.
- Ocampo, J. A.: *Social capital and the development agenda*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 25-31.
- OECD: *The DAC guidelines/ poverty reduction*; Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development / Development Assistance Committee 2001.

- OECD: *Economic Surveys/ Chile*; Organisation for Economic Co-operation and Development 2005a.
- OECD: *Environmental Performance Reviews/ Chile*; Organisation for Economic Co-operation and Development u.a. 2005b.
- Olavarría-Gambi, M.: *Poverty Reduction in Chile/ Has economic growth been enough?*; in: Journal of Human Development, Vol. 4, 2003, S. 103-123.
- Olavarría-Gambi, M.: *Pobreza, crecimiento económico y políticas sociales*; Santiago de Chile: Editorial Universitaria 2005.
- Olavarría-Gambi, M.: *Pobreza y acceso a los programas sociales*; in: Gestión y Política Pública, Vol. XV: 1, 2006, S. 3-48.
- Olea Lagos, F.: *(Pre)texto político/ entre la confianza y la incertidumbre*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 111-115.
- Olivera, P.: *Legislación sobre participación ciudadana/ Antecedentes sobre su discusión* (2004); Universidad de Chile, online im www unter: <http://www.ciudadania.uchile.cl/leyparticipacion.html> [15.03.2008].
- Olson, M. J.: *Big bills left on the sidewalk/ Why some nations are rich, and others are poor*; in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 10, 1996, S. 3-22.
- Opielka, M.: *"Gemeinschaft" und Sozialpolitik*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 163-190.
- Ostrom, E.: *Social Capital/ A Fad or a Fundamental Concept*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 172-214.
- Ostrom, E. & Ahn, T. K. (Hrsg.): *Foundations of social capital*; Cheltenham, Glos. u.a.: Elgar 2003.
- Otnes, P.: *Das Ende der Gemeinschaft?*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 65-74.
- Paddam, M.: *Social Capital: One Or Many? Definition And Measurement*; in: Journal of Economic Surveys, Vol. 14: 5, 2000, S. 629-653.
- Palma-Irarrázaval, A.: *Promesas y desafíos de la evolución de las políticas sociales en Chile* in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internationcales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006, S. 265-277.
- Palma Irarrázaval, A.: *Promesas y desafíos de la evolución de las políticas sociales en Chile* in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internationcales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006, S. 265-277.

- Parker, C.: *Capital social y superación de la pobreza/ nuevos enfoques para la evaluación de impacto*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 111-128.
- Partidos políticos: *politische Parteien*; Gobierno de Chile, online im www unter: www.rn.cl (Renovación Nacional), www.pdc.cl (Partido Demócrata Cristiano), www.ppd.cl (Partido por la Democracia), www.udi.cl (Partido Demócrata Independiente), www.pschile.cl (Partido Socialista de Chile), www.pcchile.cl (Partido Comunista de Chile), www.partidoradical.cl (Partido Radical Socialdemócrata), www.partidohumanista.cl (Partido Humanista) [18.06.2007].
- Patulny, R. & Svendsen, L. H. G.: *Exploring the social capital grid/ bonding, bridging, qualitative, quantitative*; in: *International Journal of Sociology and Social Policy*, Vol. 27: 1/2, 2007, S. 32-51.
- Perry, G. u.a.: *Poverty Reduction and Growth/ Virtuous and vicious circles*; World Bank Publication: Mayol Ediciones 2006.
- Perry, G. M. & Robison, L. J.: *Evaluating the influence of personal relationships on land sale prices/ a case study in Oregon*; in: *Land Economics*, Vol. 77: 3, 2001.
- Plan AUGE: *Acceso Universal y Garantías Explícitas en Salud*; Gobierno de Chile, online im www unter: http://www.gobiernodechile.cl/plan_auge/ [14.03.2008].
- Plessner, H.: *Grenzen der Gemeinschaft/ Eine Kritik des sozialen Radikalismus*; Bonn: 1924.
- PNUD: *Desarrollo humano en Chile/ Las paradojas de la modernización*; Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo 1998.
- PNUD: *Desarrollo humano en Chile/ Más sociedad para gobernar el futuro*; Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo 2000.
- PNUD: *Desarrollo humano en Chile/ Nosotros, los chilenos: un desafío cultural*; Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo 2002.
- PNUD: *Desarrollo humano en Chile/ El poder: ¿para qué y para quién?*; Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo 2004.
- PNUD: *Human Development Report 2006*; Palgrave Macmillan 2006a.
- PNUD: *Human Development Report 2006/ Chile data sheet*; Palgrave Macmillan 2006b.
- PNUD: *Human Development Report 2006/ Chile fact sheet*; Palgrave Macmillan 2006c.
- Polanyi, K.: *The great transformation <dt.> The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*; 4. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997 (urspr. 1944).
- Portal Ciudadano; online im www unter: <http://www.portalciudadano.cl/> [17.03.2008].
- Portes, A.: *Social capital/ its origins and applications in modern sociology*; in: *Annual Review of Sociology*, Vol. Vol. 24, 1998, S. 1-24.

- Portes, A. & Landolt, P.: *The Downside of Social Capital*; in: The American Prospect, Vol. 26, 1996.
- Portes, A. & Landolt, P.: *Social Capital/ Promise and Pitfalls of Its Role in Development*; in: Journal of Latin American Studies, Vol. Vol. 32: 2, 2000, S. 529-547.
- Portes, A. & Sensenbrenner, J.: *Embeddedness and immigration/ notes on the social determinants of economic action*; in: American Journal of Sociology, Vol. 98: 6, 1993, S. 1320-1350.
- Poverty Reduction Strategies; online im www unter: www.worldbank.org/prsp [10.05.2008].
- Prisching, M.: *Sozioökonomie in der Tradition Schumpeters*; in: Althaler, K. S. (Hrsg.): Sozioökonomische Forschungsansätze/ Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete, Marburg: Metropolis-Verlag 1995, S. 43-69.
- Programa Puente; Gobierno de Chile, online im www unter: <http://www.programapuerto.cl/> [10.03.2008].
- Putnam, R.: *Bowling alone/ the collapse and revival of American community*; New York u.a.: Simon&Schuster 2000.
- Putnam, R.: *Vorwort Symposium 'Using Social Capital to Help Integrate Planning Theory, Research, and Practice'*; in: Journal of the American Planning Association, Vol. 70: 2, 2004, S. 142-143.
- Putnam, R. & Feldstein, L.: *Better together/ Restoring the American community*; 1. Taschenbuchauflage, New York u.a.: Simon&Schuster 2004.
- Putnam, R. u.a.: *Making Democracy Work/ Civic Traditions in Modern Italy*; Princeton: Princeton University Press 1993.
- Raczynski, D.: *¿Disminuyó la pobreza entre 1970 y 1982?*; Notas Técnicas núm. 90, Santiago de Chile: CIEPLAN 1986.
- Raczynski, D.: *Programs, Institutions and Resources/ Chile*; in: Raczynski, D. (Hrsg.): Strategies to Combat Poverty in Latin America, Washington D.C.: Inter-American Development Bank 1995a, S. 207-264.
- Raczynski, D.: *Strategies to Combat Poverty in Latin America*; in: Raczynski, D. (Hrsg.): Strategies to Combat Poverty in Latin America, Washington D.C.: Inter-American Development Bank 1995b, S. 1-31.
- Raczynski, D.: *Políticas sociales en los años noventa en Chile. Balance y desafíos*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): El modelo chileno, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 125-154.
- Raczynski, D.: *Capital social y dinámicas microsociales/ la intermediación local en la política pública*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 287-288.

- Raczynski, D. & Serrano, C.: *Nuevos y viejos problemas en la lucha contra la pobreza en Chile*; in: Muñoz, O. & Stefoni, C. (Hrsg.): *El período del Presidente Frei Ruiz-Tagle/ reflexiones sobre el segundo gobierno concertacionista*, 1., Santiago de Chile: FLACSO-Chile/ Editorial Universitaria 2003, S. 333-371.
- Raczynski, D. & Serrano, C.: *Las Políticas y Estrategias de Desarrollo Social/ Aportes de los Años 90 y Desafíos Futuros*; in: Meller, P. (Hrsg.): *La Paradoja Aparente - Equidad y Eficiencia/ Resolviendo el Dilema*, Santiago de Chile: Taurus 2005a, S. 225-283.
- Raczynski, D. & Serrano, C.: *Programas de superación de la pobreza y el capital social. Evidencias y aprendizajes de la experiencia en Chile*; in: Arriagada, I. (Hrsg.): *Aprender de la experiencia/ El capital social en la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2005b, S. 99-132.
- Rawls, J.: *A Theory of Justice*; Oxford: Clarendon Press 1971.
- Rehren, A.: *Clientelismo político, corrupción y ética en la nueva democracia chilena*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 465-484.
- Reinecke, G.: *Chile*; Genf: International Labour Office 2001.
- Richter, E.: *Erkenntniskritik versus kritische Ontologie/ Gemeinschaft und Gesellschaft bei Kant und Tönnies*; in: Clausen, L. & Schlüter, C. (Hrsg.): *Hundert Jahre "Gemeinschaft und Gesellschaft"/ Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion*, Opladen: Leske u. Budrich 1991, S. 189-213.
- Richter, M.: *Natürliche Ressourcen und Umweltrisiken in Chile*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 49-81.
- Riquelme-Henríquez, H.: *Las relaciones laborales en Chile/ Un sistema colectivo o un amplio espacio para la dispersión?*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 93-123.
- Robeyns, I.: *The Capability Approach in Practice*; in: *The Journal of Political Philosophy*, Vol. 14: 3, 2006, S. 351-376.
- Robison, L. J. & Siles, M.: *Social capital and household income distributions in the United States/ 1980, 1990*; in: *Journal of Socio-Economics*, Vol. 28, 1999.
- Robison, L. J. u.a.: *Social capital and poverty reduction/ towards a mature paradigm*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 49-104.
- Rohe, W. M.: *Building Social Capital through Community Development*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 158-164.
- Rothstein, B.: *Social Capital in the Social Democratic Welfare State*; in: *Politics and Society*, Vol. 29: 2, 2001, S. 207-241.
- Rothstein, B.: *Social Traps and the Problem of Trust*; New York u.a.: Cambridge University Press 2005.

- Rothstein, B. & Stolle, D.: *Political institutions and generalized trust*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Salazar, G.: *Proyecto y Exclusión/ Dialéctica histórica de la desconfianza en Chile*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 20-30.
- Salinas, J. & Alvarado, R. (Hrsg.): *Iniciativas sociales locales y ciudadanía hacia un Chile democrático*; Santiago de Chile: Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza 2003.
- Salvat, P.: *De la Confianza Social como acto de esperanza*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 97-102.
- Sampson, R. J. & Morenoff, J. D.: *Durable Inequality/ Spatial Dynamics, Social Processes, and the Persistence of Poverty in Chicago Neighborhoods*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 176-203.
- Schäfers, B. (Hrsg.): *Einführung in die Gruppensoziologie/ Geschichte, Theorien, Analysen*; 3., korrigierte Auflage, Wiesbaden: Quelle&Meyer 1999.
- Schlüter, C. & Clausen, L.: *Einleitung - Anfragen bei "Gemeinschaft" und "Gesellschaft"*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 9-16.
- Schüle, J. A. & Reitze, S.: *Wissenschaftstheorie für Einsteiger*; 2. Aufl., Wien: WUV 2005.
- Schulz von Thun, F.: *Klarkommen mit sich selbst und anderen/ Kommunikation und soziale Kompetenz*; Orig.-Ausg., 2.Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag 2006.
- Schumpeter, J. A.: *History of economic analysis*; New York: Oxford Univ. Press 1954.
- Schweickert, R. & Thiele, R.: *From Washington to Post-Washington? Consensus Policies and Divergent Development in Latin America and Asia*; Kiel: Institut für Weltwirtschaft 2004.
- Sen, A.: *Development as freedom*; 1. publ., New York: Knopf 1999.
- Senado: *Senat der Republik Chile*; online im www unter: <http://www.senado.cl> [15.03.2008].
- Serageldin, I. & Grootaert, C.: *Defining Social Capital/ An Integrating View*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 40-58.
- Serrano, C.: *Pobreza, capital social y ciudadanía*; Santiago de Chile: Asesorías para el Desarrollo 2002.
- Serrano, C.: *Claves de la Política Social para la Pobreza*; City: 2005a.

- Serrano, C.: *Más Región/ Programa integrado de gobernabilidad y descentralización de la región de Coquimbo. Perspectiva del capital social y las políticas públicas*; Santiago de Chile: Asesorías para el Desarrollo 2005b.
- Serrano, C. u.a.: *"Diseño y Aplicación de Índice Integrado de Capital Social en tres barrios urbanos de la Región de Coquimbo" Programa Más Región. Informe Final*; Santiago de Chile: Asesorías para el Desarrollo 2006.
- Servicio Electoral; online im www unter: <http://www.servel.cl/> [18.06.2007].
- Siavelis, P.: *Continuidad y Transformación del Sistema de Partidos en una Transición "Modelo"*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 223-259.
- Siles, M.: *El paradigma del capital social*; in: Arriagada, I. & Miranda, F. (Hrsg.): *Capital social/ potencialidades analíticas y metodológicas para la superación de la pobreza*, Santiago de Chile: Naciones Unidas/ Comisión Económica para América Latina 2003, S. 39-48.
- Simmel, G.: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*; in: *Gesammelte Werke 2*, 5. Auflage, Berlin: Duncker&Humblot 1968 (urspr. 1908).
- Simon, H. A.: *Reason in human affairs <dt.> Homo rationalis/ die Vernunft im menschlichen Leben*; Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag 1993.
- Smith, A.: *Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker*; Streissler, Erich W. [Hrsg.], Tübingen: Mohr Siebeck 2005.
- Sobel, M. E.: *Spatial Concentration and Social Stratification/ Does the Clustering of Disadvantage "Beget" Bad Outcomes?*; in: Bowles, S. u.a. (Hrsg.): *Poverty Traps*, Princeton, Oxford: Princeton University Press 2006, S. 204-230.
- Social Capital Gateway: *Online Datenbasis zu sozialem Kapital (2008)*; online im www unter: <http://www.socialcapitalgateway.org/> [03.02.2008].
- Solow, R. M.: *Notes on Social Capital and Economic Performance*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 6-10.
- Sottoli, S.: *Sozialpolitik und entwicklungspolitischer Wandel in Lateinamerika/ Konzepte und Reformen im Vergleich*; Opladen: Leske+Budrich 1999.
- Stiglitz, J. E.: *Formal and Informal Institutions*; in: Dasgupta, P. & Serageldin, I. (Hrsg.): *Social Capital/ A Multifaceted Perspective*, Washington D.C.: World Bank Publication 2000, S. 59-70.
- Strang, H.: *Gemischte Verhältnisse - Anzeichen einer Balance von "Gemeinschaft" und "Gesellschaft"*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 75-92.
- Streissler, E. W. (Hrsg.): *Adam Smith/ Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker*; Tübingen: Mohr Siebeck 2005.

- Sunkel, G.: *El papel de la familia en la protección social en América Latina*; Serie Políticas Sociales Nr. 120, Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2006a.
- Sunkel, O.: *Un ensayo sobre los grandes giros de la política económica chilena y sus principales legados*; in: Cave, R. (Hrsg.): *Brasil y Chile/ una mirada hacia América Latina y sus perspectivas*, Santiago de Chile: Instituto de Estudios Internacionales, Universidad de Chile y Embajada de Brasil 2006b, S. 63-98.
- Svendsen, G. L. H. & Svendsen, G. T.: *The creation and destruction of social capital/ entrepreneurship, co-operative movements and institutions*; Cheltenham u.a.: Elgar 2004.
- Swedberg, R.: *Major traditions of economic sociology*; in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 17, 1991, S. 251-276.
- Swedberg, R.: *Schumpeters Vision der Sozioökonomie*; in: Althaler, K. S. (Hrsg.): *Sozioökonomische Forschungsansätze/ Historische Genese, Methoden, Anwendungsgebiete*, Marburg: Metropolis-Verlag 1995, S. 15-42.
- Swedberg, R.: *Principles of economic sociology*; Princeton, NJ u.a.: Princeton Univ. Press 2003.
- Tironi, M.: *Nueva Pobreza Urbana/ Vivienda y Capital Social en Santiago de Chile 1985-2001*; Santiago de Chile: RIL Editores 2003.
- Todaro, M. P.: *Economic Development*; 7th ed., Reading, MA u.a.: Addison-Wesley 2000.
- Tönnies, F.: *Gemeinschaft und Gesellschaft/ Grundbegriffe der reinen Soziologie*; Dritte durchgesehene Auflage (urspr. 1887), Berlin: Karl Curtius 1920.
- Uphoff, N.: *Social capital and poverty reduction*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 105-131.
- Uslaner, E.: *The Moral Foundations of Trust*; Cambridge: Cambridge Univ. Press 2000.
- Uslaner, E.: *Trust as a moral value*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- Uslaner, E. M.: *Trust and corruption*; in: Atria, R. u.a. (Hrsg.): *Social capital and poverty reduction in Latin America and the Caribbean/ towards a new paradigm*, Santiago de Chile: United Nations Publication 2004, S. 211-223.
- Valdes Araneda, S.: *Consolidación democrática y Confianza*; in: Navarrete Poblete, J. & Martínez Keim, M. (Hrsg.): *Confianza Social en Chile. Desafíos y Proyecciones*, Santiago de Chile: Ministerio Secretaría General de Gobierno 2001, S. 78-86.
- Valenzuela Fernández, R.: *Inequidad, ciudadanía y pueblos indígenas en Chile*; Serie Políticas Sociales Nr. 76, Santiago de Chile: CEPAL, División de Desarrollo Social 2003.

- Valenzuela, S. J.: *¿Cómo reformar el sistema electoral? Reflexiones en torno a un desafío pendiente del retorno a la democracia en Chile*; in: Huneus, C. (Hrsg.): *La reforma al sistema binominal en Chile/ Una contribución al debate*, Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer 2006, S. 185-213.
- Van Deth, J.: *Measuring social capital*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): *The Handbook of Social Capital*, Oxford University Press 2008.
- van Oorschot, W. & Arts, W.: *The social capital of European welfare states/ the crowding out hypothesis revisited*; in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 15: 1, 2005, S. 5-26.
- Veale, A.: *Dilemmas of 'community' in post-emergency Rwanda*; in: *Community, Work & Family*, Vol. 3: 3, 2000, S. 233-239.
- Veloso, P.: *Ética y política en el Chile de los noventa*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 485-500.
- Vergara, P.: *Políticas hacia la extrema pobreza en Chile. 1973-1988*; Santiago de Chile: FLACSO 1990.
- Vidal, A. C.: *Building Social Capital to Promote Community Equity*; in: *Journal of the American Planning Association*, Vol. 70: 2, 2004, S. 164-168.
- Vowinckel, G.: *Die destruktive Gemeinschaft/ Anmerkungen zur Geistes- und Gemütsverfassung des Gemeinschaftsmenschen*; in: Schlüter, C. & Clausen, L. (Hrsg.): *Renaissance der Gemeinschaft? Stabile Theorie und neue Theoreme*, Berlin: Duncker&Humblot 1990, S. 217-225.
- Walther, M.: *Gemeinschaft und Gesellschaft bei Ferdinand Tönnies und in der Sozialphilosophie des 17. Jahrhunderts oder Von Althusius über Hobbes zu Spinoza - und zurück*; in: Clausen, L. & Schlüter, C. (Hrsg.): *Hundert Jahre "Gemeinschaft und Gesellschaft"/ Ferdinand Tönnies in der internationalen Diskussion*, Opladen: Leske u. Budrich 1991, S. 83-106.
- Warr, D.: *Gender, class, and the art and craft of social capital*; in: *The Sociological Quarterly*, Vol. 47, 2006, S. 497-520.
- Weber, M.: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*; Kaesler, Dirk [Hrsg.], München: Verlag C.H.Beck 2004 (urspr. 1920).
- Wehr, I.: *Das Parteiensystem des nach-autoritären Chile/ Vom polarisierten Pluralismus zur Nordamerikanisierung?*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 379-400.
- Werz, N.: *Der Beitrag Chiles zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika*; in: Imbusch, P. u.a. (Hrsg.): *Chile heute/ Politik Wirtschaft Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag 2004, S. 606-619.
- Weyland, K.: *La política económica en la nueva democracia chilena*; in: Drake, P. & Jaksic, I. (Hrsg.): *El modelo chileno*, Santiago de Chile: LOM Ediciones 1999, S. 65-92.
- Whiteley, P. F.: *Economic Growth and Social Capital*; in: *Political Studies*, Vol. 48, 2000, S. 443-466.

- Wilson, L.: *Developing a model for the measurement of social inclusion and social capital in regional Australia*; in: Social Indicators Research, Vol. 75, 2006, S. 335-360.
- Woolcock, M.: *Social capital and economic development/ towards a theoretical synthesis and policy framework*; in: Theory and Society, Vol. Vol. 27, 1998, S. 151-208.
- Woolcock, M.: *Why and How Planners Should Take Social Capital Seriously*; in: Journal of the American Planning Association, Vol. 70: 2, 2004, S. 183-189.
- Woolcock, M. & Narayan, D.: *Social Capital/ Implications for Development Theory*; in: The World Bank Research Observer, Vol. 15, 2000, S. 225-251.
- Woolcock, M. & Radin, E.: *A relational approach to the theory and practices of economic development*; in: Castiglione, D. u.a. (Hrsg.): The Handbook of Social Capital, Oxford University Press 2008.
- World Bank: *The Initiative on Defining, Monitoring and Measuring Social Capital/ Overview and Program Description*; Social Capital Initiative Working Paper No.1, Washington: World Bank, Social Development Department 1998.
- World Bank: *Poverty Trends and Voices of the Poor*; Third Ed. Dec., Washington D.C.: World Bank Publication 2000a.
- World Bank: *World Development Report 2000-2001/ Attacking Poverty*; World Bank Publication: Oxford University Press 2000b.
- World Bank: *Millennium Development Goals/ Chile Country Profile* (2004); World Bank Publication, online im www unter: <http://devdata.worldbank.org/> [08.06.2007].
- World Bank: *World Development Report 2006/ Equity and Development*; World Bank Publication: Oxford University Press 2005.
- World Bank: *Chile at a glance* (2006a); World Bank Publication, online im www unter: <http://devdata.worldbank.org/> [08.06.2007].
- World Bank: *Chile Country Brief* (2006b); World Bank Publication, online im www unter: <http://web.worldbank.org/> [26.06.2007].
- World Bank: *Chile Data Profile* (2007); World Bank Publication, online im www unter: <http://devdata.worldbank.org/> [08.06.2007].
- World Development Indicators 2005; online im www unter: <http://devdata.worldbank.org/> [14.01.2007].
- World Values Survey: *Online Data Analysis* (2006); online im www unter: <http://www.worldvaluessurvey.org/> [[27.02.2008]].
- Wormald, G. & Torche, F.: *Estratificación y movilidad social en Chile: entre la adscripción y el logro*; in, 2004.